



Inhaltsverzeichnis

Editorial.....	5
Grundsätzliches	8
Was ist Linksextremismus?	8
Was ist Kommunismus?.....	10
Was heißt Anarchismus?	15
Gibt es eine gute Mitte?	18
Gibt es einen linksextremistischen Antisemitismus?	20
Mehrheit und „Wahrheit“: Gibt es einen vorbestimmten Gemeinwillen?.....	22
Sind Demonstrationsblockaden legal?	24
Soll eine Gesellschaft pluralistisch oder homogen sein?.....	27
Wann darf man politische Parteien verbieten?.....	29
Warum gibt es für manche Linksextremisten keinen Islamismus?	31
Warum liegt das Gewaltmonopol beim Staat?	32
Was heißt „legalistischer Linksextremismus“?	34
Was ist der demokratische Verfassungsstaat?.....	36
Was ist politischer Extremismus?.....	37
Was meinen Linksextremisten mit dem Vorwurf „islamophob“?.....	38
Was unterscheidet Rechts- und Linksextremismus voneinander?	40
Welche Formen von Linksextremismus gibt es?.....	41
Welches Menschenbild haben Linksextremisten?.....	43
Wie stehen Linksextremisten zur Gewalt als Mittel der Politik?	45
Wie unterscheiden sich Linksextremisten von linken Demokraten?.....	47
Strukturelles	49
Linksextremistische Milieus	49
Ab wann gilt eine Straftat als linksextremistisch?.....	50
Der Festtagskalender des Linksextremismus	51
Der Polizist als Hauptfeind des Linksextremisten	55
Die Welt der Autonomen.....	57
Die Welt der Kommunisten.....	59

Führt Linksextremismus zu Terrorismus?	61
Linke Gewalt gegen Polizisten – ein grassierendes Problem	63
Was unterscheidet linksextremistische von rechtsextremistischen Straftaten?	65
Wie viele linksextremistische Übergriffe werden jährlich in Deutschland erfasst?	67
Wie wird man Linksextremist?	69
Zentrale Aktionsfelder von Linksextremisten	71
„Die Polizei schützt die Nazis.“	75
Ziele	77
Welche Fernziele verfolgen Linksextremisten?	77
Führt Globalisierung zu Armut?	79
Kann Deutschland auf die Bundeswehr verzichten?	81
Kann direkte Demokratie funktionieren?	83
Kann man die Wirtschaft einer Gesellschaft zentral planen?	85
Kann „Sozialismus“ ein Ziel für Demokraten sein?	87
Sind Auslandseinsätze der Bundeswehr „Imperialismus“?	88
Was heißt Soziale Marktwirtschaft? Warum ist sie seit 60 Jahren erfolgreich?	90
Was sind Räte als Ergänzungen des Parlaments?	94
Welche Folgen hat eine Einschränkung privatwirtschaftlicher Initiative für eine Gesellschaft?	96
Wie reden Linksextremisten über ihre Fernziele?	97
Wie sind linksextremistische Programme und Forderungen aufgebaut?	99
„Antimilitarismus“ und „Antiimperialismus“ bei Linksextremisten	100
Selbstverständnis	102
Der Sozialismus – eine gute Idee, die in der DDR schlecht umgesetzt wurde?	102
Entwertet Kritik an der SED-Diktatur die Lebensleistung der DDR-Bürger?	103
Ermöglichte die DDR-Planwirtschaft einen hohen Lebensstandard?	105
Falsche Vorbilder: Ernesto „Che“ Guevara	106
Falsche Vorbilder: Fidel Castro	108
Falsche Vorbilder: Leo Trotzki	110
Falsche Vorbilder: Mao Tse-tung	113
Falsche Vorbilder: Rosa Luxemburg	115
Falsche Vorbilder: Wladimir Iljitsch Lenin	117

Regierte die Staatssicherheit oder die SED die DDR?	122
War die DDR ein Unrechtsstaat?	123
War die DDR ein „Friedensstaat“?	124
War die DDR ein „antifaschistischer“ Staat?	125
Was bedeutet „verordneter Antifaschismus“?	127
Was war die „führende Rolle der Partei“?	129
„Sozialistische Demokratie“ am Beispiel der DDR	131
Kommunikation	132
Kleine Einführung in linksextremistische Sprachgewohnheiten	132
Autonome Szene-Blätter	133
Autonomer Szene-Jargon	134
Sichtbare Linksextremismus: Linksextreme Agitation und Parolen im Stadtbild ..	136
Für eine bessere Welt? Linksextremistische Argumentationsmuster	140
Informationen im Internet richtig deuten.....	142
Kann man linksextremistischen Medien trauen?	145
Kultur für den Klassenkampf: Linksextremistische Musik	146
Manipulieren will gelernt sein: Linksextremistische Täuschungstechniken.....	148
Marxistische bzw. marxistisch-leninistische Terminologie	149
Publikationen mit Anbindung an Organisationen und Milieus	153
Selektive Wahrnehmung und maßstabloser Vergleich.....	158
Symbole des Linksextremismus.....	160
Themenbezogene Zeitschriften.....	163
Umwertung von Begriffen.....	165
Versteckspiel mit Wörtern: Sprachliche Mimikry	166
Was Linksextremisten lesen	168
„Das System muss weg.“	169
„Der Kapitalismus ist an allem schuld.“	171
„Der bürgerliche Staat ist ein Instrument des Kapitals.“	173
„Dialektische“ Verunklarung: Wie Linksextremisten aus einem X ein U machen ..	175
„Die DDR war ein legitimer Staat.“	177
„Die Demokratie ist nur von rechts bedroht.“	179
„Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen.“	181

„Frei ist nur, wer es sich leisten kann.“	182
„Geld ist genug da, es ist nur ungerecht verteilt.“	184
„Gewalt ist ein legitimes Mittel.“	186
„Krieg ist Frieden“ – die Umkehrung von Bedeutungen im linksextremen Sprachgebrauch.....	188
„Krieg löst keine Probleme.“	190

Editorial

Mit diesem Internetportal möchten wir jungen Menschen Informationen über den Rechtsextremismus zukommen lassen und Antworten auf seine Parolen anbieten. Daher sind die meisten Themen auf zentrale Inhalte konzentriert und – so hoffen wir – allgemein verständlich formuliert. Auch bei der Erklärung schwieriger Sachverhalte stehen die Verständlichkeit des Textes und die Nachvollziehbarkeit für Jugendliche im Vordergrund.

Wir erheben dabei nicht den Anspruch, umfassend alle Facetten des Phänomens Rechtsextremismus zu beleuchten. Das Portal wird jedoch laufend erweitert, vervollständigt und aktualisiert. Es soll in erster Linie zur Auseinandersetzung mit der Thematik anregen und es Interessierten ermöglichen, sich über wesentliche Themenfelder einen fundierten Überblick zu verschaffen.

Zum Hintergrund dieser Homepage

Insbesondere seit der 2011 bekannt gewordenen Mordserie des rechtsterroristischen Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) wird Rechtsextremismus wieder verstärkt in der Öffentlichkeit thematisiert. Im Jahr 2015 stieg die Anzahl von Anschlägen mit fremdenfeindlichem Hintergrund auf Flüchtlingsunterkünfte drastisch. Diese Beispiele zeigen: Das aktive Entstehen gegen Rechtsextremismus und für unsere freiheitliche demokratische Grundordnung bleibt ein aktuelles, wichtiges Thema, bei dem jeder gefordert ist.

Unser Portal soll das vielfach schon ausgezeichnete Informationsangebot gegen Rechtsextremismus im Internet ergänzen. Denn Engagement gegen jede Form von Extremismus, für Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ist die Aufgabe aller demokratischen Kräfte. Ein Blick auf die Geschichte unseres Landes zeigt: Es gibt keinen Grund, Rechts- und Linksextremismus gegeneinander „aufzurechnen“. Vielmehr geht es darum, unsere Demokratie „wetterfest“ gegen jegliche Form von Extremismus zu machen.

Demokratie ist nicht selbstverständlich: Für Demokratie, Freiheit und Menschenrechte muss immer wieder aktiv etwas getan werden. Wer vor 1945 in Deutschland geboren wurde, war Zeuge der NS-Diktatur, unter der unvorstellbare Menschheitsverbrechen unter anderem aus rassistischen Gründen begangen wurden und die Millionen von Menschen Elend, Krieg und Tod brachte.

Wer nach Ende des Zweiten Weltkrieges im östlichen Teil Deutschlands, der späteren DDR, gelebt hat, musste mit Unterdrückung der Meinungs- und Reisefreiheit, staatlicher Überwachung, Repression, Gängelung, miserabler Versorgung und katastrophalen Umweltschäden zurechtkommen. Erst die friedliche Revolution von 1989/90, die am 3. Oktober 1990 in die Wiedervereinigung Deutschlands mündete, brachte allen Deutschen Freiheit und Demokratie. Doch diese Demokratie ist keineswegs selbstverständlich.

Demokratie ist ein kostbares Gut, das sich jede Generation neu erarbeiten muss. Freiheit, Demokratie und Wohlstand haben auch Feinde. Denn die ewig Gestrigen sind nicht mit dem Ende ihrer Diktaturen verschwunden. Sie gibt es in jeder Gesellschaft. Rechts- und Linksextremisten kann nur mit demokratischem Selbstbewusstsein und Engagement von uns allen begegnet werden.

Demokratie ist diejenige Ordnung, die ihren Anhängern die größte Freiheit für politische Veränderungen lässt. Das schließt selbst radikale Veränderungswünsche ein – es ist ein Wesenszug der

Demokratie, dass sie von Kritik und der steten Optimierung ihrer zweifellos vorhandenen, aber verbesserbaren Mängel lebt. Um Utopien kann man streiten, Extremismus muss man bestreiten.

Demokratie braucht Engagement. Wer sich hingegen politisch gar nicht interessiert, nimmt in Kauf, eines Tages von Personen regiert zu werden, denen Freiheit und Demokratie nichts bedeutet. Deshalb ist es notwendig, sich der zentralen Werte der Demokratie und des Wertes der Demokratie selbst bewusst zu sein. Kompetenz in demokratischen Grundwerten stärkt auch die Kompetenz gegen Extremismus und trägt zur Auseinandersetzung mit den Ideen der Feinde der Freiheit bei.

Autoren

Prof. Dr. Uwe Backes

Politikwissenschaftler, TU Dresden

Dr. Harald Bergsdorf

Politikwissenschaftler, Bonn

Christoph Bernstiel M.A.

Politikwissenschaftler und Kommunikationsberater, Halle

Univ.-Prof. em. Dr. Carl Deichmann

Institut für Politikwissenschaft und Didaktik der Politik, Friedrich-Schiller-Universität Jena

David Gregosz

Leiter Regionalprogramm Soziale Ordnungspolitik in Lateinamerika (SOPLA) und kommissarischer Leiter des Auslandsbüros Chile der Konrad-Adenauer-Stiftung

Prof. Dr. Eckhard Jesse

(Mit-) Herausgeber des Jahrbuches Extremismus & Demokratie, Chemnitz

Jun.-Prof. Dr. Tom Mannewitz

Politikwissenschaftler, TU Chemnitz

Gerke Minrath

Vorsitzende des Vereins Keine Gewalt gegen Polizisten e.V.

Matthias Mletzko M.A.

Mitglied des European Expert Network on Terrorism Issues (EEnet), Mainz

Dr. Jürgen P. Lang

Extremismus- und Parteienforscher, München

Jan Christoph Rödel

Historiker, Halle

Dr. Andreas Schulze

Stellvertretender Leiter des Politischen Bildungsforums Sachsen-Anhalt und wissenschaftlicher Mitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung

Dr. Rudolf van Hüllen

Politikwissenschaftler und Publizist, Krefeld

Christoph Weckenbrock M.A.

Politikwissenschaftler und Extremismusforscher, Universität Bonn

Grundsätzliches

Was ist Linksextremismus?

Uwe Backes

Der politische Richtungsbegriff „links“ geht auf die in der Französischen Revolution seit 1789 entstandene Rechts-links-Unterscheidung zurück. Ihr lag der Konflikt zwischen den Legitimitätsprinzipien der königlichen Souveränität und der Volkssouveränität zugrunde. In den folgenden Jahrhunderten haben sich die Grenzen zwischen „Linker“ und „Rechter“ zwar vielfach verwischt. Doch kommt in der Unterscheidung auch heute noch eine Konfliktlinie zum Ausdruck, die mit dem Prinzip der Gleichheit verbunden ist. Linke sind einem egalitären, auf den Abbau von (vor allem sozialen und ökonomischen) Ungleichheiten gerichteten Politikentwurf verpflichtet.

Linksextremismus meint demnach radikal auf die Gleichheit von Menschen ausgerichtete Formen des politischen Extremismus. Von Bedeutung sind in diesem Zusammenhang insbesondere zwei politische Ideenströmungen: Kommunismus und Anarchismus. Dabei strebt der Kommunismus nach Aufhebung sozialer und wirtschaftlicher Ungleichheit (insbesondere zwischen „Kapitalisten“ und „Proletariern“) in einer „klassenlosen Gesellschaft“. Der Anarchismus will nach Beseitigung politischer Ungleichheit (insbesondere zwischen Regierenden und Regierten) eine „herrschaftslose Gesellschaft“ errichten.

Tatsächlich ist eine Abgrenzung oft schwierig, zumal eine Vielfalt politischer Gruppierungen Begriffe in spezifischer Weise prägt und auslegt. Jemand kann radikale linke Ideen verfolgen und sich doch innerhalb der Grenzen des demokratischen Verfassungsstaates und seiner Minimalbedingungen bewegen. Es gibt jedoch eine Reihe von Eigenheiten, die aus einer demokratischen politischen Linken eine extremistische machen:

- Dazu gehört erstens die Behauptung, die eigene politische Analyse sei unanfechtbar richtig und moralisch anderen Politikideen überlegen. Daraus leiten Extremisten die Befugnis ab, sie mit jedem Mittel durchzusetzen. Sie werden dann auch bereit sein, für die Durchsetzung angeblich sozial gerechter Ziele eine Diktatur und die Verletzung von Freiheitsrechten (wie z.B. auf Kuba) in Kauf zu nehmen.
- Zweitens sehen linke Extremisten die Welt in einem Schwarzweißschema. So erscheinen die USA stets nur als imperialistische Ausbeuter und Unterdrücker; dass es sich um ein Land mit einer jahrhundertealten Demokratie handelt, wird ausgeblendet.
- Drittens neigen Linksextremisten dazu, die Welt an einem utopischen Maßstab zu beurteilen, dem keine Regierung und keine Politik jemals nahekomen kann: Die Realität erscheint aus dieser Perspektive immer grenzenlos schlecht.
- Und viertens schließlich behaupten manche Linksextremisten, den Ablauf der Geschichte „wissenschaftlich“ voraussagen zu können. Aus diesem angeblichen Wissen leiten sie den Anspruch ab, die Welt auch gegen die Rechte anderer nach ihren Vorstellungen zu gestalten.

Gute Absichten allein garantieren aber nicht die gute Tat. Ohne Respekt vor den abweichenden Interessen, Meinungen und Überzeugungen der anderen wird eine Regierung tyrannisch. Kein noch so großes Zukunftsziel kann die Zerstörung des Glücks der in der Gegenwart Lebenden rechtfertigen. Wer politische Experimente durchführen will, muss dies in verantwortlicher, die Folgen seines Handelns bedenkender Weise tun. Eine Politik der kleinen, tastenden Schritte ist „dem großen Sprung nach vorn“

(siehe auch Falsche Vorbilder: Mao Tse-tung) vorzuziehen, weil niemand genau wissen kann, wohin der große Sprung führt, und kleine Fehltritte meist leichter zu korrigieren sind als große.

Linksextremismus ist in der Regel eine abwertende Bezeichnung für Erscheinungsformen, von denen man sich abgrenzt, in denen man eine Gefahr sieht und vor denen man folglich warnt. Die so benannten Personen, Gruppen, Organisationen akzeptieren diese Etikettierung meist nicht, ziehen ihre Triftigkeit und meist auch die Maßstäbe der Bewertung in Zweifel. Sie behaupten daher oft, es handele sich in erster Linie um einen Kampfbegriff zwecks Stigmatisierung und Ausgrenzung missliebiger politischer Gegner.

Wird der Begriff Linksextremismus im Rahmen wissenschaftlicher Analyse gebraucht, ist es erforderlich, die ihm zugrunde liegenden Wertmaßstäbe offenzulegen und für andere nachvollziehbar zu machen. Die beiden Wortbestandteile, „links“ und „Extremismus“, bedürfen einer genauen Eingrenzung. Diese beginnt sinnvollerweise mit dem Gattungsbegriff Extremismus. Anschließend kann geklärt werden, welche Teilmenge der Extremismen mit dem spezifizierenden Eigenschaftswort „links“ erfasst wird und wie sie sich vom Rest unterscheiden lässt.

Lesetipps:

- Armin Pfahl-Traughber, Linksextremismus in Deutschland. Eine kritische Bestandsaufnahme, Wiesbaden 2014.

Was ist Kommunismus?

Uwe Backes

„Kommunisten“ nannten sich Anhänger radikal auf Gleichheit ausgerichteter Gesellschaftsmodelle in England und Frankreich seit den 1830er Jahren. Schon im Altertum finden sich Visionen einer Ungleichheit überwindenden Gütergemeinschaft (Beispiel: Platons „Politeia“). In der Neuzeit knüpften Idealstaatsentwürfe daran an. Dem Christentum waren Vorstellungen dieser Art weder in Theorie noch Praxis fremd, wie manche Orden und Klöster zeigten.

Die großen Kirchen verlagerten die Verwirklichung des Heils jedoch auf das Jenseits und strebten nach christlicher Lebensführung überwiegend auf der Grundlage bestehender politischer Ordnungen. Revolutionäre Gruppierungen kommunistischer Prägung, wie sie sich seit der Französischen Revolution politisch organisierten, propagierten hingegen einen Zustand vollkommener Freiheit und Gleichheit im Diesseits. Karl Marx erhob den Anspruch, den Kommunismus auf eine materialistische, geschichtsphilosophisch und ökonomisch fundierte wissenschaftliche Grundlage zu stellen. Der Kommunismus marxistischer Prägung erlangte Weltgeltung durch die Machtergreifung der von Lenin geführten Bolschewiki 1917 in Russland (siehe auch Falsche Vorbilder: Wladimir Iljitsch Lenin) und die Ausdehnung des sowjetischen Machtbereichs infolge des Sieges im Zweiten Weltkrieg. Erst die Reformen Michail Gorbatschows führten das Ende des Kalten Krieges – und der Sowjetunion 1991 – herbei. Lange zuvor hatte der Marxismus-Leninismus infolge der immer tiefer gewordenen Kluft zwischen propagandistischen Versprechungen und einer grauen, von Mangelwirtschaft geprägten Wirklichkeit an intellektueller Ausstrahlung eingebüßt.

Wichtige Formen des Kommunismus, an die linksextremistische Organisationen bis in die Gegenwart anknüpfen, sind Leninismus, Stalinismus, Trotzismus, Maoismus und Rätekommunismus. Zudem bemühen sich linksextremistische Intellektuelle um eine zeitgemäße Reformulierung des Kommunismus, wobei Lehren aus dem Scheitern des „real existierenden Sozialismus“ der Sowjetunion und ihrer Satellitenstaaten gezogen werden sollen.

Der Leninismus besteht vor allem in einer Partei- und Revolutionstheorie, die sich in wesentlichen Aussagen auf die Werke von Karl Marx und Friedrich Engels stützen kann. Gegen Marx allerdings sucht der russische Revolutionär Lenin Anfang des 20. Jahrhunderts den Nachweis zu führen, dass eine sozialistische Revolution in einem rückständigen Agrarland wie Russland mit Erfolg eingeleitet werden könne. Lenins Parteikonzept gibt den Revolutionären ein Mittel in die Hand, um ihre Ziele auch gegen starke Widerstände in die Tat umzusetzen. Lenins „Partei neuen Typs“ ist keine Massenvereinigung, sondern eine aus Berufsrevolutionären bestehende, disziplinierte, streng hierarchisch gegliederte und zentral geführte (demokratischer Zentralismus) Kaderorganisation, die zwar als Vorhut („Avantgarde“) Tuchfühlung zu den Massen hält, darüber hinaus aber wie ein verschwörerischer Zirkel handelt. Die „Diktatur des Proletariats“ mit der Kommunistischen Partei an der Spitze verteidigt nach erfolgreichem Umsturz die „revolutionären Errungenschaften“ auch gegen Widerstände, notfalls mit Gewalt. Der Leninismus ist in dieser Form bis heute elementarer Bestandteil „orthodoxer“ kommunistischer Parteien.

Der Begriff Stalinismus meint ein politisches Konzept sowie eine bestimmte Herrschaftspraxis. Lag bereits der Beitrag Lenins stärker im Bereich der praktischen Revolutionskunde als in dem einer umfassenden politischen Theorie, so galt dies umso mehr für seinen Nachfolger Josef Wissarionowitsch Stalin (1879–1953). Dessen Antwort auf die Frage des „Sieges des Sozialismus in einem Lande“ (Russland bzw. der Sowjetunion) war die Schlussfolgerung aus der Tatsache, dass die bolschewistische Oktoberrevolution 1917 entgegen den Erwartungen Lenins keine revolutionären Erhebungen im

Weltmaßstab ausgelöst hatte. Praktisch hatte bereits Lenin die auf die Oktoberrevolution unmittelbar folgende Phase innenpolitischer Konzeptionslosigkeit und intensiver Außenaktivitäten in Erwartung weltrevolutionärer Ereignisse beendet und mit der Entmachtung der Räte („Sowjets“) und der Ausschaltung von „Fraktionsbildungen“ in der Partei die Weichen für einen Stabilisierungskurs gestellt. Nach Lenins Tod konnte sich der realistischere denkende Stalin gegen seinen weiterhin auf weltrevolutionäre Unternehmungen drängenden Rivalen Leo Trotzki durchsetzen. Zwar beteuerte auch Stalin, er halte einen endgültigen Sieg des „Sozialismus in einem Lande“ ohne den Sieg der Revolution in anderen Ländern für unmöglich; aber gleichzeitig betonte er die Möglichkeit, den Sozialismus „mit den Kräften eines Landes“ zu errichten. Bis Anfang der 1930er Jahre gelang es Stalin, innenpolitische Kontrahenten auszuschalten und maßgeblichen Einfluss auf die Politik des Sowjetstaates zu gewinnen. Der „Aufbau des Sozialismus in einem Lande“ bedeutete für die 1919 gegründete Kommunistische Internationale, dass sich ihre Mitgliedsorganisationen den Interessen der sowjetischen Kommunisten unterzuordnen hatten. Der bewusst genährte Mythos vom „Vaterland aller Werktätigen“ musste künftig für das Ausbleiben der Weltrevolution entschädigen. Stalinismus bedeutet daneben die Art und Weise, wie Stalin seine Macht in der Sowjetunion ausübte, und ist in diesem Zusammenhang unter den meisten Linksextremisten ein abwertender Begriff. Allerdings hatten alle Hauptbestandteile des Stalinismus (Terror, Konzentrationslager, Massenmord an sozial definierten Gruppen) Vorläufer in der Regierungszeit Lenins.

Der Begriff Trotzismus ist keine Erfindung des Mitstreiters Lenins in der Oktoberrevolution, Leo Trotzki (1878–1940), oder seiner Anhänger. Das Etikett war ihnen von ihren Gegnern, insbesondere Stalin, bereits angeheftet worden, bevor Trotzki aus der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) ausgestoßen wurde. In dieser Wortbedeutung bildete er zunächst das Synonym für Trotzki's Theorie der „permanenten Revolution“ („Permanenzler“). Im Laufe der 1930er Jahre wandte Stalin den Begriff jedoch mehr oder weniger unspezifisch auf Oppositionelle und „Abweichler“ an, die als „Trotzkisten“ entlarvt wurden. Leo Trotzki hatte den bolschewistischen Oktoberputsch an maßgeblicher Stelle mitorganisiert, sich in der Auseinandersetzung um die Nachfolge Lenins jedoch nicht gegen Stalin durchsetzen können. Abgesehen von reinen Machtfragen war der Kern ihrer Auseinandersetzung revolutionstheoretischer Natur. Während die von Trotzki in ihren Grundzügen bereits vor dem russischen Umsturzversuch des Jahres 1905 entwickelte Theorie der „permanenten Revolution“ die These einschloss, ein „sozialistisches Regime“ könne sich in der Sowjetunion nur dann dauerhaft etablieren, wenn es Teil eines zügig voranzutreibenden weltrevolutionären Prozesses sei, plädierte Stalin für die Konsolidierung des „Sozialismus in einem Lande“, wollte also das Projekt der bolschewistischen Revolution in relativer Unabhängigkeit von weltrevolutionären Ambitionen stabilisieren. Trotzki wurde aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen, kurzzeitig nach Sibirien verbannt und im Januar 1929 des Landes verwiesen.

Trotzki übte nun scharfe Kritik an der „bürokratischen Entartung“ des Sowjetsystems und der Erstarrung des innerparteilichen Lebens. Allerdings waren die Grundlagen hierfür bereits in der Zeit gelegt worden, als Trotzki noch loyal mit Lenin zusammenarbeitete. Trotzki blieb auch ein unbedingter Verfechter der Organisationsprinzipien Lenins und versagte Stalin und dem Sowjetsystem bei aller Kritik doch niemals die Anerkennung als Arbeiterstaat. Das Zerwürfnis zwischen Stalin und Trotzki stellte für den Erstgenannten wohl primär eine Frage der Macht dar, bei Letztgenanntem die Konsequenz einer dogmatischen Haltung wie auch eines unbedingten Glaubens an die eigene Mission. In Wirklichkeit war – selbst bei immanenter Betrachtung – der Hauptgegensatz zwischen Trotzki's hochabstraktem Theoriekonstrukt und dem pragmatischen Lösungsmodell Stalins aufgebauscht: Weder leugnete der eine die Möglichkeit des Beginns einer sozialistischen Revolution im nationalen Rahmen, noch glaubte der andere an einen „endgültigen“ „Sieg des Sozialismus in einem Lande“.

Der Begriff Maoismus wurde weder von der Kommunistischen Partei (KP) Chinas noch von mit ihr sympathisierenden kommunistischen Parteien außerhalb Chinas verwendet. Er bürgerte sich als Bezeichnung für die politische Doktrin des chinesischen Parteichefs Mao Tse-tung (1893–1976) (siehe

auch Falsche Vorbilder: Mao Tse-tung) und der sich an ihr orientierenden KPen im Westen ein. Grundlage des Maoismus sind demnach die politischen Schriften Maos - die so genannten „Mao-Tse-tung-Ideen“ - und – im weiteren Sinne – die von ihm maßgeblich getragene und mitverantwortete Politik im Zeitraum von 1958, dem Beginn der Abkehr der Volksrepublik China vom sowjetischen Vorbild, bis zu seinem Tod 1976. Versteht man Maoismus als Kriegsstrategie, müsste man auch das Wirken Maos vor Gründung der Volksrepublik (1949) einbeziehen. 1949 hatte Mao der Welt den Sieg der Kommunisten in China verkünden können. Dies war ihm nicht mit Unterstützung Stalins, sondern gegen dessen Willen gelungen. Mao Tse-tung hatte nämlich nicht wie Marx auf das revolutionäre Potential der Industriearbeiterschaft gesetzt, die in China eine verschwindend kleine Gruppe in der Bevölkerung bildete (noch kleiner als in Russland 1917/18), sondern auf die verarmten bäuerlichen Massen. Nicht von den Städten sollte die Revolution ausgehen; Maos Strategie sah die „Einkreisung der Städte durch das Land“ vor.

Die chinesischen Kommunisten vollzogen die „Entstalinisierung“ auf dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 nicht mit. Der in Moskau propagierten Politik der „friedlichen Koexistenz“ hielten die Vertreter der chinesischen KP die Auffassung entgegen, es könne kein friedliches Hinübergleiten vom Kapitalismus zum Sozialismus geben, vielmehr sei der weltrevolutionäre Prozess ohne kriegerische Auseinandersetzungen unmöglich.

Nicht das Werk Mao Tse-tungs, sondern der sich entspinnde chinesisch-sowjetische Gegensatz wurde zum Anlass maoistischer Organisationsgründungen in den westlichen Demokratien. Infolgedessen steht ihr Maoismus nur in einem lockeren Verhältnis zum literarischen Wirken des chinesischen KP-Führers. Dies kann umso weniger erstaunen, als die Schriften Maos überwiegend politisch-praktischer Natur sind, während seine wenigen philosophisch-theoretischen Beiträge kaum als originell erscheinen. Die seit Anfang der 1970er Jahre entstandenen maoistischen Gruppierungen, in den ersten beiden Jahrzehnten ein Sammelbecken von Altstalinisten und des Antiautoritarismus überdrüssigen Anhängern der Studentenbewegungen, einte ihr entschiedenes Bekenntnis zum Marxismus-Leninismus, das den Vorwurf des „Revisionismus“ gegenüber der Sowjetunion und ihren Satellitenstaaten einschloss. Mit unterschiedlichem Nachdruck ehrten sie Stalin als konsequentesten Fortführer des von Lenin begonnenen Werkes. Alle Gruppierungen betonten das Ziel einer kommunistischen Weltrevolution. Die ideologisch-programmatischen Bindungen an die chinesische Mutterpartei waren jedoch unterschiedlich eng. Wichtiger erschien das Anlehnungsbedürfnis an ein bestimmtes Entwicklungsmodell, ein „real existierendes“ System, das emotionale Identifikationsmöglichkeiten schuf, um gegenüber den Verlockungen des Kapitalismus gewappnet zu sein. So verstanden sich auch kommunistische Organisationen als „maoistisch“, die weder von der KP Chinas Anerkennung erfuhren noch in entscheidenden Punkten des ideologisch-programmatischen Selbstverständnisses mit offiziell anerkannten Parteien übereinstimmten. Dies konnte angesichts der Unzahl heillos zerstrittener maoistischer Zirkel in vielen Ländern nicht sonderlich überraschen.

Mehr über die wahren Triebkräfte maoistischer Organisationen erfuhr man nach dem Tode Mao Tse-tungs 1976. Bereits einige Jahre zuvor hatten Nachfolgekämpfe innerhalb der KPen eingesetzt. Die Frage war nun, wie sich die maoistischen Organisationen gegenüber dem politischen Kurs der neuen Führungsriege in Peking verhalten würden. Manche kehrten dem Zentrum Peking den Rücken, andere fanden nach einer gewissen Zeit wieder zu ihm zurück. Die weitere Transformation und marktwirtschaftliche Öffnung Chinas hat das Phänomen des Maoismus nicht verschwinden lassen, da die Werke Maos als Referenzsystem blieben. So beruft sich die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) unverdrossen auf die Lehren Mao Tse-tungs, erreicht aber bei Wahlen, sofern sie denn kandidiert, nur einen verschwindend geringen Stimmenanteil (Bundestagswahl 2009: 0,1 Prozent der Zweitstimmen). Starke maoistische Parteien und Bewegungen gibt es auf den Philippinen, in Nepal und in Indien, wo sich die militanten „Naxaliten“ auf Mao berufen und in einigen Bundesstaaten ein gravierendes Sicherheitsproblem darstellen.

Während der Maoismus einem leninistischen Parteikonzept folgt, ähnelt der Rätekommunismus in manchen Zügen dem Anarchismus (siehe auch Was heißt Anarchismus?). Lenin hatte sich zwar für die Macht der Räte (Sowjets) ausgesprochen, ihren Einfluss in der Praxis jedoch rigoros beschnitten (siehe auch Was sind Räte als Ergänzung des Parlaments?). In Deutschland ist der Rätekommunismus vor allem von Ernst Däumig theoretisch entfaltet worden. Dabei verhielten sich Räteidee und Parlamentarismus wie Feuer und Wasser. Nach Däumig ist das Proletariat alleiniger Träger des Rätegedankens. Folglich können Räte auch nur unmittelbar in den Betrieben entstehen, die unablässige Teilnahme aller vorausgesetzt. Mandate an eine übergeordnete Räteorganisation sind nur befristet und weisungsgebunden zu vergeben. Ziel des Rätesystems ist das „sich selbst verwaltende Gemeinwesen“. Der Rätekommunismus lehnt darüber hinaus – wie der Anarchismus – „Zentralismus“ ab, fordert dezentrale Organisationsformen und ein größtmögliches Maß an Autonomie der Selbstverwaltungseinheiten. Rätekommunisten misstrauen bürokratischen Strukturen, die unweigerlich entstehen, wenn auf überlokaler Ebene Willensbildungs- und Entscheidungsstrukturen existieren. Der Rätekommunismus verlor mit der Stabilisierung der Weimarer Republik an Bedeutung, erlebte aber mit der Studentenbewegung Ende der 1960er Jahre eine gewisse Renaissance. Die Ökologiebewegung nahm zeitweilig Elemente des Rätekommunismus auf („Basisdemokratie“, imperatives Mandat, Rotationsprinzip), stellte sich in ihrer Mehrheit jedoch bald uneingeschränkt auf die Grundlage des parlamentarischen Systems (Repräsentationsidee, freies Abgeordnetenmandat, längere Amtsperioden).

Nach dem Ende des „real existierenden Sozialismus“ geriet die extremistische Linke in eine tiefe Identitätskrise, die eine Reformulierung der kommunistischen Ideen anstieß. Das Ergebnis war der sogenannte „Neokommunismus“. Die Bücher von Neokommunisten erreichen zum Teil hohe Auflagen, und die Stars unter ihnen sprechen in europäischen Hauptstädten in prallgefüllten Sälen vor großem Publikum. Kult-Status genießt der slowenische Gesellschaftstheoretiker Slavoj Žižek, dessen Anhänger Žižek-T-Shirts tragen, sich Žižek-CDs anhören und ihren Schwarm in einem Film bewundern können. Eine von Žižek herausgegebene Beitragssammlung („The Idea of Communism“, London 2009) vereint wichtige neokommunistische Autoren, die bei aller Unterschiedlichkeit ihrer Auffassungen folgende Prämisse teilen: Angesichts fortschreitender Depolitisierung bleibe der Kommunismus als „die“ Idee „radikaler Philosophie und Politik“ die einzige Hoffnung. Sollte er aber „radikales Handeln“ anleiten, müsse er sich von einer Fixierung auf Staat und Ökonomie lösen und die Erfahrungen des 20. Jahrhunderts verarbeiten. Die kommunistische Betonung der Gemeingüter (etwa gemeinschaftliche Vorkehrungen und Einrichtungen gegen den Raubbau an der Natur oder die ungerechte Verteilung von Bildungschancen) fordere die Privatisierungsprojekte „neoliberaler kapitalistischer Ausbeutung und Beherrschung“ heraus. Dabei sei der (neue) Kommunismus bestrebt, Freiheit und Gleichheit zu vereinen: Freiheit gedeihe nicht ohne Gleichheit, und Gleichheit könne nicht bestehen ohne Freiheit.

Die Autoren wecken jedoch Zweifel, ob ein solches Unternehmen gelingen kann. Ist es ein Zufall, dass überall dort, wo in der Vergangenheit Kommunisten die Macht übernahmen, Diktaturen entstanden? Die freiheitssichernden Funktionen von Verfassungsstaaten werden offenkundig auch von den neokommunistischen Autoren verkannt, wenn sie Verfassungsstaat schlicht mit „Neoliberalismus“ gleichsetzen und als repressiv verwerfen. Deutlich wird Antonio Negri, wegen Unterstützung der „Roten Brigaden“ zu einer Haftstrafe verurteilter Soziologe und Philosoph aus Padua: „Kommunist sein“ bedeute, „gegen den Staat zu sein“. Die Autoren lassen ihre Leser allein mit der Frage, was an die Stelle des angeblich so repressiven Staates nach seiner Zerstörung treten soll, wie sich also Freiheit in radikaler Gleichheit auf andere Weise institutionalisieren lässt.

Lesetipps:

- Leszek Kolakowski, Die Hauptströmungen des Marxismus. Entstehung, Entwicklung, Zerfall, München 1988.
- Gerd Koenen, Utopie der Säuberung. Was war der Kommunismus?, Berlin 1998.
- Wolfgang Leonhard, Die Dreispaltung des Marxismus, Düsseldorf/Wien 1970.

Für die einzelnen Strömungen und ihre aktuellen Vertreter in Deutschland gibt es Informationen in nahezu allen Verfassungsschutzberichten, und zusätzlich bei der Bundeszentrale für politische Bildung:

- Rudolf van Hüllen, Das trotzkistische Spektrum im Linksextremismus, Bundeszentrale für politische Bildung, 28.10.2014, online verfügbar.
- Armin Pfahl-Traughber, Die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands. Eine analytische Betrachtung zu Entwicklung und Stellenwert einer politischen Sekte, Bundeszentrale für politische Bildung, 9.9.2013, online verfügbar.
- Armin Pfahl-Traughber, Die „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP): Eine analytische Betrachtung zu Entwicklung und Stellenwert des ehemaligen Interventionsapparats der SED, Bundeszentrale für politische Bildung, 26.8.2014, online verfügbar.

Was heißt Anarchismus?

Uwe Backes

Der Anarchismus (von altgriech. *anarchia*, Herrschaftslosigkeit) teilt mit dem Kommunismus die radikale Absage an alle bestehenden oder herkömmlichen Herrschaftsformen und entwirft stattdessen eine utopische Idealgesellschaft der Zukunft, in der Individuen und soziale Gruppen losgelöst von allen gesellschaftlichen Zwängen leben können (herrschaftsfreie Gesellschaft). Im Gegensatz zum Kommunismus ist der Anarchismus jedoch durch eine gewisse Organisations- und Theoriescheu gekennzeichnet. Am ehesten kann man nach der Stellung des Individuums in der Gesellschaft ein gewisses Spektrum anarchistischer Positionen bestimmen. Es reicht vom „Anarcho-Liberalismus“ bis zum „Anarcho-Kommunismus“.

Der Anarcho-Liberalismus oder individualistische Anarchismus neigt dazu, die Autonomie des Einzelnen mehr oder weniger grenzenlos auszulegen. Die Anhänger bewundern den deutschen Anarchisten Max Stirner mit seinem Werk „Der Einzige und sein Eigentum“ (1845) und lehnen eine von den Kommunisten geforderte generelle Vergesellschaftung von Produktionsmitteln ab, weil dies die freie Wahl der Erwerbsformen beschneide. Im nordamerikanischen Anarchismus (Benjamin R. Tucker) findet man gleichzeitig die besondere Wertschätzung des Wettbewerbs als Mittel der Leistungssteigerung und Effizienzkontrolle.

Während der individualistische Anarchismus nur von einer Minderheit vertreten wird, hat der – am anderen Ende der Skala einzuordnende – kollektivistische Anarchismus weit stärkere Verbreitung gefunden. Als einer seiner Klassiker gilt der russische Adelige Fürst Peter Kropotkin, für den Anarchismus und Kommunismus eine Einheit bilden, sofern unter Kommunismus die Art der wirtschaftlichen Konsumtion und Produktion verstanden wird (siehe auch Was ist Kommunismus?). Kropotkin idealisierte die Lebensweise der sibirischen Siedler am Amur, deren Existenz auf gemeinsamer Arbeit und gegenseitiger Hilfe gründete. Die Agrarkommune bildete in seinen Augen die Urzelle einer anarchistischen Zukunftsgesellschaft.

Die Bedeutung des Individuums ist im Anarchismus eng mit der Organisationsfrage verknüpft. Während „Individual-Anarchisten“ für eine Vielzahl freiwilliger Zusammenschlüsse plädieren, setzt der kollektivistische Anarchismus die Vergesellschaftung der Produktionsmittel voraus und beschneidet individuelle Wahlmöglichkeiten. Zwischen beiden Extremen gibt es allerdings eine Fülle vermittelnder Positionen. Pierre-Joseph Proudhons (1809–1869) Konzeption etwa hatte noch die Existenz selbständiger Handwerker und kleiner Gewerbetreibender vorgesehen. Das System der „Mutualisten“ (franz. für Gegenseitigkeit), wie es seine Anhänger später nannten, beruht auf der gegenseitigen Hilfe kleiner dezentraler Lebens- und Arbeitsgemeinschaften. Auf spezifische Bedürfnisse und Interessen abgestimmte Verträge sollen nach dem Absterben des Staates an die Stelle der Gesetze treten. Proudhons Überzeugung von der Verderblichkeit der Geld- und Zinswirtschaft teilten viele Anarchisten. Würde die Geldwirtschaft beseitigt, so hoffte man, könne man auch die angestrebte soziale Gleichheit erreichen.

Eine zentrale Frage anarchistischer Theorie betrifft den Einsatz von Gewalt als Mittel zum Aufbau einer neuen Gesellschaft (siehe auch Wie stehen Linksextremisten zur Gewalt als Mittel der Politik?). Keineswegs alle Anarchisten billigten eine terroristische Praxis. Der feste Glaube an die Realisierbarkeit einer herrschaftslosen Ordnung führte andere jedoch zur Rechtfertigung des politischen Terrorismus. Die erste „Blütezeit der Anarchie“, wie einer der frühen Historiker des Anarchismus, Max Nettlau, die Jahre 1886 bis 1894 nannte, fiel mit der Hochphase des Anarchoterrorismus zusammen. Zahlreiche gekrönte Häupter, Minister, Staatsanwälte, Richter, Polizeikommissare wurden Opfer des Terrors. 1894

deponierte der Anarchist Émile Henry eine Bombe in einem Pariser Café und verursachte ein Blutbad. Später erklärte er, es sei seine Absicht gewesen, eine möglichst große Zahl von Angehörigen der bürgerlichen Oberschicht zu töten. Geistiger Hintergrund der Terrorwelle war die von führenden Anarchisten wie Michael Bakunin (1814–1876) und Peter Kropotkin (1842–1921) verfochtene „Propaganda der Tat“. Das Handeln entschlossener Minderheiten sollte den revolutionären Geist der Massen entfesseln, ein Gefühl von Unabhängigkeit und Wagemut entstehen lassen, aus dem heraus eine Revolution entstünde. Bei zahlreichen anarchistischen Gruppen in Europa wirkten diese Worte wie ein Plädoyer für den politischen Terrorismus, auch wenn Kropotkin selbst – im Gegensatz zu anderen wie Bakunin oder Sergej Netschajew (1847–1882) – das Spektrum der „Propaganda der Tat“ nicht weiter präziserte. Kropotkin distanzierte sich bald grundsätzlich von terroristischer Praxis und trug damit auch bei anderen Gesinnungsgenossen zu einer Umkehr bei.

Einen ganz anderen Weg revolutionärer Umgestaltung schlug der Anarcho-Syndikalismus ein. Führende Anarchisten hatten in den 1890er Jahren die Möglichkeiten erkannt, die eine Mitwirkung in der sich entwickelnden Gewerkschaftsbewegung bot. Umgekehrt wuchs in den betont revolutionär gesinnten Teilen der Gewerkschaften die Sympathie für die Anarchisten, die selbst eine strategische Mitwirkung in Parteien oder Parlamenten ablehnten. Die neue Gesellschaft sollte aus den Organisationen der Arbeiter hervorgehen. In Deutschland gewann der Anarcho-Syndikalismus nur in den Jahren unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg eine größere Anhängerschaft. Viele Anarchisten lehnten den Anarcho-Syndikalismus aus Organisationsscheu ab.

Eine gewisse Renaissance erlebte der Anarchismus mit der Studentenbewegung Ende der 1960er Jahre – in neuen Kombinationen. Propagiert wurde vielfach das „Primat der Praxis“. Einen interessanten Fall stellte die Berliner Terrorgruppe „Bewegung 2. Juni“ dar, die u.a. durch die Entführung des Berliner CDU-Vorsitzenden Peter Lorenz Ende Februar 1975 bekannt wurde (siehe auch Führt Linksextremismus zu Terrorismus?). Im Inneren lehnte die Gruppe „Spezialistentum“ und „Autoritätsstrukturen“ im Gegensatz zur zeitgleich aktiven Roten-Armee-Fraktion (RAF) ab. Ihre revolutionäre Strategie trug gewisse anarchistische Züge: Die Arbeit an der „Basis“ sollte mit spektakulären Aktionen kombiniert werden. Auf der einen Seite wollte man propagandistisch mit Flugblättern, Demonstrationen, Aufklebern etc. in der Öffentlichkeit wirken, auf der anderen Seite waren konspirative Zellen vorgesehen, die „Massenaktionen“ hinter den Kulissen provozieren und unterstützen sollten. Das für den älteren Anarchismus typische Vertrauen in die unmittelbar revolutionsauslösende Wirkung der Taten schien den Aktivisten der Bewegung 2. Juni allerdings abzugehen. Als Vorbilder der Gruppe dienten u.a. die französische „Gauche Prolétarienne“ und die italienische „Lotta Continua“, und ihr nahe verwandt ist eine dritte Struktur des deutschen Linksterrorismus, die Revolutionären Zellen (RZ).

Das Ende des „real existierenden Sozialismus“ hat linksextreme Strömungen begünstigt, die es stets abgelehnt hatten, sich an einer reinen Lehre auszurichten. Die anarchistische Skepsis gegenüber zentralisierten Organisationsstrukturen lebt in der Szene der Autonomen fort (siehe auch Die Welt der Autonomen). Sie ist schon wegen ihrer Theoriescheu nur schwer auf einen Nenner zu bringen. Das in der Szene verbreitete Lebensgefühl spiegelt sich neuerdings in dem Pamphlet „Der kommende Aufstand“ eines „unsichtbaren Komitees“ aus Frankreich, das, ins Deutsche übersetzt, in hiesigen Internet-Foren kursierte und eine hohe Leserzahl erreichte. Die Verfasser begnügten sich nicht mit der Anprangerung schlechter Verhältnisse, sondern erörterten – so die Herausgeber – „konkrete Schritte zu ihrer Aufhebung“. U.a. wird vorgeschlagen, Krisen und Katastrophen zur Anstachelung zum Aufruhr zu nutzen, sich zu organisieren, aber weder geschlossene Zellen zu bilden noch geschwätzige Vollversammlungen einzuberufen; sich zu bewaffnen, aber möglichst keinen Gebrauch von den Waffen zu machen. Wenn die Situation reif sei, falle die Macht wie ein Apfel in die Hand der „Kommunen“.

Lesetipps:

- James Joll, Die Anarchisten, Frankfurt a.M. 1971.

- Peter Lösche, Anarchismus, 2. Aufl., Darmstadt 1987.

Gibt es eine gute Mitte?

Christoph Weckenbrock

In der Öffentlichkeit gilt die Mitte der Gesellschaft gemeinhin als der „gute“ Gegenpol zum politischen Extremismus. Diese vereinfachende Annahme übersieht jedoch, dass es sich bei „der Mitte“ um einen äußerst vielschichtigen Begriff (politische Mitte, Mittelschicht, „Neue Mitte“) handelt, der gerade in Bezug auf politisch-gesellschaftliche Einstellungsmuster einem ständigen Wandel unterliegt.

„Die Mitte“ gilt in den Geisteswissenschaften von jeher als „Ort der Sicherheit und Beständigkeit“, welcher Werte wie Ausgleich, Wohlstand und Frieden verspricht (Herfried Münkler). Schon in der antiken Philosophie Platons und Aristoteles' kam ihr sowohl mit Blick auf die richtige Staatsform („Mischverfassung“) als auch mit Blick auf das politische Wertefundament einer Gesellschaft (die Tugendhaftigkeit als „Mitte“, Maßlosigkeit und Mangel als „Extreme“) eine Schlüsselstellung zu. Heute wird der Begriff der Mitte vor allem in einer politisch-kulturellen und soziologisch-wirtschaftlichen Weise oder auch parteistrategisch genutzt. Soziologisch wird mit der „Mittelschicht“ jene Gruppe beschrieben, die wirtschaftlich zwischen der Ober- und der Unterschicht positioniert ist, soziale Mobilität ermöglicht und in den westlichen Industriestaaten heute den Großteil der Bevölkerung ausmacht. Um diese große Wählergruppe anzusprechen, bemühen sich gerade in der Bundesrepublik die Volksparteien darum, sich strategisch als einzig legitime Interessenvertreter der Mittelschicht darzustellen (Slogans: „CDU – Die Mitte“ oder „SPD – Neue Mitte“). Die Tatsache, dass zwei konkurrierende Parteien aus verschiedenen politischen Lagern gleichermaßen für sich beanspruchen, „Mitte“ zu sein, zeigt dabei ein wichtiges Charakteristikum des „Mitte“-Begriffs auf: seine inhaltliche Flexibilität und Auslegungsbedürftigkeit.

Die politisch-kulturelle „Mitte“, welche so oft als eigentlicher Gegenpol extremistischer Randerscheinungen bezeichnet wird und somit für die Beantwortung der oben gestellten Frage ausschlaggebend ist, enthält keineswegs einen unverrückbaren und gleichbleibenden Wertekanon. Die politischen Einstellungsmuster und gesellschaftlichen Normen der „Mitte“ hängen stets vom herrschenden Zeitgeist, den jeweiligen politischen Konstellationen und der daraus resultierenden politischen Kultur in einem Staate ab. Ein Blick auf verschiedene historische Epochen wie zum Beispiel die US-amerikanische (1763–1783) oder die französische Revolutionsphase (1789–1799) und die deutsche Märzrevolution (1848) zeigt deutlich, dass zum einen damalige „Radikale“ und „Extreme“ nach heutigem Verständnis der politischen Mitte angehören würden und dass zum anderen Vertreter der Mitte bei einer Verschiebung des politischen Koordinatensystems recht schnell zu vermeintlichen (so etikettiert durch den politischen Gegner) oder tatsächlichen „Extremisten“ werden können. Der Aufstieg des Nationalsozialismus in der Weimarer Republik hat zudem vor Augen geführt, dass auch die Repräsentanten der politischen Mitte unter bestimmten Voraussetzungen autoritären bis extremistischen Politikvorstellungen zuneigen können. Dass sich die Wählerschaft der NSDAP vor 1933 soziologisch zu bedeutenden Teilen aus Angehörigen der Mittelschicht (Kleinbürgertum, Handwerker, Mittelständler) zusammensetzte, gilt in der Forschung heute im Übrigen als unumstritten.

Als Folge der „totalitären Erfahrung“ auf deutschem Boden hat sich in der Bundesrepublik ein Selbstverständnis der Mitte ausgebildet, welches sich die Verteidigung elementarer Grundsätze der offenen Gesellschaft zur Aufgabe gemacht hat. Zu diesem Minimalkonsens gehören die universalen Menschen- und Freiheitsrechte ebenso wie ein rechtsstaatlicher Pluralismus und ein demokratischer Staatsaufbau, welcher regelmäßige Wahlen vorsieht und vom Wechselspiel zwischen Regierung und Opposition geprägt ist. Blickt man speziell auf die Akzeptanz dieses Minimalkatalogs bei den etablierten Parteien in Deutschland, so können Union, SPD, FDP und Grüne durchaus der politischen Mitte zugerechnet werden. Die politisch-kulturelle Mitte der heutigen Bundesrepublik akzeptiert also die

grundlegenden Bestandteile des freiheitlichen demokratischen Verfassungsstaates, extremistische Ideologien und Personen sind auch deshalb gesellschaftlich weitgehend geächtet. Dass Verbände, Kirchen, Parteien, Medien und die allermeisten Bürger politischen Extremismus ablehnen, heißt aber noch nicht, dass bestimmte Politikansätze extremistischer Färbung (z.B. Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, autoritäre Staatsvorstellungen) nicht auch von einzelnen Angehörigen der politischen Mitte oder der wirtschaftlichen Mittelschicht vertreten werden können. Entgegen manch anders lautenden Studienergebnissen erscheint es jedoch verfehlt, aus diesem Umstand auf einen in Deutschland breitflächig vorhandenen „Extremismus der Mitte“ zu schließen. Extremistische Denkweisen mögen auch in der Mitte der Gesellschaft vorkommen, sind dort aber – zumindest heute und in absehbarer Zukunft – stets in einer Minderheitenposition und nicht Bestandteil eines geschlossenen extremistischen Weltbildes.

Gibt es also nun eine „gute“ Mitte? Die Frage kann nur zweideutig beantwortet werden. Ist mit der politischen Mitte eine systemtragende Bürgergesellschaft gemeint, die die Werte des demokratischen Verfassungsstaates verteidigt und dessen Elemente der nächsten Generation vermittelt, kann sie in diesem Fall tatsächlich als Gegenpol des Extremismus verstanden werden. Versteht man unter „der Mitte“ aber lediglich die Meinung der Mehrheitsgesellschaft unabhängig von herrschender politischer Kultur und Staatsform, also einen bezüglich des Wertefundamentes beliebigen „Konsens der Anpassung“, so ist die Frage entschieden zu verneinen. Die politische Mitte ist verschiebbar und nicht eindeutig festgelegt, der Inhaber der Definitionsgewalt kann diese mitunter selbst bestimmen – in der Diktatur gilt der aufrechte Demokrat so als Extremist. Die Existenz einer „guten“ Mitte ist also möglich, als wertgebundene Antithese des Extremismus sollte aber stets der freiheitliche demokratische Verfassungsstaat mit seinen unveräußerlichen Kernelementen gesehen werden.

Lesetipps:

- Backes, Uwe: Warum die Mitte selbst extrem werden kann. Begriffsgeschichtliche Einsichten zum Extremismuskonzept, in: Brodkorb, Mathias (Hrsg.): Extremistenjäger!? Der Extremismus-Begriff und der demokratische Verfassungsstaat, Banzkow 2011, S. 19–32.
- Münkler, Herfried: Mitte und Maß. Der Kampf um die richtige Ordnung, Berlin 2010.

Gibt es einen linksextremistischen Antisemitismus?

Rudolf van Hüllen

Antisemitismus bringt man üblicherweise mit Rechtsextremismus in Verbindung: Die Nationalsozialisten verwirklichten einen selbst in der Jahrtausende alten Geschichte des Antisemitismus beispiellosen Massenmord an jüdischen Menschen. Von Linksextremisten, die sich durchweg als „Antifaschisten“ verstehen, könnte man daher erwarten, dass sie antisemitischen Stereotypen in ihren Zusammenhängen keinen Raum lassen. Das aber stimmt leider so nicht.

Was ist Antisemitismus?

Antisemitismus ist eine Jahrtausende alte Vorurteilsstruktur, die sich pauschal gegen Menschen richtet, die sich als jüdische Religionsgemeinschaft verstehen. Antisemitismus ist vereinfacht formuliert „Feindschaft gegen Juden als Juden“, sagt der Politikwissenschaftler Armin Pfahl-Traughber. Es gibt unterschiedliche Spielarten von Antisemitismus: Er kann religiös begründet sein, er kann ökonomisch begründet sei, wenn er am wirtschaftlichen Erfolg jüdischer Händler und Bankiers Anstoß nimmt, er kann, wie bei den Nazis, rassistisch/biologistisch begründet sein. Im letzteren Fall glaubt er, in den Mitgliedern der jüdischen Religionsgemeinschaft eine ethnisch oder biologisch definierbare „Rasse“ erkennen zu können, der dann kollektiv negative Eigenschaften zugeschrieben werden. Dieses Verfahren ist allen Spielarten des Antisemitismus eigen: Unabhängig von ihrem Tun oder Lassen, von ihren politischen Überzeugungen, ihrem Geschlecht, ihrer Hautfarbe, werden „die Juden“ in kollektive Verantwortung dafür genommen, was irgendeiner von ihnen an angeblich Negativem tut. Im politisch begründeten linken Antisemitismus, der sich üblicherweise „Antizionismus“ nennt, wird auf „die Juden“ in erster Linie eine tief greifende Abneigung gegen den Staat Israel als einzige westliche Demokratie im Nahen Osten projiziert.

Linksextremisten würden wohl nicht in die Gefahr geraten, ihren Antisemitismus rassistisch zu begründen. Die ökonomischen und politischen Varianten des Antisemitismus haben im Linksextremismus dagegen eine lange Tradition. Der stalinistische Sowjetkommunismus war stark antisemitisch ausgerichtet; eine geplante „Säuberungskampagne“ unter Stalin in den 1950er Jahren war gegen eine angebliche „jüdische Ärzteverschwörung“ gerichtet. Seit dem Sechstagekrieg 1967 ergriffen Linksextremisten in Deutschland fast durchgängig einseitig für die arabisch-palästinensische Seite Partei. Das lag nur zum Teil daran, dass die Sowjetunion auf die arabische Karte setzte. Andere linksextremistische Gruppen bis hin zu den Terroristen der Roten Armee Fraktion (RAF) sahen im palästinensischen Terrorismus nunmehr ein „für seine Befreiung kämpfendes Volk“; in Israel aber einen „kapitalistischen“ Bündnispartner der verhassten USA. Dabei vermischten sich alte antisemitische Stereotypen mit linksextremem Antiimperialismus (siehe auch „Antimilitarismus“ und „Antiimperialismus“ bei Linksextremisten). Zudem wird konsequent mit doppelten Standards gearbeitet: Israelische Maßnahmen gegen palästinensischen Terror bezeichnen Linksextremisten als Menschenrechtsverletzungen oder Kriegsverbrechen. Gewalt und Terrorismus, Korruption und Kriminalität bei palästinensischen Akteuren werden von ihnen nicht erwähnt.

Entschuldigend heißt es zu diesem Verhalten, es handele sich nicht um Antisemitismus, sondern um „antizionistische Kritik“ an der israelischen Politik. Und die werde man doch wohl noch kritisieren dürfen. Selbstverständlich darf man das, die Kritik findet ja in der israelischen Gesellschaft genau so statt wie in jedem demokratischen System. Allerdings geht der linksextreme „Antizionismus“ bisweilen so weit, dass Israel als „zionistisches Gebilde“ bezeichnet und ihm das Existenzrecht abgesprochen wird – auf eine solche Idee käme wohl niemand, dem vielleicht an der belgischen, dänischen oder französischen Politik irgend etwas nicht passt. Israel gilt in der Perspektive eines linken Antisemitismus

nicht als ein Zufluchtsort für Juden, die den Holocaust überlebt haben, sondern als ein verbrecherisches Unternehmen, das beendet werden müsse – die Nachkommen der Opfer nationalsozialistischer Verfolgung werden zu Tätern umgedeutet, die angeblich eine „Endlösung der palästinensischen Frage“ (so deutsche Linksextremisten 1982) betreiben. Tatsächliche oder vermeintliche Fehler der israelischen Politik werden dabei einfach „den Juden“ weltweit zugerechnet. Über die Kritik israelischer Kriegsführung und Politik, schreibt der Soziologe und Historiker Thomas Haury, könne der „Staat der Opfer“ zum „Täterstaat“ und damit der „Jude“, das Sinnbild des unschuldigen Opfers, als „Israeli“ zum Täter erklärt werden.¹

Kritiker sehen einen solchen als „Israelkritik“ oder „Antizionismus“ getarnten Antisemitismus vor allem in der Partei Die Linke: Dort habe er sich ungefähr seit 2010 zur dominierenden Position in der Außenpolitik der Partei verdichtet². Als Anknüpfungspunkte nennen die Kritiker etliche eindeutig von Ressentiments gegen Juden als Juden getragene Vorfälle in der Partei (z.B. die Ablehnung der Förderung eines Synagogenbaus oder Aufrufe zum Boykott israelischer Waren durch Kommunalpolitiker der Linken), vor allem aber die Teilnahme von drei Bundestagsabgeordneten an einer gemeinsam mit islamistischen Organisationen durchgeführten „Solidaritätsflottille“, die 2010 angeblich Hilfsgüter nach Gaza bringen sollte. Als ein Durchsuchungskommando der israelischen Küstenwache die Schiffe stoppte, kam es zu Auseinandersetzungen mit mehreren Toten. Die Bundestagsabgeordneten der Linken sprachen anschließend von israelischer Piraterie und Kriegsverbrechen; ihr Agieren an der Seite von islamistischen Terroristen wurde intern nicht weiter problematisiert.

Der linksextreme Antisemitismus kommt weniger deutlich und plakativ daher als der Antisemitismus von Rechtsextremisten oder Islamisten. Man erkennt ihn dennoch meistens an folgenden Elementen:

- Abstreiten des Rechts des jüdischen Volkes auf Selbstbestimmung, z.B. mit der Behauptung, Israel sei ein rassistischer Staat,
- Die Anwendung doppelter Standards, indem man von Israel ein Verhalten fordert, das von keinem anderen demokratischen Staat erwartet und erlangt wird,
- Verwenden von Symbolen und Bildern, die mit dem traditionellen Antisemitismus in Verbindung stehen,
- Vergleiche der aktuellen israelischen Politik mit der Politik der Nationalsozialisten,
- Bestreben, alle Juden kollektiv für die Handlungen des Staates Israel verantwortlich zu machen.³

Lesetipps:

- Martin W. Kloke, Israel und die deutsche Linke. Zur Geschichte eines schwierigen Verhältnisses, 2. Aufl. Frankfurt/Main 1994.
- Doron Rabinovici/Ulrich Speck/Natan Sznaider (Hrsg.), Neuer Antisemitismus? Eine globale Debatte, Frankfurt/Main 2004.
- Bericht der unabhängigen Expertenkommission Antisemitismus: Antisemitismus in Deutschland - Erscheinungen, Bedingungen, Präventionsansätze, Bundestags-Drs. 17/7700 vom 10.11.2011.

¹ Thomas Haury, Antisemitismus von links, Hamburg 2002, S.126.

² Die Schilderung einzelnen Vorfälle bei Samuel Salzborn/Sebastian Voigt, Antisemiten als Koalitionspartner? Die Linkspartei zwischen antizionistischem Antisemitismus und dem Streben nach Regierungsfähigkeit, in: Zeitschrift für Politik 3/2011, S.290-309, online verfügbar.

³ Das ist im Wesentlichen eine Definition des European Union Monitoring Center on Racism and Xenophobia (EUMC) von 2004, wiedergegeben nach Salzborn/Voigt, S. 293.

Mehrheit und „Wahrheit“: Gibt es einen vorbestimmten Gemeinwillen?

Tom Mannewitz

Angesichts zäher politischer Entscheidungsfindungsprozesse, angeblich „fauler“ Kompromisse und langwieriger Plenardebatten, bei denen ohnehin nur eine Minderheit der Parlamentarier anwesend ist, gewinnt die Vorstellung einer alles übergreifenden Idee, die den politischen Entscheidungen zugrunde liegen sollte, an Attraktivität. Der Glaube, der Gemeinwille müsse alle politischen Entscheidungen leiten, ist aber keineswegs ein Kind des 20. oder 21. Jahrhunderts. Doch was ist der Gemeinwille? Und wenn er so klar vor uns liegt: Warum entscheidet nicht eine Gruppe von intelligenten Leuten, die den Gemeinwillen kennt?

Auch die Idee des vorbestimmten Gemeinwillens geht auf Rousseau zurück. In seinem Hauptwerk „Vom Gesellschaftsvertrag“ (1776) erklärt der geborene Genfer, der Gemeinwille trete hervor, wenn erstens tugendhafte Bürger unbelastet über Belange der Gesellschaft nachdenken, wenn sie zweitens alle nötigen Informationen zur Verfügung hätten und wenn sie drittens nur für sich abstimmen dürften – das Ende des Berufspolitikers und der Informationsgesellschaft also. Der Gemeinwille sei mithin etwas, das mit dem gesunden Menschenverstand erkannt und als vorherbestimmbares Gemeinwohl angesehen werden könne. Der Einfachheit halber können wir das vorherbestimmte Gemeinwohl als das vermeintlich objektiv und absolut Richtige begreifen, das frei vom Interesse des Einzelnen ist. Rousseau hätte die Entscheidungen der heutigen parlamentarischen Politik wohl als Rechtssetzung eines bloßen Gesamtwillens angesehen. Dieser unterscheidet sich vom Gemeinwillen dadurch, dass er nur die Interessen vieler widerspiegelt, nicht aber das „Wahre“ und „Richtige“ – laue Formelkompromisse sind die Folge.

Warum entscheidet die Politik aber nicht im Sinne des vermeintlich „Richtigen“ und „Wahren“? Nun: Die Idee des vorherbestimmbaren Gemeinwohls krankt an gravierenden Schwächen:

In den meisten Fragen gibt es keinen vorherbestimmten Gemeinwillen: Dass Krieg und Gewalt nicht gut sind, leuchtet dem gesunden Menschenverstand ein und lässt sich begründen. Es gibt in der überwältigenden Mehrheit der Aspekte menschlichen Zusammenlebens aber kein so eindeutig nachvollziehbares Gemeinwohl a priori. Unterschiedliche Vorstellungen von Gemeinwohl entspringen dabei häufig nicht einem Mehr oder Weniger an Verstand zwischen den Menschen, sondern unterschiedlichen Wertesystemen (z.B. Ökologismus, Sozialdemokratie und Christentum, aber auch Kommunismus und Faschismus). Daher hat niemand das Recht, seine auf seinen eigenen Werten beruhende Gemeinwohlvorstellung anderen aufzuzwingen. Er hat jedoch das Recht, gehört zu werden und für die Umsetzung seiner Idee zu werben. Setzt sich seine Gemeinwohlvorstellung im Diskurs durch und bewährt sie sich in der Wirklichkeit, kann sie im Nachhinein als Gemeinwohlvorstellung anerkannt werden.

Der Gemeinwille erforderte eine ständige Versammlungsdemokratie: Er wird ausschließlich über direktdemokratische Entscheidungen gefunden (siehe auch Kann direkte Demokratie funktionieren?). Parlamente wären damit unzulässig, weil Abgeordnete das Gemeinwohl dort durch Eigeninteressen verfälschen würden. Zu jeder einzelnen politischen Frage (von der Müllgebührenverordnung bis zur Rechtssetzung beim internationalen Finanzmarkt) müssten also in Deutschland regelmäßig rund 82 Millionen Menschen zusammentreten – ohne sich vorher abzusprechen, weil das natürlich zur Bündelung von Einzelinteressen in Parteien führen würde.

Der Gemeinwille müsste auf Konsens beruhen: Je unterschiedlicher die Menschen in einer Gesellschaft sind, desto weniger Problemlösungen gibt es, die allen objektiv und absolut richtig erscheinen. In kulturell und ethnisch vielfältigen Gesellschaften gibt es das objektiv Richtige nicht, deshalb kann politisches Handeln immer nur auf Mehrheitsentscheidungen beruhen, die durch Ergebnisse der folgenden Wahlen korrigiert werden können.

Der Gemeinwille setzt selbstlose Bürger voraus: Jeder müsste danach entscheiden, was der Gemeinschaft objektiv am meisten dient (siehe auch Welches Menschenbild haben Linksextremisten?). Dies kann im Konflikt mit seinem eigenen Interesse stehen. Selbstloses Verhalten in der Politik ist zwar wünschenswert. Der Mensch neigt aber dazu, den eigenen konkreten Vorteil über das abstrakte „Wohl der Gemeinschaft“ zu stellen. Lohnstreiks im öffentlichen Dienst und im Kohlebergbau sowie die in Teilen undurchsichtige Einflussnahme durch Lobbyisten auf die Politik beweisen diesen natürlichen Egoismus.

Die Vorstellung eines vorherbestimmbaren Gemeinwohls ist praxisfern und ignoriert natürliche Eigenschaften des Menschen ebenso wie die Entwicklungen der Moderne. Sie diene oft als Grundlage für die Legitimation staatlicher Unterdrückung im Namen des „Guten“. Will man die Freiheit einer Gesellschaft nicht aufgeben, kommt man nicht umhin, das Gemeinwohl über Versuch und Irrtum auch in langen Parlamentsdebatten zu ermitteln – was plebiszitäre Elemente keinesfalls ausschließt.

Sind Demonstrationsblockaden legal?

Werner J. Patzelt

Demonstrieren ist ein wichtiges politisches Bürgerrecht. Auf diese Weise können nämlich auch jene, die weder im Parlament vertreten noch organisiert sind, ihre Meinungen zum Ausdruck bringen, ja Meinungsdruck aufbauen. Also ermöglicht erst das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit öffentlich sichtbare politische Einflussnahme auch außerhalb formalisierter Kommunikationskanäle. Das ist gerade für solche Bürger wichtig, die in Opposition zu den politischen Eliten stehen.

Natürlich besitzen das gleiche Recht auf Demonstrationsfreiheit und öffentliche Meinungsbildung auch jene, die jeweils gegenteilige politische Positionen vertreten und das auch zeigen wollen, etwa als Gegendemonstranten. Solange Demonstrationen und Gegendemonstrationen räumlich getrennt stattfinden, gibt es kein Problem. Schwierigkeiten entstehen aber, wenn nicht nur in Hör- und Sichtweite der Demonstranten gegendemonstriert wird, sondern wenn die Gegner auch körperlich aneinandergeraten. Dann entstehen Konflikte zwischen dem beiderseitigen Grundrecht auf Versammlungsfreiheit.

Um beiden Seiten die Ausübung ihrer Rechte zu sichern, steht dann – mitunter tätlich angegriffen – zwischen den Gegnern die Polizei. Sie kann bei solcher Pflichterfüllung teils an den realen Machtverhältnissen auf der Straße scheitern, teils am von ihr zu befolgenden Grundsatz der Verhältnismäßigkeit des Einsatzes unmittelbarer Gewalt. Am Ende landen schwierige Rechtsfragen vor den Gerichten: Wo und wie sind wem mit welchen Mitteln genau welche Grenzen zu ziehen – und obendrein nach dem liberalen Grundsatz, dass im Zweifelsfall die Versammlungsfreiheit vorgeht?

Nur gestört werden Demonstrationen durch Pfeifkonzerte und sonstige Lärmentfaltung von Gegendemonstranten. Weil es kein Recht darauf gibt, von Meinungsäußerungen anderer unbehelligt zu bleiben, ist derlei auch hinzunehmen – jedenfalls solange, wie nicht durch Lärmentfaltung der Versammlungszweck unterbunden wird. Doch letztlich geht es hier um Stilfragen, weniger um Rechtsfragen. Wem an Fairness liegt, wird dabei bedenken, wie er selbst den Einsatz von Sprechchören und Trillerpfeifen bewertete, wenn er nicht Akteur, sondern Adressat wäre.

Behindert aber werden Demonstrationszüge durch Blockaden des Demonstrationsweges. Es kann sich dabei bloß um Sitzblockaden handeln. Doch auch das Verstellen von Straßen durch geeignete Sperrmaterialien oder durch Selbstankettung von Blockierenden kommt in Frage. Ferner kann die Beseitigung solcher Behinderungen durch Gewaltanwendung behindert werden. Ob das alles einem Demonstrationszug ein unüberwindliches und dann rechtswidriges Hindernis entgegenstellt, ist nach mehrheitlicher Rechtsmeinung vor allem aus der Warte der – versuchsweise – Blockierten zu betrachten.

Wurde ein faktisch nicht überwindliches Hindernis geschaffen, so liegt eine unrechtmäßige Verkürzung des Rechts der Blockierten auf Demonstrationsfreiheit vor. Im Grunde handelt es sich dabei um eine selbsthilfeartige Durchsetzung eigener Forderungen nach dem Verstummen oder Auseinandergehen von Gegnern. Dem aber steht die Aufgabe des Staates entgegen, allen – und zwar ohne Präferenz für bestimmte Inhalte – ihr Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit zu sichern. Real blockierendes Verhalten stellt also Nötigung dar, unterläuft den Vorrang staatlicher Zwangsmittel und widerspricht dem auch für Gegendemonstranten geltenden Grundsatz friedlichen Demonstrierens.

Das alles ist bei bloß symbolischen Blockaden nicht der Fall. Gewalttätigkeit liegt auch dann nicht vor, wenn es beim Blockieren an einer über die körperliche Anwesenheit – durch Gehen, Stehen, Sitzen –

hinausgehenden Kraftentfaltung fehlt. In einen Graubereich strittiger Rechtsmeinungen führt erst die Frage, ob manche Blockademaßnahmen wohl eine rein einschüchternde Wirkung auf die Demonstranten haben könnten und diese dadurch, also ohne konkrete Gewalttätigkeit, rechtswidrig um das Recht auf Versammlungsfreiheit brächten. Konsens ist, dass keine rechtswidrige Demonstrationsblockade vorliegt, wenn die Blockadewirkung allein eine psychische ist. Einer bloßen Drohung, die nicht physisch untersetzt ist, kann man nämlich auch zumutbar trotzen.

Grundsätzlich handeln Gegendemonstranten solange rechtmäßig, wie sie einen Demonstrationszug nicht unmöglich machen, sondern nur erschweren. Letzteres kann vorliegen, wenn ein Demonstrationszug auf die andere Straßenseite ausweichen oder einen Umweg nehmen muss. An Grenzen der Rechtmäßigkeit geraten solche Erschwerungen allerdings, wo sie die – dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit verpflichtete – Polizei daran hindern, überhaupt das Demonstrationsrecht der auf solche Weise Bekämpften zu gewährleisten.

Eine wichtige Frage ist ferner, ob und in welchem Umfang bei der rechtlichen Würdigung von Demonstrationsblockaden deren mögliche Verwerflichkeit oder normative Erwünschtheit eine Rolle spielen soll. Sind Demonstrationsblockaden vielleicht bei Notwehr gegen mögliche Bedrohungen unserer Demokratie oder bei Nothilfe für von Demonstranten mit Polemik überzogene Gruppen gerade nicht rechtswidrig? Hierzu hat das Bundesverfassungsgericht 2009 im sogenannten „Wunsiedel-Urteil“ festgestellt (BVerGE 124, 300-347, Absatz 77):

„Nicht tragfähig für die Rechtfertigung von Eingriffen in die Meinungsfreiheit ist ein Verständnis des öffentlichen Friedens, das auf den Schutz vor subjektiver Beunruhigung der Bürger durch die Konfrontation mit provokanten Meinungen und Ideologien oder auf die Wahrung von als grundlegend angesehenen sozialen oder ethischen Anschauungen zielt. Eine Beunruhigung, die die geistige Auseinandersetzung im Meinungskampf mit sich bringt und allein aus dem Inhalt der Ideen und deren gedanklichen Konsequenzen folgt, ist notwendige Kehrseite der Meinungsfreiheit und kann für deren Einschränkung kein legitimer Zweck sein. Die mögliche Konfrontation mit beunruhigenden Meinungen, auch wenn sie in ihrer gedanklichen Konsequenz gefährlich und selbst wenn sie auf eine prinzipielle Umwälzung der geltenden Ordnung gerichtet sind, gehört zum freiheitlichen Staat. Der Schutz vor einer Beeinträchtigung des ‚allgemeinen Friedensgefühls‘ oder der ‚Vergiftung des geistigen Klimas‘ sind ebenso wenig ein Eingriffsgrund wie der Schutz der Bevölkerung vor einer Kränkung ihres Rechtsbewusstseins durch totalitäre Ideologien oder eine offenkundig falsche Interpretation der Geschichte. Auch das Ziel, die Menschenrechte im Rechtsbewusstsein der Bevölkerung zu festigen, erlaubt es nicht, zuwiderlaufende Ansichten zu unterdrücken. Die Verfassung setzt vielmehr darauf, dass auch diesbezüglich Kritik und selbst Polemik gesellschaftlich ertragen, ihr mit bürgerschaftlichem Engagement begegnet und letztlich in Freiheit die Gefolgschaft verweigert wird.“

Demonstrationsblockaden aus gleichsam „übergeordneten Gewissensgründen“ sind somit unzulässig. Unbenommen ist natürlich das Recht auf Gegendemonstrationen. Für diese aber gilt zusammenfassend: körperliche Präsenz ist erlaubt, Gewalttätigkeit verboten; es ist Sache des Gesetzgebers, der erlaubten körperlichen Präsenz Grenzen zu ziehen, und Aufgabe der Polizei, sowie diese Grenzen – nach Maßgabe des Verhältnismäßigkeitsgebots – mittels des staatlichen Gewaltmonopols auch zu sichern; und es muss dafür gesorgt sein, dass bei alledem das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit nicht in seinem Wesensgehalt angetastet wird.

Es führt zu keiner systematisch befriedigenden Einschätzung, Demonstrationsblockaden unter den Begriff des Widerstandsrechts zu ziehen. Dieses greift nämlich erst dann, wenn es sich gegen Versuche richtet, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beseitigen. Darum geht es bei Demonstrationen aber kaum einmal. Auch ist es wenig sinnvoll, das ohnehin verfassungsmäßig gesicherte Recht auf Opposition unter den Begriff des Widerstands zu ziehen und jeden Streit um konkrete Politik als einen um den Bestand der Verfassungsordnung auszugeben. Bei Demonstrationen und Gegendemonstrationen geht es nämlich um legitimen politischen Streit anhand der Regeln

pluralistischer Demokratie, nicht aber um gleichsam spielerische Formen von Revolution oder Bürgerkrieg.

Soll eine Gesellschaft pluralistisch oder homogen sein?

Jürgen P. Lang

Mit dieser Frage prallen zwei unterschiedliche Vorstellungen vom Menschen als sozialem Wesen aufeinander. Freiheitliche Demokratien gehen davon aus, dass es unterschiedliche Interessen und Bedürfnisse gibt. Extremisten – nicht nur von links – unterstellen dagegen die Existenz eines allgemeinen „Volkswillens“. Wenn dies stimmte, gäbe es im Volk nur einen Willen, Unterschiede zwischen Mehrheit und Minderheit, Regierung und Volk existierten dann nicht. Eine solche Vorstellung nennt man „identitäre Demokratie“. Allerdings zeigt die Erfahrung: Jeder Versuch, eine solche identitäre Demokratie zu verwirklichen, führte nicht, wie behauptet, zu einer homogenen Gemeinschaft Gleichgesinnter – sondern in die Diktatur.

Identitäre Demokratie geht davon aus, dass politische Meinungsverschiedenheiten in Gesellschaften vollständig abgeschafft werden können und müssen und so eine Identität von Herrschern und Beherrschten entsteht. Sie ist untrennbar mit den Gedanken Rousseaus verbunden. Er betrachtete Individualismus und Unterschiedlichkeit von Interessen als Sündenfall und Ursprung von Willkürherrschaft. Er verfocht die utopische Vorstellung, dass jeder Einzelne vollkommen in einer sozialen Gemeinschaft aufgeht, indem er sich einem Gemeinwillen (franz. *volonté générale*) unterordnet (siehe auch Mehrheit und „Wahrheit“: Gibt es einen vorbestimmten Gemeinwillen?). Die Interessen der Regierten und des Volkes haben demnach dieselben zu sein. Doch wer definiert den Gemeinwillen und wer kontrolliert und garantiert seine Einhaltung? Darauf gab Rousseau keine genaue Antwort. Hätte er es versucht, wäre er wohl darauf gekommen, dass nur eine Diktatur imstande ist, dies zu leisten: „Rousseau glaubte einen neuen Menschen herbeizwingen zu können“⁴.

Identitäre-Demokratie-Entwürfe basieren hauptsächlich auf der Vorstellung, dass die konkreten Inhalte eines „Gemeinwillens“ bereits vorgegeben sind⁵. Ihre Verfechter wähnen sich auf der Seite „des Volkes“, dessen „wahren Willen“ sie erkannt haben wollen. Daraus leiten Extremisten den Anspruch ab, die eigenen – angeblich einzig richtigen – Forderungen um jeden Preis durchzusetzen: Abweichende Meinungen sind in diesem Konzept nicht vorgesehen. Wer sie dennoch vorbringt, steht als „Verräter“ da und hat mit entsprechenden Sanktionen zu rechnen. Mit solchen Vorstellungen geht eine oft scharfe Kritik am Parlamentarismus und an der Parteiendemokratie einher. Der demokratische Verfassungsstaat gilt als „inhaltsleer“ und dem Volk „entfremdet“. Speziell für Linksextremisten ist er ein Herrschaftsinstrument der „Kapitalisten“, das diesen entrissen und mit neuen, „sozialistischen“ Inhalten gefüllt werden müsse. Wer als Demokrat aus welchem Grund auch immer von „der Politik“ oder „den Parteien“ enttäuscht ist, ist möglicherweise empfänglich für solche Argumente, die dann den Extremisten in die Hände spielen können.

Identitärdemokratisches Denken ist nicht nur bei Marxisten-Leninisten fest verwurzelt, sondern es prägt auch die politischen Konzepte weniger harter Extremisten. Die Partei Die Linke etwa erhebt zahlreiche Forderungen, die auf den ersten Blick als harmlose Vorschläge zum Umbau des Parlamentarismus daherkommen. Die Linke macht sich stark für Basisdemokratie, „partizipative Demokratie“ und Räte als Ergänzung zu den Volksvertretungen (siehe auch Was sind Räte als Ergänzung des Parlaments?). Doch die demokratisch nicht legitimierten Räte setzen sich bevorzugt aus den Interessengruppen zusammen, die versprechen, die eigenen politischen Vorgaben am besten umsetzen zu können. Würde Die Linke einen Rat zulassen, in dem „kapitalistische“ Unternehmen politisch mitentscheiden dürfen? Und wer sich für direkte Gesetzgebung einsetzt, muss nicht unbedingt

⁴ Heinrich August Winkler, Geschichte des Westens. Von den Anfängen bis zum 20. Jahrhundert, München 2009, S. 221.

⁵ Vgl. Ernst Fraenkel, Deutschland und die westlichen Demokratien, Stuttgart u.a. 1979, S. 220.

„mehr Demokratie“ im Sinn haben. Er kann auch darauf aus sein, die formale Trennung von Staat und Gesellschaft aufzuweichen und den Staat nach „sozialistischen“ Vorgaben umzubauen (siehe auch Der Sozialismus – eine gute Idee, die in der DDR nur schlecht umgesetzt wurde?).

Ein Staat, in dem nur noch eine „richtige“ Meinung gilt, läuft auf eine Art Erziehungsdiktatur hinaus, die sozialistische Vorstellungen im Volk durchsetzt. Dies ist der genaue Gegenentwurf zu einem demokratischen Verfassungsstaat. Linksextremisten verurteilen dessen „Formalismus“. Doch die politische Neutralität demokratischer Institutionen und Verfahren ist gerade der Garant dafür, dass aus einer Vielzahl von Interessen politische Entscheidungen entstehen – ohne Repression oder gar Gewalt. Nur eine freiheitliche Demokratie wird dem Widerstreit der Interessen gerecht. Wer demgegenüber die Pluralität der modernen Gesellschaft verneint, weil er glaubt, den richtigen Weg erkannt zu haben, begibt sich auf den Irrweg einer Gesellschaft, in der Zwang und Unterdrückung gegenüber Andersdenkenden ausgeübt werden. Das sollte sich jeder vor Augen halten, der angesichts politischen Streits und scheinbar fruchtloser parlamentarischer Debatten die Demokratie in Frage stellt und nach einfachen und radikalen Lösungen sucht. Eine freie Gesellschaft lebt von Widersprüchen. Nur in ihr ist es möglich, Fehler und Irrtümer zu erkennen und auszuräumen – und nicht zuletzt Politiker auch wieder abzuwählen. Dies schließt Reformen, selbst radikale, im demokratischen Verfassungsstaat natürlich nicht aus.

Wann darf man politische Parteien verbieten?

Christoph Bernstiel

Das Recht, seine Meinung frei zu äußern und zu verbreiten, ist eines der wichtigsten des Grundgesetzes, und es gilt auch für die Parteien. Auch ablehnende Haltungen gegenüber dem Staat oder dem politischen System dürfen im Rahmen gültiger Gesetze frei geäußert werden. Ein Parteiverbotsverfahren darf erst dann eingeleitet werden, wenn sich extremistische Gedanken zu konkreten Zielen und Taten verdichten, wenn das Verhalten der Partei sich als „aggressiv kämpferisch“ darstellt. Steht eine Partei im Verdacht, die freiheitliche demokratische Grundordnung planvoll und zielgerichtet beseitigen zu wollen, so kann das Bundesverfassungsgericht auf Antrag prüfen, ob die Partei verfassungswidrig und damit verboten ist.

Laut Grundgesetz wirken die politischen Parteien bei der Willensbildung des Volkes mit (Art. 21 Abs. 2 GG). Ihnen wird damit – im Gegensatz zur Weimarer Reichsverfassung – Verfassungsrang eingeräumt. Sie sondieren Stimmungen, erarbeiten Wahlprogramme und überführen die Meinungen des Wählers in aktive Politik. Aufgrund dieser Funktionen sind die Parteien von wesentlicher Bedeutung für das demokratische Entscheidungssystem in Deutschland. Sie sind Mittler zwischen der Gesellschaft und staatlichen Institutionen. Die Hürden für ein Parteiverbot liegen daher bewusst hoch.

In der über 60-jährigen Geschichte des Grundgesetzes wurden erst zwei Parteien verboten. Es handelte sich dabei um die Sozialistische Reichspartei (SRP, 1952) und die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD, 1956). Gegen die rechtsextremistische Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD, 2001) wurde ein Parteiverbotsverfahren eingeleitet, wegen verfahrensrechtlicher Fragen noch vor einer Sachentscheidung aber eingestellt. 2013 wurde ein erneuter NPD-Verbotsantrag eingereicht. Grundlage für ein Parteiverbot ist wieder der Grundgesetzartikel 21, Absatz 2: „Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig. Über die Frage der Verfassungswidrigkeit entscheidet das Bundesverfassungsgericht.“ Antragsberechtigt sind Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung.

In den bisherigen Verbotsverfahren wurde deutlich, dass eine Partei nicht allein deshalb für verfassungswidrig erklärt werden kann, weil sie „nur“ die obersten Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung⁶ nicht oder nicht vollständig anerkennt. Laut Bundesverfassungsgericht muss für ein Verbot „eine aktiv kämpferische, aggressive Haltung gegenüber der bestehenden Ordnung“ zu erkennen sein. Es muss als erwiesen gelten, dass die Partei versucht, planvoll das Funktionieren der aktuellen Ordnung zu beeinträchtigen, um sie im weiteren Verlauf zu beseitigen (BVerfGE 5,85/141). Antidemokratische und verfassungsfeindliche Äußerungen einzelner Parteimitglieder (selbst in der Öffentlichkeit) reichen demnach allein nicht aus, um eine Partei verbieten zu können. Für ein erfolgreiches Verbotsverfahren muss festgestellt werden können, dass die Partei systematisch daran arbeitet, die freiheitliche demokratische Grundordnung abzuschaffen. Gewalttätige Ausschreitungen seitens der Parteimitglieder sind für ein Verbotsverfahren keine Voraussetzung.

Im Fall des KPD-Verbots 1956 zeigte sich dies u.a. an dem unbedingten Willen der Partei, eine „Diktatur des Proletariats“ nach marxistisch-leninistischen Vorbild im Zuge einer Revolution zu errichten. Doch

⁶ Zu den Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung gehören nach Entscheid des Bundesverfassungsgerichts von 1952 (BVerfGE 2,1) die Achtung der im Grundgesetz festgeschriebenen Menschen-, Persönlichkeits- und Freiheitsrechte, die Achtung der Volkssouveränität, die Gewaltenteilung, die Verantwortlichkeit der Regierung, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, die Unabhängigkeit der Gerichte, das Mehrparteienprinzip und das Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung von Opposition.

trotz eindeutiger Beweise dauerte es fast fünf Jahre, bis das Bundesverfassungsgericht zu dem Schluss kam, die KPD zu verbieten. Ein Verbot ist in der politischen Auseinandersetzung mit verfassungsfeindlichen Parteien nach wie vor das letzte Mittel, denn es signalisiert zugleich, dass alle zivilgesellschaftlichen Mittel erschöpft sind.

Warum gibt es für manche Linksextremisten keinen Islamismus?

Rudolf van Hüllen

Für manche Linksextremisten scheint es den islamistischen Terrorismus nicht zu geben. Etliche von ihnen schreiben die Anschläge des 11. September 2001 gegen alle Beweise nicht Al Kaida, sondern verschwörungstheoretisch den Amerikanern oder dem „internationalen Kapital“ zu. Die „friedenspolitische Sprecherin“ der Linken im Bundestag glaubte, nicht im Terror der menschenverachtenden Taliban, sondern in der Anwesenheit der westlichen Truppen das Hauptproblem Afghanistans zu erkennen, und ganz ähnlich demonstrierte die DKP mit der Parole „Frieden für Afghanistan – Bundeswehr raus aus Afghanistan“. Was steckt dahinter?

Zunächst berücksichtigten die Schriften von Marx den Islamismus nicht, weil es ihn seinerzeit nicht gab. Und da für gläubige Kommunisten nur die Lehren von Marx und Engels Konflikte auf der Welt „richtig“ erklären können, gibt es aus ihrer Sicht den Islamismus als Problem auch heute nicht. Vielmehr sind an der Gewalt in den muslimischen Ländern stets – wie von Marx vorgesehen – die „Kapitalisten“ und die „Imperialisten“ schuld. „Unterdrückte Muslime“ sind allenfalls Opfer kapitalistischer Ausbeutung oder Widerstandskämpfer gegen den „Imperialismus“. Sie sind aus dieser Perspektive weniger Gegner von Linksextremisten, eher schon Verbündete im Kampf gegen „Imperialismus“.

Solche nahezu kriminellen Ansichten teilen demokratische Linke natürlich nicht. Sie beanstanden – neben dem terroristischen Gewalthandeln – am Islamismus selbstverständlich seine ständigen Menschenrechtsverletzungen, seine Unterdrückung von Frauen und seinen mittelalterlichen Despotismus, der Menschen die freie Selbstbestimmung in politischen und religiösen Fragen aberkennen will. Damit liegen sie richtig, denn Islamismus widerspricht jenen Ideen der Gleichheit und Würde von Menschen, die untrennbar zu den Zielen der demokratischen Linken gehören.

Warum liegt das Gewaltmonopol beim Staat?

Harald Bergsdorf

Relevante Teile des Linksextremismus, vor allem Anarchisten und Kommunisten, halten den „kapitalistischen“ Staat der Bundesrepublik, also Demokratie und Soziale Marktwirtschaft, für strukturell „repressiv“. Das gilt aus ihrer Sicht gerade auch für das Gewaltmonopol des demokratischen Staates. Gegen die „strukturelle Gewalt“ des „kapitalistischen“ Staates wehren sich Teile des Linksextremismus, vor allem Autonome, auch mit Gewalt. Aus ihrer Sicht ist es legitime Notwehr, Brandsätze in Kaufhäuser zu werfen, Bankgebäude zu „entglasen“ oder „Nobelkarossen abzufackeln“. Solche Gewalt ist aus ihrer Sicht anti-„kapitalistische“ und antistaatliche „Gegengewalt“. Mit ihr wollen sie letztlich eine herrschaftsfreie Gesellschaft durchsetzen.

Eine solche Gesellschaft ist jedoch Utopie. Das zeigt die historische Erfahrung. In allen kommunistischen Diktaturen wucherte die Staatlichkeit, statt abzusterben, wie ihre Ideologie es vorsah. Der sozialistische Staat missbrauchte sein Gewaltmonopol, um Menschenrechte zu verletzen und die eigene Herrschaft mit repressiven Mitteln gegen legitime Kritik zu verteidigen. Oftmals verunglimpfen Diktatoren bis heute antidiktatorisch-demokratische Opposition als „Terrorismus“. Ein staatliches Gewaltmonopol ist also nicht per se unproblematisch, es kommt sehr wohl auf seine Ausgestaltung an.

Der Begriff „staatliches Gewaltmonopol“ meint heute den Verzicht der Bürger, etwa durch Selbstjustiz Gewalt auszuüben, um eigene Interessen und Wertvorstellungen durchzusetzen. Stattdessen beauftragen die Bürger in einer rechtsstaatlichen Demokratie in den Wahlen zur Legislative die Exekutive und die Judikative, die Interessen und Wertvorstellungen der Mehrheit und die Wahrung von Minderheitenrechten durchzusetzen – auf Basis der demokratischen Verfassung sowie der demokratischen Verordnungen und Gesetze.

Ein Gewaltmonopol existiert, wenn alle legitime Ausübung von Gewalt, sei es mit oder ohne Waffen, innerhalb eines Gemeinwesens von einer Stelle ausgeht, nämlich dem Staat, der zur Durchsetzung des Rechts, etwa zur Abwehr von Terrorismus, Gewalt anwenden darf – nach festgelegten Regeln des demokratischen Rechtsstaates. In einer rechtsstaatlichen Demokratie beanspruchen Exekutive und Judikative mit Armee, Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichten legitimerweise das staatliche Gewaltmonopol. Körperliche Gewalt anwenden dürfen staatliche Stellen freilich nur dann, wenn sie dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit folgen.

Ausnahmsweise dürfen auch die Bürger selbst Gewalt anwenden, etwa dann, wenn sie sich gegen rechtswidrige Angriffe wehren, also in Notwehr handeln. Notwehr ist erlaubt, wenn es keine andere Möglichkeit gibt, sich gegen einen rechtswidrigen Angriff zu verteidigen.

Wenn die staatliche Rechtsordnung selbst versagt oder der Staat selbst zur Bedrohung für die Rechte der Bürger wird, ist Widerstand erlaubt. Im Grundgesetz heißt es dazu in Artikel 20, Absatz 4: „Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.“ Der letzte Halbsatz ist nicht nebensächlich, sondern eine notwendige Bedingung. Das Widerstandsrecht kann darüber hinaus nicht als Recht auf die Errichtung einer Diktatur umgedeutet werden.

Zweck des staatlichen Gewaltmonopols ist es, willkürliche Machtausübung durch einzelne Bürger und die gewaltsame Durchsetzung von Partikularinteressen einzelner Personen oder Interessengruppen zu verhindern. Das Gewaltmonopol bedeutet damit auch die Absage an Fehde und Blutrache. Bereits 1792 bemerkte Wilhelm von Humboldt: „Denn bei der Zwietracht entstehen Kämpfe aus Kämpfen. Die

Beleidigung fordert Rache, und die Rache ist eine neue Beleidigung. Hier muss man also auf eine Rache zurückkommen, welche keine neue Rache erlaubt – und diese ist die Strafe des Staats.“

Ohne staatliches Gewaltmonopol regierte in einer freien Gesellschaft das Recht des Stärkeren, also eine Art Sozialdarwinismus oder Urwaldrecht. Das wäre das Ende von Minderheitenrechten und von Rechten Schwächerer.

Im Ergebnis leistet das staatliche Gewaltmonopol einen großen Beitrag dazu, Konflikte in einer demokratischen Gesellschaft friedlich auszutragen und vor allem Schwächeren zu ihrem Recht zu verhelfen.

Wenn der Staat sein Gewaltmonopol unzureichend wahrnimmt, also rechtsfreie Räume duldet, kann die Neigung zur Selbstjustiz und zum Faustrecht wachsen, das Schwache und Minderheiten benachteiligt. Umso wichtiger ist es in einer Demokratie, das staatliche Gewaltmonopol nach Recht und Gesetz auszuüben – gleichermaßen maßvoll und konsequent. Gerade im schwachen Staat erklingt der Ruf nach dem starken Mann.

Was heißt „legalistischer Linksextremismus“?

Rudolf van Hüllen

Den aus dem Lateinischen stammenden Begriff „legalistisch“ könnte man in etwa mit „formal gesetzestreu“ übersetzen. Es bezeichnet Parteien, welche die geschriebenen Regeln der Verfassung formal einhalten, aber langfristig deren Beseitigung planen. Die wohl erste extremistische „legalistische“ Partei war die NSDAP, für die Joseph Goebbels 1928 erklärte: „Wir gehen in den Reichstag hinein, um uns im Waffenarsenal der Demokratie mit deren eigenen Waffen zu versorgen. (...) Wenn die Demokratie so dumm ist, uns für diesen Bären dienst Freifahrkarten und Diäten zu geben, so ist das ihre eigene Sache.“

Gibt es solche „legalistischen“ Parteien auch im Linksextremismus?

Die meisten linksextremistischen Parteien und Gruppen haben längst erkannt, dass in einer selbstbewussten Demokratie ein offener Aufruf zu Gewalt und Revolution von der Bevölkerung abgelehnt wird. Außerdem kann er in Deutschland unter Umständen zu strafrechtlichen Konsequenzen oder zu einem Parteiverbot nach Art. 21 Abs. 2 GG führen. Nur Autonome (siehe auch Die Welt der Autonomen) lehnen daher einen legalistischen Kurs ausdrücklich ab.

In der Geschichte der Bundesrepublik haben sich hingegen andererseits zahlreiche linksextremistische Parteien der legalistischen Taktik bedient. Sie wissen, dass es nützlich sein kann, Abgeordnete in den Parlamenten zu haben, weil man damit Funktionäre versorgen und an politisch wichtige Informationen kommen kann. Die Beteiligung an Wahlen ist auch erforderlich, wenn eine Partei nicht nach einem gewissen Zeitraum den Parteistatus verlieren will – das sieht das Gesetz über die politischen Parteien so vor. Außerdem bemisst sich die Wahlkampfkostenerstattung – ein wesentlicher Einnahmeposten vor allem parlamentarisch erfolgreicher Parteien – an den Zweitstimmenergebnissen.

Und schließlich macht legalistische Taktik eine extremistische Partei hoffähig. Die Bürger werden sie als weniger gefährlich wahrnehmen, wenn sie nicht zu Gewalt und Revolution aufruft, und die öffentliche Meinung wird freundlicher über sie berichten.

Die NSDAP hatte mit ihrer legalistischen Taktik 1933 insoweit Erfolg, als sie oberflächlich betrachtet legal in die Regierung gelangte – anschließend zerstörte sie die demokratische Ordnung und verfolgte politische Gegner gnadenlos. Die Väter des Grundgesetzes haben 1949 diese Erfahrungen berücksichtigt und klargemacht, dass die formale Einhaltung von Gesetzen aus einer extremistischen Partei keine demokratische macht. Vielmehr komme es auf deren Fernziele an (siehe auch Welche Fernziele verfolgen Linksextremisten?). Diese Entscheidung für eine „wehrhafte Demokratie“, die sich auch gegen legalistische Taktiken zur Wehr setzt, bekam in den 1950er Jahren die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) zu spüren. Um einem Verbot zu entgehen, hatte sie sich zeitweilig verfassungstreu gegeben. Es nützte ihr nichts: „Zu den Absichten, die eine Partei verfassungswidrig machen, gehören (...) auch diejenigen, die sie nur verwirklichen will, wenn die Situation dafür günstig ist.“⁷ Das bedeutet nicht, dass jede extremistische und legalistisch arbeitende Partei unbedingt verboten werden muss (siehe auch Wann darf man politische Parteien verbieten?). Auf ein solches Verbot hinzuarbeiten obliegt nach dem Grundgesetz dem Bundestag, dem Bundesrat, der Bundes- oder einer Landesregierung. Aber die obersten Bundesgerichte haben zu etlichen linksextremistischen Parteien immer mal wieder festgestellt, dass ihre legalistische Taktik nicht dazu führt, dass sie als

⁷ Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 17. August 1956 zum Verbot der KPD, hier BVerfGE 5,85 (85 f.).

tatsächlich verfassungstreu zu beurteilen sind. Ein solches Urteil musste zuletzt Die Linke hinnehmen – vom Bundesverwaltungsgericht.⁸

⁸ Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 21. Juli 2010.

Was ist der demokratische Verfassungsstaat?

Eckhard Jesse

Der demokratische Verfassungsstaat, im Laufe von vielen Jahrhunderten in der Auseinandersetzung mit Autokratien unterschiedlichster Couleur entstanden, ist eine spannungsreiche Synthese aus zwei Traditionslinien: der demokratischen (Volkssouveränität, Gleichheit) sowie der konstitutionellen (Rechtsstaat, Freiheit). Er stellt den Widerpart zu allen Formen des Extremismus dar.⁹

Spannungsreich ist die Synthese deshalb, weil die Elemente sich nicht nur ergänzen, sondern auch widerstreiten. Die Volkssouveränität kann zum Rechtsstaat ebenso in ein Spannungsverhältnis geraten wie Freiheit und Gleichheit. Die Konkurrenztheorie der Demokratie, die auf der Legitimität unterschiedlicher Interessen basiert, lehnt das Verständnis von Demokratie als Identität von Regierenden und Regierten (siehe auch Soll eine Gesellschaft pluralistisch oder homogen sein?) ab.

Mit dem plötzlichen Zusammenbruch des „real existierenden Sozialismus“ Ende der 1980er Jahre ist die Zahl diktatorischer Regierungssysteme zurückgegangen. Aber es hat in den letzten Jahren auch gegenläufige Entwicklungen gegeben¹⁰. Der demokratische Verfassungsstaat ist kein ein für allemal gesichertes Gut, die auf Toleranz basierende pluralistische Ordnung ein kostbares wie fragiles Gebilde.

Gegner des demokratischen Verfassungsstaates wollen ihn nicht immer gewaltsam abschaffen. Manche bedienen sich einer sogenannten Legalitätstaktik (siehe auch Was heißt „legalistischer Linksextremismus“?). Vor allem gegen sie hat der Parlamentarische Rat 1949 nach der leidvollen Vergangenheit die streitbare bzw. abwehrbereite Demokratie eingerichtet. Zu ihren Kennzeichen gehören die Wertgebundenheit, die Abwehrbereitschaft und die Vorverlagerung des Demokratieschutzes. Die Wertgebundenheit schreibt einen unabänderlichen Verfassungskern fest, wie er in Art. 79 Abs. 3 GG verankert ist (Menschenwürde und die Staatsstrukturprinzipien Demokratie, Bundesstaat, Rechtsstaat und Sozialstaat). Die Abwehrbereitschaft schließt die Möglichkeit von Verboten ein. So gibt es entsprechende Vorschriften gegen Vereinigungen, gegen extremistische Agitation und gegen Parteien. Diese können ausschließlich durch das Bundesverfassungsgericht verboten werden (Parteienprivileg). Mit der Vorverlagerung des Demokratieschutzes ist ein Eingreifen gegen Extremismus bereits möglich, ohne dass ein konkreter Gesetzesverstoß (etwa Gewaltanwendung) vorliegt.

Die Devise des demokratischen Verfassungsstaates kann nicht lauten: „Keine Freiheit den Feinden der Freiheit“, weil so verkannt würde, dass selbst Feinde der Demokratie ebenso der Freiheit bedürfen. Aber sie lautet auch nicht: „Gleiche Freiheit den Feinden der Freiheit“, denn dadurch macht sich die Demokratie schutzlos, relativiert die eigenen Prinzipien. Für die streitbare Demokratie lautet die richtige Forderung: „Keine Freiheit zur Abschaffung der Freiheit“.

Der demokratische Verfassungsstaat bezieht seine Legitimation nicht in erster Linie aus dem Kampf gegen antidemokratische Bestrebungen, sondern begründet sich wesentlich positiv mit dem Engagement für die eigenen Werte. Wer die Universalität der Menschenrechte bejaht, ist vor Menschheitsbeglückung ebenso gefeit wie vor kulturellrelativistischem Gerede, wonach jede Gesellschaft lediglich an den eigenen Maßstäben zu messen sei.

⁹ Vgl. Uwe Backes, Liberalismus und Demokratietheorien – Antinomie und Synthese. Zum Wechselverhältnis zweier politischer Strömungen im Vormärz, Düsseldorf 2000.

¹⁰ Vgl. Manfred G. Schmidt, Demokratietheorien. Eine Einführung, 5. Aufl., Opladen 2010.

Was ist politischer Extremismus?

Uwe Backes

„Extremismus“ kann als Gegenbegriff (Antithese) zu dem Begriff des (demokratischen) Verfassungsstaates gefasst werden, also jener politischen Systeme, die sich vom ausgehenden 18. Jahrhundert an zunächst in den Hauptstaaten des „Westens“ (USA, Großbritannien, Frankreich) allmählich durchgesetzt und von dort aus in anderen europäischen wie außereuropäischen Staaten (z.B. Australien) etabliert haben.

In diesem Sinne steht er in einer langen, bis in die Antike zurückreichenden ideengeschichtlichen Tradition, die die Mitte im Sinne von Maß und Mäßigung zwischen den das Gemeinwohl verfehlenden Extremen ansiedelt. Als extremistisch gelten all jene Gesinnungen und Bestrebungen, die sich gegen grundlegende Werte und Verfahrensregeln demokratischer Verfassungsstaaten richten. Dazu zählen insbesondere die Idee der Menschenrechte und die daraus abzuleitenden Grundfreiheiten (wie etwa Handlungsfreiheit, Freiheit der Berufswahl, Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit, Meinungsfreiheit, Vereinigungsfreiheit, Versammlungsfreiheit), die Anerkennungswürdigkeit (Legitimität) des politischen Pluralismus (Recht auf Opposition, Mehrparteienprinzip) und das Prinzip der Gewaltenkontrolle (wie Rechtmäßigkeit der Regierung und Verwaltung, Kontrolle der Regierung durch das Parlament, Unabhängigkeit der Justiz). Wer eines oder mehrere dieser Prinzipien im Grundsatz in Frage stellt und auf seine Beseitigung hinarbeitet, verfolgt extremistische politische Ziele, so die juristische Definition von „Extremismus“ durch das Bundesverfassungsgericht.

Die Definition des politischen Extremismus als Gegenbegriff zum demokratischen Verfassungsstaat enthält stets mehrere Dimensionen, da es sich um ein kompliziertes politisches System handelt, das nicht aus einem einzigen Grundgedanken abgeleitet werden kann. So sind die modernen Verfassungsstaaten durch die Demokratisierung älterer (elitärer, aber immerhin schon gewaltenteilig und pluralistisch organisierter) Verfassungsstaaten entstanden. Sieht man als Grundidee des Verfassungsstaates das Prinzip der Gewaltenkontrolle an, so kann Extremismus als Streben nach Gewaltenkonzentration oder „Autokratie“ (oft auch als „Diktatur“ bezeichnet) verstanden werden. Verfassungsstaat und Extremismus lassen sich aber nicht nur auf der Ebene des staatlichen Institutionengefüges, sondern auch anhand der Struktur und Organisation des Machtprozesses bestimmen. Wenn der Verfassungsstaat die Existenz mehrerer, miteinander konkurrierender Parteien und Interessengruppen (Pluralismus) und die Legitimität politischer Opposition voraussetzt, so zielt Extremismus auf die Durchsetzung eines gebündelten Machtanspruchs, der Konkurrenz nach Möglichkeit ausschaltet, politische Vielfalt und Opposition nicht duldet, jedenfalls unschädlich zu machen sucht, politischen Wechsel unterbindet, selbstbestimmtes Engagement von Gruppen und Einzelpersonen zumindest dann behindert und unterdrückt, wenn es den Zielen und Absichten der Machthaber im Wege steht.

Lesetipps:

- Uwe Backes, Politische Extreme. Eine Wort- und Begriffsgeschichte von der Antike bis zur Gegenwart, Göttingen 2006.
- Norberto Bobbio, Rechts und Links. Gründe und Bedeutung einer politischen Unterscheidung, Berlin 1994.

Was meinen Linksextremisten mit dem Vorwurf „islamophob“?

Rudolf van Hüllen

„Islamophobie“ ist ein derzeit besonders beliebtes Etikett im politischen Schlagabtausch. Auch von Linksextremisten wird es gerne zur Diffamierung politischer Gegner benutzt. Was bezwecken sie damit?

Der Begriff „Islamophobie“ signalisiert ein angstgesteuertes, verhaltensauffälliges Verhalten, das sich gegen eine an sich harmlose Sache richtet. Der Begriff transportiert also die Unterstellung, dass sich jemand gegenüber einer der großen Weltreligionen „krankhaft“ anormal verhält.

Forscher haben herausgefunden, dass der Begriff von muslimischen Autoren und Verbänden vor allem seit den Anschlägen des 11. September 2001 benutzt wurde, um den offensichtlichen Zusammenhang zwischen einer bestimmten Auslegung des Islam und dem islamistischen Terrorismus als Wahndee und gezielte Diskriminierung von Muslimen zu diskreditieren.

Der Begriff „Islamophobie“ ist geschickt gewählt: Er kann, unterstellt man rassistische Absichten des „Islamophoben“, eine pauschale Diskriminierung von Muslimen insgesamt meinen. „Muslimenfeindlichkeit“ wäre in der Tat abzulehnen: Eher ist es so, dass Muslime weltweit gerade die größte Ziel- und Opfergruppe des islamistischen Terrorismus bilden und nur ein ganz kleiner Teil von Muslimen Terroristen sind.

Andererseits sind die islamistischen Terroristen durchweg Muslime. „Angst“ vor einem Islamismus, verstanden als ein politisches System, das „Ungläubige“ gnadenlos verfolgt und weltweit durch einen terroristischen „heiligen Krieg“ ausrotten will, ist durchaus berechtigt. Etwas anderes wäre Islamkritik: An dieser Religion ist aus westlich-aufklärerischer Sicht immerhin die Intoleranz gegenüber „Ungläubigen“, die Unterdrückung der Frauen und die fehlende Trennung von Religion und staatlicher Ordnung zu kritisieren. Das tun auch Muslime, die für einen aufgeklärten Islam eintreten.

Linksextremisten fechten solche Differenzierungen nicht an. In ihrem Weltbild erfüllt das Schlagwort „Islamophobie“ gleich mehrere Zwecke:

Indem es ablehnende Haltungen zum Islam pauschal abwertet, suggeriert es, dass sowohl eine rationale Islamkritik als auch der Kampf gegen den Islamismus letztlich „rassistisch“, weil gegen muslimische Menschen insgesamt gerichtet, seien. Das gefällt besonders Autonomen, für die „weiße Normalos“ sowieso unterschiedslos „rechts“ bzw. „rassistisch“ sind.

Wenn Kritik am Islamismus verwerfliche „Islamophobie“ wäre, dann dürfte man auch die freundschaftlichen Hilfen von Linksextremisten für beispielsweise die Hamas nicht mehr kritisieren. Auch der latente Antisemitismus von Linksextremisten wäre dann einer Kritik entzogen (siehe auch Gibt es einen linken Antisemitismus?).

Und drittens würden dann „die Muslime“ nur „berechtigt“ auf Jahrhunderte „imperialistischer und kolonialistischer Unterdrückung“ reagieren. Dann wäre der Westen am islamistischen Terror letztlich selber schuld - und müsste ihn im Zweifel hinnehmen. Kritik an bestimmten sozialen Verhaltensregeln des Islam, z.B. an der Unterdrückung von Frauen bis hin zum „Ehrenmord“, stände auch niemandem zu: Es wäre sonst „kolonialistische Bevormundung“.

Leider sind solche für die Strategien von Linksextremisten zur Zerstörung freier Ordnungen nützliche Sichtweisen bis weit in die Mitte der Gesellschaft hinein verbreitet. Eine besonders scheußliche Variante

davon ist die Behauptung, wegen der ihnen entgegen gebrachten Ablehnung seien die Muslime die heutigen Juden - eine perfekte Täter-Opfer-Umkehrung.

Was unterscheidet Rechts- und Linksextremismus voneinander?

Uwe Backes

Die Unterscheidung zwischen Rechts- und Linksextremismus geht auf die Französische Revolution zurück.- Dort wurde die alte, bis in die Antike zurückreichende Gegenüberstellung „extremer“ und „gemäßigter“ Positionen mit der neuen, die politische Lagerverteilung bald prägenden Unterscheidung zwischen „rechts“ und „links“ verknüpft. Schon 1791 findet man die Unterscheidung zwischen „extrémité gauche“ (extreme Linke) und „extrémité droite“ (extreme Rechte). Allerdings haben sich die Inhalte dieser Unterscheidung im Laufe der folgenden Jahrhunderte ständig verändert.

Auf der äußersten Rechten trat die ursprünglich emanzipatorische, dann nach innen und außen aggressiv zugespitzte Ideologie des Nationalismus („integraler Nationalismus“) an die Stelle der bedingungslosen Verteidigung dynastischer Interessen. Auf der äußersten Linken gewannen sozialistische und kommunistische Lehren an Boden und orientierten sich bald an wechselnden Regimebildungen. Rechte und Linke beeinflussten sich gegenseitig: Die NS-Bewegung fügte nach dem Ersten Weltkrieg Bausteine sozialistischer Herkunft in ihr rassistisch-imperiales Ideengebäude ein. Die Bolschewiki beuteten unter Stalin die integrativen, gemeinschaftsstiftenden Wirkungen nationalistischer und antisemitischer Lehren für die Stabilisierung des Sowjetstaates aus.

Wer die Unterschiede und die Gemeinsamkeiten des heutigen Rechts- und Linksextremismus herausarbeiten will, kann auf begriffliche Unterscheidungen zurückgreifen, die der Turiner Rechtsphilosoph Norberto Bobbio vorgenommen hat. Er differenziert wie in einem zweidimensionalen Koordinatensystem eine Gleichheits- und eine Freiheitsachse. Auf der Gleichheitsachse kommt der Hauptunterschied zwischen „rechten“ und „linken“ Positionen zum Ausdruck: Linke oder „Egalitarier“ sind nach Bobbio all jene, die Ungleichheiten zwischen Menschen (etwa an Fähigkeiten) keineswegs ignorieren, aber bei der Übertragung von Rechten und Pflichten dem höhere Bedeutung beimessen, was sie gleich statt ungleich macht. Rechte oder „Nichtegalitarier“ hingegen sind all jene, die bei der Übertragung von Rechten und Pflichten denjenigen Eigenschaften, die Menschen ungleich erscheinen lassen, größere Bedeutung zuerkennen.

Während also die Linke geneigt sei, Ungleichheiten als Folge veränderbarer sozialer Zustände zu interpretieren und auf ihre Beseitigung zu dringen, zeige sich die Rechte viel eher bereit, Überkommenes, Gewachsenes, Naturhaftes, Traditionelles als solches zu akzeptieren. Ein zentraler Punkt ist das Verhältnis beider Extremismen zum Ethos fundamentaler Menschengleichheit, also der Überzeugung von der Gleichwertigkeit der Menschen: Während Linksextremisten dieses Ethos im Grundsatz bejahen, weist es der Rechtsextremismus zurück, sofern er die Unterschiede zwischen den Nationen, Völkern, Ethnien, „Rassen“ betont und seinen politischen Entwürfen zugrunde legt.

Lesetipps:

- Uwe Backes, Politische Extreme. Eine Wort- und Begriffsgeschichte von der Antike bis zur Gegenwart, Göttingen 2006.
- Norberto Bobbio, Rechts und Links. Gründe und Bedeutung einer politischen Unterscheidung, Berlin 1994.

Welche Formen von Linksextremismus gibt es?

Uwe Backes

Will man unterschiedliche Formen des Linksextremismus unterscheiden, so bieten sich dazu drei Ebenen an. Ideologien oder Weltanschauungen beziehen sich auf die Ziele; Strategien auf die oft entscheidende Frage, wie man die Ziele erreichen will, z.B. durch Gewalt oder durch legale politische Betätigung. Aus der Entscheidung für Ziele und Strategien ergeben sich wiederum bestimmte Organisationsformen.

Auf der ideologischen Ebene kann man zwischen anarchistischen und kommunistischen Formen des Linksextremismus unterscheiden (siehe auch Was heißt Anarchismus? und Was ist Kommunismus?). Beiden Strömungen sind ein radikal auf Gleichheit abzielender Gesellschaftsentwurf und die Überzeugung gemeinsam, dass ein Qualitätssprung aus der bisherigen Geschichte in eine gänzlich neue Gesellschaft der Freien und Gleichen möglich sei. Der Anarchismus zielt auf Herrschaftslosigkeit, die Befreiung des Einzelnen von allen Zwängen, scheut umfassend-systematische Theoriebildung und sieht in jeder Form der Organisationsbildung (und Staatlichkeit) eine repressive Gefahr. Der Kommunismus zielt auf eine klassenlose Gesellschaft, macht den Akt der Befreiung in erster Linie von der Überwindung bestehender sozial-ökonomischer Strukturen abhängig, ist stärker theorieorientiert und setzt in seiner Revolutionsstrategie auf langfristige Planung und organisatorische Bündelung. In der Realität gibt es zwischen diesen beiden Strömungen vielfältige Mischungen.

Auf der organisatorischen Ebene kann man zwischen Parteien, die auf Stimmenmaximierung bei Wahlen zielen, und Vereinigungen in außerparlamentarischen Arenen unterscheiden. Sie können daher als Organisationen mit Sammlungscharakter Raum für verschiedene ideologische Strömungen bieten oder wie verschwörerische Kaderorganisationen von Berufsrevolutionären wirken und ein großes Maß innerer Geschlossenheit an den Tag legen. Dies galt typischerweise für die kommunistischen Gruppierungen, die im Kielwasser der Studentenbewegung ab Ende der 1960er Jahre entstanden („K-Gruppen“).

Von solchen Vereinigungen mit hierarchisch-elitären Strukturen zu unterscheiden sind lose Vereinigungen und kommunikative Netzwerke, wie sie in „anarchistischen“ und „autonomen“ Zusammenhängen vorherrschen (siehe auch Die Welt der Autonomen). Denn Anarchisten sind organisationsscheu und misstrauen den von Kommunisten bevorzugten straffen Parteibildungen. Schließlich gibt es Theoriezirkel, die sich in erster Linie der Ausarbeitung ideologischer Konzepte und der Beeinflussung der Öffentlichkeit durch alternative Medien (Zeitschriftenprojekte, Internetforen) widmen. Nicht jede Zeitschrift dient allerdings der Theoriediskussion: Das Berliner Autonomen-Organ „Interim“ beispielsweise veröffentlicht in erster Linie Rechtfertigungserklärungen gewaltgeneigter Gruppierungen, Aufrufe zur revolutionären „Aktion“ sowie Anleitungen für den Bau von Brand- und Sprengsätzen.

Mit den verschiedenen Organisationsformen sind unterschiedliche strategische Optionen verbunden. Die wichtigsten lauten: erstens Machteroberung durch Wahlen oder durch außerparlamentarische Druckerzeugung, zweitens Ablehnung oder Befürwortung von Gewaltanwendung gegen die „bürgerliche Demokratie“. Wird der demokratische Verfassungsstaat abgelehnt, ist es für Extremisten letztlich eine Frage der Zweckmäßigkeit, welche Mittel zur Erreichung der systemüberwindenden Ziele zum Einsatz kommen. Die Skala reicht von der strengen, legalistischen Beachtung der geltenden Regeln des politischen Systems (siehe auch Was heißt „legalistischer Linksextremismus“?) bis zum Terrorismus, also dem kalkulierten Einsatz von Gewaltschlägen mit Überraschungseffekt zur Verunsicherung des Gegners und zur Werbung von Anhängern (siehe auch Führt Linksextremismus zu Terrorismus?). Auf

den italienischen Kommunisten Antonio Gramsci geht die Strategie der Eroberung „kultureller Hegemonie“ zurück: Die Revolution ist hier nicht Ergebnis eines von Berufsrevolutionären eingefädelt Umsturzunternehmens, sondern langfristig wirksamer Überzeugungs- und Überredungskunst. Die Vorherrschaft im geistig-politischen Raum geht dem Systemwechsel voraus. Eine Besonderheit stellt der von Trozisten praktizierte „Entrismus“ dar: die teils offene, teils verdeckte Verfolgung der eigenen Ziele innerhalb einer „Wirtsorganisation“.

Bei der Einschätzung der Gefahren, die von den verschiedenen Formen des Linksextremismus für den demokratischen Verfassungsstaat ausgehen, erscheint es sinnvoll, zunächst zwischen dem Sicherheitsproblem und dem Konsolidierungsproblem zu unterscheiden, auch wenn beide Aspekte zusammenhängen und zusammenkommen können. Gewaltorientierte Linksextremisten stellen immer ein Sicherheitsproblem dar, können aber für die Frage der Demokratiestabilität völlig irrelevant sein. Selbst der Linksterrorismus der Roten-Armee-Fraktion (RAF) konnte die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland nicht wirklich gefährden, auch wenn er die innere Sicherheit durch den Angriff auf „das Herz des Staates“ (dessen führende Repräsentanten) ernsthaft beeinträchtigte. Dies gilt in noch höherem Maße für die heutigen linksextremistischen Gewalttäter, die dort, wo sie nicht den politischen Kontrahenten auf der Straße attackieren, risikoarme „Aktionen“ bevorzugen, sich auf die Zerstörung von Sachen mit Symbolcharakter konzentrieren und in der Regel nicht auf die Tötung von Menschen zielen (siehe auch Wie stehen Linksextremisten zur Gewalt als Mittel der Politik?). Autonome können zwar enorme Schäden anrichten, aber Chancen zur Beseitigung der Demokratie haben sie erkennbar nicht.

Zum Stabilitätsproblem wird Linksextremismus dann, wenn linksextremistische Akteure, insbesondere Parteien, an Einfluss gewinnen und das „politische Spiel“ der Demokratie betreiben, von denen aber angenommen werden muss, dass sie das Spiel aufkündigen, sobald sie an die Schalthebel der Macht gelangt sind. Die Machtübernahme von Kommunisten bietet dafür vielfältige Beispiele auf vier Kontinenten. Die derzeitige deutsche Auseinandersetzung mit der Partei Die Linke, die aus der ehemaligen Staatspartei der DDR, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), hervorgegangen ist, kann angemessen nur vor dem Hintergrund solcher Erfahrungen verstanden und beurteilt werden. Im Kern geht es dabei um die Frage der Verfassungstreue einer Partei, die trotz aller Veränderungen und Fusionen immer wieder für Schlagzeilen sorgt, weil sie noch immer Gruppierungen beherbergt, deren Repräsentanten durch die Rechtfertigung des Mauerbaus, die Würdigung des „legitimen Sozialismusversuchs“ der DDR oder die Verteidigung der Tätigkeit von DDR-Staatsorganen auffallen.

Wie stark die Demokratie durch verfassungsfeindliche oder nur scheinbar verfassungskonforme Akteure gefährdet wird, hängt davon ab, in welchem Maße es ihnen gelingt, den politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess zu beeinflussen. Das Stimmengewicht bei Wahlen ist dafür der wichtigste Indikator: Wahlergebnisse unter fünf Prozent können als unbedenklich gelten. Bei höheren Ergebnissen sind destabilisierende Effekte, insbesondere durch politische Blockaden oder wachsendes Gestaltungspotential in Koalitionen, zu erwarten. Semiloyale Akteure können im Sinne demokratischer Konsolidierung problematischer sein als rabiat verfassungsfeindliche, weil die Wirkung auf den politischen Prozess schwieriger zu kalkulieren ist. Jedoch zeigt die politische Erfahrung auch, dass extremistische Parteien einem Anpassungsdruck unterliegen, der auf längere Sicht zur vollständigen Integration in das demokratische System führen kann.

Lesetipps:

- Uwe Backes/Eckhard Jesse, Vergleichende Extremismusforschung, Baden-Baden 2005.
- Armin Pfahl-Traughber, Linksextremismus in Deutschland. Eine kritische Bilanz, Wiesbaden 2014.
- Klaus Schroeder / Monika Deutz-Schroeder, „Gegen Staat und Kapital - für die Revolution“. Linksextremismus in Deutschland - eine empirische Studie, Frankfurt/Main 2015.

Welches Menschenbild haben Linksextremisten?

Rudolf van Hüllen

Was passiert, wenn man die Polizei abschafft, alle Gesetze annulliert und die Gefängnisse öffnet? Die Frage werden Menschen je nach ihren politischen Grundüberzeugungen sehr unterschiedlich beantworten. Die einen werden befürchten, dass dann unmittelbar das nackte Faustrecht ausbricht und Zustände einkehren wie in Somalia, wo bewaffnete Banden den öffentlichen Raum beherrschen und die Bevölkerung terrorisieren. Linksextremisten werden hingegen der Meinung sein, dass es perspektivisch ohne Polizei, Gesetze und Gefängnisse geht, wenn man zuvor mit einer Revolution die Ursachen von Gewalt, Unterdrückung und Verbrechen in der Gesellschaft beseitigt.

Solche „Menschenbilder“ sind wichtige Bausteine politischer Grundüberzeugungen. Die Frage nämlich, ob dem Menschen nur Gutes, nur Schlechtes oder vielleicht beides zuzutrauen ist, hat Auswirkungen darauf, welche politischen Institutionen für notwendig gehalten werden.

Das sehr optimistische Menschenbild geht auf den französischen Philosophen Jean-Jacques Rousseau (1712–1778) zurück. Er hielt den Menschen im „Urzustand“ für fähig, ohne Gesetze, Vorschriften oder Strafandrohungen auszukommen. Allerdings machte er eine Einschränkung: Das ursprünglich Gute im Menschen sei durch die Einführung des Privateigentums verdorben worden: „An dem Tag, da einer daherkam, ein Stück Land einzäunte und sagte: ‚Dies ist mein‘, begann der Abstieg der bürgerlichen Gesellschaft.“¹¹ Neid und Wettbewerb um privates Eigentum hätten seither die Geschichte bestimmt. Ähnlich argumentiert Marx, der ebenfalls im Privateigentum an Produktionsmitteln¹² den Punkt sah, von dem an in Geschichte und Gesellschaft alles schiefgegangen sei. Seither ist für Linksextremisten klar: Das natürliche Gute im Menschen wird durch falsche gesellschaftliche Verhältnisse unterdrückt. Begehen Menschen unter diesen Umständen Unrecht, sind im Grunde nicht sie schuld, sondern die „gesellschaftlichen Verhältnisse“. Linksextremisten haben auch eine Antwort auf dieses Problem: Mit der Abschaffung der falschen politischen Verhältnisse werden staatliche Zwänge und Sanktionen überflüssig. Die Anarchisten nennen dies „herrschaftsfreie Gesellschaft“, die Marxisten-Leninisten „Kommunismus“ (siehe auch Was heißt Anarchismus? und Was ist Kommunismus?).

Den Beweis für die Richtigkeit ihrer Grundvermutung vom an sich guten, aber durch die gesellschaftlichen Verhältnisse an seiner Güte gehinderten Menschen können sie freilich nicht antreten. Es liegt in der Natur politischer Menschenbilder, dass sie letztlich auf Überzeugungen beruhen, die keinem Beweis zugänglich sind.

Demokraten haben demgegenüber nicht, wie man vermuten könnte, etwa ein grundlegend pessimistisches Menschenbild – dies ist eher unter Rechtsextremisten zu finden¹³. Das Menschenbild von Demokraten ist eher realistisch: Dem Menschen ist sowohl Gutes wie auch Schlechtes zuzutrauen. Deshalb halten sie Institutionen für nötig, die sozial schädliche Neigungen eindämmen und gegebenenfalls abstrafen. Wenn die Menschen Engel wären, bräuchte es keine Gesetze, fanden die Väter der ersten amerikanischen Verfassung von 1776.

¹¹ Das Zitat stammt aus Rousseaus Schrift „Diskurs über die Ungleichheit unter den Menschen“, 1755.

¹² Privateigentum an Produktionsmitteln meint in marxistischer Terminologie den Besitz von Fabriken und die Fähigkeit, Mitarbeiter für Lohn oder Gehalt zu beschäftigen.

¹³ Rechtsextremisten gehen davon aus, dass in einer Gesellschaft nur derjenige überlebt, der sich durch Stärke und List gegen die anderen durchsetzt. Sie halten dies für normal; ein Kampf ums Überleben gilt ihnen als Daseinsprinzip menschlicher Gesellschaften, das sie aus der Natur ableiten. Frieden, Harmonie und konfliktfreies Zusammenleben sind für sie kein Ideal, sie bestehen darauf, dass Kampf das Hauptprinzip menschlicher Gesellschaften sein müsse.

Wer behält nun recht? Die Demokraten mit ihrer Überzeugung, dass gesellschaftliche Regelungen und Sanktionen nötig sind, oder die Linksextremisten mit ihrer Vision vom „guten Menschen“, der harmonisch und gewaltfrei in Anarchie und Kommunismus existiert? Da man weder die eine noch die andere Position beweisen kann, bietet sich ein Planspiel an:

Was geschieht, wenn die Vision vom „guten Menschen“ zuträfe und man trotzdem weiterhin die Kontrollinstitutionen beibehielte, die dem realistischen Menschenbild entsprechen? Nun, die Menschen wären einer Reihe von eigentlich nicht erforderlichen Einschränkungen unterworfen. Es käme dann darauf an, diese so milde und sozialverträglich zu gestalten wie möglich. Dafür gibt es zum Beispiel Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

Umgekehrt: Was geschähe, wenn man im Vertrauen auf den „guten Menschen“ sämtliche staatlichen Institutionen und Kontrollmechanismen abschaffte? Wenn die Grundannahme vom guten Menschen sich als zutreffend erwiese, nichts weiter Problematisches. Falls sich das realistische Menschenbild als zutreffend zeigte, wäre alsbald die Herrschaft der Rücksichtslosesten, Gewaltbereitesten und Kriminellsten über den friedlich gestimmten Rest das Resultat. „Anarchie“ und „Kommunismus“ würden sich dann als Terrorherrschaft realisieren.

Bei einer vernünftigen Gewinn-Verlust-Rechnung wird man zu dem Ergebnis kommen, dass dieses Risiko erkennbar zu groß ist und man gut daran tut, sich mit den Freiheitsbeschränkungen und Sicherheitsgarantien demokratisch und rechtsstaatlich legitimierter Ordnungen abzufinden. Utopien vom „guten Menschen“ mögen anziehende Visionen sein, zu verantworten sind aber die mit ihnen verbundenen Risiken keinesfalls.

Wie stehen Linksextremisten zur Gewalt als Mittel der Politik?

Matthias Mletzko

Linksextremismus ist ein vielgestaltiges Phänomen. Nur ein Teil ist zu Gewaltanwendung bereit – vor allem Angehörige militanter autonomer Gruppen. Gewalt wird mit dem Fernziel einer „freien, gleichberechtigten, herrschaftslosen und solidarischen Gesellschaft“ gerechtfertigt, diskutiert wird aber auch intensiv über die Grenzen des Gethathandeln.

Wer jemandem das Etikett „gewaltbereiter Linksextremist“ um den Hals hängt, sollte genau wissen, warum. Auf jeden Fall sollte man zwischen parlamentarisch orientierten, „nicht-gewaltbereiten“ und „aktionsorientierten, auch gewaltbereiten“ Akteuren unterscheiden¹⁴. So lehnen z.B. in der Partei Die Linke und anderen Organisationen nicht wenige Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung glaubwürdig ab. Andere weichen aus und versuchen, linke Gewalt als Widerstandshandlung gegen Unterdrückung und Ausbeutung zu rechtfertigen. Wieder andere – vor allem unter linken autonomen Gruppen – befürworten offen den Einsatz von Gewalt¹⁵ (siehe auch Wie viele linksextreme Übergriffe werden jährlich in Deutschland erfasst? und Führt Linksextremismus zu Terrorismus?).

Betrachten wir nun genauer die Gewaltbereiten: Was eine Berliner Gruppe aus der autonomen Szene Mitte der 1990er Jahre unverblümt auf den Punkt gebracht hat, galt schon vorher und auch noch heute:

„Die Anwendung von Gewalt/revolutionärer Gewalt halten wir unter bestimmten Voraussetzungen nicht nur für legitim, sondern auch für unverzichtbar. Wir werden uns nicht an den vom Staat vorgeschriebenen legalen Rahmen von Protest und Widerstand halten. Denn damit wären wir auch kontrollier-, berechen-, und beherrschbar. (...) Also – eine Absage an Gewalt wird es von uns nicht geben – nicht heute und auch nicht in Zukunft!!!!“¹⁶

An die Stelle einer der wichtigsten zivilisatorischen Errungenschaften, des staatlichen Gewaltmonopols, setzen linke Autonome das uneingeschränkte Recht, ihre selbst gesetzten Ziele auf eigene Rechnung mit Gewalt zu verfolgen. Vorgeschoben wird da z.B. der Wunsch nach einem „neuen, selbstbestimmten Leben“ oder die Bekämpfung des zur „Mordmaschine“ deklarierten politischen und wirtschaftlichen Systems der Bundesrepublik.

Mit beliebter Schwarzweißmalerei werden Verantwortungsträger in Politik und Gesellschaft als Urheber oder mindestens Mittäter von Großverbrechen dargestellt. So werden aus politischen Gegnern „Feinde der Menschheit“ und die politische Gegenwart zu „struktureller Gewalt“ ohne Raum für gewaltfrei gesellschaftsveränderndes Engagement. Dagegen muss aus dieser Sicht geradezu zwingend Notwehr geleistet werden: Wie in der Autonome-Szene-Zeitschrift „Interim“ (siehe auch Autonome Szene-Blätter) immer wieder nachzulesen, übt man dann „gerechte“, zur Selbstverteidigung und Abwehr eingesetzte (Gegen-)Gewalt aus – als Leitbild gilt hier so etwas wie „verantwortliche Militanz“. So heißt es wie schon oft zuvor in neuen „Thesen zur Autonomie“, die eigene – dem „Traum von einer freien, gleichberechtigten, herrschaftslosen und solidarischen Gesellschaft“ geschuldete – Gewalt sei von „augenfällig anderer Qualität“ als die gegnerische, ziehe „Sachbeschädigung und Sabotage“ vor, trachte „nicht nach der Verletzung von Menschen“ und suche „umsichtig auszuschließen, dass Unbeteiligte in Mitleidenschaft gezogen werden“¹⁷.

¹⁴ So verfährt etwa eine Reihe von Verfassungsschutzämtern.

¹⁵ Die ganze Bandbreite der Positionen findet sich beispielhaft in der Schrift der Rosa-Luxemburg-Stiftung von Rainer Rilling (Hrsg.): Eine Frage der Gewalt. Antworten von links, Berlin 2008.

¹⁶ Interim vom 17.08.1995, S. 12.

¹⁷ Interim 724 vom 18.02.2011, S. 6–10.

Das eigene Verhalten wird zur gerechten „Notwehr“ erklärt, der politisch-weltanschauliche Gegner dagegen moralisch abgewertet. Bestimmte „Todfeinde“, insbesondere Angehörige der rechten Szene und der Institutionen der inneren Sicherheit, werden in den Denk- und Sprachgewohnheiten linker Autonomer als „Nazi“- oder „Bullenschweine“ konsequent entmenslicht. Die selbst ausgeübte Gewalt wird gerne verniedlicht oder mit zynischen Sprüchen untermalt: Man habe mal „in unfreundlicher Absicht an die Tür geklopft“, hieß es etwa zu einem für eine Person lebensgefährlichen Brandanschlag auf eine Berliner Polizeiwache im April 2011¹⁸.

Allerdings gab es in der autonomen Szene immer schon ausgedehnte und teilweise anspruchsvolle „Militanzdebatten“, in denen auch über die Grenzen der Gewaltanwendung diskutiert wird. Die Standpunkte reichen dabei vom nachdenklichen Bemühen, sich mit dosierter und zielgerichteter Militanz von „menschenverachtende(r) mörderische(r) Gewalt der Nazis, die Minderheiten und Schwächere attackieren und dabei bewusst Menschen töten“ abzugrenzen¹⁹, bis hin zu purer Konfrontationslust mit der Inkaufnahme tödlicher Verletzungen des Gegners, so wie sie in Sprüchen wie „Tritt den Bullen ins Gesicht, bis der Schädel bricht“ oder „Schlagt die Glatzen, bis sie platzen“ zum Ausdruck kommt.

Lesetipps:

- Klaus Schroeder / Monika Deutz-Schroeder, „Gegen Staat und Kapital - für die Revolution“. Linksextremismus in Deutschland - eine empirische Studie, Frankfurt/Main 2015, S 327-451.

¹⁸ Interim 728 vom 03.06.2011, S. 10.

¹⁹ So etwa ein „Altautonomer“ Anfang der 2000er Jahre in der taz vom 10.08.2001, S. 3.

Wie unterscheiden sich Linksextremisten von linken Demokraten?

Jürgen P. Lang

Sie teilen dieselben Anliegen, aber ihre Ziele sind denkbar unterschiedlich: Auf diese einfache Formel lässt sich die Antwort auf die Frage reduzieren. Soziale Gerechtigkeit und Abrüstung zum Beispiel: Linke Demokraten und Linksextremisten verbinden auf den ersten Blick die gleichen Forderungen. Doch während die einen auf dem Boden des demokratischen Verfassungsstaats agieren, sehen die anderen gerade in dessen Beseitigung den Schlüssel für die vermeintlich simple Lösung aller Probleme. Insofern haben Linksextremisten mit Rechtsextremisten mehr gemeinsam als mit linken Demokraten.

Der Unterschied zwischen Linksextremisten und linken Demokraten ist keineswegs graue Theorie, sondern hat konkrete historische Wurzeln, die bis ins deutsche Kaiserreich zurückreichen. Schon bei ihrer Gründung im Jahr 1875 focht die SPD – neben einem zunächst radikalen, marxistischen Ansatz im ökonomischen Bereich – für eine demokratische, parlamentarische Republik. Diese Auffassung vertrat freilich nicht jeder in der Partei. Allen voran Rosa Luxemburg lehnte die demokratisch-konstitutionellen Ideen ihres Kontrahenten Eduard Bernstein als „Sozialreformismus“ ab. Die Spaltung der Arbeiterbewegung nach dem Ersten Weltkrieg und die Gründung der KPD waren logische Folgen dieser Kluft. Die deutschen Kommunisten erblickten in Lenins Bolschewiki (siehe auch Falsche Vorbilder: Wladimir Iljitsch Lenin) ihr Vorbild und propagierten die Zerschlagung der Weimarer Republik. Unter ihrem Vorsitzenden Ernst Thälmann wurde die KPD zum treuen Vasallen des sowjetischen Terrorregimes unter Stalin. Nicht der aufkommende Nationalsozialismus galt der KPD als größte Gefahr, sondern die republiktreue SPD. Die radikale Gegnerschaft zum demokratischen Staat einte Hitlers NSDAP und Ernst Thälmanns KPD nicht nur theoretisch. Die Zusammenarbeit der antirepublikanischen Kräfte im Reichstag war durchaus real²⁰. Nach 1945 blieb der sogenannte „Sozialdemokratismus“ in der DDR nicht nur als „bürgerliche“ Ideologie, sondern als besonders heimtückischer „Hauptfeind“. Die Unterscheidung zwischen links und rechts war für Linksextremisten – auch wenn sie es anders darstellten – schon immer von untergeordneter Bedeutung.

Es gibt zwei wichtige Unterschiede zwischen linken Demokraten und Linksextremisten. Erstens: Während die einen – wie Bernstein – die parlamentarische Demokratie als optimale Bedingung für soziale Reformen ansehen, streben die anderen – wie Luxemburg – nach einem revolutionären Umsturz des freiheitlichen Systems. Dieser Gegensatz fußt – zweitens – auf einer grundsätzlich anderen Interpretation der Gesellschaft. Linke Demokraten sehen im „Kapitalismus“ eine Wirtschaftsform, die sozialen Maßstäben angepasst werden müsse. Demgegenüber verbinden Linksextremisten mit „Kapitalismus“ auch ein Herrschaftssystem. Für sie ist der demokratische Staat ausschließlich ein Mittel, mit dem „die Kapitalisten“ ihre Interessen gegen den Rest der Bürger durchsetzen. Diese Auffassung reicht bis heute weit in die Partei Die Linke hinein. Deren früherer Vorsitzender Lothar Bisky räumte offen ein, Gegner „des Systems“ zu sein – und damit meinte er nicht nur das Wirtschaftssystem²¹.

Im Zentrum linksextremistischen Denkens steht eine absolut gesetzte Ideologie, die den „Kapitalismus“ überwinden und an seiner Stelle eine kommunistische Gesellschaft errichten will. In der Utopie marxistisch geprägter Linksextremisten geht der „Kapitalismus“ früher oder später an seinen inneren Widersprüchen zugrunde und macht einer sozialistischen Revolution Platz, in der die Arbeiterklasse die Macht ergreift und eine „Diktatur des Proletariats“ errichtet. Insofern ist auch der Unterschied von Demokratie und Diktatur für Linksextremisten zweitrangig. Linke Demokraten, die einmal in einer „Diktatur des Proletariats“ leben mussten, machen freilich eine andere Rechnung auf.

²⁰ Vgl. Jürgen Plöhn, Extremismus im Reichstag der Weimarer Republik: Zum Zusammenspiel der Kräfte, in: Uwe Backes/Alexander Gallus/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie 22 (2010), S. 65–77.

²¹ Vgl. Eckhard Jesse/Jürgen P. Lang, Die Linke – der smarte Extremismus einer deutschen Partei, München 2008.

Linksextremisten versuchen oft, die sehr grundsätzlichen Unterschiede zwischen ihnen und linken Demokraten zu verwischen. Sie bedienen sich dazu der kommunistischen Strategie, demokratische Bewegungen und Organisationen für eigene Zwecke zu missbrauchen. Vordergründig werden in dieser Taktik die Anliegen linker Demokraten zunächst akzeptiert. Ein Beispiel: Im freien Westen Deutschlands konnte der Kommunismus nach dem Zweiten Weltkrieg nicht Fuß fassen. Das galt auch für die stärkste Kraft des Spektrums, die 1968, zwölf Jahre nach dem Verbot der KPD gegründete und lange Zeit von der DDR finanzierte Deutsche Kommunistische Partei (DKP). Ihr Scheitern bei Wahlen führte sie zu neuen Einsichten. Sie verlegte sich darauf, gesellschaftlichen Protest für sich zu vereinnahmen. Anschaulich belegen das die „Friedenskampagnen“ der wahrlich nicht pazifistisch gesinnten DKP in den 1970er und frühen 1980er Jahren²². Zum einen wurden die eigenen Leute in dieser Bewegung installiert. Zum anderen betrieb die DKP unterschwellig Propaganda für die eigenen Ziele: Die Friedensaktivisten sollten nach und nach von der Notwendigkeit eines sozialistischen Staates überzeugt werden. Geflissentlich schwieg die moskauhörige DKP jedoch zum Anteil der Sowjetunion an der Hochrüstung zu Zeiten des „Kalten Krieges“.

Das Beispiel zeigt, wie zynisch Kommunisten ein in einer Demokratie legitimes Anliegen für eigene Zwecke einspannten. Wahre Meister in Sachen Beeinflussung linksdemokratischer Gruppierungen sind im Übrigen die sogenannten Trotzlisten. Ihre Infiltrationsstrategie brachte sie etwa in das „globalisierungskritische“ Netzwerk ATTAC oder über die ehemalige westdeutsche Wahlinitiative Arbeit & soziale Gerechtigkeit (WASG) in die Partei Die Linke. Dort wurden die Trotzlisten – was ihnen nicht immer widerfährt – an oberster Stelle mit offenen Armen empfangen. In linksextremistischer Strategie sind Themen Nebensache – sie müssen nur den Zweck der Mobilisierung einer Massenbewegung gegen den demokratischen Staat erfüllen. Dies führt in der Tat dazu, dass Linksextremisten und linke Demokraten viele Anliegen zu teilen scheinen, wenngleich jene nur ein instrumentelles Verhältnis dazu an den Tag legen. Die eigentlichen, weiterreichenden Ziele der Linksextremisten kommen deshalb nicht immer sofort zum Ausdruck.

²² Vgl. Udo Baron, Die Bündnis- und Kampagnenpolitik der DKP, in: Gerhard Hirscher/Armin Pfahl-Traugher (Hrsg.), Was wurde aus der DKP? Beiträge zu Geschichte und Gegenwart der extremen Linken in Deutschland, Brühl 2008, S. 48–65.

Strukturelles

Linksextremistische Milieus

Rudolf van Hüllen

Zum Glück gibt es in Deutschland keine politisch definierten Ghettos – weder im geografischen noch im sozialen Sinne. Auch Linksextremisten leben mit der Mehrheitsgesellschaft, mitten in ihr. Und sie können sich durchaus aussuchen, wieweit sie sich den gesellschaftlichen Normen anpassen und sich deren Vorteile sichern, ohne im Kopf die revolutionäre Motivation aufzugeben. In Frankreich nennt man die besonders anpassungsfähigen Exemplare dieser Art Linksextremisten „gauche de caviar“ – Kaviarkommunisten. Und deshalb gibt es auch den Gelegenheitsrevolutionär, der eher „rechts“ und kapitalistisch lebt, aber im Kopf „links“ und revolutionär denkt. Das ist nicht immer nur ein Täuschungsmanöver, manchmal auch einfach ein Kompromiss, der aus Bequemlichkeitsgründen vorgenommen wird.

Auch innerhalb der einschlägigen Milieus gibt es eben nicht nur den idealtypischen Kommunisten oder Autonomen. Manchmal weisen Linksextremisten kräftige Grautöne auf. Aber das Bild von einem idealtypischen Milieu hilft dabei zu erkennen, wo Linksextremismus anfängt, wo er zur vollen Blüte gelangt und wo er möglicherweise nur noch in ganz stark verdünnter Form vorhanden ist.

Besonders die Kommunisten mit ihrer in sich geschlossenen Ideologie des Marxismus-Leninismus erhoben von jeher den Anspruch, sich als radikale Alternative zu den Staaten und Gesellschaften zu verstehen, in denen sie lebten. Kommunisten verstanden sich, wie die französische Politikwissenschaftlerin Anni Kriegel feststellte, als „Gegengesellschaft“. Dabei sollten die Organisationsmuster ihrer Partei als Muster für die künftigen Strukturen einer kommunistischen Gesellschaft dienen, und das setzte notwendig die totale Ablehnung der bestehenden gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung voraus. Allerdings konnten sich die Kommunisten auch nie völlig abschotten. Sie wollten es auch nicht, weil sie vorhatten, die Arbeiter von der Notwendigkeit des Sozialismus/Kommunismus zu überzeugen, und deshalb suchten sie nach ihrem Verständnis den „Kontakt zu den Massen“. Dazu hatten sie versucht, sich in den bis in die 1950er Jahre in der alten Bundesrepublik existenten Arbeiterwohnvierteln, den sogenannten „proletarischen Milieus“, möglichst wirksam zu verankern. Allerdings konkurrierten die Kommunisten auch dort mit den Sozialdemokraten und den christlichen Arbeitnehmerorganisationen um die Vorherrschaft.

Auch die Autonomen verachteten Lebensgewohnheiten und Verhaltensformen gesellschaftlicher Mehrheiten und ziehen es vor, in bestimmten Stadtvierteln zu wohnen, die ihren Vorstellungen von „Selbstbestimmtheit“ und „Anarchie“ annähernd entsprechen und eine Infrastruktur aus „linken“ Einrichtungen (vom autonomen Zentrum bis zum linken Buchladen) besitzen. In solchen vernachlässigten und oft sozial schwachen Vierteln, vor allem in Großstädten und Universitätsstädten, sind sie zwar nicht allein, aber sie finden dort ein für sie günstiges und schützendes linkes Milieu.

Ab wann gilt eine Straftat als linksextremistisch?

Uwe Backes

Nach dem kriminalpolizeilichen Erfassungssystem „Politisch Motivierte Kriminalität“ (PMK) werden Straftaten (oder Gewalttaten als Teilmenge) dann als „links“ eingestuft, wenn die Umstände der Tat und/oder die Einstellung des Täters eine im weitesten Sinne linke Motivation erkennen lassen, die der Tat ursächlich zugrunde liegt. Eine politisch links motivierte Straftat („PMK-links“) wird durch Bezüge zum Beispiel auf den Kommunismus (Marxismus, Leninismus, Maoismus, Trotzismus etc.), den Antiimperialismus, den kommunistischen Antifaschismus oder den Antikernkraftprotest eingruppiert, wenn Tatumstände, Motive oder Täter im weitesten Sinne in eine solche Richtung deuten. 2014 waren das 8.113 Straftaten. Davon waren 1.664 Gewalttaten. Somit überstieg die Zahl der „links“ motivierten Gewalttaten 2014 die der „rechts“ motivierten (1.029) erheblich.

Als „linksextremistisch motiviert“ gelten aber nur jene Straftaten, bei denen die Absicht klar erkennbar ist, die freiheitliche demokratische Staats- und Gesellschaftsordnung zu beseitigen und eine sozialistische/kommunistische „klassenlose Gesellschaft“ oder eine „herrschaftsfreie“ Anarchie zu etablieren. Diffuse „linke“ Motive oder radikale Kritik an der bestehenden Ordnung allein reichen bei Straftaten nicht zur Einordnung als „extremistisch“ aus.

Die „linksextremistisch motivierten“ Taten sind nur eine Teilmenge der „PMK-links“, weil Linksextremisten sich zwar häufig genug gegen bestimmte Aspekte des „Kapitalismus“ erklären, jedoch nur vergleichsweise selten bekunden, sie wollten zugleich Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit abschaffen.

Der Festtagskalender des Linksextremismus

Rudolf van Hüllen

Traditionell orientieren sich Kulturen an einem Feiertagskalender, der sich auf Ereignisse mit kulturellem, religiösem oder nationalem Hintergrund bezieht. Besonders die beiden letzten Bezüge werden von Linksextremisten abgelehnt. Aber als Bewegung, die mancherlei messianische und pseudoreligiöse Züge trägt, haben sich Linksextremisten einen eigenen Feiertagszyklus geschaffen. Er ist allerdings für Anarchisten und Kommunisten nicht unbedingt gleich. Und vor allem: Mit Jahrestagen wird auch wiederkehrender Anlässe gedacht, die ihren Ursprung in der sozialistischen Arbeiterbewegung haben und von den Kommunisten bloß übernommen und mit eigenen Inhalten umgewidmet wurden. Also ist nicht jeder kommunistische Festanlass im Jahr notwendig ein Emblem des politischen Extremismus.

Wir haben die wichtigsten von ihnen zusammengestellt:

Zweites Wochenende im Januar

Die „Luxemburg-Liebknecht-Demonstration“ erinnert an die beiden 1919 ermordeten KPD-Mitbegründer (siehe auch Falsche Vorbilder: Rosa Luxemburg). Zu DDR-Zeiten hieß sie „Lenin-Liebknecht-Luxemburg-Demonstration“ und war eine Staatsveranstaltung. Nach wie vor zieht sie durch Berlin-Lichtenberg bis zur „Gedenkstätte der Sozialisten“ in Friedrichsfelde und gilt als Event, an dem heute das gesamte linksextremistische Spektrum unter Einschluss der Autonomen und ausländischer stalinistischer und maoistischer Organisationen teilnimmt. Die Anmelder stammen im Allgemeinen aus der „Kommunistischen Plattform“ in der Linken.

30. Januar

Der Tag der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus heißt bei Linksextremisten „Tag der Machtübergabe“. Sie wollen damit suggerieren, dass die bürgerliche Weimarer Republik den Nazis die Macht im Auftrag des Kapitals gleichsam „übergeben“ habe. Als „Gedenktag“ eher eine Veranstaltung älterer Kommunisten und kommunistischer Antifaschisten.

8. März

„Internationaler Frauentag“: Gilt bei den Sozialisten und auch bei der Frauenbewegung insgesamt inzwischen als Symbol des Kampfes für die Rechte der Frau. Kommunistische Organisationen haben ihn seit 1921 mitkultiviert. Dabei ging es ihnen aber nicht um Emanzipation, sondern darum, darzustellen, dass der Kampf um Frauenrechte Bestandteil des internationalen Klassenkampfes sei.

18. März

„Tag des politischen Gefangenen“: Ursprünglich von der KPD in den 1920er Jahren eingeführt, ist dies heute ein Tag der Solidarität des gewaltbereiten Linksextremismus – u.a. mit inhaftierten Linksterroristen in aller Welt. Er hat fast ausschließlich sceneinternen Bekanntheitsgrad und wird vor allem von der „Roten Hilfe e.V.“ kultiviert, einer Rechts- und Hafthilfeorganisation, die nicht humanitär, sondern auf die Unterstützung linksextrem motivierter Gewalt ausgerichtet ist.

Ostern

Die Ostermärsche der Atomwaffengeegner wurden 1958 in Großbritannien von Nuklearpazifisten ins Leben gerufen. In der Bundesrepublik teilten sich seit Beginn der 1960er Jahre die illegale KPD und Gruppen der „Neuen Linken“ die Kontrolle über sie. Anfang der 1970er Jahre wurden sie eingestellt, aber von der DKP 1983 reaktiviert, weil sich eine breite – nicht nur kommunistische – Friedensbewegung erhob. Eine zentrale Rolle spielte von jeher die von der DKP gesteuerte Deutsche Friedens-Union (DFU), deren Funktionär Willi van Ooyen über viele Jahre in Frankfurt/Main ein „zentrales Ostermarschbüro“ organisierte²³. Das Ostermarsch-Ritual gehört zur Tradition einer ganzen Generation nicht nur kommunistischer, sondern auch demokratischer linker Friedensfreunde. Es hält deshalb bis heute an und richtet sich vorwiegend allgemein gegen die NATO und andere westliche Streitkräfte.

30. April

„Walpurgisnacht“: Gilt inzwischen als Startschuss für die traditionellen „Revolutionären 1.-Mai-Demonstrationen“. Der Begriff, der interessanterweise aus der sozialhistorisch eher rechtslastigen germanischen Mythologie stammt, ist in der autonomen Szene vor allem Berlins eingeführt und bezeichnet den Auftakt der jährlichen Straßenschlachten am 1. Mai.

1. Mai

- **„Revolutionäre 1.-Mai-Demo“:** Seit 1987 ist es eine zwar legal angemeldete, aber stets gewalttätig verlaufende „Demonstration“ in Berlin, die trotz gegenteiliger Bekundungen der Veranstalter (in den letzten Jahren Funktionäre/Mitglieder der Linken) nichts mit dem grundgesetzlichen Verständnis von Demonstrationen zu tun hat. Sie dient ausschließlich als Mantel für die exzessive Straßengewalt.
- **„Tag der Arbeit“:** Ein traditioneller Festtag der Arbeiterbewegung und der Gewerkschaften. Natürlich berufen sich demokratische Sozialisten und Kommunisten gleichermaßen darauf. Deshalb sind Kommunisten aller Couleur, bis hin zu türkischen Maoisten mit Stalin-Bildern, auch stets bei den traditionellen DGB-Kundgebungen am 1. Mai zu sehen, um den Kundgebungen einen klassenkämpferischen Einschlag zu geben. Deren Zweck wird dabei in gewissem Sinne verfälscht, denn in marxistisch-leninistischen Systemen sind Gewerkschaften keine Interessenvertretungen der Arbeiter; sie dienen vielmehr dazu, sie zu kontrollieren und zur Arbeit im sozialistischen Staat anzuhalten. So gesehen sind Kommunisten als potentielle Arbeiterkontrolleure eines sozialistischen Systems auf gewerkschaftlichen Mai-Demonstrationen eine ziemliche Fehlbesetzung. Kundgebungen und Demonstrationen am Tag der Arbeit werden üblicherweise vom DGB angemeldet, der in jedem Falle zuverlässig dafür einsteht, dass sie friedlich verlaufen.

8. Mai

„Tag der Befreiung vom Faschismus“ heißt er in kommunistischer Diktion. Am 8. Mai 1945 endete der Zweite Weltkrieg in Europa, und für Millionen Menschen war dies eine Befreiung vom nationalsozialistischen Terror, vom Bombenkrieg und vom Krieg überhaupt. In vielen westeuropäischen Ländern ist er deshalb nationaler Feiertag. Für Osteuropa bedeutete er allerdings auch den Beginn einer fast vierzigjährigen Diktatur. Es ist leider dies, was Kommunisten feiern, wenn sie vom „Tag der Befreiung“ reden. Auch auf diesen Missbrauch muss man hinweisen. Aber immerhin endete am 8. Mai in Europa die Fähigkeit eines historisch beispiellosen Verbrecherregimes, weiter Gewalt auszuüben.

²³ Van Ooyen wurde im Februar 2008 Fraktionsvorsitzender für Die Linke im hessischen Landtag.

13. August

Der Tag des Baus der Berliner Mauer 1961 (im kommunistischen Jargon „Antifaschistischer Schutzwall“) veranlasste zum runden Jahrestag 2011 die Tageszeitung „junge welt“ (siehe auch Publikationen mit Anbindung an Organisationen und Milieus) unter der Überschrift „Wir sagen jetzt einfach mal Danke“ zur Abbildung von drei Angehörigen der DDR-Betriebskampfgruppen vor dem Brandenburger Tor. Die Leser werden es vermutlich goutiert haben - es handelt sich um ein Milieu, das bisweilen die DDR ganz gerne zurück hätte.

1. September

Der „Anti-Kriegstag“ zur Erinnerung an den Beginn des Zweiten Weltkrieges hieß zu DDR-Zeiten „Tag des Friedens“²⁴. Inzwischen haben sich Rechtsextremisten zur Gewohnheit gemacht, ihrerseits Anfang September in Dortmund einen bundesweiten „Anti-Kriegstag“ zu inszenieren, was regelmäßig zu Auseinandersetzungen zwischen Neonazis, autonomer Antifa und der Polizei führt.

7. Oktober

Der Gründungstag der DDR („Tag der Republik“) ist heutzutage nur noch in besonders DDR-nostalgischen Milieus ein Grund für freudige Feiern, also wie im Falle des 21. Dezember eher etwas für das Hinterzimmer.

7. November

Ein Tag von großem Gewicht im kommunistischen Festtagskalender, handelt es sich doch um den Jahrestag der Oktoberrevolution 1917. Da die russische Zeitrechnung damals noch nach dem julianischen Kalender funktionierte, fällt die Oktoberrevolution, eigentlich eine putschistische Machtergreifung der Parteigänger Lenins, heute in den November.

21. November

Am 21. November 1992 wurde in Berlin der Aktivist der linksalternativen Szene Silvio Meier das Opfer eines zwischen rechtsextremen und antifaschistischen Gangs ausgetragenen Bandenkriegs. Meier wurde bei einer größeren Schlägerei in einer U-Bahn-Station von Neonazis erstochen. Autonome Antifa-Gruppen erinnern mit einer jährlichen Silvio-Meier-Demo im Berliner Stadtteil Friedrichshain an das Verbrechen.

21. Dezember

Der Geburtstag J. W. Stalins am 21. Dezember war bis zum Tod des Diktators 1953 in seinem Machtbereich Gegenstand ausführlicher Huldigungen. Den Höhepunkt erreichte dieser Personenkult zu Stalins angeblichem 70. Geburtstag am 21. Dezember 1949²⁵. Bei Altkommunisten und Traditionalisten ist das Datum noch präsent, gefeiert wird es eher nichtöffentlich. Mehrfach sind in gewissen Parteien auf kleineren Ebenen solche Events aufgefallen, im Regelfall hieß es dann dazu, man habe einen privaten Geburtstag gefeiert. Das ist übrigens auch die Standardantwort auf ähnliche Vorfälle bei

²⁴ Eine etwas widersinnige Bezeichnung, hatte doch der Molotow-Ribbentrop-Vertrag vom 23. August 1939 erst Hitler jene Rückendeckung verschafft, mit der er glaubte, ungestraft einen Angriffskrieg gegen Polen entfesseln zu können. Für die SED war dies indessen kein Problem, denn nach ihrer Lesart existierte der deutsch-sowjetische Vertrag gar nicht, sondern war eine Propagandalüge westlicher Geheimdienste.

²⁵ Stalin gefiel es aus irgendeinem Grund, ein falsches Geburtsdatum anzugeben: Tatsächlich war er, wie 1990 herauskam, am 18. Dezember 1878 geboren.

Neonazis am 20. April, dem Geburtstag Adolf Hitlers. Private Feiern am 21. Dezember mit einschlägiger Musik in gewissen Milieus sollten daher durchaus kritisch hinterfragt werden.

26. Dezember

Der Geburtstag Mao Tse-tungs (siehe auch Falsche Vorbilder: Mao Tse-tung) hat allenfalls für die schwindende Maoistenszene in der Bundesrepublik noch Bedeutung. Zum 100. Geburtstag des Massenmörders konnte die MLPD 1993 immerhin noch die Stadthalle einer Ruhrgebietsstadt füllen.

Der Polizist als Hauptfeind des Linksextremisten

Rudolf van Hüllen

Eine Polizei ist in jedem zivilisierten politischen System notwendig, denn Verhaltensformen wie Gewalt gegen andere, Brandstiftung, Diebstahl, Raub sind überall Abweichungen vom erwarteten Sozialverhalten. Es sei denn, man betrachte sie als „normal“ oder Ausdruck von „Selbstbestimmtheit“. Das dürfte in etwa auf die autonome Szene in Deutschland zutreffen.

Bei den Kommunisten verhält sich das etwas anders: Auch im „realen Sozialismus“ waren Formen allgemeiner Kriminalität unzulässig - es sei denn, es handelte sich um Regierungskriminalität der herrschenden Partei. Kommunisten werden allerdings der Meinung sein, dass eine rechtsstaatlich arbeitende Polizei „den Kapitalismus“ schützt - so wie die Volkspolizei umgekehrt in der DDR die SED-Diktatur zu stabilisieren half. Sie sind aber weit davon entfernt, die Institution Polizei für generell verzichtbar zu halten.

Grundsätzliche Polizeifeinde, z.B. Berufsverbrecher, Fußball-Hooligans, Nazis und Autonome, haben für ihre Abneigung eine Kurzformel entwickelt, die aus dem US-amerikanischen Verbrechermilieu stammt: A.C.A.B. steht für „All Cops Are Bastards“. Man kann den Slogan bei Allgemeinkriminellen finden, aber auch in gotischer Fraktur (dann meistens von Rechtsextremisten) - oder mit dem schwarz umrandeten A für Anarchie.

Der Polizist steht bei Autonomen als Repräsentant von Ordnung, Regeln sowie von Sanktionen, die deren Einhaltung garantieren sollen. In dieser Rolle wurde ihm schon frühzeitig die Empathie entzogen, die einem politischen Gegner als Mensch zukommen sollte. Ebenfalls aus dem angelsächsischen Sprachraum stammt die Bezeichnung „pigs“ (Schweine) für Polizisten; aus autonomer Sicht schützen sie das „Schweinesystem“. Die RAF-Terroristin Ulrike Meinhof hatte das Verhältnis von gewaltbereitem Linksextremismus zur Polizei schon frühzeitig auf die Formel gebracht „...der Typ in Uniform ist ein Schwein, das ist kein Mensch. (...) Das heisst, wir haben nicht mit ihm zu reden. (...) Und natürlich kann geschossen werden.“²⁶

Ein Unrechtsbewusstsein haben Linksextremisten beim Angriff auf die Polizei nicht: Die schützt - z.B. bei Antifa-Demonstrationen - nicht nur Leben und Eigentum der Bürger, sondern natürlich auch die politischen Kontrahenten davor, sich gegenseitig zu lynchen. Die autonome Szene gesteht aber politischen Gegnern kein Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit zu, deshalb bringt sie die Rolle der Polizei auf die Formel „Deutsche Polizisten schützen die Faschisten“. Ein Problem damit, die angeblichen Helfer der „Nazis“ und Garanten des „Schweinesystems“ anzugreifen, hat sie demnach nicht.

In den vergangenen Jahren hat sich diese menschenverachtende Feindschaftserklärung der Autonomen verschärft. Galten bisher bestimmte, wenn auch unausgesprochene, „Spielregeln“ bei Demonstrationsgewalt (autonome „Schwarze Blöcke“ mit Steinwürfen, „Mollies“, also Brandflaschen und Schlagwaffen gegen Polizeiformationen mit Schutzkleidung, Tränengas und Wasserwerfern), so sehen sich inzwischen vermehrt einzelne ungeschützte Beamte lebensgefährlichen Attacken ausgesetzt. Wiederholt wurden Polizeikräfte mit Gehwegplatten beworfen, die Autonome auf die Dächer besetzter Häuser geschleppt hatten. Den Aufschlag einer 30 kg schweren Steinplatte aus dem fünften Stock kann niemand überleben. Man hat es daher mit einem Mordversuch zu tun.

²⁶ Interview mit Ulrike Meinhof, „Der Spiegel“ vom 15.6.1970.

Immerhin wird so etwas in der „Szene“ diskutiert und auch (noch?) kritisch gesehen. Aber der Abstand zu dem, was Juristen „terroristisches Gewalthandeln“ nennen, hat sich vermindert.

Lesetipps:

- Untersuchung der Senatsverwaltung für Inneres: Linke Gewalt in Berlin 2009-2013, Berlin 2016, online verfügbar.

Die Welt der Autonomen

Rudolf van Hüllen

Die autonome „Szene“ ist ein Stück weit auch als Jugendbewegung verstehbar. Das Einstiegsalter liegt bei 16 bis 17 Jahren, eine autonome „Karriere“ endet in der Regel mit Mitte 20, was nicht bedeutet, dass dann auch die mit ihr verbundenen Einstellungen abgelegt werden. In der autonomen „Szene“ sind feste und auf Dauer organisierte Gruppen selten, sie bilden sich eher entlang bestimmter Kampagnen- und Protestthemen.

Trotz seines unangepassten Erscheinungsbildes ist der Durchschnittsautonome formal eher höher gebildet, er studiert oft oder befindet sich in der Ausbildung. Er jobbt oder arbeitet in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Reguläre Erwerbsarbeit zählt nicht gerade zu seinen Lebenszielen, sein Lebensunterhalt sieht eher anders aus: „Praktisch heißt das, hier ein bisschen BAföG oder Arbeitslosenunterstützung, klauen, dort ein bisschen Obst von Kaisers, keine Miete mehr zahlen, jedes Jahr ein kleiner Versicherungsbetrug“²⁷. Kleinkriminalität als häufige Erscheinung in der Szene lässt sich politisch begründen als Schädigung des verhassten „Schweinesystems“, Klauen und Plündern („proletarischer Einkauf“) werden als Formen von „Widerstand“ und als Formen von Selbstverwirklichung gesehen.

„Autonom“, also dem Anspruch nach „selbstbestimmt“ zu sein, bedeutet zwar einerseits, dass die „etablierten“ Normen und Verhaltensmuster der Mehrheitsgesellschaft abgelehnt werden. Andererseits existiert ein Set von ungeschriebenen „autonomen Grundsätzen“, nach denen man sich in der Szene verhalten muss, um akzeptiert zu werden. Solche Normen wie Selbstbestimmtheit oder Solidarität verstehen Autonome als direkt der Mehrheitsgesellschaft entgegengesetzt. Der Autonomen-Slogan „Gefühl und Härte“ strukturiert ein solches Weltbild. Darin ist „Gefühl“ reserviert für „unsere Zusammenhänge“, in denen es angeblich stets menschlich, solidarisch und gewaltfrei zugeht. „Härte“ empfinden Autonome für das „Schweinesystem“, mit dem sie alles verbinden, was ihnen negativ erscheint. Der zentrale Wert der „Selbstbestimmtheit“ erweist sich aber in der Praxis als problematisch. Denn wenn alle „autonom“ sind, bedeuten schon Mehrheitsentscheidungen „Fremdbestimmung“ und „Repression“ von Minderheiten, und so wird in Streitfragen in der Szene oft überhaupt nicht entschieden. Darunter leiden funktionierende Strukturen, berechenbare und Sicherheit gebende Abläufe und schließlich auch menschliche Rücksichtnahme – was bis hin zur Gewalt untereinander führt.

Zudem herrscht in der Szene eine stete Spitzelangst, die sich in grassierendem Misstrauen niederschlägt. Nachnamen sind verpönt, aufdringliche Fragen und Neugier verdächtig. Als besonders „cool“ gilt, wer mit dem Nimbus des altgedienten, verschwiegenen „Streetfighters“ ausgestattet und somit zu einem der informellen Platzhirsche der „Szene“ aufgestiegen ist. Auch mit der reklamierten Offenheit der Szene ist es nicht so weit her. Zwar kann jedermann zu den „Vollversammlungen“ (für weibliche Teilnehmer gibt es eigene segregierte „FrauenLesbenPlena“) gehen, doch wird ihm ohne persönliche Bekanntschaft mit den tonangebenden Personen Misstrauen entgegenschlagen. Viele Szenezusammenhänge kennen neben einer relativ offenen Struktur geschlossene Zirkel. Deren Zweck ist klar: Hier werden die „klandestinen Actions“, also die im Geheimen vorbereiteten und durchgeführten, stets strafbaren Anschläge gegen Repräsentanten, Einrichtungen und Symbole des verhassten „Schweinesystems“ ausgeheckt (siehe auch Autonomer-Szene-Jargon und Wie stehen Linksextremisten zur Gewalt als Mittel der Politik?). Solche Anschläge müssen in die Szene oder in ein vermutetes Sympathisantenumfeld hinein „vermittelbar“ sein. Das passiert in Erklärungen via Internet

²⁷ „Radikal“ Nr. 100, 1/1982, S. 14.

oder in Szenezeitschriften. Die „Actions“ erstrecken sich auf eine Palette, die vom Farbbeutelwurf gegen eine Fassade über eine „Entglasungsaktion“ bis hin zum „Abfackeln“ (Brandanschlag) reicht. „Militanz“ im Sinne von physischer Gewaltausübung gehört zum Selbstverständnis des autonomen Milieus und markiert zugleich die Grenze zu anderen, eher linksalternativen Subkulturen.

Auch deshalb ist das Leben in solchen Szenen ziemlich anstrengend. Was immer man/frau will, es könnte die Autonomie des benachbarten Individuums tangieren und deshalb erklärungsbedürftig sein. Wo Diskussionen aber nicht zur Einigung führen, bleiben Unterwerfung, Flucht oder Gewalt. Individuelle Fluchtwege bestehen häufig in illegalen Drogen und Alkohol – beides wird in der Szene als Moment der „Selbstbestimmung“ akzeptiert, auch wenn bei „militanten Aktionen“ ein Übermaß an „Alk“ gelegentlich als kontraproduktiv kritisiert wird. Gewalt in die eigene Szene hinein gilt an sich als unzulässig. Gelingt es aber, das Opfer als Spitzel, Verräter oder Bestandteil des „Schweinesystems“ darzustellen, geht sie in Ordnung, und mit der Solidarität ist dann sofort Schluss. Die Sanktionen bei Verstößen gegen „unsere Zusammenhänge“ können sozial vernichtend sein: Der Betroffene wird sozial isoliert und geächtet, darf sich in der Szene nicht mehr blicken lassen.

Das passiert allerdings nur in Einzelfällen. Motivierend für den Ausstieg oder den Umstieg an den Rand des linken Milieus sind im Allgemeinen eher Familiengründungen, das Bedürfnis nach sozialer Sicherheit, berufliche Etablierung und manchmal auch die Einsicht, dass das Ungeziefer in der „Volxküche“ (siehe auch Autonomer-Szene-Jargon) dann doch kein ständiger Begleiter kulinarischer Bedürfnisse sein muss.

Die Welt der Kommunisten

Rudolf van Hüllen

Einen größeren Unterschied zu den anarchistischen Autonomen kann es kaum geben. Kommunisten sind der festen Auffassung, dass Politik und Revolution nur mit einer festen Organisation, mit verbindlichen Plänen und mit eiserner Disziplin erfolgreich sein können.

Im Zentrum dieser Organisation steht die autoritär – nach den Grundsätzen des sogenannten „Demokratischen Zentralismus“ (siehe auch Marxistische bzw. marxistisch-leninistische Terminologie) – geführte Kommunistische Partei. Für Kommunisten ist sie geradezu Heimat und Mutter. Die Parteihymne der SED dichtete dazu: „Sie hat uns alles gegeben – Wärme und Licht und das Leben“²⁸. Der Alltag eines Kommunisten hat den „Parteiauftrag“ stets im Blick, das Private ist für ihn politisch. Er hat nie „frei“ – als Revolutionär ist er in allen Lebenslagen für die Partei unterwegs. „Wo ein Kommunist ist, da ist die Kommunistische Partei“ – egal ob er sich in einer Elternversammlung, in seiner Gewerkschaft oder im Sportverein bewegt. Um ihre „Kampfgemeinschaft von Gleichgesinnten“ möglichst eng zusammenzuhalten, haben die Kommunisten versucht, für alle Lebenslagen eigene Institutionen zu schaffen. Das begann mit den „Pionieren“ im Vorschulalter und endete mit eigenen Feuerbestattungsvereinen und Begräbnisritualen²⁹.

So etwas funktioniert natürlich heute nicht mehr, und selbst strenge marxistisch-leninistische Polit-Sekten wie die MLPD, deren Mitglieder bevorzugt untereinander verkehren, halten die reine Lehre einer kommunistischen „Gegengesellschaft“ nicht mehr durch. Außerdem bedeutet es nicht, dass sich Marxisten-Leninisten abkapseln. Im Gegenteil: Sie wissen, dass sie ihre Ziele nur unter der vorübergehenden Ausnutzung von „Bündnispartnern“ erreichen können. Die suchen sie unter demokratischen Linken, und so sind Kommunisten (fast) überall anzutreffen, wo Protest gegen Missstände unserer Gesellschaft artikuliert wird. Zu ihren unerfreulichen Eigenschaften gehört allerdings, dass sie in solchen Bündnissen nicht mit offenen Karten spielen. Häufig geben sie sich nicht als Kommunisten zu erkennen, besprechen ihre Strategie zuvor innerhalb der Partei, erobern mit gezielten und von außen oft nicht erkennbaren Taktiken Posten, um unerwünschte Mitspieler auszuschalten – loyal sind sie in Protestbündnissen nur, solange diese ihren langfristigen Zielen dienen. Dieses Verhalten wird von demokratischen Linken häufig als „Avantgardeanspruch“ beanstandet. Die Kritik trifft den Kern der antidemokratischen Verhaltensmuster kommunistischer Kader: Sie sind sicher, im Besitz der „richtigen“ Lösung für alle Probleme zu sein und – wie schon Marx im „Kommunistischen Manifest“ formulierte – allen anderen die Einsicht in den Gang der Geschichte vorauszuhaben.

Wer sich einem kommunistischen Milieu zurechnet, kann sich sehr unterschiedlich verhalten. Auf der einen Seite findet man sozial engagierte, kommunikative und für die Armen, Schwachen und Unterdrückten anscheinend selbstlos tätige Menschen. Viele Kommunisten hatten in den Gewerkschaften und als Betriebsräte wegen ihres kompromisslosen Eintretens für die Belegschaften einen sehr guten Ruf – auch unter nicht kommunistischen Arbeitern. Aber der Kommunist wird auf der anderen Seite unbedenklich lügen, betrügen, intrigieren und diffamieren, wenn es der Partei nützt. Da kennt er keine menschlichen Rücksichtnahmen oder ethischen Bedenken. Die Partei hat ihm

²⁸ Die SED-Parteihymne unter dem bezeichnenden Titel „Die Partei hat immer recht“ wurde von dem kommunistischen Dichter Louis Fürtberg getextet.

²⁹ Zu diesen kommunistischen Milieus und ihren oft menschenfeindlichen Auswirkungen gab es schon aus den 1950er Jahren entsprechende Schilderungen, z.B. von Ralph Giordano, Die Partei hat immer Recht, Köln 1957. Wie eine moderne Partei funktionierte, beschrieb der Aussteiger Peter Schütt: Mein letztes Gefecht. Abstieg und Beichte eines Genossen, Böblingen 1992. Ferner aus detaillierter wissenschaftlicher Sicht Till Kössler, Abschied von der Revolution. Kommunisten und Gesellschaft in Westdeutschland 1945–1968, Düsseldorf 2005.

anerzogen: Moralisch ist, was der Revolution und der Arbeiterklasse nützt, unmoralisch ist, was ihr schadet.

Dieses eiserne Festhalten an der Vorstellung, dass „die Partei immer recht“ hat, macht hartgesottene Kader kommunistischer Organisationen nicht nur häufig unfähig, zwischen Recht und Unrecht zu unterscheiden, sondern auch unwillig, Tatsachen und Fakten zu akzeptieren, die ihren Überzeugungen zuwiderlaufen. Selbst unter den Intellektuellen halten sich zäh und unbeugsam bestimmte Geschichtslegenden (wie z.B. die von der „sozialen“ DDR oder dem „friedliebenden“ Realsozialismus – siehe auch War die DDR ein „Friedensstaat“?). Bei vielen Kommunisten ist keineswegs per se klar, dass sie beispielsweise in solchen Fällen bewusst und vorsätzlich die Unwahrheit sagen. Sie versuchen nur, die Realität mit ihrer kommunistischen Überzeugung in Übereinstimmung zu bringen. Und demnach kann es im Sozialismus eben nur sozialer zugehen als im „Kapitalismus“ – unabhängig von der verdeckten Arbeitslosigkeit, dem Wohnungsmangel, den Versorgungsengpässen und den schäbigen Renten, die es in der DDR tatsächlich gab (siehe auch Ermöglichte die DDR-Planwirtschaft einen hohen Lebensstandard?). Kommunisten lernen nicht nur, ein bereits gescheitertes Gesellschaftsmodell als Paradies zu verkaufen – sie lernen auch, sich selbst zu belügen.

Führt Linksextremismus zu Terrorismus?

Matthias Mletzko

Von Linksextremisten ausgehender Terrorismus ist in Deutschland glücklicherweise ein relativ seltenes und an sehr spezielle Bedingungen geknüpftes Phänomen geblieben. Experten schätzen die Wahrscheinlichkeit einer „Neuaufgabe“ dieser Variante politisch motivierter Gewalt als gering ein.

Mit Terrorismus sind planmäßige, aus dem Untergrund vorbereitete, schockierende Gewaltanschläge gegen eine politische Ordnung gemeint, die Unsicherheit und Schrecken – in bestimmten Bevölkerungsteilen aber auch Sympathie und Unterstützungsbereitschaft – erzeugen sollen. Anschläge gegen Leib und Leben werden besonders unmenschlich und brutal durchgeführt³⁰. Linksterrorismus ist in Deutschland eine seltene Form politisch motivierter Gewalt, die an spezielle Bedingungsgeflechte geknüpft ist. So spielen etwa individuelle Krisen und Orientierungssuche, zugespitzte politische/gesellschaftliche Konfliktlagen und Gruppenprozesse mit Isolierung und Radikalisierung im Untergrund eine wichtige Rolle.

In der Geschichte der Bundesrepublik haben drei linksextreme Gruppierungen über einen längeren Zeitraum terroristische Mittel eingesetzt: die Rote-Armee-Fraktion (RAF) (1970–1998), die in der RAF aufgegangene Bewegung 2. Juni (1972–1980) und die Revolutionären Zellen (RZ) (1973–1995). Während die RAF als am längsten aktive Gruppe ihre Opfer mit Schusswaffen und Sprengsätzen gezielt tötete und die höchste Zahl von Todesopfern zu verantworten hat, setzten die RZ eher auf Anschläge gegen Objekte, führten „nur“ gelegentliche „Bestrafungen“ mit Schüssen aus kleinkalibrigen Waffen in die Beine ausgesuchter Opfer durch und legten auf eine Verankerung in der breiteren links-militanten Szene Wert³¹.

Die Entstehung dieser Gruppen fällt in die Zeit gesellschaftlicher Umbrüche zum Ende der 1960er Jahre, in der völlig entgegengesetzte Wertvorstellungen, Lebens- und Politikentwürfe der Kriegs- und der Nachkriegsgeneration teils unerbittlich zusammenprallten. Im Zuge des Niedergangs der Studentenbewegung beschränkten Anfang der 1970er Jahre zahlreiche linksextreme Gruppen und Personen bei ihrer Suche nach Orientierung ganz unterschiedliche Wege. Nur ein kleiner Kreis entschied sich dafür, aus dem Untergrund heraus als selbsternannte Avantgarde einen Privatkrieg gegen „Faschismus“ und „Imperialismus“ zu führen.

In der links-militanten Szene gab und gibt es Kleingruppen, die über eine gewisse Zeit mit Anschlagsserien gegen Sachen und mit Einschüchterungsaktionen gegen Personen in Erscheinung treten – in den 1990er Jahren etwa die Gruppe Klasse gegen Klasse (KgK) oder die politextotische, mit dschihadistischem Terrorismus sympathisierende Antiimperialistische Zelle (AIZ); in jüngerer Zeit (2001–2009) die militante Gruppe (mg) und die ab 2009 aufgetretenen, ideologisch verwandten Revolutionären Aktionszellen (RAZ). Im Vergleich zu den „Klassikern“ RAF und RZ haben diese neuen Gruppen nur eine relativ kurze Lebensdauer, und die Durchführung ihrer Anschläge ist durch ein vergleichsweise kümmerliches technisch-handwerkliches Niveau gekennzeichnet.

³⁰ Siehe Peter Waldmann: Terrorismus. Provokation der Macht, München 1998, S. 10–11. Es spricht fachlich einiges dafür, das Kriterium der Grausamkeit gegen Leib und Leben nicht auszudünnen: Verschiebt man nämlich diese Grenze in Richtung von Akteuren, die unterhalb der Schwelle lebensbedrohlicher Gewalt handeln, verfransen die Ränder des Terrorismusbegriffs derart, dass Gruppen, die ausschließlich objektbezogene Anschläge begehen, mit massenmörderischen Varianten in einen Topf geworfen werden.

³¹ Im Mai 1981 starb der hessische Wirtschaftsminister Karry bei einem derartigen „Bestrafungs“-Anschlag.

Phasenweise liebäugeln einige Gruppen aus der autonomen Szene in ihren Verlautbarungen immer wieder mit der Option des „bewaffneten Kampfes“ – wobei die Sympathien eher der RZ-Tradition mit Betonung auf „Bewegungsnähe“, Zielgenauigkeit und Vermittelbarkeit militanter Aktionen als der „abgehobenen“ RAF gelten. Zumindest bislang blieb es aber bei Absichtsbekundungen, die sich nicht zu terroristischem Verhalten verdichteten. Außerdem lösten diese Gruppen in der breiteren linksmilitanten Szene stets scharfe Kontroversen aus und blieben randständig: Sowohl die „Militanzdebatten“ als auch das tatsächliche Gewalthandeln tendieren – sobald es um Angriffe auf Personen geht – insgesamt eher zu dosierter Gewalt (siehe auch Wie stehen Linksextremisten zur Gewalt als Mittel der Politik?). Hierin unterscheidet sich das linksmilitante Lager vom rechten Gegenpol: Rechte Täter tendieren deutlich stärker zum Gewalthandeln mit Todesfolge und akuter Bedrohung von Leib und Leben. Dennoch kommt es gelegentlich – und in der neuen Dekade offenbar häufiger³² – zu lebensbedrohlichen links motivierten Übergriffen auf „Todfeinde“ – Angehörige der rechten Szene und Polizeibeamte. Solche Exzesse widersprechen allerdings dem Leitbild „verantwortlicher“ Linksmilitanz und verursachen sceneintern einige Bauchschmerzen. Langjährige Beobachter der Szene schätzen daher die Wahrscheinlichkeit eines neuen Linksterrorismus als gering ein³³. Seit der im Sommer 2015 einsetzenden Flüchtlingskrise, die mit einer Aufheizung migrationspolitischer Diskurse, fremdenfeindlichen Mobilisierungen und stark ansteigenden rechten Gewalttaten einhergeht, könnten allerdings linksmilitante Kleingruppenwieder vermehrt die Option organisierten Gewalthandelns in Betracht ziehen³⁴.

³² Indikativ ist zum einen der gewachsene Anteil von Körperverletzungen im Gesamtaufkommen linker Gewaltdelikte, der seit 2013 in absoluten Zahlen die rechten Gewaltdelikte übertrumpft. Zum anderen ist die Zahl linker versuchter Tötungsdelikte deutlich gestiegen; sie lag 2012 und 2014 deutlich über dem Aufkommen rechter Delikte. Zur genaueren Bewertung wären vertiefende Auswertungen mit Intensitätsanalysen erforderlich. Diese sind auch weiterhin nicht im polizeilichen Erfassungssystem vorgesehen. Aktuelle Forschungsarbeiten liegen hierzu nicht vor.

³³ So etwa Experten der Polizei und des Verfassungsschutzes in „Krieg der Steine“, taz vom 16./17. Juli 2011. Siehe hierzu auch die Verfassungsschutzberichte Berlin und Hamburg – der Länder mit dem traditionell höchsten Aufkommen linker Gewalt.

³⁴ Die Denkfigur eines „antifaschistischen Attentats“ zirkulierte schon in den 1990er und auch in den 2000er Jahren in der Szene. Siehe Backes/Mletzko/Soye: NPd-Wahlmobilisierung und politisch motivierte Gewalt, Köln 2010, S. 170-172.

Linke Gewalt gegen Polizisten – ein grassierendes Problem

Rudolf van Hüllen

„Bullenschwein“, „Robo-Cop“, „Bulle sein heisst Probleme kriegen - überall“ - die linksextremistischen menschenverachtenden Bezeichnungen für Polizeibeamte lassen erkennen, dass Polizisten durch bestimmte Strömungen im Linksextremismus genauso die Menschenwürde abgesprochen wird wie das Rechtsextremisten mit Menschen ausländischer Herkunft tun. Sozialwissenschaftler würden den Hass von Linksextremisten gegen Polizisten deshalb auch als „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ bezeichnen können. Das ist eine vornehm zurückhaltende Etikettierung für ein Phänomen, das für Polizisten in bestimmten Situationen lebensbedrohende Formen angenommen hat.

Generell sehen Linksextremisten die Polizei als „Büttel des Systems“ und zugleich als Hindernis für die von ihnen gewünschte Revolution: Als Kern des „Repressionsapparates“ sichere die Polizei das verhasste bürgerlich-demokratische System und mit ihm auch die „kapitalistische Eigentumsordnung“. Die Vorstellung, dass ein Schutz der Grundrechte der Bürger, ihrer körperlichen Unversehrtheit und ihres Eigentums keine politische Parteinahme bedeutet, sondern lediglich an die Rechtsordnung gebunden ist, ist Linksextremisten fremd.

Dennoch gibt es in der Intensität und Begründung der Feindschaftserklärung beträchtliche Unterschiede, je nachdem, welcher ideologischen Richtung Linksextremisten anhängen.

Revolutionäre Marxisten und SED-Nostalgiker haben an sich kein Problem mit staatlichen Polizeiapparaten. Die DDR war ein Polizeistaat im schlimmsten Sinne des Begriffs. Die Volkspolizei hatte die Aufgabe, das SED-Regime zu schützen und arbeitete dabei engstens mit der terroristischen Geheimpolizei MfS (Ministerium für Staatssicherheit) zusammen. Die DDR war alles andere als „Anarchie“.

Deshalb haben revolutionäre Marxisten nichts gegen Polizei und Geheimdienste an sich - sie haben lediglich etwas gegen aus ihrer Sicht „falsche“ Polizei- und Nachrichtendienstbehörden. Willkommen ist hingegen eine Polizei, die nicht politisch neutral ist, sondern die Diktatur schützt und die Bevölkerung und Oppositionelle verfolgt. Staatsapparate und Justizapparate, so die revolutionären Marxisten, seien nie neutral und hätten stets die Aufgabe der Herrschaftssicherung. Gerne wird dazu Karl Marx zitiert, nach dem das „herrschende Recht das Recht der Herrschenden“ sei.

Revolutionäre Marxisten beanstanden also an der Polizei in der Bundesrepublik den Umstand, dass sie die gegenwärtige, demokratische, deshalb aus ihrer Sicht falsche, Rechtsordnung sichert. Dazu gehört auch die Gewährleistung des Demonstrationsrechts, das nach dem Grundgesetz auch Rechtsextremisten in Anspruch nehmen (siehe auch „Die Polizei schützt die Nazis“).

Auch in der DDR waren allerdings Trunkenheitsfahrten, Diebstahl, Raub und Vandalismus verboten. Die Volkspolizei hatte die Aufgabe, solche ganz „normale“ Kriminalität ebenfalls zu bekämpfen und zum Beispiel für Sicherheit im Straßenverkehr zu sorgen.

Deshalb haben die neuen Bundesländer viele Volkspolizisten in den Dienst der Länderpolizeien übernommen; lediglich die Mitarbeiter der früheren K 1-Kommissariate (Staatsschutz) wurden wegen SED-Nähe nicht weiter beschäftigt.

Revolutionäre Marxisten und SED-Nostalgiker akzeptieren demnach insgesamt die Polizei als gesellschaftlich notwendige Institution. Sie beanstanden nur ihre Aufgabe als angebliche „Büttel des

Kapitals“. Eine menschenverachtende Grundhaltung gegenüber den Beamten ist in der Regel nicht zu finden. SED-Nostalgiker und selbst revolutionäre Marxisten wissen, dass Polizeibeamte aus allen Bevölkerungsschichten stammen.

Grundsätzlich anders stellt sich das Verhältnis der Autonomen und Anarchisten zur Polizei dar. In ihrer Vision einer „herrschaftsfreien Gesellschaft“ darf es grundsätzlich keine Institution geben, die Regeln durchsetzt. Jede Art von gesellschaftlicher Regulierung ist für sie „Repression“. Das gilt für einen Apparat wie die Polizei, der mit Zwangsmitteln ausgestattet ist, in besonderem Maße. Die autonome Szene sieht in ihr nur einen Arm eines umfassenden „Repressionssystems“, dem auch Justiz, Verwaltung und gesellschaftliche Institutionen angehörten. In einem solchen Wahnsystem sind Polizeibeamte die Speerspitze der gegen die eigenen Ideen gerichteten Mächte. Bei der Konfrontation im Demonstrationsgeschehen erkennt der Autonome im einzelnen Polizisten deshalb nicht mehr z.B. einen Familienvater, Nachbarn, früheren Klassenkameraden. Das anonymisierte „Bullenschwein“ ist - aus der Sicht eines hochgradig pathologischen Personenzusammenschlusses, wie ihn die so genannte „autonome Szene“ bildet - kein Mensch mehr. Der physische Angriff auf ihn gleicht dem Beschädigen einer Sache.

In der Vergangenheit hielten Autonome bei ihrer Konfrontationsgewalt gegen Polizeibeamte (im Jargon „Massenmilitanz“) gewisse „Spielregeln“ und Rituale ein. Es wurde zwar hingenommen, dass das Gegenüber bei der Auseinandersetzung verletzt werden könnte, doch bewegte sich die Mehrheitsmeinung in der Szene auf der Linie, dass zwar auch schwere Verletzung in Kauf zu nehmen seien, man es aber auf die Tötung des „Bullen“ nicht anlege (siehe auch „Wie stehen Linksextremisten zur Gewalt als Mittel der Politik?“). Heute kommt es vermehrt zu Angriffen, die dem Tatbestand versuchten Mordes zumindest nahe kommen: Steinplatten werden von Häusern auf Beamte geworfen, Brandsätze in offene Fenster von fahrenden Streifenwagen geschleudert; einzelne Beamte ohne Schutzkleidung werden ganz gezielt von Schlägertrupps angegriffen. Immerhin acht (2012), drei (2013)³⁵ und wiederum sieben (2014)³⁶ versuchte Tötungsdelikte mit linksextremistischem Hintergrund registrierte das Bundeskriminalamt in den vergangenen Jahren, sie richteten sich ganz überwiegend gegen Polizisten (siehe auch Wie viele linksextremistische Übergriffe werden jährlich in Deutschland erfasst?). Rund 80 Prozent der bei Demonstrationseinsätzen in Deutschland verletzten Polizeibeamten sind Opfer linker Gewalt - fast hundert waren es allein bei den „antikapitalistischen“ Protesten von Linksextremisten anlässlich der Eröffnung des Gebäudes der Europäischen Zentralbank im März 2015 in Frankfurt/Main. Dort sorgten überwiegend Autonome für die „Handarbeit“; die Partei Die Linke rechtfertigte anschließend die Gewalt im Hessischen Landtag.

Gewalt gegen Polizeibeamte ist kein Alleinstellungsmerkmal von Linksextremisten. Sie nimmt leider insgesamt zu: Fast 63.000 Straftaten gegen Polizeibeamte verzeichnet die Polizeiliche Kriminalstatistik allein für das Berichtsjahr 2014; das ist eine Zunahme von mehr als zehn Prozent im Zeitraum von nur drei Jahren. Das polizeiverachtende Akronym A.C.A.B: (für: All Cops Are Bastards) stammt zwar aus dem angelsächsischen allgemein kriminellen Milieu und ist auch bei Fußball-Hooligans und Rechtsextremisten (in gotischer Fraktur geschrieben) populär. Nirgendwo aber wird Gewalt gegen die Ordnungshüter so konsequent ideologisch gerechtfertigt und so offensiv ausgeführt wie durch die linksextremistische Szene.

³⁵ Verfassungsschutzbericht 2013, S. 43.

³⁶ PMK-Statistik 2014, S. 3 f. Die Zahlen für die rechtsextremistisch motivierten versuchten Tötungsdelikte sind sechs, drei und eines. Allerdings richteten sich Mordversuche von Rechtsextremisten in der Regel gegen andere Zielgruppen.

Was unterscheidet linksextremistische von rechtsextremistischen Straftaten?

Uwe Backes

Neben der allgemeinen politischen Motivation und ihren geistigen Grundlagen unterscheiden sich links- und rechtsextremistische Straftaten, soweit sie im neuen Jahrtausend registriert wurden, in ihrer Deliktspezifität und ihren Angriffszielen. Bei der linken Gewalt überwiegen die instrumentellen Tatkomponenten. Dies gilt in noch höherem Maße für die Konfrontationsgewalt (Zusammenstöße mit dem politischen Gegner). Linke Gewalt ist weit häufiger als rechte Gewalt mit dem Demonstrationsgeschehen verknüpft und in höherem Grade geplant und aufsuchend. In der Tatausführung greifen linke Täter in deutlich geringerem Maße als rechte Täter auf lebensbedrohliche Formen der Tatbegehung zurück. Während bei rechten Tätern die Anwendung roher Gewalt in der Face-to-Face-Situation häufig ist, überwiegt bei linken Tätern die Gewaltanwendung aus der Distanz wie beim Stein- und Flaschenwurf. Allerdings werden auch bei dieser Art der Tatbegehung nicht selten schwerste Verletzungen in Kauf genommen.

Eine am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der TU Dresden durchgeführte Untersuchung hat die Befunde früherer Studien teilweise bestätigt, wonach rechtes Gewalthandeln wiederum mehr durch expressive (Gewalt als Mittel zur Selbstdarstellung/-verwirklichung und zum Abreagieren von Wut und Hass) als durch instrumentelle Komponenten (Gewalt als Mittel zur Erreichung politischer Ziele) geprägt ist.

Während (potentielle) linksextremistische Gewalttäter umfangreiche „Militanzdebatten“ in Szeneorganen führen, bleiben (potentiell) rechtsextremistische Gewalttäter oft wortkarg und reflexionsarm. Beide Gruppen operieren im Umgang mit ihren Gegnern nicht selten mit dehumanisierenden Vergleichen („Schweine“, „Pigs“, „Ratten“, „Zecken“), stellen „schwarze Listen“ zusammen und rechtfertigen ihr Gewalthandeln üblicherweise mit einer Notstandssituation, die keinen anderen Ausweg lasse.

Das Gewaltgeschehen an den Flügeln des politischen Spektrums ist wesentlich von der Interaktion links- und rechtsextremer Akteure geprägt. Zu Beginn der 1990er Jahre entstand eine „Anti-Antifa“ als Reaktion auf die zunehmenden Aktivitäten der autonomen „Antifa“. Dabei wurden deren Methoden teilweise übernommen. Einen weiteren Höhepunkt dieser Entwicklung stellte das Auftauchen „nationaler schwarzer Blöcke“ mit bislang szeneutypischem, „autonomen“ Erscheinungsbild (Vermummung, Palästinasertücher, Anstecker mit abgewandelten Parolen) dar – zunächst ab etwa dem Jahr 2002 in Berlin, bald darauf auch an Rhein und Ruhr und durch den Nachahmungseffekt sehr schnell in weiteren Regionen; in manchen Regionen stellen sie das dominierende Erscheinungsbild der Neonazis dar. Sie treten bei Demonstrationen aggressiver als andere Gruppierungen des rechtsextremen Spektrums auf, bilden „schwarze Blöcke“, greifen linke Gegner wie Polizeibeamte an. Eine jüngere Generation von Aktivisten agiert, anders als ihre Vorgänger, offensiv, stört gegnerische Veranstaltungen und fotografiert deren Teilnehmer – mit der unverhohlenen Drohung, gegen diese bei Gelegenheit vorzugehen.

Gleichzeitig werden Radikalisierungstendenzen in Teilen der Autonomen-Szene registriert (siehe auch Die Welt der Autonomen). Dies gilt einerseits im Verhältnis zu den ideologischen Antipoden. Mit dem Argument „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen“ lassen sich Übergriffe jeglicher Art rechtfertigen. Andererseits wird der antifaschistische Kampf als Teil der Auseinandersetzung mit dem verhassten „System“ gesehen. Aus dieser Einstellung erklärt sich u.a. die zunehmende Aggressivität von Szene-Angehörigen gegenüber den Sicherheitskräften, wie sie sich etwa bei einem Überfall auf das

Gebäude des Polizeikommissariats 16 im Hamburger Schanzenviertel am 3. Dezember 2009 zeigte: „In den späten Abendstunden des 03.12.2009 warfen ca. 20 Vermummte mit Steinen mehrere Fensterscheiben der Polizeiwache Lerchenstraße ein und setzten zwei Streifenwagen in Brand. Sie bewarfen Polizeibeamte, die aus der Wache eilten und keine Schutzkleidung trugen, massiv mit faustgroßen Steinen und rollten eine brennende Mülltonne direkt an das Gebäude, dessen Eingangstür sie zuvor verschließen wollten“³⁷. In einem Rechtfertigungsschreiben hieß es, man habe die neue Methode des „crash flash mob“, einer unerwartet auftauchenden und zuschlagenden Menge, praktiziert. „Auf dem Weg der Revolte/Revolution“ werde man „an handfesten Konfrontationen auch mit den Repressionsorganen nicht vorbeikommen“. Die angegriffene Wache habe „rassistischen Terror“ ausgeübt. Unverhohlenen Sympathie bekundende Szene-Angehörige kommentierten den Vorfall ausführlich. Dabei wandten sie sich gegen die Auffassung, Gewaltanwendung sei nur als Reaktion gegen staatliche „Repression“ legitim: „Wenn nämlich Militanz und militante Aktionen nur als Reaktion auf Schweinerein der Herrschenden für sinnvoll gehalten werden (wenn überhaupt ...), bleiben wir auf eine defensive Sicht auf die Welt und den (sic) eigenen Perspektiven darin reduziert. (...) Wir werden auch weiterhin offensiv agieren und militante Aktionen nicht nur dann akzeptieren, wenn sie sich als Reaktion auf Ereignisse vermittelt (sic)“³⁸.

Lesetipps:

- Uwe Backes/Matthias Mletzko/Jan Stoye, NPD-Wahlmobilisierung und politisch motivierte Gewalt, Reihe Polizei + Forschung, Bd. 39, hrsg. vom Bundeskriminalamt (BKA)/Kriminalistisches Institut, Köln 2010.
- Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.), Linksextremistische Gewalt – Gefährdungen, Ursachen und Prävention. 9. Symposium des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz am 4. November 2010, Erfurt 2011.

³⁷ Verfassungsschutzbericht Hamburg 2009, S. 130.

³⁸ Autonomes Szeneblatt „Interim“ vom 29. Januar 2010, S. 13.

Wie viele linksextremistische Übergriffe werden jährlich in Deutschland erfasst?

Uwe Backes / Rudolf van Hüllen

Seit dem Jahr 2001 werden politisch motivierte Straftaten von der Kriminalpolizei mit einem verfeinerten Erfassungssystem „Politisch Motivierte Kriminalität“ (PMK) registriert.

Dabei unterscheidet die Polizei zwischen solchen politisch motivierten Straftaten, denen im weitesten Sinne eine „linke“ Motivation zugerechnet werden kann (2014: 8.113 Fälle) und solchen, die sich ausdrücklich mit einer extremistischen Motivation gegen die Verfassungsordnung wenden. Zu dieser Kategorie zählten im Jahr 2014 4.424 Straftaten (2013: 4.491). Davon waren 995 (2013: 1.110) Gewalttaten. Die große Zahl der Landfriedensbrüche (2014: 116, 2013: 160) und der Widerstandsdelikte³⁹ (2014: 115, 2013: 243) deutet auf den hohen Anteil von Gewalttaten hin, die im Zusammenhang mit Demonstrationen auf der Straße begangen werden.

Die Zahl der Körperverletzungen zeigt im langjährigen Vergleich eine steigende Tendenz. Im Jahr 2014 waren es 633 (2013: 606). Delikte, die auf einen organisierten Untergrund und terroristische Ansätze hinweisen – wie Sprengstoffanschläge (2014 und 2013 je einer) oder Raubüberfälle (2014: 15, 2013: 19) – machen nur einen kleinen Teil der Fälle aus. Gleiches gilt für (versuchte) Tötungsdelikte (2014: 7, 2013: 3). Vergleichsweise hoch (2014: 62, 2013: 45) ist demgegenüber die Zahl der Brandanschläge – auf Firmenniederlassungen, Behörden oder „Nobelkarossen“. Der Anteil der gegen Polizeibeamte und politische Gegner („Rechte“) gerichteten Konfrontationsgewalt ist im neuen Jahrtausend gestiegen – von rund 42 auf etwa 47 Prozent. Innerhalb eines komplexen Wirkungsgefüges bildet die linksextremistische Gewalt ein wichtiges Bindeglied, das die Interaktionsdynamik zwischen gewaltorientierten wie auch überwiegend gewaltfreien extremistischen Akteuren prägt (siehe auch Wie stehen Linksextremisten zur Gewalt als Mittel der Politik? und „Gewalt ist ein legitimes Mittel.“).

Linksextremistische Straftaten sind seit jeher stark von Gelegenheitsstrukturen und Protestkonjunkturen abhängig gewesen. Ereignisse wie internationale Wirtschafts- oder Politikgipfel liefern Linksextremisten regelmäßig Anlässe für Straf- und Gewalttaten. Auch die stark angestiegenen Übergriffe auf Flüchtlingseinrichtungen seit 2015 motivieren Linksextremisten zu deutlich gesteigerter Militanz gegen politische Gegner und staatliche Einrichtungen.

Im Zuge der so genannten Flüchtlingskrise 2015 ist nicht nur die Zahl rechtsextremistisch motivierter Straftaten, sondern auch, von der Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet, diejenige linksextremistisch motivierter Straftaten angestiegen: von 3.429 im Jahr 2014 auf 4.012 (2). Liegt dieser Anstieg um rund 15 % noch im Rahmen der üblichen „konjunkturellen Schwankungen“, so lässt jedoch die überproportionale Zunahme linksextremistisch motivierter Gewalttaten (von 995 auf 1.608 im Folgejahr) aufhorchen. Sie überholt die ebenfalls angestiegene Zahl rechtsextremistisch motivierter Gewaltstraftaten (1.408 Delikte).⁴⁰

³⁹ Landfriedensbruch (§ 125 StGB) begeht, wer aus einer Menschenmenge heraus (z.B. einer Demonstration) Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen androht oder ausführt. Eine strafrechtlich relevante Widerstandshandlung (§§ 113, 114 StGB) liegt vor, wenn der Täter einen Amtsträger durch Gewalt oder Drohung mit Gewalt an der Durchführung seiner gesetzlichen Aufgaben hindert. Nimmt beispielsweise ein Polizeibeamter einen Randalierer fest und wehrt sich dieser gewaltsam, so liegt eine Widerstandshandlung im Sinne des Strafrechts vor.

⁴⁰ Verfassungsschutzbericht 2015, S. 26, 31.

Lesetipps:

- Uwe Backes/Matthias Mletzko/Jan Stoye, NPD-Wahlmobilisierung und politisch motivierte Gewalt, Reihe Polizei + Forschung, Bd. 39, hrsg. vom Bundeskriminalamt (BKA)/Kriminalistisches Institut, Köln 2010.
- Bundesministerium des Innern, Verfassungsschutzbericht 2013, Berlin 2014 und Verfassungsschutzbericht 2014, Berlin 2015.
- Untersuchung der Senatsverwaltung für Inneres: Linke Gewalt in Berlin 2009-2013, Berlin 2016, online verfügbar.

Wie wird man Linksextremist?

Rudolf van Hüllen

Es gibt eine Vielzahl von Möglichkeiten, wie junge Menschen unglücklich in extremistische Gruppen stolpern können. Für die meisten ist das ein vorüber gehender Aufenthalt, der ihren Lebensweg zwar ein wenig behindert, aber nicht grundsätzlich auf die falsche Bahn bringt. Andere geraten auf diese falsche Bahn – und manchmal in einen lebenslänglichen Irrtum.

Die Möglichkeiten, wie man Linksextremist wird darzustellen und vor den Fangtechniken linksextremer Rattenfänger zu warnen, ist uns deshalb ein Anliegen.

Ein Blick in die Vergangenheit

In den späten 1960er Jahren waren revolutionäre, linksextremistische und menschenfeindliche Ideen für eine Vielzahl junger Menschen attraktiv. Die meisten kehrten nach einem solchen Ausflug wieder in demokratische Parteien zurück, andere benötigten etwas länger dafür – bis zur Auflösung ihrer maoistischen und stalinistischen Gruppen, die nach 1980 zumeist in den GRÜNEN aufgingen. Für die so genannten „1968er“ gab es mannigfaltige Gründe, sich radikal linken Ideen zuzuwenden: Die Amerikaner hatten zwar nach 1945 den Westdeutschen die Demokratie gebracht, führten aber einen Krieg in Vietnam, der mit diesen Prinzipien schwerlich in Einklang zu bringen war. Es gab nach dem kontinuierlichen wirtschaftlichen Aufschwung der 1950er und 1960er Jahre erstmals Konjunkturbrüche und Arbeitslosigkeit. Die Entspannungspolitik erhöhte die Attraktivität marxistischer Gesellschaftskritik: „Links“ zu sein war „in“. Und schließlich: Die 1964 gegründete NPD ließ eine Renaissance rechtsextremistischer Ideen befürchten. Zudem stand die damalige Politik und Justiz in dem Ruf, sich einer Aufarbeitung nationalsozialistischen Unrechts zu entziehen. Das stimmte so nicht, wie man heute weiß. Aber es zog weitere junge Menschen nach „links“.

Einstiegsmodelle

Unglücklicherweise verfügt die Wissenschaft kaum über belastbare Daten zu den Bedingungen, unter denen junge Menschen in den Linksextremismus geraten. Wie viele linksextremistische Karrieren wie begonnen haben, können wir daher nicht empirisch belegen. Schon aber, dass es die folgenden Einstiegsmöglichkeiten gibt.

- Der Eintritt in eine linksextremistische Organisation, meistens in diesem Falle eine Partei, kann auf einer jahrzehntealten Prägung einer Familie beruhen. Bis in die 1980er Jahre gab es in den großen Industriestädten Deutschlands noch regelrechte „proletarische Milieus“. Die Tradition als Kommunist hatte manchmal der Urgroßvater 1918 bei der Gründung der KPD begründet und dann über Generationen an die Kinder, Enkel und Urenkel weiter gereicht. Solche kommunistischen Familienclassen bildeten die Grundlage der westdeutschen DKP und soweit erkennbar auch die eines Teils der SED-Herrschaftseliten. Oftmals war das mindestens während des Nationalsozialismus auch mit Verfolgung und Opfern verbunden. Allerdings lässt die Anziehungskraft solcher Dynastien nach.
- Die kommunistische Ideologie enthält eine Vision, die einem jungen Menschen zunächst sympathisch vorkommen mag: Soziale Gleichheit in Harmonie, die Abwesenheit von Konflikten und Kriegen bilden ihre Eckpfeiler. Das kann eine reale Demokratie auch mit einer bestens ausgeprägten Sozialstaatlichkeit weder versprechen noch bieten. Wer sich also dem Ideal absoluter sozialer Gleichheit verschreibt, wird vielleicht nicht sofort erkennen, dass dieses Ideal mit dem menschlichen Bedürfnis nach Freiheit in scharfe Konfrontation geraten kann. In

diesem Konflikt zeichnen sich Linksextremisten dadurch aus, dass sie keine Kompromisse zwischen Gleichheit und Freiheit dulden, wie dies in klarer Erkenntnis der widerstrebenden Werte sozialistische und sozialdemokratische Parteien tun. Wer also ohne Abwägung für möglichst radikale soziale Gleichheit eintritt, wird ein entsprechendes ideologisches Angebot eher bei Linksextremisten als bei linken Demokraten finden. Dass es nicht eingelöst werden kann, merkt er erst später.

- Linksextremisten vertreten häufig nach außen Ziele, die für sich betrachtet auch Demokraten gut finden können (siehe auch Wie unterscheiden sich Linksextremisten von linken Demokraten? und Welche Fernziele verfolgen Linksextremisten?). Die dahinter stehende Option zur Errichtung einer Diktatur wird nicht immer gleich deutlich. Und manchmal erscheinen Linksextremisten als die konsequenteren und radikaleren Vertreter von Werten wie soziale Gerechtigkeit, Umweltschutz, Selbstbestimmung. Das fällt ihnen leicht, denn sie müssen nicht bei der konkreten Gestaltung von Politik diejenigen Kompromisse eingehen, die in einer pluralistischen Gesellschaft nun mal notwendig sind. Und: Häufig tritt Linksextremismus als „zivilgesellschaftliche Initiative“ auf, deren angeblich selbstloses Anliegen man erst mal sympathisch findet.
- Genau deshalb erscheinen Linksextremisten oftmals auch als konsequentere Verfechter von Interessen junger Menschen. Sie knüpfen an Verunsicherung und fehlender Orientierung in neuen Lebenslagen an, versprechen schnelle und gründliche Lösungen – die sie natürlich nicht durchsetzen können, weil sie angeblich das kapitalistische System daran hindert. Anknüpfungspunkte sind neue Lebensphasen: der Eintritt ins Berufsleben mit seinen Zwängen zu Leistung und Arbeitsdisziplin zum Beispiel. Hier werden stets Linksextremisten als die kompromisslosesten und gründlichsten Interessenvertreter der Auszubildenden, als die besten Gewerkschafter, auftreten. Oder die Aufnahme eines Studiums: Linksextremisten bieten dann Hilfen beim Zurechtkommen mit dem Apparat einer Universität an, sie versuchen Erstsemester mit Einführungen in das Studium zu ködern.

Gefährlich wird das Eingehen auf solche Angebote dann, wenn der nächste Schritt fällig ist: Die linksextremistische Gruppe fordert den Bruch mit der von ihr als rettungslos verderbt dargestellten realen Gesellschaft. Der Neueinsteiger, zunächst „anpolitisiert“ mit einem leicht bekömmlich erscheinenden Angebot, soll sich in Konfrontation mit seiner Umwelt begeben, soll sich der Revolte (bei den Autonomen) oder der Revolution (bei den revolutionären Marxisten) verschreiben. Wer sich darauf einlässt, wird auf den Weg einer Radikalisierung geschickt.

Mit etwas Glück schafft er irgendwann den Absprung. Nicht immer gelingt das. Manche Irrtümer verbiegen Lebenswege dauerhaft. Und manche führen in tödliche Fallen.

Zentrale Aktionsfelder von Linksextremisten

Rudolf van Hüllen

Linksextremisten bearbeiten bei ihrer politischen Aktivität wechselnde „Aktionsfelder“, und zwar zumeist in Form von (Protest-)Kampagnen. In der Regel geben sie dabei vor, tatsächliche oder vermeintliche gesellschaftliche Missstände zu bekämpfen. Besonders bei Autonomen sind solche Aktivitäten daher stets mit der Vorsilbe „anti“ verbunden: Antifaschismus, Antirassismus, Antikapitalismus, Antiimperialismus, Antisexismus zum Beispiel. Die Empörung über das, was da tatsächlich oder angeblich bekämpft wird, teilen sie oft mit linken Demokraten. Und nicht nur die politische Linke geht seit Jahrzehnten gegen Rechtsextremismus, gegen Ausländerfeindlichkeit, für die Friedenssicherung, für soziale Anliegen und für die Emanzipation der Frauen auf die Straße. Das alles sind höchst ehrbare Ziele, die Demokraten insgesamt teilen können. Das macht es schwierig, in gesellschaftlichen Bündnissen auf eine Ausgrenzung von Linksextremisten zu bestehen. Denn die haben keine ehrbaren Ziele im Sinn: Die Bekämpfung gewisser, auch von anderen so eingeschätzter Missstände dient ihnen bloß dazu, die angebliche Reformunfähigkeit des „Systems“ zu „beweisen“.

Welche Inhalte und Ziele verfolgen Linksextremisten auf ihren Kampagnenfeldern?

„**Antikapitalismus**“ – von traditionell gestimmten Linksextremisten auch einfach „Klassenkampf“ genannt – richtet sich gegen die angebliche „Herrschaft des Kapitals“ und gibt dabei vor, sich für die sozialen Rechte Benachteiligter zu engagieren. Für Kommunisten und Anarchisten stehen aber hinter diesem an sich ehrenwerten Anliegen zwei unausgesprochene Motive: zum Ersten die Vorstellung, dass nur in einer Gesellschaft mit völliger Gleichheit der Verteilung von Reichtum Harmonie und Frieden möglich sind, und zum Zweiten die Überzeugung, dass es nur eine zentrale Ursache für alle Probleme und Konflikte gibt: den „Kapitalismus“, also eine marktwirtschaftliche Ordnung, die auf Privateigentum und wirtschaftlicher Handlungsfreiheit der Bürger beruht (siehe auch Was heißt Soziale Marktwirtschaft? Warum ist sie seit 60 Jahren erfolgreich?). Beide sind aber zentrale Grundrechte, die in mehreren Artikeln des Grundgesetzes garantiert sind⁴¹. Wenn „Antikapitalismus“ demnach nicht die demokratische Regulierung und Kontrolle von Marktwirtschaft will, sondern deren völlige Abschaffung, dann ist solcher „Antikapitalismus“ auch gleichbedeutend mit der Einrichtung einer Diktatur.

„**Antifaschismus**“ ist ein Begriff, der aus dem Sprachgebrauch der Kommunisten in den 1930er Jahren stammt. Formal bezieht er sich nur auf den italienischen Faschismus und nicht auf die zahlreichen anderen Spielarten des Rechtsextremismus. Insoweit handelt es sich um einen undifferenzierten politischen Agitationsbegriff. Und die Kommunisten versahen ihn von jeher mit einer eindeutigen Bedeutung: „Faschismus“ war demnach „die offene terroristische Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“⁴². Demnach kann „Faschismus“ in allen Gesellschaften vorkommen, die über ein „kapitalistisches“, also marktwirtschaftliches System verfügen. Auch marktwirtschaftliche Ordnungen mit demokratischer Verfasstheit sind demnach mindestens latent für „Faschismus“ anfällig. Seiner wird man daher nur Herr, wenn man „seine Wurzeln ausreißt“, also den Kapitalismus. Und: Nur marxistisch-leninistische Diktaturen sind angeblich gegen „Faschismus“ völlig immun.

⁴¹ Das Privateigentum ist garantiert in Art. 14 GG. Dieser Grundgesetzartikel bestimmt allerdings auch, dass es dem Wohle der Allgemeinheit dienen soll. Es darf deshalb zu diesem Zweck eingeschränkt, aber nicht völlig abgeschafft werden. Selber entscheiden zu können, wo und wie man sich wirtschaftlich betätigt, regelt Art. 2 Abs. 1 GG.

⁴² So die von der Kommunistischen Internationale (Komintern) 1933 festgelegte Definition.

Das bedeutet: Wenn Linksextremisten gegen „Faschismus“ kämpfen, haben sie als Fernziel immer die Beseitigung des „kapitalistischen Systems“, also auch der Demokratie, im Sinn. Ihr Abscheu gegen Rechtsextremismus kann dabei durchaus echt sein, schließlich gehörten historisch Kommunisten und Anarchisten immer zu den Ersten, die von rechtsextremen Diktaturen verfolgt wurden. Aber bei der Instrumentalisierung von „Antifaschismus“ zum Kampf gegen die Demokratie sind sich Kommunisten und Autonome einig. Allerdings werden nur die Autonomen richtig deutlich, was die demokratiefeindlichen Absichten ihres „Antifaschismus“ angeht: „Im gemeinsamen Ursprung aus der kapitalistischen Vergesellschaftung besteht dabei die Wesensverwandtschaft zwischen bürgerlicher Demokratie und Faschismus. Für die radikale Linke heißt das, dass ihr Gegner – unabhängig vom Kampf gegen Nazis oder der Auseinandersetzung mit demokratischen RassistInnen – immer dieses System als Ganzes ist.“⁴³ Gerade wer Demokratie gegen Rechtsextremismus schützen will, sollte sich demnach von linksextremen „Antifaschisten“ fernhalten.

„Antiimperialismus“ hat aus linksextremer Sicht nichts mit Friedlichkeit zu tun (siehe auch „Antimilitarismus“ und „Antiimperialismus“ bei Linksextremisten und „Krieg löst keine Probleme.“). Grundsätzlich können aus linksextremistischer Sicht nur „kapitalistische Systeme“ „imperialistische“, also illegitime Kriege führen. Sie sind in dieser Perspektive auch dann illegitim, wenn sie zum Beispiel der Abwehr eines islamistischen Terrorregimes wie desjenigen der Taliban in Afghanistan gelten. Hingegen ist „antikapitalistischen“ Bewegungen (z.B. linksterroristischen „Befreiungsbewegungen“ wie der kurdischen PKK oder der baskischen ETA) und Regimen (heute noch z.B. Kuba, Nordkorea, Venezuela) praktisch jede Form von Gewalt- und Kriegshandeln erlaubt. Sie können gemäß der Lenin’schen Kriegsursachenanalyse gar nicht „imperialistisch“ handeln, weil „Imperialismus“ eine ausschließliche Eigenschaft von „kapitalistischen“ Systemen ist. Ihre Verbrechen werden von Linksextremisten deshalb mindestens verschwiegen, manchmal gerechtfertigt. Diese Sichtweise gilt im Linksextremismus ziemlich flächendeckend – von „friedenspolitischen“ Stellungnahmen der Linken im Bundestag bis zu den Taterklärungen von Autonomen nach „antiimperialistischen“ Brandanschlägen⁴⁴.

Einzig bei den „Antideutschen“ im Autonomen-Spektrum ist die Solidarisierung mit „antiimperialistischer“ Gewalt nicht ganz unumstritten. Hier gibt es Kritik an palästinensischen „Befreiungsorganisationen“ wegen ihres Wunsches, Israel zu vernichten. Manche „antideutschen“ Autonomen raten daher auch vom Tragen des sogenannten „Pali-Tuches“ ab, weil es einen antisemitischen Hintergrund habe.

„Antirepression“: Bei „Antirepressionskampagnen“ sind Linksextremisten nicht etwa, wie man meinen könnte, in Verteidigung der Bürgerrechte, sondern ausschließlich in eigener Sache unterwegs. „Repression“ ist besonders im autonomen Spektrum jede Art von staatlichem oder gesellschaftlichem Handeln, das Bewegungsspielräume von Linksextremisten einengt, darunter eben auch das, was sie als ihr „Recht auf Revolution“ ansehen. Unter „Repression“ fallen demnach die Aushebung und strafrechtliche Verurteilung einer linksterroristischen Gruppe (deren Mitglieder dann als „politische Gefangene“ gelten), der Entzug staatlicher Förderung für eine gewaltbereite Antifa-Gruppe, aber auch Kleinigkeiten wie die Beschlagnahme illegaler Drogen oder ein polizeilicher Platzverweis. Kommunisten bringen es bisweilen fertig, schon die Kritik an ihren Auffassungen als „Provokation“ und somit als „Repression“ zu werten.

Linksextremisten bedienen sich auf diesem Feld erstaunlich umfangreich des von ihnen an sich verachteten Rechtsstaates – das beginnt bei der Bemühung, Gerichte als Zensurbehörden zu benutzen, wenn es z.B. um die Stasi-Zuträgerschaft von Mitgliedern der Partei Die Linke geht, und reicht bis hin zu

⁴³ So die Göttinger „Antifa M“ im Jahre 2002 (vgl. Verfassungsschutzbericht 2002, S. 154).

⁴⁴ Ziele sind hier besonders Einrichtungen der Bundeswehr, und in jüngster Zeit gibt es Aufforderungen, Bundeswehrangehörige auch als Personen anzugreifen.

kompletten Rückversicherungsorganisationen gegen politische Straftaten (wie der Roten Hilfe oder den Ermittlungsausschüssen, welche „Übergriffe“ der Polizei registrieren sollen).

Auch in Sachen „Antirepression“ gelten bei Linksextremisten doppelte Standards: Politischen Gegnern, vor allem Rechtsextremisten, billigen sie keinerlei Menschen- und Bürgerrechte zu, im Gegenteil: Hier nehmen sie „Repression“ als „antifaschistische Selbsthilfe“ auch schon mal selbst in die Hand.

„Antirassismus“: Die Benachteiligung von Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe, ihrer Herkunft und ihrer kulturellen Andersartigkeit, also im Kern das, was wir als Fremdenfeindlichkeit kennen, gehört zu den hässlichsten, leider aber auch in demokratisch regierten Ländern nicht selten vorkommenden Erscheinungen⁴⁵. Gegen solche zumeist auf Vorurteilen beruhenden rassistischen Ideen zu arbeiten, ist schlichtweg die Pflicht von Demokraten, die davon ausgehen, dass jedem Menschen eine natürliche Würde zukommt und es deshalb keine Menschen gibt, die „weniger wert“ als andere sein können. Linksextremisten verabscheuen Rassismus, verorten aber wiederum dessen Ursache im „kapitalistischen System“. Der Kapitalismus hole nach Belieben Migranten nach Deutschland, um sie als billige Arbeitskräfte auszubeuten, und vertreibe sie wieder, wenn sie nicht mehr benötigt würden. Überhaupt sei der Kapitalismus an der Migration schuld, weil er die „Dritte Welt“ ausbeute und ihre Bewohner daher zur Flucht in die wohlhabenden Länder zwingt. Deshalb müsse Die Linke die unbegrenzte Zuwanderung von Migranten fordern („No border“-Kampagne), denn sie seien allesamt Opfer des Kapitalismus. Migranten hat die extremistische Linke dabei zugleich eine Aufgabe zugeteilt: Sie hätten im Zufluchtsland zuallererst die Pflicht, das politische System zu bekämpfen, das auf kapitalistischer Ausbeutung aufgebaut sei.

Bei weitem nicht alle Migranten sind mit dieser Rollenzuweisung durch Autonome einverstanden: Viele von ihnen kommen ja gerade, weil sie die Effizienz und den Wohlstand marktwirtschaftlicher Demokratien schätzen und für sich und ihre Familien eine menschenwürdige Zukunft erhoffen. Nicht wenige flohen in der Vergangenheit vor sozialistischen Entwicklungsdiktaturen, vor politischer Unterdrückung und der ungenierten Korruption ihrer „sozialistischen“ Eliten. Übrigens wurden solche Migranten von Linksextremisten nicht willkommen geheißen: Vor 1989 bemühte sich die DKP zum Beispiel nach Kräften, Flüchtlinge aus den realsozialistischen Staaten als „Faschisten“ zu diskreditieren.

„Antisexismus“: Auch das demokratische Anliegen der Frauenemanzipation haben Linksextremisten in ihr ideologisches Schema eingebaut und dabei zum Kampf gegen die Gesellschaft insgesamt instrumentalisiert. Denn Unterdrückung und Ungleichbehandlung von Frauen sind aus linksextremistischer Sicht mindestens ein „Nebenwiderspruch“ kapitalistischer Klassengesellschaften; manchmal wird „Sexismus“ aber auch neben Rassismus und kapitalistischer Ausbeutung als gleichwertiges Moment der Unterdrückung (sogenannte „triple oppression“-Theorie) verstanden. Nicht so recht erklären kann diese Idee die oft evidente Frauenunterdrückung in manchen gar nicht „kapitalistischen“ Drittweltkulturen, weshalb „Antisexismus“ auch gelegentlich Antiimperialismus und Antirassismus ins Gehege kommt. Aktuell ist dies der Fall in der Frage, wie die massenhaften sexuellen Übergriffe von Migranten in Köln und elf anderen Städten in der Silvesternacht 2015 zu beurteilen sind.

Besonders in der autonomen Szene gelten rigide „antisexistische“ Verhaltensnormen und Sprachregelungen. Es ist eine Eigenheit, dass sich männliche Szeneangehörige gegen Sexismus-Vorwürfe nicht verteidigen dürfen – die für Autonome nicht unwichtige Idee der rechtlichen Gleichheit von Menschen gilt hier nicht. Die autonome Frau nimmt stattdessen bei sceneinternen „antisexistischen“ Tribunalen in Anspruch, zugleich als Anklägerin, Richterin und Vollstreckerin aufzutreten, was schon manchem autonomen Zusammenhang ein vorzeitiges Ende beschert hat.

⁴⁵ Zur Einführung s. Christian Geulen, Geschichte des Rassismus, Bonn 2007 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Bd. 677).

„Kampf um Freiräume“ steht in engem Zusammenhang mit der **„Anti-Gentrifizierungs-Kampagne“**. Zur Utopie der Autonomen gehört es, innerhalb der zu überwindenden Gesellschaft zunächst „selbstbestimmte Freiräume“ zu bilden, deren Kerne sich ausdehnen und irgendwann zu einer „befreiten Gesellschaft“ verschmelzen sollen. Am Anfang dieser Idee standen erste Hausbesetzungen seit den 1970er Jahren und dann in größerer Zahl ab 1980 in Berlin. Ihren Eigentümern gewaltsam entzogene Wohnhäuser oder Gewerbeobjekte sollten von den Besetzern „selbstbestimmt“ nach eigenen Vorstellungen genutzt werden. Dazu gehörte, dass die Rechtsordnung in diesen „Freiräumen“ außer Geltung gesetzt wurde - vom staatlichen Gewaltmonopol über die Eigentümerrechte bis hin zum Baurecht und zu den Feuerschutzbestimmungen. Parallel dazu wurden die „Freiräume“, meist „Autonome Zentren“, Inkubations- und Rückzugsorte autonomer Gewalt gegen politisch anders Denkende. Dazu zählen auch so genannte „Normalos“: Autonome möchten verhindern, dass Wohnviertel durch Zuzug von Normalverdienern aufgewertet werden. Gegen diese richtet sich die Anti-Gentrifizierungskampagne, nicht selten mit dem Slogan „Die Stadt bleibt dreckig!“ (siehe auch „Der sichtbare Linksextremismus“).

Die Ausdehnung solcher „Freiräume“ ist vom Schutz durch politische Unterstützer abhängig. Entsprechende Voraussetzungen existieren vor allem in Berliner Bezirken wie Kreuzberg-Friedrichshain oder in Teilen Hamburgs (Autonomes Zentrum „Rote Flora“). In jüngster Zeit sind Bemühungen langjährig geduldeter autonomer Gewaltszenen erkennbar, das staatliche Gewaltmonopol in ganzen Stadtvierteln außer Kraft zu setzen und die „Freiräume“ in No-Go-Areas für Polizei und politische Gegner zu verwandeln. Das geschah z.B. in Leipzig im Juni 2015 während gewaltsamer Ausschreitungen durch Linksextremisten, mit denen die im Stadtteil Connewitz verfestigte Gewaltszene klar machte, dass sie zu jeder Zeit nächtens eine Schneise der Zerstörung durch die Stadt ziehen könnte.

„Die Polizei schützt die Nazis.“

Gerke Minrath

Die Polizei schützt ausschließlich das Gesetz. Die Verfassung garantiert allen Deutschen das Demonstrationsrecht. Es setzt sich zusammen aus dem Recht auf freie Meinungsäußerung (Art. 5 GG) sowie der Versammlungsfreiheit (Art. 8 GG). Solange Menschen sich nicht strafbar machen, dürfen sie denken, was sie wollen, und für ihre Ideen demonstrieren – auch wenn ihr Gedankengut menschenverachtend ist. Also haben auch Neonazis, so abscheulich ihr Weltbild ist, das Recht, für ihre Auffassungen zu demonstrieren – solange diese Äußerungen nicht verfassungsfeindlich oder anderweitig strafbar sind.

Der immer wieder wiederholte Vorwurf von Linksextremisten an die Polizei, sie schütze die Rechtsextremisten, ist gleichzeitig der stärkste Vorwand, mit dem sie ihre Attacken auf Polizeibeamte rechtfertigen. Er wird mittlerweile teilweise auch weit in der demokratischen Mitte aufgenommen.

Dieser Vorwurf ist nicht gerechtfertigt und falsch. Polizeibeamte werden zwar oft Opfer linksextremistischer Gewalt, während sie rechtsextremistische Aufmärsche begleiten. Das darf jedoch nicht damit verwechselt werden, dass sie rechtsextremistisches Gedankengut schützen oder gar gutheißen. Sie schützen lediglich die oben beschriebenen Grundrechte. In beiden deutschen Diktaturen wurden die Grundrechte mit Füßen getreten. Menschen wurden eingesperrt, weil sie eine Meinung vertraten, die nach herrschendem Recht nicht einmal verboten sein musste. Es genügte, wenn sie den Herrschenden unheimlich oder unsympathisch war. Vor diesem Hintergrund ist zu verstehen, dass auch solche Demonstrationen erlaubt sein müssen.

Es steht auch jedem frei, eine friedliche Gegenveranstaltung anzumelden, um seine alternative Meinung kundzutun. Die Blockade einer Demonstration Andersdenkender ist hingegen nicht mehr friedlich. Sie kann strafrechtlich als Nötigung ausgelegt werden. Wenn also die Polizei eine Blockade räumt, um einem rechtsextremen Aufmarsch den Weg frei zu machen, beendet sie eine Nötigung. Es wird sich hingegen kaum ein Polizist finden, der ein Problem mit einer friedlichen Gegendemonstration gegen diesen Aufmarsch hat.

Man darf ebenfalls nicht vergessen, dass Polizeibeamte diese Demonstrationen auch begleiten, um Gewalteskalationen zu verhindern und Unbeteiligte zu schützen. Sobald sich ein Rechtsextremist bei einer solchen Gelegenheit einer Straftat schuldig macht, z.B. indem er ein verbotenes Symbol der NSDAP zeigt oder aber einen Menschen verletzt, wird gegen ihn ermittelt wie gegen jeden anderen auch. Es wird aber auch gegen Anhänger der bürgerlichen Parteien oder auch gegen Linke ermittelt, die während einer Gegendemonstration Polizisten und andere Menschen verletzen oder Landfriedensbruch begehen. Auch diese Gleichheit vor dem Gesetz ist im Grundgesetz festgeschrieben, nämlich in Artikel 3.

Es gibt in Deutschland 16 Landespolizeien und eine Bundespolizei. Alle machen auf ihrer jeweiligen Homepage ganz deutlich, dass eine wichtige Einstellungsvoraussetzung für künftige Polizeibeamte die Bereitschaft für „jederzeitiges Eintreten für die freiheitlich demokratische Grundordnung“ ist. Das bedeutet unbedingte Verfassungstreue. Rechtsextremisten verachten das Grundgesetz und wollen es abschaffen. Also hat die Polizei nichts mit ihnen gemein. Polizisten werden auch von Rechtsextremisten angegriffen und sind sogar Ziele gezielter Mordanschläge. Dabei scheint Hass auf Polizisten ein Motiv zu sein, das voraussetzungslos jeden Beamten treffen kann. Ein Beispiel aus den 1990er Jahren steht dafür:

Am 23.02.1997, einem Sonntag, fiel einer Autobahnpolizeistreife auf der A 24 ein Wagen mit einem merkwürdigen Nummernschild auf. Stefan G. und Stefan K., Polizisten auf Streife, beschlossen, der Sache auf den Grund zu gehen. Sie zogen den Wagen zwecks Kontrolle der Papiere auf einen Parkplatz. Was die beiden nicht wussten, war, dass sie einen Mann vor sich hatten, der in Berlin bereits einen Buchhändler niedergeschossen hatte und dessen rechtsextremistische Überzeugung, ein „Kämpfer“ des „Weißen Arischen Widerstandes“ zu sein, an Menschenverachtung kaum zu übertreffen war. Ohne jede Vorwarnung schoss er aus kurzer Distanz auf beide Polizisten. Stefan G., in den Rücken getroffen, starb Stunden später in einem Krankenhaus⁴⁶. Stefan K. war körperlich und seelisch schwer verletzt. 2007 musste er mit knapp über 40 aus dem Dienst gehen – eine Spätfolge dieser Schussverletzung.⁴⁷

⁴⁶ Focus Magazin Nr. 10, 1997, online verfügbar.

⁴⁷ Willers, Peter: „Ein Sonntag im Februar des Jahres 1997“ in: Uhl, Volker: „Die erste Leiche vergisst man nicht – Polizisten erzählen“, München 2009, S. 152 ff.

Ziele

Welche Fernziele verfolgen Linksextremisten?

Rudolf van Hüllen

Die wichtigsten linksextremistischen Strömungen tragen ihre Fernziele im Namen: Für Kommunisten ist der Kommunismus, für Anarchisten ist die Anarchie der ideale und zugleich endgültige Zustand der Gesellschaft. In beiden Fällen handelt es sich um Utopien, d.h. um Entwürfe des „Nirgendwo“: Weder Kommunismus im Sinne der Kommunisten noch Anarchie im Sinne der Anarchisten haben jemals existiert oder funktioniert, obwohl es eine Reihe von Versuchen gegeben hat, sie einzurichten. Was verbinden also Linksextremisten mit diesen utopischen Zielen?

Anarchisten träumen von einer „herrschaftsfreien Gesellschaft“. Sie wollen alle politischen Herrschaftsverhältnisse, sozialen Ungleichheiten, alle formalen Regeln, Gesetze, Gebote und Verbote radikal abschaffen. Denn sie gehen davon aus, dass sie einer natürlichen menschlichen Freiheit widersprechen und dass alle gesellschaftlichen Konflikte letztlich auf ihre Existenz zurückzuführen sind. Der Hauptfeind in diesem Weltbild ist der angeblich „Repression“ ausübende Staat, besonders seine Institutionen wie Polizei und Justiz (siehe auch Was heißt Anarchismus?).

Den naheliegenden Einwand, dass die Beseitigung aller Regeln und Autoritäten letztlich zur Gewaltherrschaft der jeweils Stärksten und Skrupellosesten führen müsste, lassen überzeugte Anarchisten nicht gelten. Denn nach ihrer Auffassung sind solche kriminellen Regungen gerade nicht in der menschlichen Natur angelegt, sondern sind die Folge einer seit Jahrtausenden völlig fehlgeleiteten gesellschaftlichen Entwicklung. Sie verschwinden daher mit ihr und es stelle sich Anarchie, verstanden als „Ordnung ohne Herrschaft“, ein.

Allerdings zeigen Erfahrungen mit dem Zerfall von Staaten, beispielsweise in Afrika und im arabischen Raum, dass am Ende solcher Prozesse nicht etwa allgemeine Freiheit, sondern der Terror allgemein krimineller oder politisch motivierter Banden steht. Es gibt kein Beispiel dafür, dass ein anarchistisches Konzept völliger Herrschaftsfreiheit irgendwo Bestand gehabt hätte.

Problematisch ist auch, dass Anarchisten zur Beseitigung der bestehenden Institutionen Gewalt bis hin zu Terror und Mord an politischen Gegnern propagieren. Die in Deutschland gängigen Vertreter des Anarchismus, die „Autonomen“, gehen im Allgemeinen nicht so weit (siehe auch Die Welt der Autonomen). Trotzdem bleibt Bereitschaft zur Ausübung von Gewalt (in Form von Anschlägen gegen Personen oder Sachen oder als Straßengewalt) für Autonome geradezu ein „Markenzeichen“ und oft Bestandteil ihres Lebensgefühls (siehe auch Wie stehen Linksextremisten zur Gewalt als Mittel der Politik?). „Einig sind wir uns darin“, schrieben Autonome in den 1980er Jahren in einem ihrer Gründungsdokumente, „dass wir den Staat nur zerstören und uns ihm gegenüber nicht konstruktiv formulieren wollen.“⁴⁸

Auch **Kommunisten** haben sich eine Utopie zurechtgelegt: Im Kommunismus, einer „klassenlosen Gesellschaft“, gibt es keine gesellschaftlichen Konflikte mehr (siehe auch Was ist Kommunismus?). Kommunismus ist das Endziel geschichtlicher Entwicklung, deren Verlauf man nach Marx und Engels

⁴⁸ Szenezeitschrift „Radikal“ Nr. 97 (Herbst 1981), S. 10.

wissenschaftlich wie ein Naturgesetz vorhersagen kann. Alle früheren historischen „Gesellschaftsformationen“ (Marx nannte sie Sklavenhaltergesellschaft, Feudalismus und Kapitalismus) sind demnach Klassengesellschaften, die von extremer sozialer Ungleichheit und Ausbeutung gekennzeichnet sind. Das ändere sich erst mit der Revolution und der historisch endgültigen Gesellschaftsformation „Sozialismus/Kommunismus“; sie solle sich anders als die anarchistische Utopie vor allem durch völlige soziale Gleichheit der Menschen auszeichnen. Im Sozialismus (er wurde angeblich in der Sowjetunion seit 1917 und in der DDR seit 1949 „aufgebaut“) müsse die Kommunistische Partei noch eine „Diktatur des Proletariats“ ausüben, weil es sonst zur Wiedereinführung des überwundenen Kapitalismus („Konterrevolution“) kommen könne. Diese Phase auf dem Weg zum „Kommunismus“ hat in den realsozialistischen Ländern rund 100 Millionen Tote verursacht⁴⁹.

Wie der Kommunismus als Endziel der Geschichte und Idealgesellschaft aussehen soll, wird auch bei Kommunisten nur selten beschrieben. Ein sowjetisches Lehrbuch zum Marxismus-Leninismus aus den 1960er Jahren behandelt ihn lediglich auf 21 von 826 Seiten⁵⁰. Die SED beschrieb Kommunismus als „klassenlose Gesellschaftsordnung, in der die Produktionsmittel einheitliches Volkseigentum und alle Mitglieder der Gesellschaft sozial gleichgestellt sein werden, in der alle Mitglieder der Gesellschaft ihre geistigen und körperlichen Fähigkeiten allseitig entwickeln und zum Wohle der Gemeinschaft einsetzen.“⁵¹ Bekanntermaßen wurde keine dieser Eigenschaften in der DDR erreicht, und es scheint auch unwahrscheinlich, dass Menschen generell so selbstlos sein könnten, auf die Verfolgung eigener Interessen völlig zu verzichten. Die kommunistische Vision machte daher einen neuen Menschen nötig, dessen Existenz man allenfalls durch massiven Zwang vortäuschen könnte.

Angesichts des Scheiterns des realen Sozialismus sind die meisten heutigen kommunistischen oder postkommunistischen Parteien von der Meinung abgerückt, der Kommunismus entstehe unabwendbar aufgrund angeblich zwingender Gesetze des Geschichtsverlaufs. Als Vision haben sie ihn aber nicht aufgegeben – und die menschenverachtenden Vorstellungen von einer radikalen Gleichschaltung aller Menschen auch nicht.

⁴⁹ Eine entsprechende Aufstellung der Opfer findet sich bei Stéphane Courtois/Nicolas Werth/Jean-Louis Panné/Andrzej Paczkowski/Karel Bartosek/Jean-Louis Margolin, Das Schwarzbuch des Kommunismus, München 1997, S. 16; vgl. auch Kap. III.5.

⁵⁰ Grundlagen des Marxismus-Leninismus, Berlin (Ost) 1960. Das sowjetische Original erschien im gleichen Jahr.

⁵¹ Programm der SED von 1976, S. 105; hier zitiert nach „Kleines politisches Wörterbuch“, 7. Auflage Berlin (Ost) 1988, S. 500.

Führt Globalisierung zu Armut?

David Gregosz

Obwohl sich die Armutsquote, d.h. der Anteil der Menschen, die von weniger als einem US-Dollar am Tag leben, seit den 1980er Jahren weltweit halbiert hat, wird Globalisierung häufig mit Armut und Ausbeutung in Verbindung gebracht. Ein Beispiel dafür ist diese Sichtweise der Linken auf die Globalisierung:

„Die drohende Klimakatastrophe, die schnelle Erschöpfung vieler natürlicher Rohstoffe und die beschleunigte Vernichtung der biologischen Vielfalt einerseits und die Spaltung der Gesellschaften in Gewinner und Verlierer einer neoliberalen Globalisierung, in ausufernden Luxuskonsum und wachsenden Hunger andererseits sind zwei Seiten einer Medaille.“⁵²

Tatsächlich haben Arbeitsteilung, Spezialisierung und Handel den weltweiten Wohlstand vergrößert. Entwicklungs- und Schwellenländer exportieren heute günstig herzustellende Produkte bzw. Zwischenprodukte, die erst in den Industriestaaten zu technisch höherwertigen Waren weiterverarbeitet werden. Von diesem gegenseitigen Austausch profitieren beide Seiten.

In den letzten Jahren haben sich viele Globalisierungskritiker zu Wort gemeldet und die fortschreitende wirtschaftliche Verflechtung der Welt als Grund für soziale und wirtschaftliche Missstände angeprangert. Dabei sind die Unterschiede im Einkommens- und Lohnniveau zwischen Entwicklungsländern und Industrienationen nicht durch „die Globalisierung“ zu erklären, sondern durch den Stand des technischen Fortschritts und der Ausstattung mit Produktionsfaktoren (gut ausgebildeten Menschen, Maschinen und Anlagen, Infrastruktur etc.) in einer Volkswirtschaft. Freilich spielt auch die politische Situation in einem Land eine erhebliche Rolle dafür, ob Armut entsteht oder überwunden wird.

In den Industrieländern, wie in Deutschland, ruft die Globalisierung teilweise Ängste vor Arbeitsplatzverlagerungen hervor. Zum Teil sind diese Ängste begründet, da vor allem Arbeiten, die eine geringe Qualifikation voraussetzen, leicht ins Ausland verlagert werden können. Auf der anderen Seite entstehen aber wieder Jobs für gut ausgebildete Arbeitskräfte in Deutschland und den anderen Industriestaaten. Die Verbraucher in den Industrieländern profitieren zudem von günstig importierten Waren aus dem Ausland. Die Menschen in den Entwicklungs- und Schwellenländern profitieren wiederum von den neu entstandenen Arbeitsplätzen.

Mittlerweile haben Schwellen- und Entwicklungsländer einen Anteil von ca. 40 Prozent an der Weltwirtschaft. Mithilfe von Zöllen wehren sich die EU und andere Industrienationen gegen „Billigimporte“ aus den ärmeren Ländern. Ihnen wird daher oft vorgeworfen, durch ihre Handelspolitik das Aufholen der Schwellenländer zu behindern. Aber auch viele Entwicklungsländer sperren sich gegen ausländische Produkte. In jedem Fall belasten hohe Zölle und Importrestriktionen den Geldbeutel der Konsumenten, sie sollen die Verbraucher aber auch vor Produkten schützen, die z.B. giftige Inhaltsstoffe enthalten oder anderweitig gesundheitsgefährdend sein können. Problematisch sind zudem auch Fragen der Verletzung von Arbeitsstandards in Entwicklungsländern.

Auf globaler Ebene sorgt die Welthandelsorganisation (WTO) für einen fairen Welthandel, einheitliche „Spielregeln“ und den Abbau von Handelshemmnissen. Seit der Schaffung der WTO verbesserte sich die Handelsposition von Entwicklungsländern, da in der WTO alle Länder gleiches Gewicht haben. So

⁵² Programm der Partei Die Linke vom Oktober 2011, S. 19.

soll verhindert werden, dass die großen, wirtschaftsstarken Industrienationen ihre Vorteile gegenüber den weniger reichen Ländern ausnutzen. Die Welthandelsorganisation verfügt auch über ein eigenes Schiedsgericht, das dafür zuständig ist, zu vermitteln und Handelsstreitigkeiten zwischen den Mitgliedsländern beizulegen.

Obwohl sich die Armutsquote, d.h. der Anteil der Menschen, die von weniger als einem US-Dollar am Tag leben, seit den 1980er Jahren weltweit halbiert hat, gilt besonders der afrikanische Kontinent immer noch als Problemfall: Die ärmsten Staaten der Welt dürfen ihre Produkte bereits zollfrei in die Industrienationen exportieren, schaffen es aber trotzdem nicht, die eigenen Industrien aufzubauen und international konkurrenzfähig zu machen. Dafür ist eine Flankierung durch die Wirtschaftspolitik nötig. Auch behindern in einigen afrikanischen Staaten anhaltende Bürgerkriege und korrupte Systeme eine positive gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung. Dort müssen Bildungssysteme und Rechtssicherheit verbessert bzw. Bürokratie und Korruption abgebaut werden.

Globalisierung führt nicht automatisch zu mehr Armut. Unter den genannten Voraussetzungen kann die Globalisierung – die internationale Arbeitsteilung, Vernetzung und Zusammenarbeit – sogar einen Weg aus der Armut aufzeigen.

Kann Deutschland auf die Bundeswehr verzichten?

Christoph Bernstiel

Linksextremisten sehen in der Bundeswehr ein imperialistisches Kriegsinstrument, das dringend abgeschafft werden muss:

„Die Formen des antimilitaristischen Widerstandes sind vielfältig und reichen von Störaktionen gegen Werbung der Bundeswehr auf Messen über Großdemonstrationen gegen die NATO bis zu direkten Abrüstungsaktionen von Kriegsgerät, wie beispielsweise die Zerstörung von Bundeswehrfahrzeugen.“⁵³

Hingegen ist die Bundeswehr ein fester Bestandteil unserer Gesellschaft, da sie mit ihren Fähigkeiten die Sicherheit und Unabhängigkeit Deutschlands schützt. In ihrer über 60-jährigen Geschichte hat sie entscheidend zur Westintegration und zur Stabilität der Bundesrepublik Deutschland beigetragen. Als demokratisch legitimierte Parlamentsarmee ist die Bundeswehr ein zentraler Bestandteil der deutschen Sicherheitspolitik, um auf die Bedrohungen des 21. Jahrhunderts reagieren zu können.

Die Deutsche Bundeswehr besteht aus den drei Teilstreitkräften Heer, Luftwaffe, Marine sowie aus einer zivilen Verwaltung. Da für jeden bewaffneten Einsatz die Zustimmung des Deutschen Bundestags erforderlich ist, wird sie auch als Parlamentsarmee bezeichnet. Die Befugnisse der Bundeswehr werden im Grundgesetz klar definiert. Laut Art. 87a Abs. 2 GG darf sie nur zur Verteidigung und im Rahmen des Grundgesetzes eingesetzt werden. Einsätze im Ausland sind nur begrenzt möglich und durch Art. 24 Abs. 2 GG geregelt. In diesem heißt es, der Bund kann sich „zur Wahrung des Friedens einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit einordnen; er wird hierbei in die Beschränkungen seiner Hoheitsrechte einwilligen, die eine friedliche und dauerhafte Ordnung in Europa und zwischen den Völkern der Welt herbeiführen und sichern“. Einsätze, die diesen Zielen widersprechen, sind zusätzlich durch Art. 26 GG verboten: „Handlungen, die geneigt sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskriegs vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.“ Diese Artikel zeigen, dass die Bundeswehr wie jede andere staatliche Institution auch den Werten und Vorgaben des Grundgesetzes verpflichtet ist. Schon diese Regelungen schließen aus, dass die Bundeswehr, wie es Linksextremisten glauben machen wollen, als „imperialistische“ Armee für die Interessen des „Monopolkapitals“ eingesetzt wird (siehe auch Sind Auslandseinsätze der Bundeswehr „Imperialismus“?).

Allerdings haben sich die Anforderungen und Aufgaben der Bundeswehr seit ihrer Gründung im Jahr 1955 stark gewandelt. Während des Kalten Krieges bestand die größte Gefahr für Deutschland in einem Schlagabtausch der beiden Bündnissysteme NATO und Warschauer Pakt. Diese Gefahr sollte mit einer Kombination aus glaubwürdiger Verteidigungsfähigkeit und nuklearer Abschreckung gebannt werden. Der Bundeswehr kam dabei eine Schlüsselfunktion zu, denn ihre konventionellen Streitkräfte bildeten das Rückgrat der NATO-Landstreitkräfte in Europa. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 hat sich die sicherheitspolitische Lage der Welt drastisch verändert. Heutzutage sind die Gefahren für Deutschland weniger offensichtlich, dafür aber weitaus vielfältiger. Piraterie, illegaler Waffenhandel, internationaler Terrorismus, instabile Staaten, Seuchen und Naturkatastrophen sind Stichworte der modernen Bedrohungsszenarios.

Daraus leiten sich Aufgaben und Ziele der deutschen Sicherheitspolitik im 21. Jahrhundert ab. Laut den Verteidigungspolitischen Richtlinien 2011 (VPR) und dem aktuellen Weißbuch des Bundesverteidigungsministeriums dient die Bundeswehr zur internationalen Konfliktverhütung und

⁵³ Broschüre „Krieg, Krise, Kapitalismus – Texte zur antimilitaristischen Debatte“ des „Antifaschistischen und Antimilitaristischen Aktionsbündnisses“.

Krisenbewältigung einschließlich des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus, zur Unterstützung von Bündnispartnern, zum Schutz Deutschlands und seiner Bürgerinnen und Bürger, zur Rettung und Evakuierung, zum Aufbau von Partnerschaften und Kooperationen sowie zu subsidiären (eigenverantwortlichen) Hilfeleistungen (Amtshilfe, Hilfe bei Naturkatastrophen und besonders schweren Unglücksfällen).

Eine wichtige Rolle spielt die Bundeswehr zum Beispiel im Kampf gegen den Terrorismus. Spätestens seit dem 11. September 2001 ist klar, wozu Terroristen fähig sind. Ob auf Bali, in Madrid, London oder in Pakistan, längst sind Terroranschläge eine sehr reale Gefahr. In Afghanistan und im Irak gehören sie mittlerweile sogar zum traurigen Alltag. Die in Deutschland geplanten Anschläge konnten bisher nur mit großem Glück verhindert werden. Denn im Gegensatz zu klassischen Auseinandersetzungen zwischen Staaten gibt es im Kampf gegen den Terrorismus keinen klar definierten Gegner. Terrorismus kann man schwächen, indem man unter anderem schwache Staaten in ihrer Souveränität stärkt und Nachschubwege von Terroristen abschneidet. Deshalb war Deutschland auch an der International Security Assistance Force (ISAF) in Afghanistan beteiligt. Allerdings erfordert der Einsatz in Afghanistan spezielle Fähigkeiten zum Schutz von Menschen und Gebäuden, da die Sicherheitslage nach wie vor sehr instabil ist. Dafür kann nur die Bundeswehr in Frage kommen. Denn weder die Bundespolizei noch das Technische Hilfswerk (THW) können Minen räumen, Versorgungskonvois schützen, Stützpunkte vor bewaffneten Angreifern sichern oder gepanzerte Fahrzeuge stoppen. Nur die Bundeswehr kann diese Aufgaben erfüllen. Solange Deutschland mit Bedrohungen konfrontiert wird, denen nur die Bundeswehr effektiv begegnen kann, solange wird Deutschland auch nicht auf Streitkräfte verzichten können.

Die Unterhaltung einer einsatzfähigen Armee ist also kein Ausdruck imperialer Machtfantasien oder ein Zeichen von paranoider Angst vor einem Überfall eines nicht existenten Feindes. Vielmehr sind moderne Streitkräfte eine Notwendigkeit, um auf reale Bedrohungen und die geopolitischen Anforderungen des 21. Jahrhunderts reagieren zu können. Die Bundeswehr wird diesen Aufgaben gerecht und sie leistet nach wie vor einen wichtigen Beitrag zum Erhalt von Wohlstand und Sicherheit in unserer Gesellschaft. Deshalb wird man auch in Zukunft nicht auf sie verzichten können.

Deutschland investiert auch nicht mehr Geld in seine Sicherheit als in die Bildung oder das Gesundheitssystem. Der deutsche Verteidigungshaushalt lag im Jahr 2010 mit ca. 1,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) sogar noch unter der von der NATO empfohlenen Richtschnur von 2,0 Prozent des BIP. Für Bildung und Gesundheit wurden 2010 zusammen fast 29 Prozent des BIP ausgegeben. Der Verteidigungshaushalt unserer europäischen Nachbarn Frankreich und Großbritannien lag im selben Jahr übrigens bei 2,0 bzw. 2,5 Prozent des BIP.

Kann direkte Demokratie funktionieren?

Christoph Bernstiel

Die Forderung nach direktdemokratischen Elementen als Ergänzung zur repräsentativen Demokratie ist legitim. Sie finden bereits in vielen Bereichen in Deutschland Anwendung. Allerdings ist es in einem modernen Flächenstaat mit Millionen Wahlberechtigten sehr schwierig bis unmöglich, alle zu treffenden Entscheidungen permanent von allen abstimmen zu lassen. Dies käme einer Vollversammlungsdemokratie, wie sie von Linksextremisten, besonders Autonomen, gefordert wird, gleich. Von ihnen ist sie als bewusster Gegenentwurf zum demokratischen Verfassungsstaat gemeint und mit seinen Grundwerten nicht kompatibel.

Als direkte Demokratie bezeichnet man zum einen eine Herrschaftsform, bei der alle Gewalt direkt vom Volk ausgeübt wird, und zum anderen beschreibt man damit ein Entscheidungsverfahren, bei dem über bestimmte Sachfragen direkt abgestimmt wird. Als beschlossen gilt ein Antrag dann, wenn er die meisten Stimmen auf sich vereinigt. Die wohl bekannteste Form zur Ausübung von direkter Demokratie in Deutschland ist das Volksbegehren oder der Bürgerbescheid.

Die wesentlichen Stärken der direkten Demokratie liegen in ihrer Integrations- und Legitimationskraft. Dadurch, dass jeder bei allem mitentscheiden kann, entsteht ein sehr hohes Maß an Transparenz und Akzeptanz der getroffenen Beschlüsse oder Gesetze. Die umfassende Beteiligung aller Wahlberechtigten an allen Entscheidungen hat jedoch ihren Preis: Bevor eine Mehrheit für einen Beschluss zustande kommt, vergeht sehr viel Zeit. In vielen Situationen des alltäglichen Lebens ist aber genau diese Zeit nicht vorhanden. Bei unvorhergesehenen Naturkatastrophen, wie Hochwassern oder Unwettern, bei politischen Unruhen in Partnerstaaten, bei verseuchten Lebensmitteln oder in terroristischen Bedrohungslagen muss schnell und unbürokratisch reagiert werden, um Menschenleben zu schützen. In solchen Situationen taugt die direkte Demokratie zum Treffen von Entscheidungen nicht. Und eben dieser Umstand ist Ausdruck ihrer größten Schwäche – sie ist unflexibel. Hinzu kommt ein hohes Maß an Ineffizienz. Denn häufig ist die Wahlbeteiligung bei demokratischen Abstimmungen sehr gering, was es schwierig macht, einen „Allgemeinwillen“ (siehe auch Mehrheit und „Wahrheit“: Gibt es einen vorbestimmten Allgemeinwillen?) zu erkennen. Zudem können in einem direktdemokratischen System relativ kleine, aber gut organisierte Gruppen unverhältnismäßig viel Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen. Was die Frage aufwirft, wie demokratisch Entscheidungen tatsächlich sind, wenn die Mehrheit der Bevölkerung nicht darüber abgestimmt hat.

In modernen Staaten kann direkte Demokratie als Herrschaftsform kein Ersatz für eine demokratisch legitimierte Volksvertretung, das Parlament, sein. Allerdings können direktdemokratisch getroffene Beschlüsse die Arbeit von Verwaltungen und Parlamenten hervorragend unterstützen. Deshalb gibt es auf Kommunal- und Landesebene verschiedene Möglichkeiten, sich direktdemokratisch einzubringen. Eine Form sind beispielsweise Bürgerentscheide, die häufig bei umstrittenen Bauprojekten angewandt werden. Beispielsweise entschieden sich die Bürger Helgolands per Bürgerentscheid 2011 gegen eine künstliche Inselvergrößerung und setzten ihre Meinung damit gegen den Willen der Inselverwaltung durch. In einer kleinen 1.200-Einwohner-Gemeinde wie Helgoland kann direkte Demokratie demnach durchaus funktionieren. Allerdings dauerte es fast drei Jahre, bis es zu einer endgültigen Entscheidung kam. Wenn auf der Insel 12.000 oder gar 120.000 Menschen lebten, hätte der Entscheidungsprozess vermutlich sogar noch länger gedauert. Denn je mehr Menschen sich zu einem Sachverhalt äußern, desto mehr Meinungen werden entstehen. Am Ende kann sich jedoch nur ein Standpunkt durchsetzen. Diese vielen unterschiedlichen Meinungen aufeinander abzustimmen und einen beschlussfähigen Kompromiss zu finden ist sehr aufwendig und langwierig.

Wenn der Deutsche Bundestag dieses Verfahren bei allen 150 Gesetzen, die durchschnittlich pro Jahr verabschiedet werden, anwenden würde, wäre er praktisch handlungsunfähig. Die Folgen für unsere Gesellschaft wären verheerend. Denn ohne neue Gesetze verliert Deutschland seine Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit. Daher ist es sinnvoll, Interessen ab einer gewissen Bevölkerungsgröße zu bündeln und Entscheidungen zu delegieren. Eine effiziente Form, dies zu tun ist die Wahl von Volksvertretern (z.B. Abgeordneten), also die parlamentarische Demokratie.

Kann man die Wirtschaft einer Gesellschaft zentral planen?

David Gregosz / Tom Mannewitz

Linksextremistische Organisationen fordern häufig eine Zentralverwaltungswirtschaft – so die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) in ihrem Programm von 2006: „An die Stelle der chaotischen (...) Konkurrenzwirtschaft tritt eine nach wissenschaftlichen Kriterien gemeinschaftlich und verantwortungsbewusst geplante, von Solidarität getragene Produktionsweise.“ Die Frage, ob man eine Volkswirtschaft tatsächlich zentral planen kann, ist höchst strittig. Die Entwicklungsgeschichte des real existierenden Sozialismus legt nahe, dass die Frage nicht lauten sollte, ob man eine Wirtschaft zentral lenken und steuern kann (man konnte es damals und kann es noch heute, wie Kuba zeigt), sondern ob man es sollte. Vielfach zeigte die Umsetzung dieser Idee in die Wirklichkeit nämlich, dass dadurch Probleme auftauchen, die ihren Nutzen fraglich erscheinen lassen.

In Zentralverwaltungswirtschaften liegen die Entscheidungen darüber, was in welcher Zeit in welcher Menge hergestellt werden soll, bei einer meist staatlichen Behörde⁵⁴ – in der DDR war das die Staatliche Plankommission. Der Vorteil einer zentralen Lenkung der wirtschaftlichen Belange ist, dass man sie politischen Zielen unterwerfen kann: Man kann beispielsweise gerechte Löhne einführen, man kann aber auch verhindern, dass Produkte zu teuer werden, weil ein Verkäufer das Monopol hat und so die Preise in die Höhe treibt – einfach, indem man selbst die Preise festlegt.

Einige Verfechter der Zentralverwaltungswirtschaft setzen deren Vorzüge absolut, ohne sie mit den Nachteilen abzuwägen. Zweifel sind allerdings angebracht, wie die folgenden Nachteile zeigen:

Unvollständigkeit und Kosten der Planung

Die Erstellung von Produktionsplänen für eine gesamte Volkswirtschaft stellt einen unvorstellbaren Planungsaufwand dar. Eine zentrale Behörde müsste über sämtliche Abläufe innerhalb und zwischen den verschiedenen Unternehmen wachen, immenses (Insider-)Wissen ansammeln und einen noch viel größeren Koordinationsaufwand betreiben. Sie verschlingt daher Unmengen an Zeit, Geld und Arbeitskräften, die dafür aufgewandt werden müssen, herauszufinden, wie viel alle Produktionsbetriebe in einem bestimmten Zeitraum herstellen können – z.B. Autos. Sagen die Betriebe, sie können nicht so viel herstellen, wie der Plan vorsieht, muss dieser Plan nachgebessert werden – so lange und so oft, bis er den Angaben aller Betriebe in einem Land entspricht. Dass das lange dauert und daher die Unvollständigkeit des Plans nach sich zieht, liegt auf der Hand. Es kommt zu teuren Fehlplanungen und aufgrund der „Steuerungswut“ zu Innovationshemmnissen.

Mangelnde Flexibilität der Produktion

Bevor neue Erfindungen, effiziente Verfahren, kostengünstige Lösungen und aktuelle Wirtschaftsdaten von einer Behörde über die nächste bis zur zentralen Entscheidungsstelle gelangt sind, kann es schon zu spät sein. Die Folge: eine dauerhaft ineffiziente, d.h. vor allem teure Produktion schlechter Güter bis hin zu völligen Fehlplanungen. Die Wirtschaft hinkt der Forschung und der weltweiten Wirtschaftsentwicklung ewig hinterher, weil sie träge ist. Die Bürger müssten ständig Produkte kaufen, die nicht dem aktuellen Standard entsprechen, zumal die Produkte am Ende einer Planungsperiode (oft fünf Jahre) meist schon zu Beginn existierten. Außerdem stünden die Menschen vielfach vor leeren Regalen.

⁵⁴ Vgl. Zentralverwaltungswirtschaft, Bundeszentrale für politische Bildung (05.07.2011).

Mangelnde Reaktion auf Konsumentenwünsche

Das Problem, dass der Verbraucher sehr oft nicht bekommt, was und wie viel er will, folgt daraus, dass die Wirtschaft politischen Zielen untergeordnet ist und die Pläne langfristig angelegt sind. Eine Planungsbehörde hat kein großes Interesse daran, den Wünschen der Verbraucher übermäßig zu folgen, denn sie zieht keinen direkten Nutzen daraus. Dies führt zu immer längeren Käuferschlangen und zu Schwarzmärkten (weil ein bestimmtes Produkt in zu geringer Menge hergestellt, es anschließend stark nachgefragt und dann „unter der Hand“ teuer verkauft wird), zu Ladenhütern (weil ein Produkt nicht gewollt wird) und dazu, dass man auf Alternativprodukte umsteigen muss oder vor leeren Regalen steht. Damit bestimmt man nicht mehr selbst, sondern der Staat, was man kauft.

Mangelndes Innovationspotential und verdeckte Arbeitslosigkeit

Innerhalb des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs sind Unternehmer stets selbst gezwungen, ihre Produkte zu überprüfen und zu verbessern, um auch in Zukunft konkurrenzfähig zu bleiben. In einer zentral geplanten Wirtschaft gehen solche Innovationsanreize verloren. Die bisherigen Erfahrungen mit zentraler Planung zeigen, dass dies zur Entstehung von Großbetrieben und Konglomeraten führt. Solche Großbetriebe sind in einem System der Planung nicht dem Wettbewerb und dem Konkurrenzdruck einer Marktwirtschaft ausgesetzt und somit nicht gezwungen, effizient zu arbeiten. Einsparpotentiale bleiben dadurch ungenutzt und Mitarbeiter werden auch dann weiterbeschäftigt, wenn sie eigentlich nicht genügend qualifiziert sind oder nicht gebraucht werden. Besonders diese Form „verdeckter Arbeitslosigkeit“ wird vernachlässigt, wenn in der Öffentlichkeit von Vollbeschäftigung in sozialistischen Systemen gesprochen wird.

Fehlen von Ersatzinvestitionen

Die Produktionsmittel und Ressourcen, die in einer zentral geplanten Wirtschaft ineffizient verwendet werden, könnten an anderer Stelle womöglich viel produktiver eingesetzt werden. Das Beispiel der ehemaligen Sowjetunion zeigt deutlich die Ineffizienz riesiger Konglomerate und Staatsunternehmen sowie die negativen Auswirkungen, die sie langfristig auf die Wirtschaft eines Landes haben: Nicht zuletzt aufgrund der ineffizienten Produktionsweise fehlten über Jahre hinweg die finanziellen Mittel, um dringend benötigte Investitionen zu tätigen. Wie sich nach dem Ende des Sozialismus zeigte, war der Kapitalstock der meisten Planwirtschaften völlig erschöpft, Maschinen und andere Technik hoffnungslos veraltet und verschlissen bzw. aufgebraucht.

Fazit

Die zentrale Planung einer Volkswirtschaft bedeutet einen immensen Zeit-, Ressourcen- und Koordinationsaufwand. Neben den Ressourcen, die für die Planung und Überwachung der Produktion eingesetzt werden, muss auch die Zuteilung der Produktionsmittel auf die einzelnen Wirtschaftszweige und Unternehmen zentral geregelt werden. Dies führt in sozialistischen Systemen regelmäßig dazu, dass Versorgungsengpässe auftreten und Ressourcen nicht dahin gelangen, wo sie am effizientesten eingesetzt werden können. In einer zentral geplanten Wirtschaft gehen zudem wichtige Innovationsanreize für Unternehmen verloren. Dadurch werden Ressourcen verschwendet und der Fortschritt bleibt langfristig auf der Strecke. Historische Erfahrungen belegen, dass eine Wirtschaft zwar zentral geplant werden kann, dann aber riesige Wohlstands- und Effizienzverluste hingenommen werden müssen.

Lesetipps:

- Eintrag zu Zentralverwaltungswirtschaft auf [hanisauland](#).

Kann „Sozialismus“ ein Ziel für Demokraten sein?

Rudolf van Hüllen

Sozialismus – ein klassisches Ziel der Arbeiterbewegung seit dem 19. Jahrhundert – ist auch ein für Demokraten völlig legitimes politisches Anliegen. Das gilt allerdings nur für einen Sozialismus, der sich Demokratie und Menschenrechten verpflichtet fühlt. Es gilt niemals für einen „Sozialismus“ im Sinne der kommunistischen Doktrin, die ihn als „Diktatur des Proletariats“ versteht. Eine etwas komplizierte Geschichte...

Die Parteien der sozialistischen Arbeiterbewegung waren im 19. Jahrhundert ursprünglich revolutionäre Organisationen. Ihre Erfolge an den Wahlurnen und die allmähliche Verbesserung der sozialen Verhältnisse zeigten ihnen aber, dass eine sozial gerechte Gesellschaftsordnung und die politische Emanzipation der Arbeiter auch ohne gewaltsame Revolution zu erreichen war. Aus diesen Überlegungen ihres Theoretikers Eduard Bernstein (1850–1932) entstand eine reformorientierte Sozialdemokratie, für die in Deutschland heute als Partei mit der ältesten ungebrochen demokratischen Tradition die SPD steht. Die Kommunisten gingen diesen Weg, den sie als „Sozialdemokratisierung“ oder „Revisionismus“ beschimpften, nicht mit: Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht spalteten 1917 die sozialistische Arbeiterbewegung in Deutschland. Für Kommunisten ist „Sozialismus“ die unmittelbare Vorstufe zum Kommunismus (siehe auch Was ist Kommunismus?). Sie ist politisch gekennzeichnet durch die völlige Verstaatlichung bzw. „Vergesellschaftung“ der Wirtschaft und durch eine „Diktatur des Proletariats“, die in der Praxis stets von der regierenden kommunistischen Partei ausgeübt wurde.

Sozialismus im sozialdemokratischen Verständnis steht hingegen für eine starke Betonung des sozialen Gerechtigkeitsgedankens, verbunden mit gesellschaftlicher Kontrolle einiger Wirtschaftssektoren. Das Privateigentum wird im demokratischen Sozialismus nicht abgeschafft, aber seine soziale Verantwortung stärker betont. Pluralistische Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit sind für sozialdemokratische Parteien Selbstverständlichkeiten. Dazu heißt es im Parteiprogramm der SPD: „Jeder Mensch trägt Verantwortung für sein Leben. Niemand kann oder soll sie ihm abnehmen. Menschen dürfen nie zum Mittel für irgendwelche Zwecke erniedrigt werden, weder vom Staat noch von der Wirtschaft. Wir widersprechen jedem politischen Allmachtsanspruch über die Menschen.“⁵⁵ Vergleichbare Formulierungen finden sich in den Programmen anderer demokratisch-sozialistischer Parteien, die weltweit in der Sozialistischen Internationale organisiert sind.

Auch unter sozialdemokratischen Parteien gab es nach 1989 große Unsicherheit, ob man an dem durch die Kommunisten diskreditierten Begriff „Sozialismus“ festhalten solle. Das erleichterte manchmal die Selbstdarstellung früherer Kommunisten als nunmehr angebliche „demokratische Sozialisten“. Ob es sich bei solchen Parteien um tatsächlich demokratisierte Formationen handelt, überprüft man am besten daran, ob sie von der Sozialistischen Internationale aufgenommen wurden und ob bei ihnen – wie bei der von 1990 bis 2007 als Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) firmierenden Die Linke in Deutschland – „Sozialdemokratismus“ weiterhin als Schimpfwort gilt.

⁵⁵ Hamburger Programm der SPD, beschlossen vom Bundesparteitag am 28.10.2007, S. 15.

Sind Auslandseinsätze der Bundeswehr „Imperialismus“?

Rudolf van Hüllen

Seit den 1990er Jahren beteiligt sich die Bundeswehr an friedenserhaltenden Missionen außerhalb des NATO-Vertragsgebiets, unter Mandat der UN und nach vorhergehender Zustimmung des Bundestages. Dabei kommt es auch zu Kampfeinsätzen, wenngleich nur zur Selbstverteidigung der eingesetzten Truppe. Solche „Out-of-area“-Missionen sind politisch kontrovers. Das erstaunt nicht nach den Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges und der bis 1989 gültigen Einsatzbeschränkung der Bundeswehr auf das NATO-Vertragsgebiet.

Aber nur von Linksextremisten werden solche Auslandsmissionen pauschal mit dem Vorwurf diffamiert, es handele sich um „Imperialismus“ oder sogar um „völkerrechtswidrige Angriffskriege“. Welchen Hintergrund haben solche Vorwürfe?

Unter „Imperialismus“ versteht man üblicherweise den Versuch eines (stärkeren) Staates, einen schwächeren mit politischen, militärischen oder wirtschaftlichen Druckmitteln seiner Selbstbestimmung zu berauben und ihn in den eigenen Herrschaftsbereich einzufügen. Als klassisches Zeitalter des Imperialismus gilt die Zeit von ungefähr 1870 bis 1940, in der sich die europäischen Mächte in der später sogenannten Dritten Welt umfangreiche Kolonialreiche aneigneten. Dabei folgte einer oft erzwungenen Öffnung für den Handel häufig genug die militärische Unterwerfung. Nach modernem Völkerrecht ist solcher Imperialismus illegal, weil er gegen das Verbot von Angriffskriegen verstößt und das Selbstbestimmungsrecht von Nationen verletzt. Bedrohten Ländern oder Völkern kann die UN heute zur Hilfe kommen - das passierte zuerst beim Überfall der kommunistischen Volksrepublik Korea auf ihren südkoreanischen Nachbarn 1950 und liegt auch den heutigen Friedenseinsätzen mit UN-Mandat zugrunde - und eben auch denjenigen, an denen die Bundeswehr teilnimmt.

Für Linksextremisten aber hat der Begriff „Imperialismus“ eine ganz spezifische Bedeutung. Er erklärt nämlich angeblich die Ursachen von Kriegen überhaupt, indem er nach den (angeblichen oder tatsächlichen) Motiven der Angreifer fragt. Die Antwort darauf hatte Lenin 1917 in seiner Schrift „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ gegeben, als er versuchte, die Ursachen des Ersten Weltkrieges anhand eines marxistischen Schemas zu deuten. Demnach liegt die Ursache für imperialistische Kriege ausschließlich im Profitinteresse der Kapitalisten, die sich schwächere Staaten zur Ausbeutung von deren Rohstoffen, zur Beschaffung billiger Arbeitskräfte und als Märkte für den Absatz ihrer Produkte unterwerfen.

An dieser Leninschen Kriegsursachenanalyse orientieren sich bis heute praktisch alle Linksextremisten. Man findet sie in Bekundungen von Autonomen ebenso wie im Programm der DKP⁵⁶ und sogar in dem der Partei Die Linke⁵⁷ (siehe auch „Antimilitarismus“ und „Antiimperialismus“ bei Linksextremisten). Aus

⁵⁶ In ihrem Programm von 2006 schreibt die DKP dazu: „So besteht für die imperialistischen Metropolen heute eine gemeinsame Hauptaufgabe darin, die letzten Schranken für die totale Beherrschung des Weltmarktes durch die Transnationalen Konzerne aus dem Weg zu räumen. Wo ökonomische Hebel nicht die gewünschte Wirkung bringen, wird die imperialistische Militärmaschine in Bewegung gesetzt. (...) Krise, Militarisierung und Krieg sind prägende Bestandteile der kapitalistischen Globalisierung.“ (S.4/5).

⁵⁷ Im „Erfurter Programm“ der Partei Die Linke (Oktober 2011) heißt es: „Die kapitalistischen Staaten sorgen dafür, dass ihre Unternehmen weltweit Zugriff auf alle Ressourcen haben, dass sie ihr Kapital weltweit investieren und verwerten sowie auf allen Märkten ihre Produkte absetzen können. Dazu nutzen sie ihre ökonomische und militärische Vormachtstellung und ihre beherrschende Rolle in den internationalen Handels- und Finanzinstitutionen. Der heutige Imperialismus stützt sich vor allem auf ökonomische Abhängigkeit und Verschuldung. Imperialistische Kriege erwachsen aus Kämpfen um geopolitische Macht, um ökonomische, politische

der Sicht von Linksextremisten haben „kapitalistische“ Staaten, wo immer sie ihr Militär einsetzen, nie andere als „imperialistische“ Motive. Sozialistische Staaten können umgekehrt nicht „imperialistisch“ handeln, weil es in ihnen keine „Profitmaximierungsinteressen“ gibt. Demnach war zum Beispiel der als „Hilfeleistung“ für die seinerzeitige kommunistische Regierung Afghanistans verbrämte sowjetische Überfall 1979 selbstverständlich kein „Imperialismus“, die dortige amerikanische Operation „Enduring Freedom“ und die ISAF der NATO dagegen schon. Aus der Sicht eines überzeugten Linksextremisten kommt es nicht darauf an, ob man ein „kapitalistisches Interesse“ konkret nachweisen kann - es genügt, wenn das eingesetzte Militär einem „kapitalistischen“ Land entstammt. Auch wenn die Bundeswehr in Afghanistan keine billigen Arbeitskräfte oder Absatzmärkte suchte und niemand beabsichtigte, Afghanistan in eine Kolonie der NATO zu verwandeln, blieb ihr Einsatz dennoch aus der Sicht von Linksextremisten immer ein „imperialistischer Angriffskrieg“ - und zwar selbst dann, wenn sich das deutsche Kontingent in der ISAF auf zehn unbewaffnete Aufbauhelfer beschränkt hätte.

und kulturelle Vorherrschaft, um Profite, Märkte und Rohstoffe. Kriege entspringen darüber hinaus aus Armut und Unterdrückung, aus Klimawandel, aus Verknappung und ungerechter Aneignung von Naturressourcen. Sie führen zu weiteren militärischen, ethnischen und militärischen Konflikten, dem Zerfall von Staaten, zu Fundamentalismus und Terrorismus sowie Umweltzerstörung.“

Zwar werden in diesem Text immerhin durchaus unterschiedliche Kriegsursachen benannt, die letztlich aber doch alle auf das „kapitalistische Profitinteresse“ zurückgeführt werden.

Was heißt Soziale Marktwirtschaft? Warum ist sie seit 60 Jahren erfolgreich?

Harald Bergsdorf

Für Karl Marx war klar: Aufgrund der zunehmenden „Konzentration des Kapitals“ und der wachsenden „Verelendung der Massen“ liquidiere sich jede „Klassengesellschaft“ automatisch in einer „sozialen Revolution“. Denn das „Proletariat“, so seine Annahme, wachse immer weiter, bis es nach einer „sozialen Revolution“ als einzige „Klasse“ übrig bleibe. Eine „Einklassengesellschaft“ - so könnte man sofort einwenden - ist jedoch keine „klassenlose Gesellschaft“. Im Ergebnis führt nach Marx allerdings die „soziale Revolution“ stets zu einer kommunistischen, klassenlosen Gesellschaft, in der es weder eine herrschende noch eine beherrschende Klasse gebe. In einer solchen Gesellschaft werde es keine Kriege, keine Gewalt, keine Unterdrückung und keine „Verelendung“ geben.

Doch die Marx'sche Theorie von der zunehmenden „Verelendung“ der Arbeiterschaft traf in erster Linie für das 19. Jahrhundert zu. Die Industrialisierung führte zu wachsender Produktivität und Massenproduktion, die auch Abnehmer brauchte. Doch kann man „nicht etwas massenhaft produzieren, das laut seiner Lehre für die immer weniger werdenden reichen Kapitalisten bestimmt ist“ (Karl Popper). In krassem Kontrast zum Kommunismus haben im „Kapitalismus“ ab dem 19. Jahrhundert soziale Reformen tatsächlich die Lebensbedingungen von Mehrheiten deutlich verbessert. Dies traf umso mehr für die Soziale Marktwirtschaft ab 1948 (Einführung der D-Mark, Abschaffung der Preisbindung) in der Bundesrepublik zu: Das unterstreichen verbesserter Arbeitsschutz, erleichterte Arbeitsbedingungen, höherer Lebensstandard, bessere Gesundheitsversorgung, bessere Umweltbedingungen, längere Urlaubszeit, wachsende Lebenserwartung und sinkende Lebensarbeitszeit für die große Mehrheit.

Das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft stammt u.a. von Alfred Müller-Armack. Konrad Adenauer und Ludwig Erhard haben es politisch durchgesetzt. Die Soziale Marktwirtschaft ist als solche zwar nicht in der Verfassung der Bundesrepublik verankert, dennoch legen zentrale Elemente der bundesdeutschen Rechtsordnung (etwa Eigentumsgarantie, Vertrags- und Koalitionsfreiheit, freie Berufs- und Arbeitsplatzwahl) wichtige Grundlagen für die Soziale Marktwirtschaft.

Die zentrale Idee der Sozialen Marktwirtschaft besteht darin, „die Freiheit aller, die als Anbieter oder Nachfrager am Markt teilnehmen, zu schützen und gleichzeitig für sozialen Ausgleich zu sorgen. Märkte sorgen über den Preismechanismus für den Ausgleich von Angebot und Nachfrage: Sind besonders begehrte Güter knapp, steigt deren Preis. Das drängt die Nachfrage zurück und bietet zugleich Gewinnmöglichkeiten für zusätzliche Anbieter. Anbieter werden versuchen, die Produktion so kostengünstig wie möglich zu gestalten. So kommt es zu einer effizienten Verwendung der Produktionsmittel und zu günstigen Preisen für die Verbraucher“⁵⁸. Insofern erfüllen die Märkte bereits eine soziale Funktion.

Dazu ist es „wichtig, dass Wettbewerb mit offenem Marktzugang herrscht und Marktmacht verhindert wird. Der Marktmechanismus erhöht dann die Konsummöglichkeiten, motiviert die Anbieter zu Innovationen und technischem Fortschritt und verteilt Einkommen und Gewinn nach individueller Leistung. Es ist eine wichtige Aufgabe des Staates, den Rahmen für einen funktionierenden Wettbewerb zu schaffen. Gleichzeitig muss er die Bereitschaft und die Fähigkeit der Menschen zu eigenverantwortlichem Handeln und mehr Selbständigkeit fördern“⁵⁹. Zu den zentralen Prinzipien der

⁵⁸ „Soziale Marktwirtschaft“, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie.

⁵⁹ Ebd.

Sozialen Marktwirtschaft gehören deshalb ebenfalls: flexible Preise, Wettbewerb, Kontrolle der Macht großer Konzerne, offene Märkte, geringe Inflation, Privateigentum, soziales Unternehmertum und Vertragsfreiheit.

Zugleich ist der soziale Ausgleich ein Kernelement der Sozialen Marktwirtschaft. Er soll eine soziale Absicherung für jene Alten, Kranken und Arbeitslosen sichern, die keine Markteinkommen erringen können. Alfred Müller-Armack bemerkte dazu:

„Nur in einem marktwirtschaftlichen System vermögen die alle Schichten umfassenden, in ihrer Marktposition überdies schwach gesicherten Konsumenten die Wirtschaft nach ihrem Bedürfnis zu lenken. (...) Diese Orientierung am Verbrauch bedeutet bereits eine soziale Leistung der Marktwirtschaft. In gleicher Richtung wirkt die durch das Wettbewerbssystem gesicherte und laufend erzwungene Produktivitätserhöhung als eine soziale Verbesserung (...) Neben dieser dem Wettbewerbssystem an sich schon innewohnenden sozialen Funktion hat die Wirtschaftspolitik weitere Möglichkeiten der sozialen Ausgestaltung der Wirtschaftsordnung. In erster Linie ist hier an die (...) institutionelle Sicherung des Wettbewerbs zu denken. Ihr Sinn ist es, Wettbewerbsbeschränkungen unmöglich zu machen, Monopole, Oligopole und Kartelle unter Kontrolle zu nehmen und dadurch den Wettbewerb zu größter Wirksamkeit im Interesse des Verbrauchers zu bringen. Indem dem Wettbewerb möglichste Elastizität gegeben wird, erfüllt eine Wettbewerbsordnung zugleich auch soziale Aufgaben. Der Gedanke der sozialen Marktwirtschaft beschränkt sich jedoch nicht darauf, lediglich das Instrumentarium der Konkurrenz sozial funktionsfähig zu machen. Der marktwirtschaftliche Einkommensprozess bietet der Sozialpolitik ein tragfähiges Fundament für eine staatliche Einkommensumleitung, die in Form von Fürsorgeleistungen, Renten- und Lastenausgleichszahlungen, Wohnungsbauzuschüssen, Subventionen usw. die Einkommensverteilung korrigiert. Es wäre eine Verkennung des sozialen Gehaltes der sozialen Marktwirtschaft, wenn man diesen Umleitungsprozess bei der sozialen Beurteilung des Marktprozesses, durch den er getragen wird“, missachtete⁶⁰.

Zur Sozialen Marktwirtschaft gehört damit das Prinzip, nur denen zu helfen, die sich nicht selbst helfen können – wer Hilfe braucht, muss sie erhalten; wer keine Hilfe braucht, darf keine bekommen. Umso wichtiger ist es, Menschen im Sinne einer Hilfe zur Selbsthilfe zu aktivieren, statt sie nur zu versorgen.

Über 60 Jahre nach Begründung der Sozialen Marktwirtschaft lässt sich bilanzieren: Idee und Konzept funktionieren im Kern bis heute. Seit Begründung der Sozialen Marktwirtschaft ist „das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf um etliches höher als in den Gründerjahren unserer Wirtschaftsordnung: Je Einwohner gerechnet wurden im Jahr 1950 in jetzigen Preisen knapp 5.150 Euro erwirtschaftet – mittlerweile sind es 29.460 Euro. Dahinter steht nicht zuletzt auch der Erfolg im Außenhandel. Die Erfolge und das BIP-Wachstum haben auch die Löhne angekurbelt: Der durchschnittliche Bruttostundenlohn kletterte von umgerechnet 65 Cent auf 15,55 Euro. Und die Menschen haben heute auch mehr Zeit, ihr verdientes Geld auszugeben. Einmal, weil die besseren Lebens- und Arbeitsbedingungen und der medizinisch-technische Fortschritt zu einer um 13 Jahre höheren Lebenserwartung geführt haben. So ist zum Beispiel die Zahl der Arbeitsunfälle seit den sechziger Jahren um mehr als 60 Prozent auf unter eine Million zurückgegangen. Zum anderen arbeiten die Deutschen aber auch weniger: Die wöchentliche Arbeitszeit ist um rund zehn Stunden pro Woche geschrumpft, und mittlerweile sind meist 30 statt 12 Urlaubstagen in vielen Branchen die Regel“⁶¹.

Zugleich „können sich die Beschäftigten für ihre Arbeit mehr leisten als früher. Musste ein Arbeitnehmer 1948 noch eine Stunde und 13 Minuten für ein halbes Pfund Butter arbeiten, so sind es inzwischen nur noch 5 Minuten. Waren 500 Gramm Kaffee damals noch ein Luxusartikel, für den fast 20 Stunden geschuftet werden musste, genügen aktuell 20 Minuten. Doch nicht nur ökonomische Erfolge gehen auf das Konto der Sozialen Marktwirtschaft. Auch der damals geschaffene Sozialstaat

⁶⁰ Alfred Müller-Armack – Soziale Marktwirtschaft: in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften (HdSW), S. 390.

⁶¹ Institut der deutschen Wirtschaft Köln, 60 Jahre soziale Marktwirtschaft, 2008, online verfügbar.

hilft noch heute, Missstände zu beseitigen: Müssten die Haushalte in Deutschland nur mit dem selbstverdienten Einkommen leben, hätten 26 Prozent von ihnen weniger als 60 Prozent des mittleren Nettoeinkommens zur Verfügung – aufgrund der staatlichen Transfers wie beispielsweise Wohn- und Kindergeld liegt der Anteil aber tatsächlich nur bei 13 Prozent“⁶². Der Sozialstaat ist seit 1949 massiv gewachsen. Inzwischen gibt es neben Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung noch eine Pflegeversicherung.

Anders als „Kommunismus“ und pure Marktwirtschaft findet die Soziale Marktwirtschaft grundsätzlich eine Balance zwischen wirtschaftlichen Interessen und sozialem Ausgleich. Damit dient sie dem sozialen Frieden, der wirtschaftlichen Erfolg begünstigt, der wiederum die finanzielle Grundlage des Sozialstaates schafft. Dass wirtschaftlicher Wettbewerb, wie er zentral zur Sozialen Marktwirtschaft gehört, positiv gerade auch für Geringverdiener wirken kann, zeigt allein die Liberalisierung und Privatisierung des bundesdeutschen Telefonmarktes. So kostete ein einminütiges Ferngespräch vor der Telefon-Liberalisierung über 30 Cent, heute einen Cent.

Zwar sind in Deutschland heute große soziale Probleme zu bewältigen – vor allem Kinderarmut, Bildungsdefizite, Niedriglöhne und Arbeitslosigkeit. Von Sozialabbau kann dennoch nicht gesprochen werden, wenn fast drei Viertel der Staatsausgaben in soziale Kassen fließen. Mehr noch: Heute gibt es die höchste Beschäftigungsquote in der deutschen Geschichte – rund 40 Millionen. Die offizielle Arbeitslosigkeit liegt erstmals seit langer Zeit unter drei Millionen bzw. bei bundesweit rund sieben Prozent. Gegenwärtig gibt es in der Bundesrepublik weit über 500.000 offene Stellen, darunter zwei Drittel sozialversicherungspflichtige Vollzeitjobs. Nach wie vor gibt es zu wenig Stellen für Geringqualifizierte. Zugleich fehlen vielerorts Fachkräfte, zum Beispiel Ingenieure oder Ärzte.

Um die Soziale Marktwirtschaft abzuwerten, bemängeln Kritiker eine angebliche Umverteilung von unten nach oben. Doch die zehn Prozent der Bestverdiener entrichten über 50 Prozent des Einkommensteueraufkommens – die wichtigste Einnahmequelle. Dagegen beteiligt sich die untere Hälfte nur mit 7,5 Prozent am Aufkommen der Einkommensteuer. Geringverdiener profitieren vom steuerfreien Existenzminimum. Die Staatsquote tendiert gegen 50 Prozent – beinahe die Hälfte dessen, was die Bevölkerung offiziell erwirtschaftet, unterliegt der staatlichen Umverteilung. Auch wenn Kritiker immer wieder versuchen, einen anderen Eindruck zu erwecken: Die Soziale Marktwirtschaft kennzeichnet eher eine starke Umverteilung von oben nach unten als umgekehrt.

Schwer vereinbar mit den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft, die wirtschaftlichen Erfolg und sozialen Ausgleich fördern, sind Forderungen nach einer expansiven Ausgabenpolitik, wie sie vor allem Linksextremisten und ihr Umfeld erheben. So erhöhten noch höhere Staatsschulden die Ausgaben für den Schuldendienst und machten damit vor allem Banken und Reiche noch reicher, bei denen sich der Staat Geld leihen muss. Je höher die Schulden, desto weniger Geld bleibt, um Bedürftige zu unterstützen und in Innovation bzw. Bildung zu investieren. Gerechtere Bildungschancen für alle bieten erfahrungsgemäß die beste Vorsorge gegen Arbeitslosigkeit und sozialen Abstieg – je mehr Leistungsträger und je weniger Leistungsnehmer, desto besser für die Steuer- und Sozialkassen.

Auch höhere Steuern/Abgaben würden Investitions- und Beschäftigungsbedingungen im Inland verschlechtern – und im Ausland verbessern. Weil die zehn Prozent der Bestverdiener schon heute über 50 Prozent zum Einkommensteueraufkommen beitragen, müsste der Gesetzgeber, um vollmundige Versprechungen zu finanzieren, vor allem die Mehrwertsteuer erhöhen – die Steuer mit dem zweithöchsten Ertrag. Eine explodierende Mehrwertsteuer träfe aber schwerpunktmäßig Normalbürger, die den größten Teil ihres Einkommens für den Konsum ausgeben (müssen).

⁶² Ebd.

Die Soziale Marktwirtschaft hat gerade im Osten Deutschlands seit 1990 die Lebensbedingungen von Mehrheiten deutlich verbessert. Im Vergleich zu früher kennzeichnet heute eine meist deutlich bessere Versorgung von Kranken, Behinderten und Alten die Bundesrepublik; ebenso eine höhere Lebenserwartung, geringere Umweltbelastungen sowie ein höherer Lebensstandard der meisten. Insgesamt gehört die Bundesrepublik heute weltweit zu den nivelliertesten Gesellschaften mit den geringsten Unterschieden im Sozialgefüge. Hingegen errichtete die SED in der DDR eine neue Klassengesellschaft, die bei der Zuteilung von Lebenschancen zwischen systemnahen und systemfernen Bürgern unterschied, die aus ihrer Sicht eher Untertanen waren. Die SED verletzte nicht nur massiv fundamentale Menschenrechte – die große Mehrheit der Menschen in der SED-Diktatur lebte auch in einer Mangelgesellschaft, die lediglich eine Grundversorgung auf bescheidenem Niveau erlaubte (siehe auch Ermöglichte die DDR-Planwirtschaft einen hohen Lebensstandard?).

Fazit: Die Soziale Marktwirtschaft ist jeder anderen bekannten Ordnung sowohl wirtschaftlich als auch sozial klar überlegen, auch wenn sie in der Praxis nicht unfehlbar ist und immer wieder einer Reform bedarf. Frei nach Winston Churchill ist die Soziale Marktwirtschaft die zweitbeste Wirtschafts- und Sozialordnung – die beste gibt es nicht.

Was sind Räte als Ergänzungen des Parlaments?

Jürgen P. Lang

Sie verheißen Basisdemokratie, Mitbestimmung und eine Alternative zum Parlamentarismus. So will die Partei Die Linke in ihrem Bundesprogramm vom Oktober 2011 Wirtschafts- und Sozialräte auf allen Ebenen einrichten und ihnen ein Initiativrecht zur Gesetzgebung einräumen. Wenn Linksextremisten von Räten sprechen, meinen sie allerdings ein Instrument zur Sicherung der eigenen Herrschaft. Räte zielen darauf ab, Staat und Gesellschaft zusammenzuführen, Gewaltenteilung und Pluralismus zu überwinden. Sie sind deshalb das exakte Gegenteil eines freiheitlichen Systems.

Blicken wir auf die Geschichte. Räte waren – vor allem unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg – ein kurzlebiges Phänomen in revolutionären Zeiten. So bildeten sich in Deutschland 1918/19 Arbeiter- und Soldatenräte, die aber dann zum größten Teil freiwillig der parlamentarischen Demokratie der Weimarer Republik Platz machten. Oft werden die Räte mit den Runden Tischen in Polen und der DDR verglichen, an denen während der demokratischen Revolutionen Ende 1989 die Bürgerbewegungen mit den alten kommunistischen Machthabern verhandelten⁶³. Auch hier waren diese Gremien ein Phänomen des Übergangs, das mit der Einführung des demokratischen Verfassungsstaates seinen Zweck erfüllt hatte. Die damaligen Anhänger Lenins („Bolschewiki“) hatten freilich anderes im Sinn. Nach der kommunistischen Oktoberrevolution 1917 in Russland sollte der neue Staat auf einem System der Räte (sowjety) gründen. Doch bereits unter Lenin wurde der Einfluss der Räte eingeschränkt. Sie standen der strikt hierarchischen Herrschaft des „demokratischen Zentralismus“ der Kommunistischen Partei im Weg. Unter Stalin existierten die Räte nur noch als Fassade, bevor sie 1936 ganz verschwanden.

Anderen galten Räte als „basisdemokratische“ Alternative sowohl zum Parlamentarismus als auch zu einem „autoritären“ Sozialismus. Trotzlisten etwa verstehen Räte als innerkommunistischen Gegenentwurf zum Zentralismus Stalins. Im Ideal bilden kleine, homogene Gruppen – etwa in Wohneinheiten oder im Betrieb – einen Rat. Diese Räte der untersten Ebene wählen wiederum einen übergeordneten Rat. An der Spitze steht schließlich der oberste Rat, der, ausgestattet mit einem imperativen Mandat, die Geschicke der Gesellschaft im Sinne der „Basis“ verwaltet. Doch dieses Modell ist nicht wirklich demokratisch: Da die Räte zugleich Legislative, Judikative und Exekutive sind, entfällt die wechselseitige Kontrolle der Gewalten. Minderheiten sind dem „Mehrheitswillen“ schutzlos ausgeliefert. Funktionieren kann das nur, wenn man einen einheitlichen Volkswillen unterstellt, den es aller Erfahrung nach aber nicht gibt (siehe auch Mehrheit und „Wahrheit“: Gibt es einen vorbestimmten Gemeinwillen?). Wer Räte fordert, will mit diesen Gremien eine Art Massenmobilisierung der Gesellschaft erreichen, deren natürlicher Interessen-Pluralismus ignoriert wird. Andersdenkende hätten keine Chance auf politische Mitwirkung (siehe auch Soll eine Gesellschaft pluralistisch oder homogen sein?).

Heutzutage fordert die Partei Die Linke Räte als Ergänzung zu den Parlamenten. Schon der 1994 von der Vorgängerpartei PDS vorgelegte Entwurf für ein neues Grundgesetz sah einen „Wirtschafts-, Sozial- und Umweltrat“ sowie einen „Frauenrat“ vor⁶⁴. Über diese Gremien sollten bestimmte außerparlamentarische Gruppen direkten Einfluss auf die Gesetzgebung bekommen. Der Entwurf für

⁶³ Francesca Weil, Räte im Deutschen Reich 1918/19 – Runde Tische in der DDR 1989/90. Ein Vergleich, in: Deutschland Archiv 44 (2011), S. 261–268.

⁶⁴ Entwurf einer Verfassung für die Bundesrepublik Deutschland, in: Deutscher Bundestag, Drucksache 12/6570 vom 12. Januar 1994, S. 4–15.

das Grundsatzprogramm⁶⁵ der Linken knüpft an die Idee der Räte als Teil „direkter Demokratie“ an (siehe auch Kann direkte Demokratie funktionieren?). Wörtlich heißt es: „In solchen Gremien sollten Gewerkschaften, Kommunen, Verbraucherinnen und Verbraucher sowie soziale, ökologische und andere Interessenverbände vertreten sein.“ Aufgabe der Räte sei es, ein „orientierendes allgemeines Interesse“ zu „erarbeiten“ und „gesellschaftlich zur Geltung zu bringen“. Anders ausgedrückt: Räte haben ausschließlich die Funktion, einen einheitlichen Volkswillen zu konstruieren und durchzusetzen. Mit pluralistischer Willensbildung in einem demokratischen Wettstreit hat das alles nichts zu tun. Die Linke scheint vielmehr eine „identitäre“ Gesellschaft anzustreben, die alle Menschen unter einem vorgegebenen „Willen“ zusammenzwingt.

⁶⁵ Beschluss des Parteitags der Partei DIE LINKE vom 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt, Im Internet abrufbar unter <http://www.die-linke.de/programm>.

Welche Folgen hat eine Einschränkung privatwirtschaftlicher Initiative für eine Gesellschaft?

David Gregosz

Linksextremisten setzen auf eine starke Einschränkung und Kontrolle privatwirtschaftlicher Initiative, die sie als Ausgangspunkt „kapitalistischer Ausbeutung“ betrachten. Hingegen entstehen wirtschaftliche Innovationen nur dadurch, dass man auf die Fähigkeiten des Einzelnen vertraut und Individuen den Raum zu Entfaltung bietet. Dies schließt die Übernahme von privaten Risiken mit der Gefahr des wirtschaftlichen Scheiterns ein. Der Rechtsrahmen eines Landes, der auch den Spielraum für wirtschaftliche Tätigkeiten vorgibt, ist für Innovationsspielräume von entscheidender Bedeutung. Eine Rechtsordnung, die freiheitlichen, dezentralen Entscheidungen den Vorrang gibt, ist Grundlage des gesellschaftlichen Wohlstandes.

Deutschland ist international bekannt dafür, unzählige technologische Neuerungen, wie beispielsweise im Bereich der Umwelttechnik und der erneuerbaren Energien, hervorgebracht zu haben. Diese Innovationsdichte ist nur in einer Wirtschaftsordnung möglich, in der wirtschaftliche Freiheitsrechte gewährleistet sind und sich Unternehmen in privater Hand befinden. Der Vergleich mit sozialistischen Systemen macht deutlich, dass Wohlstand und wirtschaftliche Freiheit Zwillinge sind, während die Mangelwirtschaft stets das Charakteristikum von Planwirtschaften war. Ein Blick auf Patentanmeldungen, die Ausstattung mit Konsumgütern oder das Einkommensniveau zeigt deutlich, dass Wirtschaftsordnungen, die auf private Initiative setzen, überlegen sind.

Eine Wirtschaftsordnung, die auf Privateigentum und Wettbewerb setzt, führt langfristig zu steigendem Wohlstand und sukzessivem technischen Fortschritt. Die Aussicht, sich mit dem eigenen Produkt am Markt durchzusetzen und Gewinne zu erzielen, spornt Unternehmer dazu an, in Forschung und Entwicklung zu investieren, um ihre Produkte und Dienstleistungen stetig zu verbessern. Firmen, die in diesem System unnütze oder qualitativ minderwertige Produkte anbieten, scheiden aus. Die Aussicht auf Gewinnerzielung und das stets drohende Verlustrisiko in einer Marktwirtschaft fördern letztlich die Ideenfreude und die Entwicklung innovativer Technologien. Beides treibt den gesellschaftlichen Wandel voran.

Spätestens mit dem Ende des Kalten Krieges hat sich der internationale Wettbewerb um die besten Ideen und Köpfe verschärft. Um unseren zukünftigen Wohlstand zu sichern, muss Deutschland weiterhin in Forschung und Entwicklung investieren und privatwirtschaftliche Initiative, d.h. den Unternehmergeist, fördern. Joseph Schumpeter, ein bedeutender Ökonom des 20. Jahrhunderts, hat den Wert von Schaffenden, von Unternehmern für eine Gesellschaft schon vor vielen Jahrzehnten herausgearbeitet. Für Schumpeter war der Unternehmer stets Antreiber von Neuem und unermüdlicher Streiter für Fortschritt.

Vorausgesetzt, der rechtliche Rahmen lässt das zu. Nur in einer Wirtschaftsordnung, die Vertragsfreiheit sichert, Eigentum schützt und Leistung auch honoriert, kann man Unternehmergeist entfachen. Deshalb schließen sich wirtschaftlicher Erfolg und Zentralverwaltungswirtschaft aus, deshalb konnte die DDR nie die Leistungsfähigkeit der westdeutschen Marktwirtschaft erreichen (siehe auch Ermöglichte die DDR-Planwirtschaft einen hohen Lebensstandard?). Unternehmertum und Marktwirtschaft: Sie bedingen einander. Privatwirtschaftliche Initiative bereichert unsere Gesellschaft und hilft ihr voranzukommen.

Wie reden Linksextremisten über ihre Fernziele?

Rudolf van Hüllen

„Anarchie“ und „Kommunismus“ haben in den Ohren der meisten Menschen keinen guten Klang. Linksextremisten wählen für ihre Fernziele deshalb gerne harmlos klingende Bezeichnungen: „Anarchie“ heißt dann „herrschaftsfreie Gesellschaft“, „Kommunismus“ wird zu „Sozialismus“ oder zu einer Gesellschaft mit völliger sozialer Gerechtigkeit und Harmonie. Viel öfter aber reden sie gar nicht über ihre Endziele und stattdessen über politische Etappenziele, die für sich betrachtet auch Demokraten richtig finden können.

Anarchisten in Deutschland – das sind meistens Autonome – wollen für sich und ihre Lebensweise maximale „Freiräume“ schaffen – und dies möglichst umsonst (siehe auch Was heißt Anarchismus? und Die Welt der Autonomen). Ihre Forderungen nach „Autonomie“ von Versammlungsräumen, Jugendzentren, nach jederzeitigem Recht, überall gegen alles zu demonstrieren, und nach dem Nulltarif, z.B. im öffentlichen Nahverkehr, klingen zunächst attraktiv, lassen aber durchweg die Frage unbeantwortet, wer denn diese Einrichtungen aufbauen und in Betrieb halten soll. Autonome denken dabei, oft insgeheim, zuerst an „Staatsknete“, was bedeutet, dass andere Leute mit ihrer Arbeit die „Freiräume“ der Autonomen finanzieren sollen. „Freiräume“ soll es auch nicht für jedermann geben; das Recht, wo und wann auch immer zu demonstrieren, gestehen Autonome politischen Gegnern zum Beispiel grundsätzlich nicht zu. Ihre Forderung nach „Freiräumen“ wollen sie üblicherweise mit dem gewaltsamen „Kampf gegen das Schweinesystem“ – also gegen alle, die ihre Ansichten nicht teilen wollen – durchsetzen (siehe auch Wie stehen Linksextremisten zur Gewalt als Mittel der Politik?). Weil sie auf eine Beteiligung an Parlamentarismus, Mehrheitsentscheidungen und Rechtsstaatlichkeit keinen Wert legen, müssen sie ihre Absichten auch nicht besonders bemänteln. Dass ihr Verständnis von „Autonomie“ sehr viel mit Gewalt gegen Andersdenkende zu tun hat, kann man ihren Blättern und Internetseiten deshalb fast immer entnehmen – verständlich, dass sie gerne darauf verzichten, persönlich mit Namen für ihre Politik einzustehen (siehe auch Was Linksextremisten lesen).

Bei Kommunisten ist die Sache komplizierter. Als nach 1989 die Massenverbrechen der Kommunisten ans Tageslicht kamen, verzichteten viele frühere kommunistische Parteien auf ihren bisherigen Namen. Wer ihn behielt, hatte auch keine Schwierigkeiten, sich zum Kommunismus als Fernziel zu bekennen⁶⁶. Man bezeichnet solche Parteien als traditionskommunistisch, je nach Ausrichtung als stalinistisch, trotzkistisch oder maoistisch (siehe auch Was ist Kommunismus?).

Unter jenen, die sich umbenannten, gab es unterschiedliche Motive. Manchmal geschah das aus Entsetzen über die kommunistischen Massenverbrechen und ging mit einer Abkehr von bisherigen Fernzielen einher. Manchmal geschah es aus taktischen Gründen, um öffentlicher Ächtung zu entgehen. In diesem Fall muss man solche Parteien sehr genau untersuchen, um festzustellen, ob sie sich tatsächlich demokratisch gewandelt haben. Dafür ist es entscheidend, ob sie sich beispielsweise von antidemokratischen Ideen wie jenen Lenins (siehe auch Falsche Vorbilder: Wladimir Iljitsch Lenin) distanzieren und ob sie die aktuellen und die historischen kommunistischen Diktaturen tatsächlich vorbehaltlos ablehnen. Postkommunistische Parteien, die sich nicht wirklich demokratisiert haben, werden für Dinge, die sie mit ihren kommunistischen Wurzeln verbinden, neue Begriffe erfinden. Sie werden statt von Kommunismus vielleicht von „demokratischem Sozialismus“ oder von „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ reden. Auch das Wort Revolution werden sie ersetzen, vielleicht durch „grundlegender Bruch mit den herrschenden Verhältnissen“ oder „Transformation des Kapitalismus“.

⁶⁶ So z.B. die Deutsche Kommunistische Partei (DKP). In ihrem 2006 verabschiedeten Programm verkündet sie: „Ziel der DKP ist der Sozialismus/Kommunismus.“ (S. 2). Auch die Vorsitzende der Partei Die Linke spekulierte im Januar 2011 über „Wege zum Kommunismus“.

Im Einzelfall mag das damit Gemeinte sich durchaus von ihrer Praxis in den Jahren vor 1989 unterscheiden, entscheidend bleibt aber, dass sie weiterhin zu Maßstäben der Demokratie allenfalls ein distanziertes oder sogar instrumentelles Verhältnis haben.

Ein weiteres, unter Linksextremisten bewährtes Verfahren ist, sich zu politischen Endzielen gar nicht zu erklären. Stattdessen stellen sie allgemein geachtete politische Anliegen wie Frieden, soziale Gerechtigkeit und Umweltschutz in den Vordergrund. Solche Anliegen und Forderungen werden für sich betrachtet auch Demokraten akzeptabel finden. Allerdings verbinden Extremisten mit solchen Zielen andere Inhalte als Demokraten (mit „sozialer Gerechtigkeit“ z.B. nicht Chancengleichheit und Hilfe in sozialen Schieflagen, sondern völlige Gleichheit im Sinne der kommunistischen Utopie). Darüber hinaus sind solche Anliegen für Extremisten kein Selbstzweck, sondern Instrumente und Etappenziele, mit denen sie einerseits Akzeptanz bei Demokraten erreichen und andererseits langfristig das „System“ überwinden wollen (siehe auch Wie unterscheiden sich Linksextremisten von linken Demokraten?).

Wie sind linksextremistische Programme und Forderungen aufgebaut?

Rudolf van Hüllen

Linksextremismus ist ein ideengeleitetes (ideologisches) Phänomen. Deshalb haben politische Programme für linksextreme Gruppen und Parteien ganz besondere Bedeutung: Sie definieren die sogenannte „Parteilinie“ und damit, welche Endziele und welche Strategien und Taktiken die Partei für richtig hält. Das Programm ist für die Mitglieder absolut verbindlich. Besonders in marxistisch-leninistischen Parteien sind sie verpflichtet, nach der Beschlussfassung jedes Detail des Programms zu vertreten, selbst wenn sie persönlich im Einzelfall andere Vorstellungen haben sollten. Solche Programme folgen einem bestimmten Aufbauschema, das zu kennen sich lohnt.

Seit der Gründung der Kommunistischen Internationale 1919 hat sich unter Kommunisten ein stets wiederkehrendes Schema ihrer Programme eingebürgert: Am Anfang steht als erster Schritt eine Analyse der weltpolitischen Lage. Sie beruht grundsätzlich auf dem Marx'schen Schema, nach dem alle Geschichte eine Geschichte von zwei einander bekämpfenden Klassen ist: Kompliziertere internationale Konflikte und Probleme müssen auf dieses schwarzweiße, holzschnittartige Klassenkampfschema reduziert, offensichtliche Fehler der Analyse müssen „wegerklärt“ werden. Das erfordert einige Mühe, und deshalb fallen kommunistische Programme ebenso wie die Parteitagereden kommunistischer Führer recht lang aus.

Sodann erfolgt in einem zweiten Schritt in ähnlicher Weise die Analyse der politischen Situation des eigenen Landes. In beiden Fällen ist die Bilanz für die Gegenwart rabenschwarz. Das muss so sein, weil „Kapitalismus“ und „Imperialismus“ nach linksextremistischer Auffassung weltweit herrschen und die Notwendigkeit der Revolution nicht begründbar ist, wenn an der Gegenwart irgendetwas verteidigungswert wäre⁶⁷.

Wer allerdings zu diesen holzschnittartigen und ideologisch verkürzten „Klassenanalysen“ unkritisch genickt hat, wird anschließend kaum noch eine Möglichkeit finden, die daraus abgeleiteten politischen Schlussfolgerungen als falsch abzulehnen. Sie bestehen in einem dritten Schritt des Programmtextes darin, die Überlegenheit des Kommunismus/Sozialismus zu behaupten⁶⁸. Anschließend werden in einem vierten Schritt Strategie und Taktik der Partei und in einem fünften Schritt mögliche Bündnispartner beschrieben⁶⁹. An unterschiedlichen Stellen im Programm, zumeist ganz hinten, findet sich schließlich eine für die Mitglieder und Anhänger gedachte Darstellung des Selbstverständnisses der Partei⁷⁰.

Solche Dokumente wirken in sich geschlossen und auf den ersten Blick plausibel, wenn man die häufig falschen Grundannahmen, auf denen sie beruhen, akzeptiert. Um ihr Gedankengebäude zu befestigen, berufen sich Kommunisten und andere Linksextremisten gerne auf „Belege“ aus der Geschichte. Diese wiederum erweisen sich zwar bei näherer Betrachtung entweder als Totalfälschung oder als bewusste Fehlinterpretation von Fakten. Für unkritische Leser sind sie aber geeignet, die unzweifelhafte „Richtigkeit“ kommunistischer Politik zu „beweisen“.

⁶⁷ Im Parteiprogramm der DKP von 2006, das wir hier als typisches Beispiel zur Hand nehmen, heißen die Kapitel zur Weltlage bzw. zur Lage der Bundesrepublik kurz „I – Imperialismus heute“ und „II – Der deutsche Imperialismus“.

⁶⁸ Im DKP-Programm: „III – Der Sozialismus – die historische Alternative zum Kapitalismus“.

⁶⁹ Im DKP-Programm: „IV – Unser Weg zum Sozialismus“ und „V – Die Kräfte des Widerstands und des Fortschritts“.

⁷⁰ Im DKP-Programm: „VI – DKP – Partei der Arbeiterklasse“.

„Antimilitarismus“ und „Antiimperialismus“ bei Linksextremisten

Rudolf van Hüllen

Die Positionen von Linksextremisten zu Krieg und Frieden sind sehr kompliziert. Mit Pazifismus, wie man angesichts ihrer steten Aufrufe zu Abrüstung und gegen militärische Interventionen glauben könnte, haben sie trotzdem fast nichts zu tun. Generell kann man zwei idealtypische Positionen zur Außen- und Sicherheitspolitik unterscheiden, die im Jargon von Linksextremisten als „Antimilitarismus“ und „Antiimperialismus“ bezeichnet werden.

„Antimilitarismus“ lehnt Militär und Krieg insgesamt ab, weil er in beidem eine hoheitliche Organisations- und Aktionsform des verhassten Staats sieht. Insofern steht er in geistiger Nähe zum Anarchismus (siehe auch Was heißt Anarchismus?). Allerdings werden auch Anarchisten spontane Gewalt der „Massen“ befürworten, wenn sie mit Revolten und Aufständen auf die Beseitigung staatlicher Ordnung (deren Garanten im Ernstfall Polizei und Militär sind) zielen. „Antimilitarismus“ ist also nicht unbedingt strikter Pazifismus, der aus moralphilosophischen oder religiösen Begründungen heraus jede Gewaltanwendung, auch solche zur Verteidigung von Leib und Leben, ablehnt.

Vielmehr haben auch Autonome, die in Deutschland eher für die „antimilitaristische“ Position stehen, eine Vorstellung davon, dass ihr Hauptgegner ein „kapitalistischer Militarismus“ sein sollte. Und ihre Aktionen gegen z.B. die Bundeswehr sind alles andere als pazifistisch – sie schließen heimtückische Anschläge gegen Militärausrüstung und in Einzelfällen auch Aufrufe zum gezielten Angriff auf Soldaten ein. Selbst für Armeen selbst kommunistischer Diktaturen wird man autonome „Antimilitaristen“ nicht begeistern können. Das militärische Gepränge des „realen Sozialismus“ rief bei ihnen eher Hohn und Spott hervor; Angriffskriege und militärische Interventionen der Sowjetunion wie 1956 in Ungarn, 1968 in der Tschechoslowakei und 1979 in Afghanistan wurden mehr oder weniger stark abgelehnt.

Völlig anders ist die „antiimperialistische“ Haltung der Kommunisten (siehe auch Sind Auslandseinsätze der Bundeswehr „Imperialismus“?). Sie verachteten einen grundsätzlichen Pazifismus und Antimilitarismus und sahen historisch gerade in organisierter staatlicher Gewaltanwendung (unter Einschluss nuklearer Rüstung) ein politisches Mittel zum „Sieg des Sozialismus im Weltmaßstab“. Entsprechend stark militarisiert waren die von ihnen regierten Staaten. Der kommunistischen Doktrin von „gerechten“ und „ungerechten Kriegen“ kam es auch nicht darauf an, ob es sich um Akte der Verteidigung gegen einen Angreifer oder um offensive Aggression handelte. Das einzige Kriterium für ihre „Legitimität“ bestand aus „antiimperialistischer“ Sicht darin, ob sie die eigenen Zwecke förderten oder nicht. Für Für gesinnungsstarke Pazifisten haben antiimperialistische Linksextremisten deshalb allenfalls Verachtung übrig (beliebte Begründung: „Ohne Gewalt hätte die Revolution nicht gesiegt“), Antimilitaristen mögen ihnen als zeitweilig „nützliche Idioten“ erscheinen.

Diese „antiimperialistische“ und zugleich militaristische Grundposition stellen westeuropäische Linksextremisten heute nicht mehr deutlich heraus. Es wäre auch politisch nicht besonders klug, wenn sie sich zum Beispiel für die Nuklearrüstung und die Paraden der nordkoreanischen Volksbefreiungsarmee begeistern würden.

Dennoch bilden „antiimperialistische“ Sichtweisen weiterhin die Grundlage linksextremer Positionen zur Außen- und Sicherheitspolitik. Bei der DKP ist dies im Programm ganz deutlich verankert, aber auch die außen- und sicherheitspolitischen Positionen der Partei Die Linke reflektieren eine „antiimperialistische“ Grundhaltung. Seit 1990 agitiert sie unablässig gegen westliches Militär und die NATO, fordert deren weitestmögliche Abrüstung und propagiert den Verzicht auf militärische Interventionen – auch dort, wo ein Völkermord droht. Das ist nicht pazifistisch gemeint, wie ihr früherer

Vordenker André Brie vor Jahren formulierte, als er sagte, seine Partei komme aus allem möglichen, nur nicht aus einer pazifistischen Tradition. Dagegen bewertet die Partei sozialrevolutionäre, auch bewaffnet kämpfende und terroristische „Befreiungsbewegungen“ eher positiv, wenn sie sich gegen westliche Systeme wenden.

Ein Spiegel ihrer durchweg „antiimperialistischen“, gegen Menschenrechte und westliche Gesellschaften gerichteten Grundhaltung ist auch ihr aktuelles Verständnis für die mit militärischen Mitteln spielende russische Politik. Zu dem in Russland virulenten Militarismus gibt es aus „antiimperialistischen“ Kreisen ebenso wenig Kritik wie vor 1989 zur sowjetischen Rüstung. Ihr „Putinismus“ erklärt sich nicht zuletzt daraus, dass sich die russische Aggression gegen ein westlich und tendenziell demokratisch orientiertes Land, die Ukraine, richtet.

Islamistische Terroristen sind hingegen für die Linke nicht durchweg attraktiv (siehe auch Warum gibt es für manche Linksextremisten keinen Islamismus?). Zwar unterstützte die Partei die Hamas (gegen Israel) und die Taliban (gegen USA und NATO), aber im Falle des Konflikts um die von der IS-Terrormiliz IS angegriffene Stadt Kobane befürwortet die Linke sogar Waffenlieferungen für die Kurden. Das ist aber keine Abweichung von der „antiimperialistischen“ Linie, denn die kurdischen Milizen sind ein Seitenstrang der von der Linken geschätzten, mindestens ursprünglich marxistisch-leninistischen PKK. Und die steht einem „Antiimperialisten“ immer noch näher als der religiös inspirierte Islamismus.

Selbstverständnis

Der Sozialismus – eine gute Idee, die in der DDR schlecht umgesetzt wurde?

Mit dem Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 ist auch der real existierende Sozialismus in der DDR gescheitert. Gleichwohl wollten einige Ostdeutsche – auch Systemkritiker – zunächst keine Wiedervereinigung. Sie wollten eine andere DDR. Das „System“ sollte nicht abgeschafft, sondern verbessert werden. Nach Auffassung der Vereinigungsgegner sollte der Sozialismus nur demokratisch erneuert, ökonomisch effizienter und menschlicher werden. So entstand der Eindruck, der Sozialismus sei eine gute Sache, die in der DDR nur schlecht umgesetzt worden sei. Tatsächlich war aber mit der sozialistischen Gleichheitsideologie von Anfang an auch eine deutliche Einschränkung der persönlichen Freiheit verbunden.

Menschen, die sich nicht in der gewünschten Form am Aufbau des Sozialismus beteiligen konnten oder wollten, mussten mit Sanktionen oder hohen Strafen rechnen. Ebenso hart ging die sozialistische Gesellschaft mit jenen Bürgern um, die in der Öffentlichkeit Meinungen vertraten, die nicht vollständig mit der vorgegebenen Herrschaftsmeinung übereinstimmten oder ihr sogar widersprachen. Durch ständige ideologische Erziehung sollte ein neuer Menschentyp, dessen Bewusstsein und Verhalten in allen Lebensbereichen der sozialistischen Gesellschaft dient, entwickelt werden. Demgegenüber waren Individualität, Religiosität, Selbstverwirklichung und Unternehmergeist im Sozialismus wenig bzw. nicht gefragt und wurden als historisch „überlebt“ angesehen.

Ein weiterer schwerwiegender Irrtum der kommunistischen Ideologie ist die Beseitigung des Privateigentums an Produktionsmitteln. Durch seine Abschaffung und durch gleichmäßige Verteilung der vorhandenen Güter soll eine soziale Gleichheit hergestellt werden. Allerdings muss der zu verteilende „Reichtum“ zuvor erwirtschaftet werden. Da aber der in der Natur des Menschen liegende Egoismus ideologisch als Habgier verteufelt wird und somit nicht als Triebkraft genutzt werden kann, gibt es hier sehr schnell Engpässe.

Obwohl aus der DDR nach der Wiedervereinigung eine pluralistische Gesellschaft wurde, deren Freiheiten und Lebensstandard im Arbeiter-und-Bauern-Staat unvorstellbar gewesen wären, wird der Sozialismus immer stärker zu einer Art „Volksheim“ mit Konstruktionsfehlern verklärt. Selbst die Horrorbilanzen des „Schwarzbuchs des Kommunismus“ haben der Popularität der sozialistischen Idee wenig geschadet. Nur so erklärt sich die Tatsache, dass alte und junge Linksextremisten mit ihren Sympathisanten nach wie vor den Aufbau oder die Wiederkehr des Sozialismus anstreben. Man sollte ihnen klar machen, dass an einem weiteren „Großversuch“ mit 100 Mio. Toten kein Bedarf besteht.

Entwertet Kritik an der SED-Diktatur die Lebensleistung der DDR-Bürger?

Eckhard Jesse

Die DDR war eine Parteidiktatur, eine Ideokratie⁷¹ bzw. Weltanschauungsdiktatur. Dieser Sachverhalt lässt sich schwerlich leugnen. Aber er bedeutet nicht, dass das Leben der Menschen in der DDR dadurch entwertet würde. Sie haben die Diktatur mehrheitlich nicht unterstützt und sie in dem ersten Moment, in dem eine realistische Möglichkeit bestand, aus eigener Kraft abgeschüttelt.

Die SED-Diktatur basierte auf drei Säulen: der Ideologie, vielfältigen Anreizen zur Anpassung und der Repression. Die Ideologie sollte eine Anleitung zum Handeln für die politische Elite sein, aber sie reichte nicht aus, um Massenloyalität herzustellen; und durch Repression allein kann sich auf Dauer keine Diktatur lange halten. Insofern bedurfte es einer Klammer zwischen der Ideologie und der Repression. Dies leisteten integrative Faktoren wie etwa bestimmte Maßnahmen im Bereich der Sozialpolitik. Die Menschen hatten sich mangels Alternative mit dem System zu arrangieren und suchten Nischen.

Offenkundig war es der SED-Herrschaft niemals gelungen, die Bevölkerung auf die eigene Seite zu ziehen. Davon zeugen die durch sowjetische Bajonette niedergeschlagene Volkserhebung am 17. Juni 1953, der Bau der Mauer am 13. August 1961 (der „antifaschistische Schutzwall“, der durch die Massenflucht von DDR-Bürgern notwendig geworden war, sperrte die eigene Bevölkerung ein) sowie der mehr oder weniger erzwungene Fall der Mauer am 9. November 1989. Der Freiheit folgte schnell die Einheit. Auch sie geht stark auf die Bevölkerung in der DDR zurück. Sie hat Anlass zu Stolz, nicht zu Verdruss.

Wer mit Blick auf die DDR ohne Wenn und Aber von einer „Diktatur“ spricht, meint das politische System, das eben nicht von den dort Lebenden getragen wurde, wie die erwähnten Beispiele zeigen. Die DDR war, im Gegensatz zum Dritten Reich, mithin keine „deutsche Diktatur“, sondern eine „Diktatur auf deutschem Boden“. Von außen lange gestützt, wurde sie schließlich von innen gestürzt. Hingegen war es beim Dritten Reich umgekehrt.

Es gab ein „gutes Leben“ im „schlechten System“. So finden sich zahlreiche Beispiele von Normalität im Alltag. Das fängt bei der Liebe an und hört nicht bei Erfolgen im Beruf auf. Wer dies bezweifelt, hat eine eindimensionale Vorstellung von einer Diktatur, in der das Leben keineswegs bloß von Freudlosigkeit gekennzeichnet war. Sie basiert entgegen Mythen nicht nur auf Repression, hätte sie sonst doch längere Zeit nicht bestehen können.

Dass manche Menschen aus den neuen Ländern die Bezeichnung der DDR als Diktatur ablehnen oder einschränken wollen, hat viele Gründe: Sie glauben, dadurch werde die eigene Lebensleistung entwertet, wie sie auch Kritik an „der Diktatur“ bisweilen als Kritik an ihnen interpretieren. Diese Auffassung mag durch westliche „Glücksritter“ begünstigt worden sein, durch teils unvermeidliche Fehler im Einheitsprozess – und schließlich auch dadurch, dass Ostdeutsche zu wenig Anerkennung für das erfahren haben, was von ihnen in mehr als zwei Jahrzehnten geleistet worden ist. „Ostalgie“ ist – zum Teil aus Trotz, zum Teil aus Enttäuschung über den zu langsam empfundenen Einigungsprozess – ebenfalls im Spiel. „Man“ vergisst eher das Schlechte und behält stärker das – tatsächlich oder vermeintlich – Gute. So kommt erst im Nachhinein eine Art „Wir-Gefühl“ auf, eine DDR-Identität, die seinerzeit überhaupt nicht bestand. Die meisten Menschen im Osten hatten das schwerere Leben – das

⁷¹ Vgl. etwa Manuel Becker: Die Ideokratie als Herrschaftsform. Potentiale eines vergessenen Begriffs in der aktuellen Autokratieforschung, in: Zeitschrift für Politik 58 (2011), S. 148–169.

gilt für die Zeit vor der friedlichen Revolution wie für die Zeit danach. Dieser Sachverhalt wird zu wenig gewürdigt.

Die an die Diktatur und ihre Opfer wachgehaltene Erinnerung läuft nicht auf eine Entwertung ostdeutscher Biografien hinaus. Wer dies suggeriert, will einen Keil zwischen Ost und West treiben. Gleichwohl: Die innere Einheit ist auf einem guten Weg.

Ermöglichte die DDR-Planwirtschaft einen hohen Lebensstandard?

Auf dem V. Parteitag der SED 1957 verkündete Walter Ulbricht das Ziel für die nächsten vier Jahre: das Erreichen des westdeutschen Lebensstandards. „Überholen ohne einzuholen“ lautete die Devise. Die Überlegenheit des Sozialismus sollte bewiesen werden. Tatsächlich blieben Versorgungsschwierigkeiten bis zum Ende der DDR ständiger Begleiter im Alltag.

Aber es war eine eigene sozialistische Konsumkultur entstanden, anders, als sich das die SED-Führung ausgemalt hatte: Das Schlangestehen vor den Geschäften gehörte ebenso dazu wie der Tauschhandel, die Eigenversorgung mit allem, was der Kleingarten hergab, und die Verschwendung hoch subventionierter Lebensmittel als Tierfutter wie zum Beispiel Brot, das billiger war als die Erzeugnisse der volkseigenen Futtermittelproduktion.

Die Mangelwirtschaft war das Markenzeichen von 40 Jahren Wirtschaftsentwicklung in der DDR. Auf eine Wohnung mussten Familien in der Regel fünf Jahre lang warten, auf ein Telefon zehn Jahre, auf einen PKW, Modell „Wartburg“, 15 Jahre. Genussmittel wie Schokolade oder Südfrüchte waren entweder überteuert oder gar nicht zu haben. Eine Möglichkeit, die DDR-Mangelwirtschaft zu umschiffen, war GENEX. Diese Einrichtung des DDR-Außenhandels verkaufte gegen ausländische Währung DDR-Waren an DDR-Bürger. Auf diese Weise ließen sich die langen Jahre des Wartens auf einen „Trabbi“ auf wenige Wochen reduzieren, und er kostete 1977 auch nur 4.934 bis 5.102 West-Mark statt 8.500 Ost-Mark.

Zusätzlich existierte im Arbeiter-und-Bauern-Staat ein System der Sonderversorgung für bestimmte privilegierte Personengruppen. So gab es in größeren Betrieben und Behörden Verkaufsstellen von Handelsorganisation (HO) und Konsum, die besser beliefert wurden (HO Wismut, Militär-HO). Für hohe SED-Funktionäre und Generäle der Nationalen Volksarmee (NVA) boten Sonderverkaufsstellen (in Wandlitz und Strausberg) auch Westwaren zu billigen Ostpreisen an. Um den Kaufkraftüberhang der eigenen Bevölkerung abzubauen, wurden Ende der 1960er Jahre Geschäfte eröffnet, in denen Mangelwaren und gelegentlich auch Westimporte zu sehr hohen Ostpreisen angeboten wurden: „Delikat“ für Lebensmittel und „Exquisit“ für Textilien und Schuhe. Im Sommer 1974 gab die SED-Führung dem „Devisendrang“ nach und legalisierte für die DDR-Bevölkerung das Einkaufen in den „Intershops“, die ursprünglich als Duty-free-Geschäfte für durchreisende Ausländer mit „harter“ Währung gedacht waren. Damit erfolgte die Spaltung der Gesellschaft in Menschen mit und ohne DM.

Zur Förderung der Systembindung erlangte die praktische Sozialpolitik im Sinne „sozialistischer Errungenschaften“ mehr und mehr Bedeutung. So baute die SED das kollektive Versorgungs- und Sicherungssystem in den 1970er und 1980er Jahren großzügig aus und versuchte damit, den Legitimationsmangel der eigenen politischen Herrschaft zu kompensieren. Aber gerade diese Sozialgeschenke beschleunigten den wirtschaftlichen Ruin. Am 31.10.1989 legte der DDR-Planungschef Gerhard Schürer dem Politbüro der SED ein Geheimgutachten vor, aus dem hervorging: Die DDR ist pleite. „Allein ein Stoppen der Verschuldung würde im Jahre 1990 eine Senkung des Lebensstandards um 25 bis 30 Prozent erfordern und die DDR unregierbar machen.“

Falsche Vorbilder: Ernesto „Che“ Guevara

Tom Mannewitz

„Seien wir realistisch, versuchen wir das Unmögliche!“ – Es fällt nicht schwer, sich mit dem Idealismus Ernesto „Che“ Guevaras zu identifizieren, zumal der „Radical Chic“, der mit Che-Shirts, -Pins, -Taschen usw. zum Ausdruck kommt, den Unkonventionalismus seines Trägers anzeigt, ohne dass er sich zugleich gesellschaftlich ausgrenzen muss. Diese Unverbindlichkeit und die idealistische Verklärung des Revolutionärs aus Argentinien machen ihn zu einer idealen „Einstiegsdroge“ in den Linksextremismus. Viele Ambitionen Ches waren redlich, einige aber bereiteten den Weg in den kubanischen Überwachungsstaat und kosteten eine Reihe Menschen das Leben.

Als Mario Terán am frühen Nachmittag des 9. Oktober 1967 das Schulhaus im bolivianischen La Higuera betrat, um den Tod dreier seiner Kampfgefährten zu vergelten, sollte er den Stoff für Legenden liefern: Er erschoss den von den physischen wie psychischen Strapazen des Guerillakampfes geprägten Che Guevara. Dieser hatte die vorherigen Monate damit zugebracht, in Bolivien einen hoffnungslosen Guerillakrieg zu führen, nachdem er im Kongo damit gescheitert war, eine Revolution anzuzetteln. Seine Erfolge mit Fidel Castro in der kubanischen Sierra Maestra, mit denen sie den Militärdiktator Batista aus dem Amt gejagt hatten, beflügelten den Argentinier. Er wollte unterdrückten Völkern in anderen Erdteilen seine Hilfe zukommen lassen und war damit dem Irrglauben aufgesessen, dass man eine Revolution einfach exportieren könne.

Den promovierten Mediziner – einen ehrgeizigen und unermüdlichen Revolutionär, der sich zu keiner Zeit hinter seinem Asthmaleiden versteckte, um Müh und Plag zu vermeiden – bewegten schon auf seinen Jugendreisen durch Lateinamerika die Armut und das Leiden der indigenen Bauern. Spätestens als er Castro in Mexiko im Spätsommer 1955 begegnete, schlug sein Leben einen entschieden politischen Kurs ein: Er erhielt eine militärische Ausbildung und saß an Bord der legendären „Granma“, mit der Castro und dessen Jünger im Winter 1956 nach Kuba fuhren, um das Militärregime in einen Guerillakampf zu verwickeln – eines mit 82 Personen beladenen Bootes, das für 15 Passagiere ausgelegt war. Recht schnell wurde Comandante Che zum ersten Mann nach Castro. Moralisch und physisch verlangte er seinen Männern nie mehr ab als sich selbst: nämlich alles.

Seine gesamte Energie widmete Che dem Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung: zuerst in Kuba, dann im Kongo, zuletzt in Bolivien. Diese Ziele hatten Daseinsberechtigung, lebte ein beträchtlicher Teil der Menschen in diesen Ländern doch tatsächlich unter menschenunwürdigen Bedingungen. Die „Alles-oder-nichts-Haltung“, der strenge Egalitarismus und Idealismus des „Christus mit der Knarre“ ließen einen Mythos entstehen, der auch darauf beruhte, dass Che nicht nur Wasser predigte, sondern es auch trank – jegliche Privilegien, die ihm aus der Übernahme politischer Ämter in Kuba zukamen, lehnte er ab. Zur Mystifizierung trug außerdem sein Tod bei, der ihn erst zu einer Art Märtyrer machte. Der „Heiligenschein“, der ihn in manchen Kreisen umgab und umgibt, überstrahlt allerdings seine Schattenseiten:

Che war es aller Wahrscheinlichkeit nach, der mit Hinweis auf die Notwendigkeit revolutionärer Disziplin einen Verräter des Guerillatrupps in der Sierra Maestra, Eutimio Guerra, exekutierte. Auf alle Fälle rechtfertigte er aber das harte Regime inklusive Scheinhinrichtungen, um die „reine Lehre“ der Bewegung aufrechtzuerhalten. Er diente in Kuba anschließend als „ideologischer Motor“, der an Totalitarismus nichts zu wünschen übrig ließ: „Es gibt kein Leben außerhalb der Revolution.“ Wer darin nur das ernsthafte Engagement für „die gute Sache“ erkennen will, vergisst, dass in der von Che angestrebten kommunistischen Gesellschaft der Zukunft der ideologisch umerzogene, der „neue Mensch“ keinen Privatraum hat: Wer bürgerlich denkt, muss – falls nötig: gewaltsam – umerzogen

werden; wer etwas zu verbergen hat, macht sich verdächtig. Rückzugsmöglichkeiten: Fehlanzeige; Individualismus und persönliche Freiheitsrechte: passé.

Daneben haben die Kubaner die Mangelwirtschaft und die Enteignungen Anfang der 1960er Jahre dem Argentinier zu „verdanken“, denn indem er die wirtschaftlichen Notwendigkeiten ausschließlich seinen moralischen und ethischen Maßstäben unterzog, legte er den Grundstein für ökonomische Fehlentwicklungen, die erst während seines „Auslandsengagements“ wieder korrigiert wurden. Wer ihm die Folgen seiner mangelnden Wirtschaftskenntnisse noch verzeihen mag (schließlich habe er gute Absichten gehabt), wird spätestens an der Opferbereitschaft scheitern, die Che der Bevölkerung auferlegte: Nicht etwa die Bereitschaft, auf Genussmittel zu verzichten, sondern die Bereitschaft, ihr Leben zu geben. Der Argentinier akzeptierte bereitwillig die Gefahr von Millionen von Todesopfern, wäre es während der Kubakrise (1962) zu einem Atomkrieg gekommen.

Die Vereinnahmung seiner Mitmenschen spiegelt sich zudem in Ches Beglückungsdrang wider. Er eint diejenigen Linksextremisten, die es mit der Gesellschaft der Gleichen ernst meinen. Gemäß der Fokustheorie braucht es, um mit einer Revolution politische Repressionen erfolgreich zu bekämpfen, nur eine kleine entschlossene, ideologisch reine und gut ausgebildete Gruppe. Damit wird allerdings willkürlicher Gewalt auf jedem Flecken der Erde Tür und Tor geöffnet, wie die „Tupamaros Westberlin“, eine von Ches Guerillakonzept inspirierte terroristische Vereinigung, 1969 demonstrierten, als sie aus „Solidarität“ mit der palästinensischen Befreiungsbewegung im Jüdischen Gemeindehaus Westberlin eine Brandbombe deponierten. Wessen Ziele „rein“ sind, dessen Mittel unterliegen nach Che offenkundig keinem Rechtfertigungszwang. In freiheitlichen Gesellschaften rechtfertigt allerdings kein noch so (vermeintlich) edler Zweck ein noch so grausames Mittel.

Wer im Kaufhaus darüber nachdenkt, ob er sich aus Sympathie mit den Idealen und der revolutionären Disziplin Ches oder schlicht aus Rebellion gegen die gesellschaftlichen Konventionen ein T-Shirt mit dem Konterfei des Revolutionärs kaufen soll oder nicht, möge dessen Ziele und Mittel zugrunde legen: Widerstand gegen Eroberungskriege, Befreiung von Repression und Ausbeutung sind das eine, eine gleichförmige totalitäre Gesellschaft ohne private Rückzugsmöglichkeiten, dafür mit ideologischer Erziehung und Denunziantentum bei nonkonformistischem Verhalten (was man im Osten Deutschlands von 40 Jahren Realsozialismus kennt), Scheinhinrichtungen und terroristische Methoden bei vermeintlichen Repressionen sind das andere. Zu glauben, ein Auflehn gegen die Konventionen der Etablierten wäre in der von Che anvisierten kommunistischen Gesellschaft der „neuen Menschen“ ebenso möglich wie im demokratischen Verfassungsstaat, ist blauäugig. Kommunismus kennt keinen Liberalismus, häufig aber Terror.

Lesetipps:

- John Lee Anderson, Che. Die Biographie, München 1997.
- Stephan Lahrem, Che Guevara, Frankfurt am Main 2005.

Falsche Vorbilder: Fidel Castro

Tom Mannewitz

Mit Vollbart und Zigarre kennt man den „Máximo Líder“ der Kubanischen Revolution. Die Bewegung des 26. Juli (M-26-7) unter der Führung des charismatischen Duos Che Guevara und Fidel Castro erlöste die Insel in den 1950er Jahren von der korrupten und repressiven Diktatur Fulgencio Batistas. Die Kubaner gelangten dabei vom Regen in die Traufe, wie sich herausstellen sollte. Denn das Ende einer Diktatur bedeutet nicht automatisch den Beginn der Demokratie – es kann schlicht in eine weitere Diktatur münden.

Es gehört mehr dazu, ein revolutionärer Freiheitskämpfer zu sein, als sich mit einem Gewehr auf dem Rücken durch einen Dschungel zu kämpfen und sich anzuschicken, das bestehende System der Unterdrückung zu stürzen. Fidel Alejandro Castro Ruz, wie sein vollständiger Name lautet, weist einige dieser Eigenschaften auf. Wenn man ihm zwei Dinge nicht vorwerfen kann, sind es Heuchelei und Unentschlossenheit: Mit 13 wiegelt er die Zuckerrohrarbeiter seines Vaters zu einem Streik auf, als Student schlägt er kurzerhand vor, den amtierenden Präsidenten vom Balkon zu stürzen, um den Sieg der Studentenrevolution zu proklamieren – seine Mitstreiter erklären ihn für verrückt. 1950 macht er seinen dreifachen Doktor. Er bewunderte zeit seines Lebens den kubanischen Freiheitskämpfer José Martí, lebt weitgehend bedürfnislos und hat die Amtszeiten mehrerer US-Präsidenten überlebt – trotz zahlreicher Attentate und Umsturzversuche. Wie bei allen Legenden wird aber auch beim „Mythos Castro“ die eine oder andere Begebenheit vergessen, die das Bild trüben würde.

Castro, der erst während der Revolution mit dem Kommunismus in engen Kontakt kommt, verbindet nach der Machtübernahme 1959 dessen Gerechtigkeitsideen mit eigenen Ansichten, die nachfolgend als „Castr(o)ismus“ bzw. „Fidelismus“ bekannt werden – ein Kommunismus eigener Art also. Vereinfacht gesagt zielt er auf die Umverteilung von Boden zugunsten der landlosen Kleinbauern, die wirtschaftliche Umstellung Kubas zum Produzentenland und die Wiedereinführung der Verfassung von 1940. Castro verspricht außerdem freie Wahlen, die Entschädigung der Großgrundbesitzer und eine breit angelegte Alphabetisierungskampagne.

Tatsächlich bringt sich Castro schon zu Beginn der Revolution in den Bergen der Sierra Maestra als ihr einziger Führer in Positur, lange Zeit entschied nur er, was mit dem Land geschieht. Kritische oder desertierende Mitstreiter werden zur Strecke gebracht, wie Eutimio Guerra (1957) oder Außenminister Agramonte (1959). 1959 lässt er einen umfassenden Geheimdienstapparat mit mehreren Organisationen gründen – der Überwachungsstaat wird perfekt. 1961 proklamiert Castro den sozialistischen Staat Kuba – von den versprochenen Wahlen ist nie wieder etwas zu hören.

In jeder – auch konstruktiven – Kritik wittert der Comandante en Jefe auch heute noch Feinde seiner Politik: 1960 werden Zeitungen, TV- und Radiosender beschlagnahmt, 1961/62 werden zahlreiche „Revolutionstribunale“ gegen Abweichler aktiv; Kritiker, kritische Sympathisanten und Christen werden mundtot gemacht und/oder in Arbeitslager gesteckt. Die kubanische Medienlandschaft könnte eintöniger nicht sein – sie soll die Bevölkerung indoktrinieren. Die Feindbildpflege weist paranoide Züge auf – jede Kritik gilt als von den USA gesteuert. Geltung darf einzig die Revolution beanspruchen, Meinungspluralismus wird auch heute noch abgelehnt. Autoren und andere Künstler erfahren ständige Zensur – was nicht prorevolutionär ist, wird nicht veröffentlicht und führt zum Berufsverbot. Extravagante Lebensstile und Homosexualität gelten als soziale Abartigkeiten. Auch im Ausland engagiert sich Castro: nicht nur in den Revolutionen Afrikas und Lateinamerikas; er heißt 1968 auch die blutige Niederschlagung des Prager Frühlings durch die Armeen des Warschauer Paktes gut.

Die Wirtschaft hängt lange Zeit am seidenen Faden – was der Máximo Líder entscheidet, wird umgesetzt. Dementsprechend krisenanfällig ist die kubanische Ökonomie. Die Landreform 1959 geht völlig unkoordiniert, zum Teil wüst vonstatten, es kommt zu Tumulten. Zwischen 1960 und 1962 verlassen schätzungsweise 200.000 Spitzenkräfte das Land – ihnen folgen bis zur Jahrtausendwende weitere 800.000. Die „Libreta“, ein Warenbezugsheftchen, wird den Kubanern ein ständiger Begleiter der kommenden Jahrzehnte.

Castros Hoffnung, die Geschichte werde ihn freisprechen, muss wohl zurückgewiesen werden – auch in seinem Fall gilt: Der Weg zur Hölle ist mit guten Vorsätzen gepflastert. Seinen Erfolgen (Alphabetisierungskampagne, Schaffung eines kubanischen Selbstbewusstseins) stehen erhebliche Fehlleistungen gegenüber, bei denen sich die Machtkonzentration bei Castro, das Ausbleiben von Wahlen, die Diskriminierung von Christen, ein massiver Meinungsüberwachungsapparat, Arbeitslager für politische Häftlinge und weitgehende Armut aufsummieren.

Falsche Vorbilder: Leo Trotzki

Rudolf van Hüllen

Kann ein Bürgerkriegsstrategie, Kriegsverbrecher und Massenmörder zum Migranten, Märtyrer und zur ideologischen Ikone werden? Er kann es: Das widersprüchliche Leben des Leo Davidovitch Bronstein, genannt Trotzki, übt bis heute auf eine, wenngleich schwindende, Anzahl von revolutionären Marxisten eine schwer verständliche Faszination aus. Trotzki gilt als der „bessere“, weil „ehrlichere“ und konsequentere, Anhänger Lenins - sein Bild gewinnt nicht zuletzt Reputation aus der Negativfolie Stalins.

Von Trotzki's fortgesetztem Status als revolutionäre Ikone zeugen nicht nur die zahllosen zersplitterten, weltweit verstreuten trotzkistischen Splittergruppen, die mit jeweils unterschiedlicher Interpretation seine revolutionären Lehren aufrechterhalten. Zudem hat Trotzki eine erkleckliche Anzahl professoraler Bewunderer hervorgebracht, und ein renommierter Hamburger Verlag bemühte sich schon vor der Zeitenwende des Jahres 1989, die Schriften des Revolutionärs in einer vielbändigen Edition zu versammeln.

Ein Blick auf seine Vita (8. November 1879 Cherson/Russland - 21. August 1940 Coyocán/Mexiko) hilft, das zu verstehen.

Sie zeigt einen literarisch und rhetorisch hochbegabten jungen Menschen aus dem Grenzraum zwischen dem heutigen Russland und der Ukraine. Rasch streift der aus einem kleinbürgerlich-bäuerlichen Elternhaus stammende Junge seine jüdischen Wurzeln ab. Die Ungerechtigkeit der zaristischen Despotie erregt seinen Widerspruch. Schnell kommt er mit revolutionärem, erst danach mit marxistischem Gedankengut in Kontakt. 1898 schlägt das System zurück: Der junge Bronstein wird verbannt, entweicht 1902 mit einem falschen Pass auf den Namen Leo Trotzki. Bei diesem Namen wird es bleiben.

Revolutionär und Rätetheoretiker (1903-1917)

In der Geschichte nicht zuletzt der französischen Revolution sucht der Analytiker Trotzki nach tauglichen Analogien für die Überwindung der zaristischen Selbstherrschaft. Schon damals zeichnet sich Trotzki durch eine mechanistisch-instrumentelle Intelligenz aus. Er erkennt frühzeitig, 1904, den Zentralismus Lenins als Fehler - eine hellsichtige Analyse, was den weiteren Verlauf der russischen Ereignisse betrifft. Trotzki hält dagegen das der französischen Revolution abgeschauten Prinzip der Räte, der „Sowjets“ hoch (siehe auch Was sind Räte als Ergänzungen des Parlaments? | <http://www.kas.de/wf/de/71.11105/>). Das hindert ihn nicht, im August 1917 der Fraktion Lenins beizutreten. Im Unterschied zur offiziellen sowjetischen Geschichtsschreibung ist es am 8. November 1917 in erster Linie Trotzki, der die sogenannte Oktoberrevolution organisiert.

Kriegskommissar und Kriegsverbrecher (1917-1925)

Als Organisator der Roten Armee und Kriegskommissar zeigt der „authentische Revolutionär“ nicht nur Organisationstalent, sondern auch unbegrenzte Brutalität. Trotzki installierte den Politkommissar, der hinter den eigenen Linien stand, um zurückweichende Soldaten zu liquidieren. Er ließ in großem Umfang Geiseln nehmen und erschießen - die Beseitigung „sozial unerwünschter“ Klassen stand ja ohnehin auf dem Programm der Bolschewiki. Und er erfand die Militarisierung der Arbeit, bei der sich die Gewerkschaften von Interessenvertretungen der Arbeiter zu Organen der Ausbeutung wandelten. „Die Gewerkschaften“, schrieb Trotzki, „werden zu Vollstreckern der Arbeitsdisziplin. ... Sie führen die

revolutionären Repressalien gegen die undisziplinierten, zügellosen Schmarotzerelemente der Arbeiterklasse durch.“⁷² Muckte das Volk auf, so kannte der Kriegskommissar selbst dann keine Gnade, wenn es sich um glühende Anhänger der Revolution handelte. Im Frühjahr 1921 begehrten die Matrosen der Kriegsflotte in Kronstadt auf, ursprünglich eine Elitetruppe der Bolschewiki. Trotzki ließ ihre Verwandten verhaften und drohte den Meuterern: „Ich werde euch wie Fasanen abschießen.“⁷³ So geschah es: Der „Kronstädter Aufstand“ bildet seither einen Markstein für die Feindschaft zwischen authentischen Sozialrevolutionären und Anarchisten einerseits und dem Marxismus-Leninismus andererseits.

Dissident und Illusionist (1925-1940)

Erstaunlicherweise übersah der Organisator der Roten Armee die Bedeutung des Parteiapparates für die Lenkung der Diktatur und schenkte dem Aufstieg des von ihm verachteten Stalin zum Generalsekretär nicht die erforderliche Aufmerksamkeit. Bereits vor dem Tod Lenins (Januar 1924) zeichnet sich Trotzki's Entmachtung ab. Im Herbst 1925 wird er aus dem Politbüro, ein Jahr später aus der Partei ausgeschlossen. Wechselnde Bündnisse mit anderen Konkurrenten Stalins nützen nichts. Anfang 1928 wird er zunächst innerhalb der Sowjetunion verbannt, im Jahr darauf ins Exil in die Türkei gezwungen. Weitere Stationen werden folgen, während seine Anhänger in Russland in Massen physisch liquidiert und ausgesuchte Spitzenleute auch im Ausland vom sowjetischen Geheimdienst umgebracht werden.

Für seine schrumpfende Anhängerschar blieb Trotzki weiterhin ein charismatischer Schriftsteller und Intellektueller. Dennoch sind die meisten seiner oft brillant geschriebenen Analysen auf die eine oder andere Art falsch. Seine Kritik an der Bürokratisierung der bolschewistischen Revolution („Die verratene Revolution“, 1936) verschweigt, dass er diese Bürokratisierung selbst mit in Lauf gesetzt hat. Er kritisiert fehlende Diskussionsmöglichkeiten in der Partei, obwohl er das kompromisslose Verbot oppositioneller Strömungen selbst mit betrieben hatte. Trotzki leitet seine Analysen mechanisch aus historischen Analogien und den Dogmen des marxistischen dialektischen Materialismus ab; er baut seine Geschichts- und Weltbilder wie ein Chemielaborant seine Versuchsanordnungen. Die Revolution kann und muss demnach weltweit stattfinden, nicht, wie es der realistischere Stalin sieht, zunächst „in einem Lande“. Seine Treue zum gewaltsamen Aufbau einer Sowjetgesellschaft ist ungebrochen. „In der Sowjetunion gibt es noch keinen Sozialismus. Es herrscht dort ein Übergangszustand..... Die erste Edison-Lampe war sehr schlecht.“, verkündet Trotzki 1932 in Kopenhagen. Die Entwicklung der Gesellschaft verlaufe ähnlich wie die Entwicklung der Glühbirne; auch der Mensch sei vorläufig und im Experiment verbesserungsfähig wie die Edison-Lampe; er sei als „Rohmaterial, bestenfalls als physisches oder psychisches Halbfabrikat“ zu betrachten.⁷⁴ Seine Analysen zur revolutionären Situation in der nicht-kommunistischen Welt werden zunehmend von der Unkenntnis des verfolgten Sektierers geprägt. Trotzki's Bekenntnis zum sozialistischen Menschenversuch und seine wiederholten Treueschwüre gegenüber der Sowjetunion nützen ihm nichts: Im August 1940 erschlägt ihn ein Agent der GPU (die Geheimpolizei der Sowjetunion und Vorläufer des KGB), der sich sein Vertrauen erschlichen hatte, mit einem Eispickel in seinem letzten Zufluchtsort in Coyocán, Mexiko.

Märtyrer und Ikone

Der verfolgte Dissident hat stets das Potenzial zum Opfer, selbst wenn er, wie im Falle Trotzki's, ein hochrangiger Täter ist. Bis weit ins 20. Jahrhundert verfügten marxistische Utopien noch über authentische Antriebskraft. War da nicht ein geschliffener Schreiber und charismatischer Redner wie Trotzki jemand, der die „verratene Revolution“ beweinen und den richtigen Weg zeigen konnte? Über

⁷² Leo Trotzki, Terrorismus und Kommunismus, Hamburg 1920, S.90.

⁷³ Zit. nach Heinz Abosch, Trotzki zur Einführung, Hamburg 1990, S.75 f.

⁷⁴ Zit. nach Leo Trotzki, Die Russische Revolution. Kopenhagener Rede 1932, Berlin 1970.

die Ergebnisse des Stalinschen Weges konnte sich seit mindestens 1956 niemand mehr irren. Umso naheliegender ist es, dass Trotzki verbliebene Anhänger in seinen Ideen einen verschütteten Weg zum Kommunismus erblicken wollten. Der Mythos blieb in Teilen der 1968er Generation und in einigen Ländern des Globalen Südens bis über die Jahrtausendwende hinaus wirksam.

Zu Unrecht: Trotzki von marxistischem und eigenem Dogmatismus geleitete Analysen hatten mit der realen Welt wenig bis nichts zu tun. Kommende Entwicklungen schätzte er falsch ein. Seinen politischen Abstraktionen fehlte jede Kategorie der ethischen Verantwortung für Menschen, die unter seinen Ideen zu leiden gehabt hätten. Die hohle Ikone Trotzki ist nur die dialektische Entsprechung des seit langem bröckelnden Denkmals Stalin.

Lesetipps:

Die umfangreiche literarische Produktion Trotzki dient verständlicherweise auch der Selbstrechtfertigung und enthält entsprechend zahlreiche Geschichts- und Faktenverfälschungen. Zu nennen wären seine Autobiografie „Mein Leben“ (1930), „Die permanente Revolution“ (1930), „Geschichte der russischen Revolution“ (1931), schließlich „Die verratene Revolution“ (1936). Wird über Trotzki geschrieben, so muss man zwischen den Darstellungen sympathisierender Anhänger und den erst recht unbrauchbaren Publikationen aus dem orthodox-kommunistischen Lager unterscheiden. Der Streit um Trotzki ist in erster Linie eine innerkommunistische Auseinandersetzung.

Differenzierte Darstellung aus kritischer Sicht findet man wenige, z.B.

- Heinz Abosch, Trotzki zur Einführung, Hamburg 1990.
- Dimitri Wolkogonow, Trotzki. Das Janusgesicht der Revolution, Düsseldorf 1992.
- Ein Kapitel über Trotzki in Leszek Kolakowski, Die Hauptströmungen des Marxismus, Bd. III, München/Zürich 1979.
- Für die aktuellen trotzkistischen Strömungen in Deutschland: „Das trotzkistische Spektrum im Linksextremismus“, 28.10.2014, Bundeszentrale für politische Bildung, online verfügbar.

Falsche Vorbilder: Mao Tse-tung

Tom Mannewitz

Durch Zitate wie „Rebellion ist gerechtfertigt.“ und „Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen.“ wurde Mao Tse-tung (1893–1976) – geboren als Bauernsohn, gestorben als „Großer Führer“ des bevölkerungsreichsten Landes der Erde – vielen im Westen bekannt. Sie begründen die Legende um eine der schillerndsten Persönlichkeiten des 20. Jahrhunderts, die in China wie in Europa nach wie vor von einigen Unbeirrbarern als Stimme der sich erhebenden Entrechteten verehrt wird. Doch was ist dran am „Mythos Mao“, dass Poster, T-Shirts und Pins mit seinem Konterfei aus den Städten Europas, zumindest in den 1970er Jahren, nicht wegzudenken sind?

Viele indiskrete Informationen aus dem näheren Umfeld Maos drangen in der Vergangenheit nach außen und trugen so zur Legendenbildung bei – wobei häufig nicht klar ist, ob es sich um Tatsachen, Informationen mit „Spin“ oder schlicht Falschmeldungen handelt: Er soll einem luxuriösen Lebensstil gefrönt, ausschweifende Orgien gefeiert und dem Schicksal seiner Familienangehörigen gleichgültig gegenübergestanden haben.

Abseits solcher privaten Episoden interessiert vor allem sein politisches Wirken in der Volksrepublik China: Am 1. Oktober 1949 rief Mao als Führer der Kommunisten vom Tor des Himmlischen Friedens die Volksrepublik China aus, nachdem er sich gegen den nationalistischen Generalissimus Tschiang Kai-schek im Bürgerkrieg durchgesetzt hatte. Die „Mao-Tse-tung-Ideen“, die ursprünglich auf der stalinistischen Variante des Marxismus-Leninismus beruhten, fußten auf der Macht der Massen, der Arbeiter und der Bauern, die in einem breiten Bündnis China von Imperialisten und Großgrundbesitzern befreien sollten. Dementsprechend säuberte der „Große Steuermann“, wie einer seiner vielen Titel lautete, zunächst das Land von Anhängern der alten Ordnung, von „Konterrevolutionären“ und „Banditen“. Mit dieser ersten groß angelegten Säuberungswelle bis zur Mitte der 1950er Jahre beseitigte er, ohne großes Aufheben darum zu machen, mehr als eine Million politischer Gegner, ließ sie in Umerziehungslager (die „Laogai“) stecken und überwachen.

Der Hundert-Blumen-Kampagne, die im Frühsommer 1957 Kritiker aufmuntern sollte, ihren Unmut über Bürokratie und Missstände in der Partei zu äußern, folgte eine Welle der Repression, inklusive Quotenvorgaben, wie viele Kritiker zu denunzieren seien.

Gemäß Maos Theorie der „Permanenten Revolution“ leitete er alsbald (1956/57) den „Großen Sprung nach vorn“ ein, der China binnen kürzester Zeit von einem Bauernstaat in ein hochindustrialisiertes Land verwandeln sollte. Das utopische, die Wirklichkeit auf das Härteste ignorierende Wunschdenken, Verwaltungswirrwarr, übertriebene Erfolgsmeldungen und der Abzug vieler landwirtschaftlicher Arbeiter in die Industrie überforderten das Land, das 1959 unter einer katastrophalen Hungersnot zu kollabieren drohte. Wer Mao bezichtigt, er habe sein Volk absichtlich in den Abgrund führen wollen, verkennt die Tatsachen. Wohl aber stimmt der Vorwurf, er habe die Augen vor der Wirklichkeit verschlossen, um seinen Gegnern im Inneren wie im Äußeren keine Angriffsfläche zu bieten. Nur indem er billigend den Tod von mehr als 20 Millionen Menschen in Kauf nahm, konnte er sich gestärkt vom Weg der Sowjetunion emanzipieren und die nächste Säuberungswelle gegen „Rechtsopportunisten“ fordern. Erst nach der Katastrophe deutete sich bei Mao ein Umdenken an – obwohl für die Hungersnot eben nicht Naturkatastrophen als Ursache anzuführen sind, sondern das Utopie-Denken der Parteikader.

Im Gedächtnis verhaftet bleibt vielen Chinesen daneben die „Große Proletarische Kulturrevolution“ ab 1966, eine weitere Säuberungswelle gegen Konterrevolutionäre in der Gesellschaft wie innerparteiliche

Konkurrenten Maos. Der „Große Führer“ nutzte die jungen Revolutionäre, die „Roten Garden“, zur Denunziation, zu Mord und Demütigung der eigenen Elterngeneration. Die Kulturrevolution erhielt bald eine Eigendynamik, die den spontanen Terror in „Anarchischem Totalitarismus“⁷⁵ münden ließ und die in den Griff zu bekommen die Armee Probleme hatte. Einer restaurativen Säuberungswelle ab 1968 fielen dann nochmals mehrere Millionen Menschen zum Opfer. Insgesamt war Mao damit verantwortlich für die größte nationale Tragödie in China.

Die drei Schlaglichter („Hundert-Blumen-Kampagne“, „Großer Sprung nach vorn“ und „Kulturrevolution“) beleuchten den Charakter des maoistischen Regimes. Wer deren Opfer als trauriges, aber notwendiges Übel der einmaligen Modernisierung Chinas betrachtet, verkennet ihre Funktion für die Ideologie. Denn sie sollten nichts anderes als Höhepunkte der „Permanenten Revolution“ sein, weil Mao sie als Akte schöpferischer Zerstörung in Partei wie Gesellschaft sah. Nicht zuletzt deswegen nahm die KPCh von diesen Gedanken nach Maos Tod Abstand.

Lesetipps:

- Short, Philip, Mao: A Life, New York 1999.
- Wemheuer, Felix, Mao Zedong, Reinbek bei Hamburg 2010.
- Dabringhaus, Sabine, Mao Zedong, München 2008.

⁷⁵ Margolin, Jean-Louis, China: Ein langer Marsch in die Nacht, in: Courtois, Stéphane, et al., Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror, München 1998.

Falsche Vorbilder: Rosa Luxemburg

Jürgen P. Lang

„Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden“ – wer kennt nicht Rosa Luxemburgs berühmte Worte? Nicht alle Linksextremisten stimmen ihnen allerdings zu. Orthodoxe Kommunisten verteufeln das Zitat als Abweichung von der „reinen Lehre“. Andere erheben es dagegen zum Leitspruch eines „demokratischen“ Sozialismus. Zu Unrecht. Denn die in unterschiedlichen Lagern wie eine Heilige verehrte Rosa Luxemburg war alles andere als eine Anhängerin von Freiheit und Demokratie.

Zehntausende sind es Januar für Januar, die Rosa Luxemburg und ihrem Mitkämpfer Karl Liebknecht mit Kranzniederlegungen huldigen. Wie zuvor die SED schreitet seit der demokratischen Revolution in der DDR die Spitze ihrer Nachfolgeparteien PDS bzw. Die Linke bei den Gedenkmärschen voran. Sie knüpfen an den Märtyrer-Kult an, der schon bald nach der Ermordung der beiden Kommunisten im Jahr 1919 begann. Bereits die von ihnen mitbegründete KPD hielt auch während ihrer Stalinisierung zu Zeiten der Weimarer Republik an dieser quasireligiösen Verehrung fest – während zugleich Luxemburgs Werk in Ungnade fiel⁷⁶.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wollte zunächst auch die SED-Diktatur diesen Widerspruch nicht auflösen. Dies änderte sich erst in den 1960er Jahren. Damals begann in Westdeutschland eine „Neue Linke“ damit, Luxemburg für einen „dritten Weg“ zwischen „Kapitalismus“ und „Stalinismus“ zu vereinnahmen. Dies zwang die Machthaber in der DDR zur Kehrtwende. Luxemburg holte man eilends in den Kanon der herrschenden Ideologie des Marxismus-Leninismus zurück. Damit wurde die SED der Kommunistin eher gerecht als nach der „Wende“ die PDS. Denn ab 1989 musste die Berufung auf Luxemburg als Beweis einer demokratischen „Erneuerung“ erhalten. Heute treten Linksextremisten und auch linke Demokraten jeder Schattierung in ihrem Namen für „Frieden“ und „soziale Gerechtigkeit“, gegen „Faschismus“ und „Neoliberalismus“ ein. Völlig vergessen ist offenbar, für welche Ziele Luxemburg zu ihren Lebzeiten gekämpft hat.

Rosa Luxemburg war eine streitbare, eloquente Frau, die leidenschaftliche Liebesbriefe schrieb, trotz einer Behinderung mit körperlichem Einsatz für ihre Ideale stritt und am Ende einen schrecklichen Tod fand. Sicherlich ist das der Stoff, aus dem Mythen gestrickt werden. Mythen aber, die den Blick auf die von ihr vertretene Ideologie verstellen. Am Ende des 19. Jahrhunderts war die aus Polen stammende Luxemburg die Kontrahentin Eduard Bernsteins im sogenannten Revisionismusstreit in der SPD. Dessen sozialreformerische Ideen erkannte sie allenfalls als Mittel zu einer „Diktatur des Proletariats“ an. Auch ihre spätere, in scharfer Polemik vorgetragene Kritik an den SPD-Politikern Ebert und Scheidemann war Ausdruck ihrer tiefen Abneigung gegenüber der parlamentarischen Demokratie, zu der sich die SPD inzwischen mehrheitlich bekannte. So war es nur konsequent, dass sich Luxemburg und ihre Mitstreiter von der Partei abwandten. Ihr „Spartakusbund“ geriet selbst in der USPD, die sich im Streit um die Kriegskredite von der SPD abgespalten hatte, in die Isolation. Die Gründung der KPD unter dem Eindruck der Oktoberrevolution 1917 in Russland war eine logische Folge. Die Spaltung der Arbeiterbewegung nach dem Ersten Weltkrieg in Sozialdemokraten und Kommunisten, mithin in Demokraten und Extremisten, ist nicht zuletzt mit Luxemburgs Namen verknüpft.

Während sie im Jahr 1918 eine Gefängnisstrafe absaß, verfasste Luxemburg das Manuskript ihrer erst posthum veröffentlichten Schrift „Zur russischen Revolution“. Darin notierte sie das „Freiheits“-Zitat als Randbemerkung. Es ist ein Irrtum zu glauben, der Begriff der Freiheit sei fest in Luxemburgs Denken verankert. Er findet sich in keinem anderen Text ihres umfangreichen Gesamtwerks. Gleichwohl hatte

⁷⁶ Vgl. Barbara Könzöl, Märtyrer des Sozialismus. Die SED und das Gedenken an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, Frankfurt am Main 2008.

sie in ihrer Gefängnisschrift Lenins Bolschewiki scharf attackiert (siehe auch Falsche Vorbilder: Wladimir Iljitsch Lenin). Insbesondere deren Zentralismus und Cliquenwirtschaft fanden bei Luxemburg keine Gnade. Sie sah die Spontaneität der revolutionären „Volksmassen“ in Gefahr. Für diese könne es „Freiheit“ nur unter der Diktatur einer Klasse, nicht aber unter der Diktatur einer Partei geben. Die – tatsächlich andersdenkenden – „Bürgerlichen“, die Lenin zu Tausenden liquidieren ließ, waren Luxemburg jedoch nicht der Rede wert. Was sie als „Freiheit“ ausgab, galt nur für Anhänger der kommunistischen Bewegung, nicht aber für den „Klassenfeind“. So verwundert es wenig, dass Luxemburg am Ende ihrer Schrift die Bolschewiki in den höchsten Tönen lobte: Es sei „ihr unsterbliches Verdienst“ gewesen, „dem internationalen Proletariat vorangegangen zu sein“.

Strikt unterschied Luxemburg also zwischen einer „bürgerlichen“ und einer „sozialistischen Demokratie“. Letztere sei nichts anderes als die „Diktatur des Proletariats“. Die Institutionen eines demokratischen Verfassungsstaates strafe sie dagegen als „Werkzeug der herrschenden Klasseninteressen“ mit Verachtung. Die Staatsform der Republik taugte ihrer Ansicht nach allenfalls als Mittel „zur Verwirklichung des Sozialismus“. Dass Luxemburg die Bolschewiki wegen der Auflösung der russischen Verfassungsgebenden Versammlung schalt, hatte nichts mit einer Akzeptanz des Parlamentarismus zu tun. Die „bürgerlichen“ Volksvertretungen waren für sie nicht mehr als eine „Arena des Klassenkampfes“. Während und nach einer sozialistischen Revolution hätten sie ihr „Daseinsrecht verwirkt“. Luxemburg war eine Marxistin durch und durch. Sie teilte den Kern dieser Ideologie ohne Wenn und Aber: die Doppelstrategie aus sozialen Reformen innerhalb des „bürgerlichen Systems“ und dessen letztendliche Beseitigung durch einen sozialistischen Umsturz. Nicht ein „parlamentarischer Mehrheitsbeschluss“, sondern „einzig der Hammerschlag der Revolution“ werde einer sozialistischen Gesellschaft den Weg bahnen. Luxemburg schreckte auch vor Bürgerkrieg nicht zurück, der nur ein anderer Name des Klassenkampfes sei. In ihrem Verständnis als „Antimperialistin“ agitierte Luxemburg zwar gegen den Ersten Weltkrieg. Doch Pazifistin war sie nicht (siehe auch „Antimilitarismus“ und „Antimperialismus“ bei Linksextremisten).

Heute beziehen sich unterschiedliche linksextremistische Strömungen auf Rosa Luxemburg⁷⁷. Dabei werden ihr orthodoxe Marxisten am ehesten gerecht: Sie zeichnen das realistische Bild einer militanten Revolutionärin, die den „bürgerlichen“ Staat fundamental ablehnte. Das „Freiheits“-Zitat wird allerdings vorsichtshalber ignoriert. Wer dagegen, wie nicht wenige Reformsozialisten, unter Berufung auf Luxemburgs berühmte Worte einen „dritten Weg“ eines „demokratischen Sozialismus“ weist, zeigt Scheinalternativen auf. Luxemburgs kommunistisches Doppel-Konzept einer „revolutionären Realpolitik“ dient immerhin noch heute selbst den „Reformern“ in der Partei Die Linke als Vorbild. Rosa Luxemburg kann für vieles stehen – für eine soziale und zugleich freiheitliche Demokratie keinesfalls.

⁷⁷ Vgl. Jürgen P. Lang, Heilige Rosa? Die Luxemburg-Rezeption in der Partei „Die Linke“, in: Deutschland Archiv 42 (2009), S. 900–907.

Falsche Vorbilder: Wladimir Iljitsch Lenin

Jan Rödel

Lenin war von einer Idee besessen: die bestehende Ordnung zu stürzen und den Kommunismus zu errichten. 1917 ging sein Plan auf. Doch Bürgerkrieg und kommunistischer Terror löschten Millionen Menschenleben aus. Seine Herrschafts- und Machterhaltungstechnik wurde als Marxismus-Leninismus das Schnittmuster für kommunistische Diktatur und Massenverbrechen. Für manche Linksextremisten ist er dennoch bis heute Vorbild. Sein politischer Mythos bedarf der Entzauberung.

Lenin gilt unter Linksextremisten als Prototyp eines aufrechten Kommunisten, der persönlich sehr bescheiden gewesen sei und ausschließlich für die Interessen der Arbeiter und Bauern gehandelt habe. Parteien wie die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) und die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) bekennen sich bis heute offen zum „Marxismus-Leninismus“. Selbst Die Linke distanziert sich nicht von Lenin, beruft sich bisweilen auf seine Autorität. Nach einer Erklärung ihres Ältestenrats hat „Lenin entgegen allen Verleumdungen einen bleibenden Beitrag zum heute nicht minder aktuellen wissenschaftlichen Sozialismus geleistet (...)“⁷⁸

Damit man derartige Aussagen bewerten kann, soll dieser Artikel wichtige Fakten zu Leben und Werk Lenins zusammentragen. Zudem soll zu einer Reihe hartnäckiger Legenden über Lenins Stellung bezogen werden: Nach einer ersten wurde er durch die Erfahrung von Gewalt und Unrecht zum Revolutionär; nach einer zweiten bemühte er sich stets um echte, wahre Demokratie. Eine weitere Legende unterscheidet den „guten“ Lenin vom „bösen“ Stalin. Demnach seien Gewalt und Bürgerkrieg Lenins Politik von außen aufgezwungen worden, hätten nur zur Verteidigung der Revolution gedient, während der Humanist Lenin tatsächlich ein überzeugter Friedenspolitiker gewesen sei. Und schließlich seien sämtliche Verbrechen der Kommunisten nicht in der politischen Konzeption Lenins angelegt gewesen, sondern seien erst der „Deformation“ des realen Sozialismus durch Stalin geschuldet.

Lenin wurde 1870 als Wladimir Iljitsch Uljanow in Simbirska an der Wolga geboren⁷⁹. Entgegen dem Mythos entstammte er nicht einer Familie armer Bauern oder dem Kleinbürgertum. Er besuchte das Gymnasium und erwies sich als Musterschüler. Keinesfalls machte ihn drückende Not zum Revolutionär. Sein Umfeld beschrieb ihn als strebsamen, intelligenten jungen Mann, der allerdings durch Überheblichkeit und Zynismus auffiel. Zeitlebens war er nie darauf angewiesen, sich seinen Lebensunterhalt durch Arbeit zu verdienen. Er konnte sich ganz dem Studium philosophischer Literatur und später seinen politischen Aktivitäten widmen. Im damaligen Russland hatten westliche Vorstellungen von Freiheit Einzug in eine von der zaristischen Selbstherrschaft geknebelte Gesellschaft gehalten, doch verliefen Industrialisierung und Demokratisierung schleppend. Teile der Eliten zählten teilweise zu den entschiedensten Verfechtern von Reformen, andere bekämpften jede Veränderung erbittert.

Als einschneidender Punkt in Lenins Leben gilt das Todesurteil gegen seinen Bruder Alexander, der 1887 an einem Mordkomplott gegen den Zaren beteiligt gewesen war. Die Verurteilung zerstörte die „heile Welt“ der erbadligen Familie Uljanow. Wladimir Iljitsch begann, sich im „Kampfbund zur Befreiung der Arbeiterklasse“ für den politischen Umsturz starkzumachen. Wegen illegaler politischer Arbeit saß

⁷⁸ Die Linke, Anregungen zum Umgang mit der Geschichte. Erklärung des Ältestenrats der Partei DIE LINKE, 2008, online verfügbar.

⁷⁹ Werke über Lenin, die von Marxisten-Leninisten stammen, sind fast durchgängig geschichtsfälschende Propaganda. Veröffentlichungen nach 1989, die sich auch auf neue Quellen stützen können, sind demnach vorzuziehen: zu Lenin Dimitrij A. Wolkogonov, Lenin. Utopie und Terror. Düsseldorf (u.a.) 1994; Robert Service, Lenin. Eine Biographie. München 2000, oder Hélène Carrère d'Encausse, Lenin. München 2000.

er 1895 bis 1900 im Gefängnis bzw. in der Verbannung. Als Häftling konnte er weiterhin politische Arbeiten verfassen. In die Verbannung fuhr er ohne Begleitung eines Aufsehers. Am neuen Wohnort genoss er als Adliger Privilegien. Die Haftbedingungen waren also nicht annähernd mit denen vergleichbar, welche die Bolschewiki später gegen ihre Gegner verhängten.

Lenin wollte den bürgerlichen Staat beseitigen und eine „revolutionäre Demokratie“ errichten. Mit der Eroberung der Macht durch das Proletariat entstehe ein „wahrhaft demokratischer“ Staat.⁸⁰ Er orientierte sich dabei an Karl Marx' und Friedrich Engels' Ideen, interpretierte sie aber teilweise neu. Von Marx für grundlegend gehaltene Voraussetzungen des Kommunismus ignorierte er⁸¹ (siehe auch Was ist Kommunismus?). Stattdessen stützte er sich bevorzugt auf jene Zitate von Marx, nach denen der bürgerliche Staat zuerst „zerschlagen“ werden müsse. Auch Engels wird von Lenin dahin gehend zitiert, vor der Errichtung des Kommunismus sei es notwendig, die bürgerliche „Staatsmaschine“ zu „zerschlagen, zu zerbrechen, zu sprengen“.

In seiner Schrift „Was tun?“ (1902) hatte er als politische Methode Vorschriften zur Strategie und Taktik, aber vor allem seine Vision einer streng disziplinierten, zentralistisch geleiteten Partei entworfen. Diese Ideen erhielten später die Bezeichnung „Demokratischer Zentralismus“ und wurden Grundlage des antidemokratischen und diktatorischen Handelns von Kommunisten weltweit. Lenins Versuch, im Jahre 1903 den Demokratischen Zentralismus als Organisationsprinzip der sozialistischen Partei in Russland zu bestimmen, führte zu ihrer Spaltung in „Bolschewiki“ („Mehrheitler“) und „Menschewiki“ („Minderheitler“). Nach dem Sturz des Zaren in der Februarrevolution 1917 betonte der nach Russland zurückgekehrte Lenin, oberstes Ziel müsse nunmehr die Beseitigung des bestehenden Staates sein. Denn „bürgerliche Demokratie“ sei eine Herrschaft der Kapitalisten und der existierende Staat ihr Werkzeug zur Ausbeutung der breiten Masse der Bevölkerung: „Die Demokratie ist eine der Formen des Staates. Indes sind wir Marxisten Gegner jedes Staates.“⁸²

Den Anarchisten allerdings, die den Staat sofort komplett beseitigen wollten, entgegnete Lenin, noch sei der Staat nötig. Allerdings solle er sich auf „bewaffnete Volksmassen“ stützen. Denn ohne eine solche „Diktatur des Proletariats“ würden „die Kapitalisten“ den Sozialismus in einer „Konterrevolution“ beseitigen. Erst nach Abwehr der Konterrevolution könne der überflüssig gewordene Staat im Kommunismus „absterben“.

Gegen die parlamentarische Demokratie forderte Lenin in seinen „April-Thesen“: Alle Macht den Räten.⁸³ Sämtliche wichtigen Entscheidungen sollten durch lokal gewählte Räte (russisch: Sowjets) aus Arbeitern, Soldaten und Bauern getroffen werden (siehe auch Was sind Räte als Ergänzung des Parlaments?). Parlamente würdigte er zu „Schwatzbuden“ herab, Parlamentarier zu „Schoßhündchen“, für die es keine Verwendung mehr gebe.⁸⁴ In seiner Schrift „Über Verfassungssillusionen“ erklärte Lenin: In „einer revolutionären Zeit“ genüge es nicht, den „Willen der Mehrheit“ kundzutun. Die Geschichte „der revolutionären Bewegungen“ liefere unzählige Beispiele dafür, wie „eine besser organisierte,

⁸⁰ Wladimir I. Lenin, Staat und Revolution, in: Lenin, Werke, 3. Aufl., Berlin (Ost) 1972, Bd. 25, S.393–507. Die mehrfach von der SED aufgelegten 40 Bde. werden im Folgenden zit.: LW (Bd.), (S.).

⁸¹ Marx ging davon aus, dass der Kommunismus nur in einem industrialisierten Land errichtet werden könne. Marx glaubte an eine zwangsläufige gesellschaftliche Entwicklung, nach der die „Widersprüche des Kapitalismus“ die Arbeiterklasse zu einer Revolution gegen das herrschende Bürgertum treiben. Russland war jedoch 1917 kein industrialisiertes Land, die Bevölkerung bestand zu 80 Prozent aus Bauern. Nach der Lehre von Marx waren die Voraussetzungen für die Errichtung des Kommunismus demnach nicht gegeben.

⁸² Lenin, Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution (1917), in: LW 24, 39–77, hier 71.

⁸³ Die Macht müsse in die Hände des Proletariats und der ärmsten Schichten der Bauernschaft gelegt werden, vgl. LW 24, 4.

⁸⁴ LW 25, 436.

zielbewusstere und besser bewaffnete Minderheit der Mehrheit ihren Willen aufzwang und diese besiegte.“⁸⁵

Die ersten freien Wahlen erwiesen sich indessen als Rückschlag für die Bolschewisten. Lenins Partei erhielt lediglich 24 Prozent der Stimmen. In der Verfassungsgebenden Versammlung sah sie sich mit einer Zweidrittelmehrheit von erklärten Gegnern konfrontiert. Es sollten deshalb die letzten freien Wahlen für sieben Jahrzehnte bleiben: Nach jenem Putsch am 7. November 1917, bis heute unzutreffend als Revolution bezeichnet, trieben die Bolschewisten die Verfassungsgebende Versammlung auseinander.

Beseitigte Lenin die Unfreiheit, den Zwang und die Bürokratie, wie er es versprochen hatte? Nein, Lenin und seine Anhänger schufen einen bürokratischen Apparat, der um vieles repressiver war als die Bürokratie des Zaren. Sie ersetzten die bestehende Bürokratie durch eine Bürokratie der Partei. An die Stelle der staatlichen Beamten traten nun Berufsfunktionäre. Die radikaldemokratischen Kräfte in der Partei, die für (echte) Räte Demokratie eintraten, wurden in die Bedeutungslosigkeit abgedrängt. Die Arbeiter- und Soldatenräte (Sowjets) wurden faktisch entmachtet. Nach der Machtergreifung hatte Lenin für die angepriesene direkte Demokratie keine Verwendung mehr (siehe auch Kann direkte Demokratie funktionieren?).

Lenin hatte versprochen, die „politische Funktion“ der Polizei zu beseitigen. Stattdessen errichteten die Bolschewiki unmittelbar nach ihrem Putsch die „Außerordentliche Kommission zur Bekämpfung von Konterrevolution und Sabotage“, russisch abgekürzt „Tscheka“ und später u.a. als NKWD, dann als KGB bekannt. Bei ihrer Gründung im Herbst 1917 hatte die Organisation zwei Dutzend Mitarbeiter, im Jahre 1921 umfasste sie bereits mehr als eine Viertelmillion „Tschekisten“. Zwischen 10.000 und 15.000 Menschen tötete die Geheimpolizei allein im August und September 1918, so die Schätzungen von Historikern.⁸⁶ Diese Menschen wurden oftmals „vorbeugend“ getötet, ohne dass sie an einer bewaffneten „Konterrevolution“ gegen die Bolschewisten beteiligt gewesen wären: Jegliche Opposition sollte ausgeschaltet werden. Die Einführung des Terrors als ständiges und systematisches Element leninistischer Politik hatte der Urheber schon wesentlich früher angekündigt: Bereits 1901 hatte Lenin in seiner Schrift „Womit beginnen?“ erklärt: „Grundsätzlich haben wir den Terror nie abgelehnt und können ihn nicht ablehnen.“⁸⁷ Sein Standpunkt zum Einsatz von Gewalt stand fest: „Unsinn, wie kann man Revolutionen ohne Hinrichtungen machen? Glaubt ihr wirklich, dass wir siegen können, ohne zu dem grausamsten Terror zu greifen?“ Viele der frühen Opfer waren ehemalige Weggefährten Lenins.

Kommunisten erklären heute den „roten Terror“ aus der Bürgerkriegssituation heraus und als Notwehr gegen die „Konterrevolution“. Dadurch wird vielfach übersehen, dass es der angeblich „gute“ Lenin und nicht etwa erst Stalin war, der dem auch nach dem Bürgerkrieg bruchlos fortgesetzten Terror den Weg ebnete. Auf dem X. Parteitag der Kommunistischen Partei Russlands (KPR) (März 1921) verkündet Lenin: „Wir brauchen jetzt keine Opposition, Genossen, es ist nicht die Zeit danach! Entweder hier oder dort mit dem Gewehr, aber nicht mit einer Opposition.“ Lenin entschied, „dass es jetzt mit der Opposition zu Ende sein, ein für alle Mal aus sein muss (...).“⁸⁸

Zu Gewalt und Diktatur gehörte auch gewöhnliche, als revolutionär verbrämte Kriminalität. Lenin und seine Mitstreiter benötigten Geld für ihren Lebensunterhalt und die Vorbereitung der Revolution. Verbrechen wurden Bestandteil ihres „politischen Kampfes“. Im kleinen Kreise seiner Mitkämpfer

⁸⁵ LW 25, 193–208, hier 201.

⁸⁶ Geschätzt nach Berichten über Hinrichtungen aus der bolschewistischen Presse und Dokumenten der Tscheka. Vgl. Nicolas Werth, Ein Staat gegen sein Volk, in: Stéphane Courtois u.a., Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror, München 1998, S. 91 f.

⁸⁷ Lenin, Womit beginnen? (1901), in: LW 5, 1–13, hier 7.

⁸⁸ Lenin, X. Parteitag der KPR (B) (1921), in: LW 32, 163–277, hier 201.

offenbarte er freimütig: „Die Partei ist kein Pensionat für höhere Töchter. Irgendein Verbrecher kann uns gerade deshalb nützlich sein, weil er ein Verbrecher ist.“⁸⁹ Für die Bolschewisten waren Verbrechen gegen „Ausbeuter“ gerechtfertigt. Nach Lenins Moralbegriffen war alles, was der Sache diene, auch erlaubt.

Viele Linksextremisten würdigen bis heute die angeblich kompromisslose Ablehnung des Krieges durch Lenin. Er habe den Ersten Weltkrieg für Russland beendet und seinem Volk Frieden gebracht. Nach ihrer Machtergreifung hatten die Bolschewiki tatsächlich schnellstmöglich versucht, den Krieg mit Deutschland zu beenden. War Lenin deswegen friedensliebend? Im Gegenteil. Er benötigte alle seine Kräfte für die Abwehr oppositioneller Gruppen und für die terroristische Gleichschaltung der Gesellschaft. Aus einem „imperialistischen Krieg“ (das bedeutet im leninistischen Verständnis einen Krieg kapitalistischer Staaten um Absatzmärkte, Rohstoffe und Arbeitskräfte) wollte er den Ersten Weltkrieg in einen Bürgerkrieg gegen die „Bourgeoisie“ hinüberwachsen lassen. Für ihn war der Sozialismus keinesfalls ohne einen „revolutionären Krieg“ zu erreichen.⁹⁰ Der Bürgerkrieg war für Lenin „unvermeidliche Weiterführung“ des Klassenkampfes, eine zwangsläufige Erscheinung bei der Errichtung des Sozialismus.⁹¹ Deswegen könnten Kommunisten „niemals Gegner revolutionärer Kriege sein“.⁹²

Lenin rechnete von Anfang an damit, dass die Revolution nur „schonungslos“ und mit „grausamstem Terror“ durchzusetzen sei. Dem folgte die Praxis: In einem Telegramm vom 9. August 1918 ordnete er an: „Kulaken, Priester, die Weißen Garden und andere zweifelhafte Elemente“ seien zu erschießen oder in Lagern zu isolieren. Gleichtags forderte Lenin nachdrücklich: „Es ist unverzüglich eine diktatorisch durchgreifende „Troika“ (Dreigespann, Anm. d. Autors) (...) zu bilden und der Massenterror einzuführen. Die Hundertschaften von Prostituierten, die den Soldaten zu trinken geben, alle Ex-Offiziere usw. sind zu erschießen oder abzuführen.“⁹³ Bei solchen Aufrufen zum Bürgerkrieg bediente er sich ähnlich menschenverachtender Ausdrucksweisen wie später Rechtsextremisten: Notwendig sei die „Säuberung der russischen Erde von allem Ungeziefer“.⁹⁴ Ausgewählte Menschengruppen, beispielsweise „Reiche“ oder „bürgerliche Intellektuelle“, wurden zu „Parasiten“ und „Volksfeinden“ erklärt. Für diese Menschen sah Lenin die „Ausrottung“, die „soziale Vernichtung“, vor.⁹⁵

Im Ergebnis fällt eine kritische Würdigung der Persönlichkeit und der Politik Lenins vernichtend aus. Seine Machtgier und seine bedingungslose Intoleranz machten ihn zum selbsterklärten „Berufsrevolutionär“. Durch die „Wahrheiten“ des Marxismus glaubte er, exklusive Einsichten über den Weg in eine bessere Gesellschaft zu besitzen: „Die Lehre von Karl Marx ist allmächtig, weil sie wahr ist“.⁹⁶

Lenin vertraute ebenso auf die Überlegenheit der bolschewistischen Organisation: effizient wie eine Fabrik und diszipliniert wie eine Armee sollte die Partei sein. Er war sich der Durchsetzungsfähigkeit seiner Berufsrevolutionäre gewiss, denn er hatte diesen eingeschärft: Setzt Gewalt stets rücksichtsloser ein als eure Widersacher! Er war überzeugt, dass die Errichtung des Kommunismus den Einsatz eines jedes Mittels rechtfertigen würde. Die Herrschaft von Lenins bolschewistischer Partei war ohne Gewalt

⁸⁹ Zit. nach: Wolkogonov, S. 42.

⁹⁰ Lenin, Das Militärprogramm der proletarischen Revolution (1916), in: LW 23, 72–83, hier 72 ff.

⁹¹ LW 23, 74.

⁹² LW 23, 72.

⁹³ Zit. nach Werth, S. 97 und 86.

⁹⁴ Lenin, Wie soll man den Wettbewerb organisieren? (1917), in: LW 26, 402–444, hier 412.

⁹⁵ „Die Einheit im Grundlegenden (...) wird nicht gestört, sondern gesichert durch die Mannigfaltigkeit der Einzelheiten, (...), der Methoden der Durchführung der Kontrolle, der Wege zur Ausrottung und Unschädlichmachung der Parasiten (der Reichen und Gauner, der Tagediebe und Hysteriker unter der Intelligenz usw. usf.).“ LW 26, 412.

⁹⁶ Lenin, Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus, in: LW 19, 3–9, hier 3.

nicht denkbar: Durch Gewalt ergriff sie die Macht, mit Gewalt errichtete sie den bolschewistischen Staat, und nur durch Gewalt konnten die Bolschewisten ihren Staat am Leben erhalten.

Josef Wissarionowitsch Stalin, Lenins Nachfolger als Parteiführer, knüpfte nahtlos an diese Herrschaftspraxis an. Sein Terrorregime vervollkommnete Lenins Gewaltherrschaft – er war in diesem Sinne sein konsequenter und bruchloser Fortsetzer. Allerdings wurden praktisch sämtliche Verbrechen des realen Sozialismus schon seit der sogenannten „Entstalinisierung“ 1956 Stalin angelastet. Der Vorwurf, er habe den Sozialismus „deformiert“, sollte den Bolschewismus als Idee retten und zugleich Lenins Rolle umso glanzvoller erscheinen lassen. Erst Stalin sei für die ausufernde Gewalt und die Atmosphäre des gegenseitigen Misstrauens in einem „Kasernenhofsozialismus“ verantwortlich. Er allein verschuldete demnach die „Bürokratisierung der Revolution“, die Deportation ganzer Völkerschaften. Die Verklärung Lenins setzt sich dagegen bis in die Gegenwart fort. Trotzistische Grupp

ierungen in der Bundesrepublik z.B. sehen Lenin sogar als erklärten Gegner von Stalins Herrschaftspraxis, die sie als „bürokratischen Zentralismus“ bezeichnen.⁹⁷

Die historischen Fakten zeigen aber: Eine politische Orientierung auf Lenin bedeutet die unbedingte Feindschaft zum demokratischen Rechtsstaat. Das gilt für frühere Marxisten-Leninisten selbst dann, wenn sie nur stillschweigend auf eine Kritik Lenin'scher Gewalt- und Terrorpraktiken verzichten und sich mit einer vordergründigen Verurteilung des „Stalinismus als System“⁹⁸ begnügen. Die Legende vom „guten Lenin“ dient in erster Linie einer Verharmlosung der Verbrechen Geschichte des Kommunismus.

⁹⁷ Erst durch Stalins Abwendung von Lenin hin zu einer starren, bürokratischen Herrschaft sei der Kommunismus in die historische Sackgasse geraten, so zumindest ist die Ansicht vieler Trotzisten. Vgl. Dave Stockton, Leninistische Partei und demokratischer Zentralismus, in: Revolutionärer Marxismus 38, 2007, online verfügbar.

⁹⁸ „Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System“ lautete die Distanzierungsformel der SED-PDS (heutige Die Linke) auf ihrem Sonderparteitag am 17./18. Dezember 1989.

Regierte die Staatssicherheit oder die SED die DDR?

Will man nicht die historische Verantwortung der SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) verschleiern, muss der häufig vertretenen Auffassung, das MfS (Ministerium für Staatssicherheit) sei ein „Staat im Staate“ gewesen, energisch widersprochen werden.

In diesem Zusammenhang stellt der Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik im Land Berlin auf seiner Website fest, dass das Ministerium für Staatssicherheit kein eigenständiger Unterdrückungs- und Überwachungsapparat, der sich selbst Aufgaben und Ziele setzte, war. Nach seiner Auffassung war das MfS vielmehr das entscheidende Herrschaftsinstrument der SED und diente dem Erhalt und Ausbau ihrer Macht, was sich auch in seinem Selbstverständnis als „Schild und Schwert der Partei“ ausdrückt. Das „Statut des MfS“ vom 30.06.1969 dokumentiert die Rangfolge der Grundlagen, nach denen das MfS zu handeln hatte: das Programm der SED, die Beschlüsse ihres Zentralkomitees (ZK) und des Politbüros und die Verfassung der DDR.

Für die konkrete Umsetzung von Anleitung und Kontrolle des MfS waren innerhalb des zentralen Parteiapparates der Sekretär für Sicherheit, Egon Krenz, und die Sicherheitsabteilung des ZK der SED unter Wolfgang Herger zuständig. Auf Bezirksebene erfüllten die Sicherheitsabteilungen der SED-Bezirksleitungen parallele Aufgaben. Man kann sich fragen, ob solche Sicherungen überhaupt nötig waren, denn alle MfS-Mitarbeiter waren zugleich Mitglieder der SED.

War die DDR ein Unrechtsstaat?

Eckhard Jesse

Die Frage, ob die DDR ein Unrechtsstaat war, ruft oft Emotionen hervor. Wer sich an den Prinzipien des Rechtsstaates orientiert – Rechtssicherheit und materieller Rechtsgleichheit –, kommt nicht umhin, die SED-Diktatur als Unrechtsstaat zu bezeichnen. Ein Unwerturteil über die in ihm lebenden Menschen ist damit nicht verbunden.

Die DDR hat sich zur „sozialistischen Gesetzlichkeit“ als einem grundlegenden Prinzip der staatlichen Leitung bekannt. Im SED-offiziösen „Kleinen politischen Wörterbuch“ heißt es dazu 1988:

„Die Einhaltung der s[ozialistischen] G[esetzlichkeit] ist ein erstrangiges Prinzip der Politik der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei nach der Erringung der politischen Macht. In allen Etappen der gesellschaftlichen Entwicklung ist die s[ozialistische] G[esetzlichkeit] eine revolutionäre Gesetzlichkeit, die auf der Grundlage und in Verwirklichung der Beschlüsse der Partei entwickelt und gefestigt wurde. Die Einhaltung der s[ozialistischen] G[esetzlichkeit] ist Kampf für die Verwirklichung der im Recht ausgedrückten Politik der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei. Die Herausarbeitung der s[ozialistischen] G[esetzlichkeit] ist unmittelbar mit dem theoretischen und praktischen W. I. Lenins verbunden.“⁹⁹

Wie nicht nur dieses ausführliche Zitat nachdrücklich belegt, steht die von der DDR propagierte und praktizierte „sozialistische Gesetzlichkeit“, die die „Politik der Arbeiterklasse“ rechtfertigt, mit den Prinzipien des Rechtsstaates auf Kriegsfuß. Der Rechtsstaat hingegen ist u.a. gekennzeichnet durch unverbrüchlich geltende Grundrechte, durch das Prinzip der Gewaltenteilung, durch eine umfassend gestaltete unabhängige Verwaltungs- und Verfassungsgerichtsbarkeit.

Die DDR fußte von ihrer Gründung an auf der Unterdrückung rechtsstaatlicher Prinzipien.

„Sozialistische Gesetzlichkeit“ (das Recht stand unter dem Vorrang der Politik) entsprach nicht den Anforderungen des Rechtsstaats (die Politik steht unter dem Vorrang des Rechts). Ideologische Abweichungen wurden gemäß den Prinzipien des „demokratischen Zentralismus“ (siehe auch „Was ist die führende Rolle der Partei?“) schwer geahndet. In der Spätzeit ließen drakonische Strafen nach und es gab Amnestien für bestimmte Straftaten. Die DDR schaffte die Todesstrafe 1987 ab, hatte sie 1981 das letzte Mal vollstreckt. Das verbreitete „Eingabewesen“, das in der Tat manchem Missstand abhalf, war aber kein Ausdruck von Rechtsstaatlichkeit, sondern von Beliebigkeit. Ob die jeweilige Instanz einem Anliegen entsprach, war nicht vorherzusehen. Die Verwendung des Begriffs „Unrechtsstaat“ schließt nicht die Feststellung aus, dass außerhalb politischer Delikte korrekt Recht gesprochen wurde, etwa bei Verkehrsdelikten.

Der Partei Die Linke fällt es offenkundig schwer, die SED-Diktatur ohne Abstriche abzulehnen. Wer sagt, in der DDR habe es viel Unrecht gegeben, sagt zu wenig, denn auch in der Bundesrepublik Deutschland, einem Rechtsstaat, hat es Unrecht gegeben, gibt es Unrecht. Hier allerdings gibt es kein systematisches, in Recht gegossenes Unrecht. Da die Aufarbeitung der DDR-Diktatur in vieler Hinsicht zu wünschen übrig lässt, darf es nicht verwundern, wenn manche Schüler ein geschöntes Bild von der DDR vor Augen haben.¹⁰⁰

Es gibt zwar keine juristisch klare Definition von „Unrechtsstaat“. Für Staaten wie die DDR ist dieser Begriff dennoch korrekt und angebracht, berücksichtigt man die Dimensionen und die Intensität des Unrechts.

⁹⁹ Art. „sozialistische Gesetzlichkeit“, in: Kleines politisches Wörterbuch, 7. Aufl., Berlin (Ost) 1988, S. 889.

¹⁰⁰ Vgl. etwa Monika Deutz-Schroeder/Klaus Schroeder, Soziales Paradies oder Stasi-Staat? Das DDR-Bild von Schülern – ein Ost-West-Vergleich, München 2008.

War die DDR ein „Friedensstaat“?

In ihrem Selbstverständnis war die DDR ein „Friedensstaat“. Sie allein verwirklichte nach Auffassung der SED im Gegensatz zur „imperialistischen BRD“ bestimmungsgetreu die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz von 1945, demokratisch und friedlich zu sein. Allerdings stand die permanente Selbststilisierung der DDR zum „Friedensstaat“ in krassem Widerspruch zur ständig forcierten Militarisierung von Staat und Gesellschaft. So hatte die DDR für einen Staat, der laut offizieller Linie nie etwas anderes anstrebte als den Frieden in der Welt, einen sehr stark militärisch geprägten Alltag. Die Uniformen von Volkspolizei, Volksarmee, Kampfgruppen, Gesellschaft für Sport und Technik, Stasi und Transportpolizei gehörten zum alltäglichen Straßenbild.

In der DDR existierte seit 1962 eine allgemeine Wehrpflicht von 18 Monaten. Wer den Dienst ablehnte, konnte einen Dienst ohne Waffe ableisten; wer auch dazu nicht bereit war, dem drohte eine Gefängnisstrafe. Der „Friedensstaat DDR“ duldete keine Wehrdienstverweigerer. Pazifisten, so die SED-Argumentation, arbeiteten den imperialistischen Kriegstreibern in die Hände (siehe auch „Antimilitarismus“ und „Antiimperialismus“ bei Linksextremisten). Bereits im Kindergarten wurde ein klares Freund-Feind-Denken eingeübt. Darüber hinaus zielten Besuche bei sog. Pateneinheiten der NVA und das alljährlich im Winter stattfindende Manöver „Schneeflocke“ auf die Begeisterungsfähigkeit Heranwachsender. Das Soldatenleben sollte frühzeitig schmackhaft gemacht werden. Ein weiterer Schritt zur Militarisierung des Kinder- und Jugendalltags stellte die Einführung des „Wehrkundeunterrichts“ am 01.09.1978 dar. Eine 14-tägige vormilitärische Ausbildung, bei der die Jugendlichen kaserniert wurden, war für alle 17- bis 18-jährigen Mädchen und Jungen in der DDR verpflichtend.

Die seit Anfang der 1980er Jahre immer stärker anwachsende Friedensbewegung in den westlichen Ländern wurde von der SED offiziell unterstützt – allerdings nur, insoweit sie sich für eine Abrüstung der NATO aussprach. In Teilen der westlichen Friedensbewegung gelang es der DKP als Interventionsapparat der SED, über Jahre zu verhindern, dass Militarisierung und Hochrüstung der sozialistischen Staaten zur Sprache kamen. In der DDR duldete der „Friedensstaat“ neben seiner eigenen offiziellen Aktivität – wie etwa dem 1982 gestarteten Musikfestival „Rock für den Frieden“ – keine selbständige Friedensbewegung. So wurde unter anderem das Tragen eines Aufnähers mit dem Friedenssymbol „Schwerter zu Pflugscharen“ von der SED als Kritik an der eigenen Friedenspolitik und als Versuch angesehen, die Verteidigungsbereitschaft der DDR zu schwächen. Pazifisten waren in der DDR ein Fall für die Staatssicherheit.

War die DDR ein „antifaschistischer“ Staat?

Jürgen P. Lang

Wer heute die DDR rechtfertigen will, sagt meist: Der „Arbeiter-und-Bauern-Staat“ entstand einst als Reaktion auf den Nationalsozialismus. In dieser Gründungslegende fungiert der moralisch hoch aufgeladene Begriff des „Antifaschismus“ als Rechtfertigung einer neuen Diktatur, diesmal einer sozialistischen. Die Frage drängt sich auf: War die DDR überhaupt ein antifaschistischer Staat?

Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg gab es praktisch keine politische Kraft in Deutschland, die nicht den bedingungslosen Antifaschismus auf ihre Fahne geschrieben hätte. Zu stark war der Eindruck der beispiellosen Verbrechen der Nationalsozialisten. Insofern fiel es der sowjetischen Militäradministration in der Ostzone des besetzten Deutschlands leicht, den Antifaschismus für eigene Zwecke zu vereinnahmen. Anders als es heute viele Linksextremisten weismachen wollen, war die DDR aber kein Produkt einer „sozialistisch“ und „antifaschistisch“ gesinnten Volksbewegung. Sie war nichts anderes als ein Implantat Moskaus auf deutschem Boden. Wer sich der Etablierung des Sozialismus verweigerte, wurde unter Druck gesetzt – und konnte schnell in Faschismus-Verdacht geraten.

Die Machthaber der DDR bauten den Antifaschismus in die herrschende Ideologie des Marxismus-Leninismus ein und machten ihn damit zur Staatsdoktrin. Dabei knüpften sie an die sogenannte „Dimitroff-Formel“ an. Diese von der Kommunistischen Internationale in den 1930er Jahren entwickelte Theorie stellte den Faschismus ausschließlich als Auswuchs eines ums Überleben kämpfenden Kapitalismus dar. Während wirtschaftlicher Krisen wie in der Weimarer Republik – so die Argumentation – lasse die „bürgerliche Demokratie“ ihre „pseudodemokratische Maske“ fallen und verwandle sich in ein „faschistisches“ Regime, das mit aller Härte gegen die Arbeiterbewegung vorgehe. In dieser „Logik“ standen die als kapitalistisch verteuflten freiheitlichen Demokratien in ursächlichem Zusammenhang mit rechten Diktaturen. Da der „Faschismus“ nun untrennbar mit dem „Kapitalismus“ – also Westdeutschland – verknüpft war, konnte es umgekehrt in der DDR keinen „Faschismus“ geben.

Von Beginn an strickte die DDR an diesem „antifaschistischen“ Mythos, der immer mehr zum Machtinstrument der SED wurde, während er an Einfluss in der Gesellschaft verlor¹⁰¹. In der politischen Praxis konnte jeder Dissident ohne weiteres als „Faschist“ bezeichnet und entsprechend sanktioniert werden. Die Mauer, deren alleiniger Zweck es war, die Bürger an der Flucht nach Westdeutschland zu hindern, hieß DDR-offiziell „antifaschistischer Schutzwall“ – an Zynismus war das kaum zu überbieten. Der Antifaschismus erfüllte somit eine doppelte Funktion: Zum einen diente der Begriff der Frontstellung gegen „Regimegegner“ sowohl im Inland als auch im „feindlichen“, „kapitalistischen“ Ausland. Zum anderen schottete sich die DDR rechtlich und moralisch gegenüber der nationalsozialistischen Vergangenheit ab. Diese Erblast wurde sozusagen der Bundesrepublik überlassen. Entsprechend wurde Westdeutschland als einzige, mehr oder weniger nahtlose Fortsetzung des „Hitler-Faschismus“ an den Pranger gestellt.

Sich selbst sprach die DDR dagegen von einer Verantwortung für diesen Teil der deutschen Vergangenheit frei – gerade gegenüber Israel und den Juden. Auch in dieser Hinsicht relativiert sich der „Antifaschismus“ der DDR. Es verwundert nicht, dass Antisemitismus und Rechtsextremismus geleugnet wurden, obwohl diese Tendenzen offenkundig in der DDR existierten. 1952 ging die Staatssicherheit der DDR gegen jüdische Gemeinden vor, die auch in der Folgezeit unter besonderer

¹⁰¹ Vgl. Herfried Münkler, Antifaschismus als Gründungsmythos der DDR. Abgrenzungsinstrument nach außen und Herrschaftsmittel nach innen, in: Manfred Agethen/Eckhard Jesse/Ehrhart Neubert (Hrsg.), Der missbrauchte Antifaschismus. DDR-Staatsdoktrin und Lebenslüge der deutschen Linken, Freiburg im Breisgau 2002, S. 79–99.

Kontrolle standen. Sie galten als Brutstätten „zionistischer Verschwörung“¹⁰². Als Hauptleidtragende des nationalsozialistischen Gewaltregimes kamen die Juden in der „antifaschistischen“ Legendenbildung der DDR allenfalls am Rand vor – was allein zählte, war der kommunistische Widerstand. Sogar der Holocaust selbst blieb in der ideologisch verblendeten offiziellen Geschichtsschreibung eine Leerstelle. Dies trifft im Übrigen auch heute noch auf viele Linksextremisten zu (siehe auch Gibt es einen linksextremistischen Antisemitismus?). Wie schwer sich dieses Spektrum damit tut, Verantwortung zu übernehmen, zeigt nicht zuletzt der fortgesetzte Streit in der Partei Die Linke über Antisemitismus und Israel-Feindschaft.

Die DDR war allenfalls formal antifaschistisch. Ein Anti-Extremismus war damit nicht verbunden – schließlich einte DDR-Machthaber und „Faschisten“ vor allem eines: die erbitterte Feindschaft gegenüber einem freiheitlichen Staat. Der Linksextremismus trägt heute noch den „Antifaschismus“ wie eine Monstranz vor sich her. Doch politische Konsequenzen zieht daraus kaum jemand. Stattdessen lebt die mit dem „Antifaschismus“-Begriff verbundene pauschale Verunglimpfung politischer Gegner – insbesondere der Demokraten – weiter (siehe auch Zentrale Aktionsfelder von Linksextremisten).

¹⁰² Vgl. Klaus Schroeder, Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR, München 1998, S. 551.

Was bedeutet „verordneter Antifaschismus“?

Uwe Backes

„Antifaschisten“ nannten sich die entschiedenen Gegner der sich etablierenden faschistischen Bewegung in Italien schon in den 1920er Jahren. Die Abwehrfront reichte von Konservativen über Liberale bis zu Sozialisten und Kommunisten. Viele „Antifaschisten“ der ersten Stunde waren zugleich „Antikommunisten“, verteidigten die italienische Republik gegen den Ansturm der Extremismen von rechts und links. Ausdrücklich abgelehnt wurde die Verbindung von Antifaschismus und Antikommunismus selbstverständlich von den Kommunisten, die den Antifaschismus zu einer spezifischen Doktrin entwickelten. Demnach war der Faschismus (und mit ihm der Nationalsozialismus) „die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“, so die offizielle Definition durch den VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale im August 1935.

Diese für orthodox-kommunistische Parteien bis heute gültige Formel sah Antifaschismus und Antikapitalismus als Einheit. Antikapitalismus schloss zudem Antiliberalismus im Sinne der Ablehnung der als „kapitalistisch“ und „bürgerlich“ geltenden westlichen Demokratie ein.

Die Wendung vom „verordneten Antifaschismus“ hat sich nach dem Ende der DDR verbreitet und dient meist der kritischen Auseinandersetzung mit deren Staatsdoktrin, die den Antifaschismus als Integrations- und Legitimationsideologie nutzte und damit ihre moralische Überlegenheit, insbesondere gegenüber dem westlichen Deutschland, zu begründen suchte. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) stellte ihre Politik damit in die Tradition des antifaschistischen Kampfes der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) und des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus (siehe auch *War die DDR ein „antifaschistischer“ Staat? und Was ist Nationalsozialismus?*). Im Unterschied zum westlichen Deutschland war nach dieser Lesart in der DDR die „Macht der Monopole“ gebrochen – und damit dem „Faschismus“ die Grundlage für seine Entfaltung entzogen worden.

Die Kommunistische Internationale (KI oder „Komintern“, ein in der Sowjetunion 1919 gegründeter Dachverband kommunistischer Parteien, die als verlängerter Arm der sowjetischen Außenpolitik fungierte) hatte den Faschismusbegriff in den 1920er Jahren auf alle „gegenrevolutionären“ Kräfte ausgedehnt und damit die sozialistischen/sozialdemokratischen Parteien als „Sozialfaschisten“ praktisch den Nazis gleichgestellt. In Deutschland attackierte die KPD die Republik und Demokratie stützenden Sozialdemokraten zeitweilig heftiger als die Nationalsozialisten, mit denen sie sogar punktuell zusammenarbeitete (wie beim Berliner Verkehrsarbeiterstreik im November 1932). Ein 1933 unter dem Eindruck der NS-Machtergreifung eingeleiteter Strategiewechsel und die Propagierung einer breiten „antifaschistischen Einheit der demokratischen Kräfte“ verloren wiederum ihre Bedeutung mit dem Hitler-Stalin-Pakt vom Sommer 1939. Die Kommunisten schieden nun zeitweilig aus den antifaschistischen Bündnissen aus und schlossen sich ihnen erst wieder nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion (Juni 1941) an. Nach Kriegsende war die Politik des „antifaschistisch-demokratischen Blocks“ eng mit der Etablierung einer kommunistischen Diktatur in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) verbunden. Der SED-Antifaschismus diente der Verschleierung des Diktaturcharakters der DDR und der Diffamierung des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, in dem die Elemente der Kontinuität zum Nationalsozialismus angeblich dominierten.

Indem der SED-Antifaschismus den Nationalsozialismus auf seine – vermeintliche – sozial-ökonomische Basis (Kapitalismus, Monopolkapital) reduzierte, blockierte er eine intensive Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus und dessen spezifischen Wurzeln. Mehr noch: Der SED-Antifaschismus ließ sich

problemlos mit einer feindlichen Haltung gegenüber dem Staat Israel (Antizionismus im Zeichen von Antiimperialismus und Antikapitalismus) verbinden (siehe auch Gibt es einen linksextremistischen Antisemitismus?). Auf diese Weise versperrte der verordnete Antifaschismus den Weg zu einer differenzierten, tiefeschürfenden und facettenreichen Auseinandersetzung mit dem NS-Regime und den von ihm zu verantwortenden Massenverbrechen.

Lesetipps:

- Manfred Agethen/Eckhard Jesse/Ehrhart Neubert (Hrsg.), Der missbrauchte Antifaschismus. DDR-Staatsdoktrin und Lebenslüge der deutschen Linken, Freiburg i. Brg./Basel/Wien 2002.

Was war die „führende Rolle der Partei“?

Jürgen P. Lang

„Die Deutsche Demokratische Republik (...) ist die politische Organisation der Werktätigen in Stadt und Land unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei.“ Bereits im ersten Absatz der DDR-Verfassung war die führende Rolle der SED festgeschrieben. Die Geschichte zeigt: Einmal an der Macht, sind Linksextremisten um jeden Preis entschlossen, diese nicht wieder herzugeben. Die Rechtfertigung dafür ziehen sie ausschließlich aus einem Wahrheitsanspruch: „Die Partei, die hat immer recht“, heißt es in einem DDR-Kampflied – eine Anmaßung, die sich nur Diktatoren leisten können.

Die „führende Rolle der Partei“ leitet sich ab aus der vor allem im Marxismus-Leninismus verankerten Avantgarde-Rolle. Der russische Revolutionär Lenin (siehe auch Falsche Vorbilder: Wladimir Iljitsch Lenin) sah die kommunistische Partei als „höchste Form des klassenmäßigen Zusammenschlusses des Proletariats“ an. Ausgestattet mit besonderen Erfahrungen, Kenntnissen und Einsichten sollte sie die sozialistische Bewegung bis zum Erreichen des kommunistischen Paradieses anführen. Dass die breiten Volksmassen sich gleichsam automatisch hinter „ihre“ Partei scharen würden, war allerdings ein Irrglaube. Als Lenins Bolschewiki zur Zeit der Oktoberrevolution 1917 merkten, dass ihnen die Mehrheit im Volk fehlte, setzten sie ihren Führungsanspruch mit Waffengewalt durch. Die Verfassungsgebende Versammlung jagten sie auseinander und zogen gegen Andersdenkende in den Bürgerkrieg. Lenins Nachfolger Stalin sicherte die Macht seiner Partei mit Terror, der selbst vor Kommunisten nicht haltmachte und dem Hunderttausende zum Opfer fielen¹⁰³.

Lenins Begriff des „demokratischen Zentralismus“ prägte nach dem Zweiten Weltkrieg Staat und Gesellschaft in der DDR. Sie waren dem Diktat und der Willkür der SED unterworfen (2). Die DDR stand weder auf dem Boden einer demokratischen Verfassung, noch konnten ihre Bürger in freien Wahlen entscheiden (siehe auch „Sozialistische Demokratie“ am Beispiel der DDR). Es war allein das Dogmen-Gebäude des Marxismus-Leninismus, mit dem die SED ihren Herrschaftsanspruch legitimierte. Ihre Sicht politischer Ereignisse, ihre Interpretation der Geschichte und ihre Entscheidungen waren unangreifbar. Wer sie kritisierte, wurde bestraft. Auch in der staatlichen Organisation wurde die Dominanz der SED deutlich (siehe auch Regierte die Staatssicherheit oder die SED die DDR?). Die Strukturen des Staates waren den Strukturen der Partei – die parallel dazu existierten – untergeordnet: So standen etwa die Mitglieder des Zentralkomitees der SED protokollarisch über den Ministern. Das Parlament, die „Volkskammer“, war ohne jeden Einfluss. Auch in ihrem Inneren war die Partei nicht demokratisch organisiert. Allmächtiger Entscheidungsträger war das Politbüro, an dessen Spitze der Generalsekretär (von 1949 bis 1971 Walter Ulbricht, von 1971 bis 1989 Erich Honecker) stand.

Selbst Grundwerte wie Freiheit und Menschenrechte unterwarf die SED ihrem Führungsanspruch. Der Bau der Mauer 1961, das Ministerium für Staatssicherheit und die politische Justiz waren Symbole der Unfreiheit und der Unterdrückung. In der Ideologie der Partei war „persönliche Freiheit des Menschen (...) immer an gesellschaftliche Voraussetzungen gebunden. Sie bestimmen den konkreten Rahmen und den Inhalt der Freiheit“¹⁰⁴. Im Klartext heißt das: In einer Diktatur kann der Herrscher – in diesem Fall die SED – darüber entscheiden, was Freiheit zu bedeuten hat.

¹⁰³ Vgl. Karl Schlögel, Terror und Traum. Moskau 1937, München 2008; Jörg Baberowski, Der rote Terror. Die Geschichte des Stalinismus, Frankfurt am Main 2007.

¹⁰⁴ Zur Geschichte der Partei vgl. Andreas Malycha/Peter Jochen Winters, Geschichte der SED. Von der Gründung bis zur Linkspartei, München 2009.

Auch das, was die SED sich unter Demokratie vorstellte, öffnete der politischen Willkür Tür und Tor. Solange der „klassenlose“ Zustand des Kommunismus noch nicht erreicht sei, seien Demokratie und Diktatur zwei „voneinander nicht zu trennende Seiten der staatlichen Organisation“¹⁰⁵. In der noch nicht „klassenlosen“ DDR waren Methoden der Diktatur also ausdrücklich erlaubt. Theoretisch konnte jeder unliebsame Bürger als „Klassenfeind“ gebrandmarkt und nach Belieben schikaniert werden, was in der Praxis auch vieltausendfach geschah. Die SED wollte kein freiheitliches, pluralistisches System durchsetzen, sondern ein identitäres. An dem totalitären Machtanspruch einer umfassenden Kontrolle und ideologischen Durchdringung der gesamten Gesellschaft hielt die Partei bis zum bitteren Ende fest¹⁰⁶. Erst nach dem Fall der Mauer im November 1989 strich Ministerpräsident Hans Modrow die „führende Rolle der Partei“ aus der Verfassung. Der Druck des Volkes, das sich nicht mehr gleichschalten lassen wollte, war zu stark geworden.

¹⁰⁵ Alfred Kosing, Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Philosophie, 3. Aufl., Berlin 1987, S. 184.

¹⁰⁶ Ebd., S. 105.

„Sozialistische Demokratie“ am Beispiel der DDR

Obwohl das politische System der DDR zwar formal Elemente einer bürgerlichen Demokratie enthielt, war es von Anfang an ein Staat, der sich als Diktatur des Proletariats verstand und eine sozialistische Gesellschaft nach sowjetischem Modell zu verwirklichen suchte. Sowohl der Staatsaufbau als auch die Parteien und die Massenorganisationen folgten den Prinzipien des „demokratischen Zentralismus“. Die eigentliche Macht lag bei der kommunistischen Partei, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED).

Besagtes Führungsmonopol, das in Art. 1 der DDR-Verfassung von 1968 verankert war, leitete die SED von ihrem Selbstverständnis ab. Sie ging davon aus, mit dem Marxismus-Leninismus im Besitz der Wahrheit zu sein und die Gesetzmäßigkeiten der Geschichte zu kennen. Eine von der SED unabhängige freie Meinungsbildung und kritische Öffentlichkeit oder andere zivilgesellschaftliche Elemente waren im Arbeiter-und-Bauern-Staat nicht vorgesehen. Printmedien, Hörfunk und Fernsehen wurden zensiert und kontrolliert, politisch Andersdenkende litten unter Repressionsmaßnahmen.

Neben der SED gab es die vier kleineren sog. Blockparteien: Christlich-Demokratische Union Deutschlands (CDU), Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDPD), National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD) und Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD). Jede von ihnen war im Staatsrat und im Ministerrat sowie in den örtlichen Staatsorganen vertreten. Allerdings waren sie politisch nahezu einflusslos. Darüber hinaus waren fünf gleichfalls von der SED abhängige Massenorganisationen in der Volkskammer vertreten: Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (FDGB), Freie Deutsche Jugend (FDJ), Demokratischer Frauenbund Deutschlands (DFD), Kulturbund der DDR und Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdGB). Da der Arbeiter-und-Bauern-Staat weder einen Regierungswechsel noch einen Wettbewerb der politischen Parteien zuließ, war die Verteilung der Mandate und Ämter auf die Parteien und Organisationen von den Wahlen unabhängig und blieb über lange Zeit festgeschrieben. Obwohl die SED in der Volkskammer der ehemaligen DDR keine absolute Mehrheit der Mandate besaß, brauchte sie um ihren Einfluss nicht zu fürchten: Viele Abgeordnete der Massenorganisationen waren Mitglieder der SED.

Der eigentliche Wahlvorgang bestand in einer Bestätigung der von der SED geprüften und genehmigten „Einheitsliste“. Da es weder Nein-Stimmen noch Stimmenthaltung gab, waren große Überraschungen nicht möglich. So waren die Ergebnisse zur vorletzten Volkskammerwahl 1986 (Wahlbeteiligung: 99,74 Prozent, Zustimmung zur vorgeschlagenen Liste: 99,94 Prozent) auch „normal“. Unter demokratischen Bedingungen wären derartige Resultate jedoch nicht möglich.

Kommunikation

Kleine Einführung in linksextremistische Sprachgewohnheiten

Rudolf van Hüllen

Linksextremisten pflegen bestimmte sprachliche Muster, die man kennen muss, wenn man ihre Botschaften richtig verstehen will. Anders als Rechtsextremisten, bei denen schon manche Grußformeln strafbar sind, müssten Linksextremisten ihre Sprachgewohnheiten eigentlich nicht „verschlüsseln“ ¹⁰⁷.

Dennoch gibt es etliche Besonderheiten: Zum Beispiel enthält ihre „Milieusprache“ Begriffe, deren Bedeutung dem Durchschnittsbürger im Allgemeinen nicht geläufig sein wird. Sie stammen zum Teil aus der marxistischen Theorie, zum Teil auch aus dem Sprachgebrauch kommunistischer Parteiapparate. Die Autonomen-Szene hat ihrerseits zum einen Umschreibungen für Sachverhalte entwickelt, die man nicht so gerne offen benennt, weil mit ihnen z.B. zu Gewaltstraftaten aufgerufen wird. Zum anderen pflegt sie aber auch eine ganz offene Hass- und Gewaltsprache.

Schließlich ist zu berücksichtigen, dass Linksextremisten besonders mit politischen Begriffen oft ganz andere Inhalte verbinden als Demokraten. Das liegt daran, dass sie solche Begriffe im Sinne ihrer Ideologie auslegen. Dabei erhalten z.B. sehr positive umgangssprachliche Begriffe wie „Frieden“ oder „Demokratie“ völlig andere Inhalte (siehe auch „Krieg ist Frieden“ – die Umkehrung von Bedeutungen im linksextremen Sprachgebrauch). Das ist die Quelle von – aus Sicht der Extremisten gewollten – Irrtümern und Missverständnissen: Einem Demokraten wird nicht unbedingt auffallen, dass ein Linksextremist, der von „Antifaschismus“ redet, damit etwas ganz anderes als demokratisches Engagement gegen Rechtsextremismus meint.

¹⁰⁷ Wie z.B. Rechtsextremisten, die sehr genau wissen, dass der Gruß „Heil Hitler“ strafbar ist, und deshalb dafür den Code „88“ erfunden haben: Das H ist der achte Buchstabe im Alphabet, und jeder Rechtsextremist weiß sofort, was mit „88“ gemeint ist.

Autonome Szene-Blätter

Rudolf van Hüllen

Örtlich oder regional erscheinende Szene-Blätter der Autonomen sind oft kurzlebige Projekte. Mehr und mehr werden sie durch Internet-Blogs ersetzt. Zu den traditionsreicheren gehören:

„Interim“, das zweiwöchentliche „Berlin-Info“ für die örtliche Szene, aber zugleich mit überregionalem Anspruch, gibt es seit 1988¹⁰⁸. Es widersetzt sich modernen Trends und ist nicht im Internet verfügbar. Sein Konzept sieht ein Forum für autonome Gruppen und Einzelpersonen vor, die eigene Zuschriften weitgehend „unzensuriert“ einbringen können. Darunter befinden sich eben auch Taterklärungen zu militanten Anschlägen oder Anleitungen zum Bau von Sprengsätzen, ausgefeilte theoretische Diskussionen sind eher nicht die Stärke des aktionsorientierten Blattes. Insoweit gehört „Interim“ zum harten gewaltbereiten Linksextremismus mit Überschneidungen in die terroristische Szene (siehe auch Wie stehen Linksextremisten zu Gewalt als Mittel der Politik? und Führt Linksextremismus zu Terrorismus?). Und mit mehr als 700 Ausgaben ist es ein gutes Beispiel, dass auch Propaganda für politisch motivierte Gewalt in Deutschland legal erscheinen darf - vorausgesetzt natürlich, es handelt sich um linke Gewalt.

Ähnlich verhält es sich mit „Zeck“, ursprünglich das Hausblatt der autonomen Szene um die Hamburger „Flora“. Die Zeitung wird gedruckt verteilt und ist nur teilweise im Internet auffindbar. Und auch sie ist sehr eindeutig einem offen gewaltbereiten autonomen Linksextremismus zurechenbar¹⁰⁹. In der Anlage vergleichbar sind andere mehr oder weniger regelmäßig erscheinende Blätter, die an regionale „Szenen“ geknüpft bleiben. Sie alle sind Plattformen für Aktionsberichte über Kampagnen, Demonstrationen oder militante Aktionen, dienen dem Austausch von Positionen, schließlich auch als Terminkalender für die linksextreme Szene in der Region. Viele sind heute an Internetportale angeschlossen wie „Swing“ im Rhein/Main-Gebiet um Frankfurt oder „barricada“ für Nürnberg.

Nur wenige Publikationen aus der Schnittstelle zwischen Autonomen und revolutionären Marxisten haben es geschafft, sich längerfristig als regional übergreifende Blätter zu etablieren. Dazu zählt seit 1993 „Arranca“ aus Berlin, das Sprachrohr einer Gruppe namens „Für eine linke Strömung“ (F.e.l.S.).¹¹⁰ Die Gruppe hat sich im Mai 2015 in die „Interventionistische Linke“¹¹¹ hinein aufgelöst. Ob das in Berlin erschienene Blatt weiter geführt wird, ist unklar; die letzte Ausgabe stammt von August 2015.

¹⁰⁸ Zeitschriftenporträt: Interim, in Uwe Backes/Eckhard Jesse/Alexander Gallus (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus und Demokratie 23. Jahrgang 2011, Baden-Baden 2011, S. 260-273.

¹⁰⁹ Zur Analyse: Karsten Dustin Hoffmann, Zeitschriftenporträt: Zeck, in Uwe Backes/Eckhard Jesse/Alexander Gallus (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus und Demokratie 21. Jahrgang 2009, Baden-Baden 2010, S. 239-256. Einzelne Ausgaben findet man bei <http://www.nadir.org/nadir/periodika/zeck>

¹¹⁰ Vgl. Marie Isabel Kane, Das Politikverständnis in linksautonomen Publikationsorganen, in: Ulrich Dovermann (Hrsg.), Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2011 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 1135), S. 256 ff.

¹¹¹ Vgl. Verfassungsschutzbericht 2014, S. 175.

Autonomer Szene-Jargon

Rudolf van Hüllen

Autonomer Szene-Jargon ist nicht „wissenschaftlich“, dafür aber emotional sehr expressiv. Er vermittelt Hass auf die bestehende Gesellschaft, umschreibt manchmal offen, manchmal ironisch-zynisch die eigene Gewaltbereitschaft gegen Andersdenkende und lehnt sich nicht selten an die Sprache von Gauner- und Kriminellenmilieus an.

Der Begriff „Szene“ ist eine Selbstbezeichnung autonomer Gruppen für ihr Milieu. Man sieht, dass es weniger stark um formalisierte Organisationen wie bei den Kommunisten geht (siehe auch Was ist Kommunismus?). Sehr diffus ist gelegentlich von „unseren Zusammenhängen“ die Rede. Festgelegte Einrichtungen gibt es nur wenige. An erster Stelle ist die „Vollversammlung“ oder das „Plenum“ zu erwähnen. Auch hier gibt es keine festen Mitgliedschaften, hinzukommen kann, wer von den anderen akzeptiert wird. Nicht wenige Szenen kennen Gender-Mainstreaming-segregierte „FrauenLesbenPlena“, zu denen Männer selbstverständlich keinen Zugang haben. Als Stützpunkte kennt die Szene sogenannte „Freiräume“, zumeist besetzte Häuser, aber auch linke Kneipen, Buchläden und kommunale Einrichtungen. Oft verfügen „autonome Zentren“ über „Infoläden“ – Räume, in denen Agitationsmaterial ausgetauscht wird, die über Fax und Internet-Anschluss verfügen und so als kommunikative Drehscheiben der Szene fungieren. Im Anschluss an Veranstaltungen kann, wer möchte, sich in „Voküs“ („Volxküchen“) verköstigen. Dort wird in der Regel vegetarisch oder vegan gekocht, das Ausgangsmaterial wird gespendet, geklaut oder „containert“¹¹².

Ironisch und damit stark verharmlosend umschrieben wird im Szenejargon alles, was mit „politischen actions“ zusammenhängt, weil es meist strafbaren Einschlag aufweist. Ladendiebstähle, kleinere Sachbeschädigungen (z.B. an Fahrkartenautomaten oder anderen öffentlichen Einrichtungen), Versicherungsbetrug, Sozialleistungerschleichung oder Schwarzfahren gelten als „Alltagsmilitanz“ oder „Widerstand“. „Klandestine Aktionen“ ist der übliche Begriff für im Geheimen vorbereitete, zumeist nachts ausgeführte Anschläge gegen Symbole, Einrichtungen oder Personen des „Systems“. Sie müssen nach autonomem Benimm der eigenen Klientel „vermittelbar“ sein, weshalb im Regelfall eine Taterklärung mit ausführlicher Begründung veröffentlicht wird – heute zumeist im Internet. Wenn darin verharmlosend die Rede davon ist, man habe „XY angegriffen“, bedeutet das keine verbale Attacke, sondern die unmittelbare physische Schädigung entweder der angegriffenen Person oder ihrer Vermögenswerte.

Auch scheinbar lustige Begriffe wie im Zusammenhang mit Brandstiftungen an Fahrzeugen das „Abfackeln“, „Auslüften“ oder „Tieferlegen“ meinen die Totalzerstörung wertvoller Wirtschaftsgüter, die den Besitzer nicht selten substanziell in seiner Lebensführung trifft. Gehört das „Abfackeln“ von Autos zu den relativ „üblichen“ Anschlagsformen der Szene, so umschreibt die Bezeichnung „große Dinger“ Brand- und Sprengstoffanschläge von größerem Ausmaß. Handelt es sich nicht um „Erfolgsmeldungen“, sondern um die Vorbereitung von Straftaten, wird dies sprachlich sorgfältig verpackt. Wenn im Rahmen des sogenannten „Fahndungsantifaschismus“ Fotos, Anschriften und Kfz-Kennzeichen beispielsweise von Rechtsextremisten veröffentlicht werden, heißt es häufig dazu: „Wir möchten selbstverständlich nicht zu Straftaten auffordern. Wir hoffen, ihr macht von den Infos verantwortungsvollen Gebrauch.“ Wie das tatsächlich gemeint ist, ergibt sich aus der gern verwendeten, von der KPD der 1930er Jahre entlehnten Parole „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft“ oder deren Weiterentwicklung „Trefft die Faschisten, wenn ihr sie schlagt“. Straßenkrawalle, die oft mit exzessiven Zerstörungen und Plünderungen einhergehen, werden daher auch knapp als „Putz“,

¹¹² „containern“: Beschaffung von Lebensmitteln, die in Supermärkten wegen Ablauf des Mindesthaltbarkeitsdatums aussortiert werden.

„Randale“ oder „Bambule“ bezeichnet – deutlicher kann kaum ausgedrückt werden, dass es hier längst nicht mehr um die Wahrnehmung von Demonstrationsrechten (Art. 8 GG „...friedlich und ohne Waffen“) geht. Gleichwohl werden vorab solche Gewaltexzesse mit verharmlosenden Bezeichnungen versehen wie „laute, bunte und kämpferische Demo“. Wer sich auskennt, versteht die Botschaft: Hier wird Gewalt systematisch vorbereitet.

Bei Gewaltfantasien gegen politische Gegner bedienen sich Autonome gerne beim Kriminellen-Jargon: „Faschisten aufs Maul“ oder „Nazischweine plattmachen“ sind gängige Beispiele dafür. „Schweine“ ist eine Etikettierung, die darauf zielt, dem Gegner die Menschenwürde abzuerkennen. Es gibt sie auch in der Kombination „Kapitalistenschweine“ und „Bullenschweine“ (siehe auch Der Polizist als Hauptfeind des Linksextremisten), entsprechende bildhafte Darstellungen unterstützen solche menschenverachtenden Sprachregelungen. Die „Schweine“-Diktion, am häufigsten verwendet in der Bezeichnung der existierenden Gesellschaftsordnung als „Schweinesystem“, teilen Autonome mit dem Sprachgebrauch von Linksterroristen¹¹³ (siehe auch Führt Linksextremismus zu Terrorismus?). Aber nicht nur von Linksterroristen: Die ungehemmte Gewaltsprache fanden vor Jahren auch die neonazistischen „Autonomen Nationalisten“ so anheimelnd, dass sie ganz unkompliziert einige Parolen aus dem autonomen Spektrum mit „seitenverkehrter“ Umdeutung abkupferten.

¹¹³ Legendar ist die Aussage von Ulrike Meinhof: „Bullen sind Schweine, der Typ in Uniform ist ein Schwein, das ist kein Mensch (...). Das heißt, wir haben nicht mit ihm zu reden (...), und natürlich kann geschossen werden.“ (Ulrike Meinhof in: Der Spiegel vom 15.06.1970).

Sichtbare Linksextremismus: Linksextreme Agitation und Parolen im Stadtbild

Jan Christoph Rödel

„Nieder mit Deutschland!“ Diese Parole an einer Hauswand ist Teil des sichtbaren Linksextremismus. Nicht jeder versteht die Botschaften, manch einem fallen sie gar nicht auf. Nichtsdestotrotz existieren solche Kampfansagen. Im Straßenbild vieler Städte sind sie präsent. Mit Graffiti und Aufklebern werden sie verbreitet. Was verbirgt sich hinter den Codes der Szene und welcher Formen der Vermittlung bedienen sich die Linksextremisten?

Was soll durch die massenhaft verbreiteten Parolen bezweckt werden?

Sie sollen anklagen, sie sollen provozieren, sie sollen drohen. Die Parolen an den Wänden verkünden einen Machtanspruch im öffentlichen Raum¹¹⁴. Zugleich sollen unser Werte-, und Rechtssystem, der Staat, seine Institutionen und die Wirtschaftsordnung nachhaltig in Verruf gebracht werden. Eine solche Strategie wurde schon in der Weimarer Republik von Nationalsozialisten und Kommunisten betrieben und sollte zum Vertrauensverlust in die Demokratie führen. Die verbreiteten Parolen sind oft an den politischen Gegner adressiert und enthalten Drohungen. Autonome zeigen so: Wir beanspruchen die Vorherrschaft gegenüber dem Rechtsstaat. Politisch Andersdenkende, insbesondere „Faschisten“, aber auch „Bullenschweine“, haben mit gewalttätigen Übergriffen zu rechnen (siehe auch Wie stehen Linksextremisten zur Gewalt als Mittel der Politik? und „Gewalt ist ein legitimes Mittel.“).

Wie gehen die Macher der linksextremistischen Propagandabilder vor?

Autonome wollen bestimmte Zielgruppen ansprechen und ihre Parolen mit einem urbanen Lebensstil verschmelzen lassen (siehe auch Die Welt der Autonomen). Sie platzieren ihre Botschaften an den Hauswänden, auf Transformator-Kästen, an Laternen und Verkehrsschildern. Um ihre Parolen in das Sichtfeld der Menschen zu bringen, verwenden sie verschiedene Techniken. Auf einschlägigen Internetseiten werden Vorlagen und Sprühschablonen für die Verbreitung der Parolen in allen Regionen des Bundesgebietes bereitgestellt. Die Motive der Schablonen werden einerseits mit Sprühdosen direkt auf Hauswände aufgebracht. Andererseits werden Aufkleber, die für den Versand von Paketen gedacht sind, entwendet, besprüht oder mit Propaganda beklebt und dann für die Verbreitung der Parolen genutzt. Diese Aufkleber können in Heimarbeit gefertigt werden, um sie dann massenhaft zu verbreiten. Darüber hinaus werden Schablonen für die Herstellung von Abziehaufklebern im Internet veröffentlicht. Diese Propagandamaschinerie arbeitet weitgehend dezentral, und doch finden sich von Hamburg bis München nahezu identisch gestaltete Parolen zu den jeweils aktuellen Topthemen der Szene.

Welche Form hat autonome Agitation?

Moderne Agitation von Autonomen hat ein schickes Layout und kommt oft in englischer Sprache daher. Sie verwenden Ausdrucksformen und Stile, die eine junge, intellektuelle Klientel ansprechen sollen. Häufig werden junge Frauen als Revolutionärinnen dargestellt. Neben simplen Schmierereien kommen auch Graffiti, japanische Manga-Comics, Sprühschablonen (Stencils), Plakate und Aufkleber zum Einsatz. Beliebt sind verfremdete Markensymbole großer Konzerne, die mit neuem Inhalt versehen

¹¹⁴ Diese Ansinnen brachte vor 15 Jahren eine Kampagne britischer und amerikanischer Linksextremisten und Globalisierungsgegner mit dem Titel „Reclaim the Streets“ („Gewinnt die Straße zurück“) plakativ zum Ausdruck.

werden. Beispielsweise im Stil einer bekannten Cola-Marke: Enjoy Anti-Capitalism (= „Genieße (den) Antikapitalismus“).

Diese künstlerisch daherkommende Kapitalismuskritik, die mit Kritik am System BRD einhergeht, ist wesentlich attraktiver für die Zielgruppe als Handzettel mit ausführlichen Textauszügen von Marx oder Lenin (siehe auch Falsche Vorbilder: Wladimir Iljitsch Lenin). Die Botschaft wird extrem plakativ und assoziativ verkürzt und mit einem „hippen“ Design versehen. Aufrufe zu gewalttätigen Handlungen erhalten ein zeitgemäßes ästhetisches Aussehen. Was entsteht, ist ein Mix kreativer Designs mit linksextremer Propaganda. Es fällt kaum auf, dass die Inhalte manchmal aus der stalinistischen Agitation der 1930er Jahre stammen.

Verknüpfung von Personenkult und Parolen

Eine Strategie der Autonomen ist die Nutzung der Bekanntheit von historischen Persönlichkeiten oder aktuellen Kultfiguren. Einerseits werden die Konterfeis bekannter Ikonen der linken und linksextremistischen Szene (Rudi Dutschke, Rosa Luxemburg) verwendet (siehe auch Falsche Vorbilder: Rosa Luxemburg).

Andererseits werden die Konterfeis von Stars aus Hollywood wie Arnold Schwarzenegger oder die Figur Yoda aus Star Wars mit den Parolen der Autonomen versehen. Politischer Extremismus soll über diese Ausdrucksformen Akzeptanz erhalten, profitiert also vom Geschmack des Durchschnittsbürgers. Die Extremisten verwenden Symbolfiguren der Filmindustrie Hollywoods, des Symbols für Geld und Wohlstand, um „Kapitalismus“ und „Faschismus“ zu bekämpfen.

Linksextremisten greifen mit ihren Parolen Themen auf, welche die Menschen bewegen. Sie stellen sich als Teil einer intellektuellen Gegenkultur dar, um die Nähe zu nicht extremistischen Bewegungen zu betonen. Ökologische und emanzipatorische Bewegungen werden so instrumentalisiert, als seien sie untrennbar mit gewalttätigem Aktionismus verknüpft. Auch sollen Jugendliche aus anderen Szenen (Skater, Tier- und Umweltschützer) angesprochen werden, die sich gewöhnlich nicht mit den Zielen der Autonomen identifizieren können.

Was sind die wichtigsten Themen der linksextremen Parolen?

Aktuell wichtigstes Themenfeld der linksextremen Propaganda ist der „Antifaschismus“ ¹¹⁵ (siehe auch Was bedeutet „verordneter Antifaschismus“?). Autonome verstehen darunter nicht nur den Kampf gegen Rechtsextremismus, sondern auch gegen einen angeblich zwingenden Zusammenhang von bürgerlicher Demokratie und marktwirtschaftlicher Ordnung mit Rassismus und Faschismus. Das Aufkommen des gewalttätigen Rechtsextremismus in den frühen 1990er Jahren erschien Linksextremisten als Bestätigung dieser Vorstellungen. Autonome und Anhänger des DDR-Sozialismus inszenieren sich nunmehr als Bollwerk gegen die „faschistische Bedrohung“ in der Bundesrepublik. Autonome und andere Linksextremisten fordern: „Naziaufmärsche blockieren statt ignorieren“. Sie fordern damit, das Grundrecht der Versammlungsfreiheit für Rechtsextremisten aufzuheben ohne selbst darauf verzichten zu wollen.

Anlässlich einer geplanten Demonstration von Rechtsextremisten am Leipziger Völkerschlachtdenkmal wurden Plakate und Aufkleber mit der Aufschrift verbreitet: „Turn Left, Smash Völki! (= „Nach links wenden, Völkerschlachtdenkmal zertrümmern“) Die Nazikundgebung am 20. August zum Desaster machen!“

¹¹⁵ Manfred Agethen/Eckhard Jesse/Ehrhart Neubert, Der missbrauchte Antifaschismus. DDR-Staatsdoktrin und Lebenslüge der deutschen Linken. Freiburg (im Breisgau) 2002.

Wie dieses Desaster aussehen soll, kann man auf einem anderen Aufkleber lesen und sehen: „Ein bisschen wie in Belfast – Nazi Kundgebung verhindern.“

„Nazi sein heißt Probleme kriegen.“ Autonome rufen eine „Antifa Area“ (= „Antifaschistisches Gebiet“), d.h. einen von ihnen kontrollierten Bezirk¹¹⁶, aus (demonstrativ verbreiten sie Bilder, auf denen verummte Autonome durch die Straßen marschieren oder Brandsätze und Steine werfen).

Mit den Aufrufen „Smash Fascism“ („Faschismus zerschmettern“), „Faschisten angreifen“ oder „Nazis aufs Maul!“ animieren Autonome zu körperlicher Gewalt gegen Rechtsextremisten. Das Recht auf körperliche Unversehrtheit gilt nicht für den politischen Gegner. „Wir bleiben sportlich“ steht unter dem Bild eines verummten Aktivisten, der einen Golfschläger in der Hand führt. Diese zynische Drohung ist gekoppelt mit der Überschrift: „Nazi sein heißt Probleme kriegen“. An anderer Stelle heißt es unter einem Paar drohender Manga-Augen: „better run nazi scum“ („Renn lieber weg Nazi-Abschaum“) und „Wir sind in Form wie noch nie“. Als Beweis der äußersten Entschlossenheit präsentiert man auf einem Aufkleber die Nahaufnahme eines blutverschmierten, mutmaßlichen Rechtsextremisten. Das Foto ist mit der Aufforderung versehen: „Nazis aufs Maul – wer nicht hören will muss fühlen“.

Linksextremisten und Autonome greifen häufig tatsächliche gesellschaftliche Probleme auf, um sie dann für ihre Zwecke zu missbrauchen: „Natürlich gegen Nazis“ steht auf einem Aufkleber geschrieben, neben dem Symbol der Anti-AKW-Sonne. Die Botschaft der Autonomen ist: Militanter Antifaschismus und ökologische Orientierung gehören unmittelbar zusammen.

Häufig sind so genannte „antideutsche“ Parolen zu sehen: Nach Vorstellung in einem Teil der autonomen Szene führt ein vereintes Deutschland zwangsläufig zur Entstehung eines „Vierten Reiches“. Der deutsche Staat und seine Politik sollen als gewalttätig, imperialistisch, als faschisierend dargestellt werden; angebliche Ähnlichkeiten zu den Terrororganisationen des Dritten Reiches werden betont. Graffiti konstruieren eine Kontinuität von Hitlers SS-Leibstandarte zu heutigen Polizeibeamten: „Polizei-SA-SS“ - diese bis heute gängige Parole wurde schon in den 1960er Jahren von Linksextremisten gerufen. Darum könne es „keine Versöhnung mit Deutschland“ geben. Es wird gefordert: „Nieder mit Deutschland!“

Die Konsequenz für Linksextremisten: „Deutschland muss sterben – damit wir leben können“¹¹⁷. Extremisten sind in solchen Wahngelbilden gefangen. Von Deutschland sehen sie nur ein Schreckensbild: ein mit der Sprühschablone aufgetragenes Graffiti zeigt bewaffnete Polizisten umgeben von Mauer, Stacheldraht und Kameras. Darüber die Überschrift: „This is what democracy looks like“ („So sieht Demokratie aus“). Die Botschaft lautet: „Deutschland – ein KZ.“

Die friedliche Euphorie für das deutsche Team während der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 in Deutschland wird als Vorstufe zum Nationalsozialismus dargestellt, jeglicher Patriotismus wird als faschistisch deklariert. Die Reaktion der Extremisten: „More Fouls for Krauts“ („Mehr Fouls gegen Deutsche“). Für sie ist klar: „Deutschland – eine Zumutung“.

Ein erheblicher Teil autonomer Agitation richtet sich gegen den „Unrechtsstaat BRD“ (siehe auch War die DDR ein Unrechtsstaat?): Der Staat insgesamt muss erbittert bekämpft werden, weil er den Vorstellungen von Anarchie entgegensteht (siehe auch Was heißt Anarchismus?). Was mit dem Staat zusammenhängt, gilt Autonomen automatisch als „Repression“. Im Rahmen von Antirepressions-Kampagnen findet man Parolen wie „Freiheit für alle politischen Gefangenen – reißen wir die Mauern ein, die uns trennen“ (siehe auch Zentrale Aktionsfelder von Linksextremisten). Damit wird suggeriert, der „Unrechtsstaat BRD“ inhaftiere Oppositionelle aus politischen Gründen. Was Linksextremisten

¹¹⁶ Wahlweise auch: Antifa Zone, Zona Antifa, Antifa- Nazi FREE ZONE Zona Anfifaschista“.

¹¹⁷ Die Parole geht auf einen Songtitel der Anarcho-Punk-Band Slime aus den 1980er Jahren zurück.

ignorieren, ist, dass es politische Gefangene in Deutschland nicht gibt. Ein Aufstand zur Befreiung strafrechtlich verurteilter „Genossen“ ist aus ihrer Perspektive gerechtfertigt. Aktionen gegen den Rechtsstaat werden als Notwehr deklariert: „Der Staat zielt auf die Köpfe, wir zielen auf Solidarität.“

Autonome Agitation enthält häufig Drohungen bzw. Verunglimpfungen von Polizeibeamten. Den Schlachtruf „A.C.A.B./All Cops Are Bastards“ („Alle Polizisten sind Bastarde“) teilen sich Autonome mit Neonazis und Hooligans. In den Städten wird diese Parole über Aufkleber und Graffitis verbreitet, in Tätowierungen zur Schau gestellt. Ein A.C.A.B.-Aufkleber mit der Nahaufnahme eines Polizeibeamten und dem Schriftzug: „Wir vergessen nie!“ soll Polizisten einschüchtern. Auf einem anderen A.C.A.B.-Aufkleber wird, unter dem Bild eines zerstörten Polizeiautos, das Motto ausgegeben: „Love Antifa – Hate Police“ („Liebe die Antifa – hasse die Polizei“). Linksextremisten bringen damit ihre Militanz, die Bereitschaft zu physischer Gewalt und ihren Anspruch auf Kontrolle des öffentlichen Raums zum Ausdruck. Die Parole A.C.A.B. hat Eingang in milieutypische Musik gefunden und wird auf T-Shirts, Mützen und Postern vertrieben. Der Hass auf Staatsbedienstete soll zum Lebensstil erhoben werden. Polizeibeamte werden zum absoluten Feindbild erklärt; den „Bullenschweinen“ werden menschliche Eigenschaften und Menschenwürde schlicht abgesprochen.

Bestandteil des „Kampfes gegen das Schweinesystem“ sind unterschiedliche Formen des „Sozialkampfes“, oft auch als Alltagsmilitanz oder Widerstand bezeichnet. Über dem Bild eines jungen Mädchens steht geschrieben: „I love Riot“ („Ich liebe Aufstand“). Der mit einem Kreis umrahmte Buchstabe A ist dabei die äußerst verkürzte Parole für Anarchie. In verschiedenen Formen werden revolutionäre Umstürze romantisierend dargestellt: „Revolte heißt Leben“, heißt es auf einem Aufkleber. „Viva la Revolucion!“ („Lang lebe die Revolution!“) wird unter dem Konterfei des kubanischen Revolutionärs Che Guevara angemahnt (siehe auch Falsche Vorbilder: Ernesto „Che“ Guavara). Dass nach kommunistischer und auch anarchistischer Vorstellung Revolutionen in der Regel immer blutig verlaufen und mit der Vernichtung der unterlegenen Klasse enden, wird nicht thematisiert. Auch der „Class War!“ („Klassenkrieg“) wird gefordert. „Enough is Enough („Was zu viel ist, ist zu viel“) – Klassenkampf organisieren“ heißt es an anderer Stelle. Damit propagiert die extreme Linke den Bürgerkrieg zwischen Arm und Reich, im Sinne einer verkürzten marxistischen Interpretation sozialer Probleme.

Ein Unterfall dieses „Sozialkampfes“ ist der Widerstand gegen die Gentrifizierung¹¹⁸. Autonome solidarisieren sich mit den Initiativen von Anwohnern gegen die Modernisierung und Aufwertung von bisher vernachlässigten Wohnvierteln. Sie beschränken sich jedoch nicht auf rechtsstaatlichen und friedlichen Protest. Unter einem Bild, das vermummte Steinewerfer zeigt, heißt es: „Das Viertel bleibt dreckig – auf die Straße gegen Gentrifizierung“. Der zivilgesellschaftliche Protest gegen Stadtentwicklungspolitik soll militarisiert werden. Statt eines normalen Interessenkonfliktes machen Linksextremisten einen „Klassenkampf“ aus, bei dem die „Armen“ durch die „Kapitalisten“ vertrieben werden. Sie müssten sich gegen diese „Übergriffe“ zur Wehr setzen. Sie behaupten, sich im Kampf „Klasse gegen Klasse“¹¹⁹ zu befinden; sie verüben Brand- und Farbbeutelanschläge gegen neu eingerichtete Geschäfte („Yuppie-Läden“), gegen teure Autos und aufwendig sanierte Wohnungen. Besonders das „Abfackeln von Bonzen-Karossen“ wird als Erfolg des Widerstands gefeiert.

¹¹⁸ Darunter werden verschiedene soziale und wirtschaftliche Veränderungen in einer Stadt zusammengefasst. Beispielsweise steigende Immobilienpreise, die Ansiedelung neuer Mieter und Geschäfte und städtebauliche Umstrukturierungen. Die Erschließung eines Viertels durch finanzkräftige Investoren stößt oft auf Widerstand von Bürgerinitiativen. Denn in diesem Stadtteil profitierten die Menschen bisher von den niedrigen Mieten in unsanierten Altbauten und den ungenutzten Freiflächen. Proteste richten sich dementsprechend gegen den Anstieg der Mieten und die Veränderung des Charakters des Viertels.

¹¹⁹ Die Parole „Klasse gegen Klasse“ stammt aus der Politik der stalinistischen KPD der 1930er Jahre und schloss – was ihren heutigen Protagonisten durchaus bekannt ist – gewaltsames Vorgehen nicht nur gegen die NSDAP, sondern auch gegen die demokratischen Parteien der Weimarer Republik ein.

Für eine bessere Welt? Linksextremistische Argumentationsmuster

Jürgen P. Lang

So manches Gespräch mit ideologisch denkenden Menschen hinterlässt das peinliche Gefühl, von den Argumenten des Gegenübers überrollt worden und mit den eigenen Argumenten abgeprallt zu sein. Links- und Rechtsextremisten, Fundamentalisten und Sektenangehörigen ist eines gemein: Sie verfügen über ein geschlossenes, festgefügtes Weltbild. Damit einher geht die Neigung, lieber die Realität zurechtzubiegen, als das Ideologiegebäude ins Wanken zu bringen. Deshalb verwenden Extremisten viel Zeit, Energie und Intelligenz darauf, zu jedem Problem gleich eine Lösung, zu jeder Kritik gleich die passende Antwort parat zu haben. Ein großes Sendungsbewusstsein geht einher mit der suggestiven Kraft eines in sich logisch erscheinenden Konstrukts der Welterklärung.

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben, befassen sich diese Ausführungen mit typischen Argumentationsmustern von Linksextremisten. Es geht darum, deren ideologischen und historischen Hintergrund zu beleuchten und die Stichhaltigkeit aus demokratischer Sicht zu überprüfen. Jeder politisch interessierte Mensch ist schon einmal auf eines dieser Argumente gestoßen – und nicht immer ist auf den ersten Blick ersichtlich, dass sie der Ideologie von Antidemokraten entsprungen sind. Dies gilt zumal dann, wenn Linksextremisten Forderungen von (linken) Demokraten für sich vereinnahmen (siehe auch *Wie unterscheiden sich Linksextremisten von linken Demokraten?*). In ihren Zielen jedoch schließen sie einander kategorisch aus: Während linke Demokraten auf dem Boden des demokratischen Verfassungsstaats agieren, sehen Linksextremisten gerade in dessen Beseitigung die vermeintlich simple Lösung aller Probleme (siehe auch *Welche Fernziele verfolgen Linksextremisten?*). Jene verbinden mit „Kapitalismus“ ein Wirtschaftssystem, das sozialen Maßstäben angepasst werden müsse. Diese sehen im „Kapitalismus“ ein Herrschaftssystem, das es zu bekämpfen gelte (siehe auch *„Der Kapitalismus ist an allem schuld.“*). Linksextremistische Ideologien konstruieren ein klares Feindbild. Ihm liegt der strikte und allumfassende Gegensatz zwischen Sozialismus und Kapitalismus zugrunde. Demgegenüber spielt der für ein freiheitliches Gemeinwesen kardinale Gegensatz zwischen Demokratie und Diktatur bei ihnen keine Rolle.

Der Begriff des Linksextremismus umfasst alle Personen und Organisationen, die sich radikal-egalitären Vorstellungen verpflichtet fühlen und aus diesem Grund die Werte und Prinzipien eines demokratischen Verfassungsstaates ablehnen (siehe auch *Was ist Linksextremismus?*). Die politische Utopie von Linksextremisten ist eine Gesellschaft, in der es keine sozialökonomische oder politische Ungleichheit unter den Menschen mehr gibt. Dies kann entweder eine „klassenlose“ Gesellschaft sein, wie sie Kommunisten propagieren, oder eine „herrschaftslose“, wie sie anarchistisches Denken zum Ziel hat (siehe auch *Was ist Kommunismus?* und *Was heißt Anarchismus?*). Ein wesentlicher Unterschied zum Rechtsextremismus besteht darin, dass sich Linksextremisten auf demokratische oder liberale Ideen berufen, ihnen aber eine neue Bedeutung geben (siehe auch *Was unterscheidet Links- und Rechtsextremismus voneinander?*). Von dieser Uminterpretation wird noch die Rede sein.

Es ist wichtig, die unterschiedlichen Spielarten des Linksextremismus keineswegs über einen Kamm zu scheren. Doch die Konzentration auf die zentralen Argumentationsmuster erfordert eine gewisse Verallgemeinerung. Im Zentrum stehen kommunistische, hauptsächlich von der Ideologie des Marxismus-Leninismus geleitete Denkmuster. Aber auch reformsozialistische Ansätze, die zum Beispiel in der Partei Die Linke vertreten werden und keineswegs über jeden Extremismusverdacht erhaben

sind¹²⁰, werden berücksichtigt. Die Frage der Anwendung von Gewalt ist ein wichtiges Diskussionsthema in linksextremistischen Kreisen (siehe auch „Gewalt ist ein legitimes Mittel.“). An diesem Punkt werden der Linksterrorismus und die hauptsächlich für Jugendliche attraktiven, sogenannten Autonomen einbezogen (siehe auch Führt Linksextremismus zu Terrorismus? und Die Welt der Autonomen).

Auch die hier versammelten Texte argumentieren nicht politisch „gegen links“, sondern normativ gegen Extremismus. Sie sind geleitet von der Überzeugung, dass bei allen Problemen nur ein freiheitliches System ein menschliches Zusammenleben ohne Unterdrückung gewährleistet und zu von einer Mehrheit getragenen politischen Entscheidungen führt. Keinesfalls soll hier nach der Art eines verbalen Standgerichts mit dem Linksextremismus abgerechnet werden. Wer ihn bekämpfen will, muss seine Argumente ernst nehmen und sollte nicht ignorieren, dass es auch Antidemokraten sein können, die Probleme in der Gesellschaft aufzeigen. Er sollte sich gerade als Demokrat bewusst sein: Es sind keine „niederen Beweggründe“, die Linksextremisten antreiben. Oft stecken Wut und Verzweiflung über die Missstände in der Welt dahinter. Sie verleiten dazu, radikale Auswege und vermeintlich einfache Erklärungen zu suchen. Die Flucht in die Ideologie liegt oft näher als der steinige Weg demokratischer Auseinandersetzung. Dabei wähnen sich Linksextremisten auf der moralisch richtigen Seite und verweisen darauf, eine menschliche Gesellschaft der Freien und Gleichen anzustreben. Doch die Geschichte hat gezeigt: Die Verwirklichung solcher Utopien führt in die Sackgasse der Diktatur.

¹²⁰ Vgl. Armin Pfahl-Traugher, Wie steht es mit Demokratie und Freiheit? Kritische Anmerkungen zum Programmwurf der Partei „Die Linke“ (2010), in: liberal, September 2010, S. 28–31; Eckhard Jesse/Jürgen P. Lang, Die Linke – der smarte Extremismus einer deutschen Partei, München 2008.

Informationen im Internet richtig deuten

Christoph Bernstiel

Das Internet hat sich innerhalb der letzten Jahre zu einem der wichtigsten und beliebtesten Informationsmedien überhaupt entwickelt. Es ist schnell und einfach zugänglich, man findet Antworten auf fast jede Frage, und es ist kostenlos. Doch nicht alle Informationen im Internet sind richtig. Fast jeder kann mit wenig Aufwand Texte in das world wide web stellen. Für den Leser ist oft nicht zu erkennen, welche Absichten der Autor mit der Veröffentlichung seiner Texte verbunden hat oder wie gut diese recherchiert sind. Die Unterscheidung zwischen vertrauenswürdigen und eher unglaubwürdigen Informationen ist nicht leicht. Doch es gibt einige Tricks, die beim Einordnen helfen.

Am 1. Januar 2006 wurde eine Meldung des Bundes Deutscher Juristen (BDJ) über den renommierten und internationalen Pressedienst Associated Press verbreitet, in der es hieß, dass der Vorsitzende des BDJ und Richter des Bundesgerichtshof Claus Grötz fordere, in Zukunft leichte Foltermethoden zur Informationsgewinnung zuzulassen. Die Nachricht, die auch auf der Homepage des BDJ zu lesen war, wurde innerhalb kürzester Zeit über verschiedene Radio- und Fernsehstationen verbreitet. Auf empörte Reaktionen musste man nicht lange warten. So forderte die Geschäftsführerin von Bündnis 90/Die Grünen noch am selben Tag den Rücktritt von Claus Grötz. Der konnte aber nicht zurücktreten, weil es ihn gar nicht gab. Weder der BDJ noch Claus Grötz waren real. Es handelte sich um eine gezielte Falschmeldung, um die Medien bloßzustellen. Die Echtheit der Pressemeldung wurde nicht weiter geprüft, schließlich stand sie ja auf der Homepage des BDJ. An diesem Beispiel zeigt sich, dass es selbst Profis nicht leicht fällt, die Qualität einer Information auf Anhieb immer richtig zu bewerten. Prinzipiell gilt jedoch der Grundsatz: Umso brisanter einer Information ist, desto genauer sollte man sie auf ihren Wahrheitsgehalt prüfen. So etwas wie eine endgültige und umfassende Wahrheit gibt es dabei nicht. Aber mit den folgenden Tipps kann man zumindest plakative Lügen und Fehlinformationen im Internet von echten Meldungen unterscheiden.

Achtung bei Zitaten

In vielen Texten werden Zitate berühmter oder wichtiger Personen dazu verwendet, um den eigenen Standpunkt zu unterstreichen oder vorzugaukeln, dass die zitierende Person die Meinung des Autors vertritt. Vor allem bei Verschwörungstheorien ist dies eine gern genutzte Praxis, um den Leser von der Richtigkeit der Theorie zu überzeugen. Allerdings sind diese Zitate häufig völlig aus dem Zusammenhang gerissen oder aus verschiedenen Aussagen zusammengesetzt. Daher empfiehlt es sich, das entsprechende Zitat zu kopieren und mit dem Namen des vermeintlichen Autors in einer Suchmaschine zu suchen. In den meisten Fällen stößt man dann auf den Originaltext und kann dann selbst prüfen, was der Zitierte mit seiner Aussage ursprünglich meinte.

Aktualität

Wie aktuell die Beiträge auf einer Seite sind, gibt Aufschluss darüber, ob die Seite regelmäßig betreut wird. Neue Informationen können dazu führen, einen Sachverhalt völlig anders zu bewerten. Daher sollte man immer prüfen, wann zuletzt etwas zu einem Thema verfasst wurde. Möglicherweise ist die eingestellte Information nicht mehr aktuell.

Impressum

Jede seriöse Seite hat ein Impressum. Unter den Top-Level-Domains ist dies sogar Pflicht. Das Impressum gibt Auskunft über den rechtlich und inhaltlich Verantwortlichen der Seite. Findet man im

Impressum keine eindeutigen Angaben oder fehlt es gar komplett, so darf an der Seriosität der Seite gezweifelt werden.

Layout der Seite

Personen oder Organisationen, denen es nur darum geht, ihre unsachlichen Botschaften zu verbreiten, kümmern sich oft nicht um ihren öffentlichen Ruf. Ihre Internetseiten sind entsprechend einfach und unübersichtlich gestaltet. Technisch ausgereifte und optisch ansprechende Seiten lassen hingegen auf eher seriöse Organisationen schließen. Ein ansprechendes Layout ist im Umkehrschluss aber nicht automatisch eine Garantie für Seriosität. Denn in den letzten Jahren haben Rechtsextremisten technisch aufgeholt.

Mehrere Quellen prüfen

Eine einfache Methode, den Wahrheitsgehalt einer Aussage einzuschätzen, ist ihre Plausibilität zu prüfen. Macht die Aussage in ihrem Zusammenhang Sinn? Falls ja, so werden sich im Internet verschiedene Erklärungen und Informationen finden, die zu gleichen oder mindestens ähnlichen Ergebnissen kommen. Lassen sich jedoch keine weiteren Quellen finden, so sollte die These nicht vorbehaltlos übernommen werden.

Obacht bei der Nutzung von Suchmaschinen

Die meisten Suchmaschinen sortieren die gefundenen Treffer nicht nach ihrer Qualität oder ihrem Informationsgehalt, sondern nach der Zahl ihres Aufrufs und nach der Passgenauigkeit mit dem Suchbegriff. Ganz oben in der Trefferliste stehen demnach nicht die besten Antworten auf eine Frage, sondern lediglich die am häufigsten gesuchten Begriffe zu diesem Sachverhalt. Eine Platzierung in den vorderen Rängen einer Suchmaschine bedeutet also nicht automatisch, dass der angezeigte Treffer auch am ehesten der Wahrheit entspricht.

Referenzen der Autoren

Die Zuverlässigkeit einer Information hängt entscheidend von der Quelle ab. Kann die Herkunft einer Information nicht bestimmt werden oder wird der Autor eines Textes nicht genannt, so gibt das Anlass zum Nachdenken. Ist der Name des Autors bekannt, so lohnt es sich zu prüfen, welche Referenzen der Autor sonst noch vorweisen kann. Existiert die Person tatsächlich oder handelt es sich um ein Pseudonym? Hat der Autor weitere Texte zum Thema, z. B. Bücher oder Fachartikel veröffentlicht? Ist der Autor einschlägig bekannt? Beispielsweise könnte er einem politischen Lager zugehören und deshalb einseitig argumentieren. Personen des öffentlichen Lebens werden ihre Aussagen in der Regel sorgfältiger prüfen und auf Polemik verzichten.

Sachlichkeit

Ein Grundsatz der Wissenschaft und des Journalismus ist das Gebot der Sachlichkeit. Findet man in einem Text sehr viele wertende Aussagen oder gar Schimpfwörter, so ist dies ein sicheres Zeichen dafür, dass es sich um eine bloße Meinungsäußerung, aber nicht um eine verlässliche Information handelt. Sachliche Texte enthalten keine Beleidigungen, Aufrufe zu Gewalt und nicht belegte Behauptungen oder Statistiken ohne Quellenangabe.

Vertrauenswürdige Quellen

Prinzipiell ist es immer ratsam, zur Beantwortung einer Frage verschiedene Quellen zu nutzen, um sich am Ende selbst einen Überblick zu verschaffen. Im Fall des BDJ hätte eine einfache Suchanfrage genügt,

um zu sehen, dass es ihn gar nicht gibt. Große Organisationen, berühmte Personen oder wichtige Ereignisse hinterlassen Spuren im Internet. Man findet meistens mehrere Informationen und Meinungen zu einem Thema. Die erste Meinung ist daher nicht immer die Beste. Im Internet gibt es verschiedene Portale, die einem keine Meinungen vorgeben, sondern einen Überblick anbieten. Z. B. die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb.de), der Deutsche Bundestag (bundestag.de) oder die Universitäten (hochschulkompass.de).

Wikipedia

Wikipedia ist ein Wissensportal, das über umfangreiche Informationen zu verschiedenen Themen verfügt. Autoren aus der ganzen Welt können ihr Wissen auf dem Portal veröffentlichen. Wer diese Autoren sind und woher sie ihr Wissen beziehen, wird dabei nicht angegeben. Wissenschaftler verzichten daher darauf, Wikipedia als Quelle für ihre Untersuchungen zu verwenden. Darüber hinaus sind Informationen auf Wikipedia teilweise unvollständig, veraltet, unzutreffend oder sogar bewusst gefälscht. Wikipedia sollte daher eher am Anfang einer Recherche stehen, wenn es darum geht, sich einen Überblick zu verschaffen, als am Ende. Das Portal ist kein wissenschaftliches Archiv, weil die Herkunft der dort enthaltenen Informationen nicht transparent ist und ihre Nachvollziehbarkeit nicht gewährleistet ist. Das sollte man bedenken, wenn man Informationen dieser Seite verwendet.

Woher kommt die Seite?

In Deutschland registrierte Internetseiten enden meist auf die Endung „de“. Dafür ist eine Anmeldung bei der zentralen Registrierungsstelle denic (denic.de) erforderlich. Dort müssen Name und Anschrift hinterlegt werden, um eine „de“ Domain zu erhalten. Jede „de“ Adresse (Domain) kann kostenfrei bei der denic abgefragt werden. Auch in anderen Ländern gibt es solche typischen Endungen. Man nennt diese auch Top-Level-Domains (z.B. de, com, eu, net). Betreiber solcher Seiten sind demnach leicht zu identifizieren, was in der Regel darauf schließen lässt, dass sie nichts zu verbergen haben. Vorsicht ist hingegen bei Seiten mit selten vorkommenden Endungen wie „to“, „ru“ oder „dl“ geboten.

Kann man linksextremistischen Medien trauen?

Rudolf van Hüllen

Linksextremisten wollen die Welt retten und von der „Richtigkeit“ ihrer Ideen möglichst viele Menschen überzeugen. Sie verbreiten sie deshalb auch mit eigenen Medien so umfangreich wie möglich. Früher waren das Tonnen von Flugblättern und Plakaten, ferner eigene Zeitungen und Zeitschriften. Heute ist manches von dem bedruckten Papier durch Seiten im Internet ersetzt worden. Kann man ihren Informationen trauen?

Die Frage ist mit einem klaren Nein zu beantworten. Linksextremistische Medien haben nicht die Aufgabe, über Sachverhalte so objektiv wie möglich zu informieren. Sie sollen die Weltsicht ihrer Organisationen verbreiten und den eigenen Anhängern Hinweise für politisch erwünschtes Verhalten vermitteln. In der Parteisprache nannte man diese Aufgabe „Agitation“, ohne dass man den heute zu Recht üblen Beigeschmack mit diesem Wort verbunden hätte (siehe auch Der offen sichtbare Linksextremismus: Linksextreme Agitation und Parolen im Stadtbild). Verräterisch war auch die Bezeichnung der früheren Tageszeitungen kommunistischer Parteien als „Zentralorgane“: Sie enthielten „zentrale“ Wahrheiten, andere Meinungen waren in ihnen nicht erwünscht.

So streng wie beschrieben „agitiert“ wird heute nur noch bei sehr dogmatischen Gruppen. Andere haben zumindest anderen linken und linksextremen Stimmen ihre Zeilen zur Diskussion geöffnet. Dennoch findet man in linksextremen Medien eine Menge Manipulationstechniken, damit nach wie vor das Prinzip „partieller und parteilicher“ Berichterstattung gewahrt bleibt (siehe auch Für eine bessere Welt? Linksextremistische Argumentationsmuster): Unerwünschte Themen oder Fakten werden weggelassen, die Positionen und Beweggründe politischer Konkurrenten demagogisch verkürzt, durch Negativberichterstattung und Polemik werden „Feinde“ als solche markiert.

Das spricht nicht dagegen, solche Produkte zu lesen, vor allem, wenn man sich über die Absichten linksextremistischer Gruppen informieren will. Man sollte es aber sehr kritisch prüfen und im Hinterkopf behalten, was Henryk Broder vor 30 Jahren der Tageszeitung der DKP zuschrieb: „Sie druckt so schnell sie lügen kann.“

Kultur für den Klassenkampf: Linksextremistische Musik

Rudolf van Hüllen

„Menschenverachtung mit Unterhaltungswert“ - so charakterisierte der Medienwissenschaftler Thomas Pfeiffer rechtsextremistische Hassmusik und ihre Inszenierung als „Event“. Trifft das auch für linksextremistische Musik zu? In Teilen ja, in Teilen nicht, meinen wir.

Musik, Kunst und Kultur gehören für Kommunisten und auch für Autonome zu Knechten und Mägden politischer Absichten degradiert. Sie haben als „Agit-Prop“ die Funktion, politische Anliegen zu unterstützen. Kultur ist, so die gängige kommunistische Doktrin, eine „Waffe im Klassenkampf“. Und da sie die Emotion anspricht, keine unwichtige. Aus linksextremistischer Sicht ist allerdings nicht ihre ästhetische, künstlerische Qualität entscheidend, sondern ihre politische Aussage, ihr „Klassenstandpunkt“. Kunst hatte im „realen Sozialismus“ nur dann eine Berechtigung, wenn sie die Anliegen der Regierung oder der Kommunisten bestätigte. Kunst als Äußerung von Opposition war nicht erwünscht - wer aufmuckte, flog bestenfalls aus der DDR, schlimmstenfalls ins Stasi-Gefängnis, wie es zahllose Dissidenten bezeugen, von denen Wolf Biermann nur der bekannteste ist.

Musik ist im Grundsatz (leider) für jede Form des politischen Extremismus instrumentalisierbar. Man kann Melodien sowohl mit rechts- als auch linksextremistischen Texten singen. Die Verwendbarkeit ist allenfalls graduell eingeschränkt: Der 4/4-Takt des klassischen Militärmarsches taugt für die Konditionierung von Neonazis besser als gregorianische Gesänge aus mittelalterlichen Klöstern. Aber wie sich in jüngster Zeit zeigte, sind auch „linke“ Musikstile wie Rap und Hip Hop für eine rechtsextremistische Verwendung geeignet.

Das Liedgut der sozialistischen Arbeiterbewegung ist natürlich weder menschenverachtend noch linksextremistisch. Und es gehört zum größeren Teil auch zum Traditionsbestand linksextremistischer Musik. Zudem sind die Texte - anders als beim Rechtsextremismus - nicht im gleichen Ausmaß von Hasstiraden geprägt. Die Gewalt- und Extremismusladung steht weder mit dem Musikstil noch mit der Epoche, in der das Stück entstand, in notwendigem Zusammenhang.

„Weichere“ Varianten linksextremistischer Musik reichen trotz eindeutiger politischer Positionierung in den Bereich der völlig legitimen Sozialkritik hinein. Als Beispiel können sehr gut linke „Liedermacher“ gelten. Dieter Süvercrüp, der singende RAF-Anwalt Franz-Josef Degenhardt, Hannes Wader und Konstantin Wecker - sie alle waren entweder Mitglieder der DKP oder ihr nahe und standen durch Kunst und mit ihrem Namen für den realen Sozialismus ein. Doch bleibt Süvercrüps Figur „Baggerführer Willibald“, der sich an seinem „Ausbeuter“ reibt („Der Boss steht meistens rum und redet laut und dumm“) gewissermaßen kindgerechte Klassenkampfagitation. Wenn Wader das „Lied der Moorsoldaten“ singt, ist die Wiedergabe eines historischen Stückes, das von Häftlingen des KZ Esterwegen komponiert wurde, gewiss als zeithistorisches Kulturgut für sich betrachtet unproblematisch. Passiert dies aber im Kontext aktueller Antifa-Agitation, so lautet der Subtext: Es ist heute in Deutschland nicht viel besser als damals nach 1933. Und zu jeder kommunistischen Friedensballade erklingt eigentlich unhörbar als zweite Stimme der Marsch der sowjetischen Raketentruppen.

Leichter hat man es mit militaristischen und hassgetränkten Texten, die wiederum in ganz unterschiedlichen Stilen auftreten können. Die militarisierte Kultur der DDR hat ausreichend monumentale Instrumentalmusik (von der Intonierung der „Internationale“ angefangen) bis zu ebenso monumentalen, meist von Männerchören gesungenen Hymnen auf die Staatssicherheit

hervorgebracht. Sie entsprechen der Wertschätzung der rechtsextremistischen Szene für einschlägiges Wehrmachtsliedgut. Nun kann man dies als nostalgischen, wenig zeitgemäßen Kitsch abtun.

Bisweilen ist aber die Gewaltladung solcher rückwärtsgewandten Formate nicht unerheblich. Die von Ernst Busch gesungenen Kampflieder aus den 1930er Jahren können da mühelos mit modernen Hassgesängen mithalten: „Schluss mit dem Zank und Gezauer. Still da ihr Redner, du hast das Wort: Red’ Du, Genosse Mauser“. Die Zeile aus „Linker Marsch“ ist eine unverhohlene Aufforderung, den Diskurs durch Schusswaffengebrauch zu ersetzen.

Mit linksextremer Hassmusik verbindet man heute den schwer verständlichen Hardrock aus dem „Lauti“ einer Antifa-Demo. Rock, Rap, Hip Hop und Punk eignen sich schon aufgrund ihrer musikalischen Eigenheiten eher als andere Musikstile für gewaltaffine Musikagitation. Sie verbinden sich ja auch ein Stück weit mit gewaltaffinen Jugendkulturen, die ihrerseits mit der Autonomen-Szene teil-amalgamiert sind.

Hier geht es in der Regel nicht um utopisch-schwülstige Kampf- und Durchhalteappelle, sondern sehr konkret um Aufrufe zu physischer Gewalt gegen bestimmte Feindgruppen. Dabei stehen im Mittelpunkt tatsächliche und vermeintliche Rechtsextremisten und Polizisten (siehe auch Der Polizist als Hauptfeind des Linksextremisten). Ein Klassiker dieses keineswegs neuen Phänomens ist die seit 1979 existente Punk-Band „Slime“. Ihr Song „Bullenschweine“ hat seither zahlreiche Variationen gesungener bzw. gegröler Menschenverachtung nach sich gezogen: „Wir wollen keine Bullenschweine. Dies ist ein Aufruf zur Revolte, dies ist ein Aufruf zur Gewalt. Bomben baun, Waffen klaun, den Bullen auf die Fresse haun: Haut die Bullen platt wie Stullen. Stampft die Polizei zu Brei. Haut den Pigs die Fresse ein, nur ein totes ist ein gutes Schwein“. Zwei Wiederaufführungen des „Klassikers“ durch die gealterten Rockmusiker führten 2010/2011 zu kleineren Straßenschlachten in Berlin und lösten schließlich eine Indizierung des Hassgesangs durch die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien aus - immerhin dreißig Jahre zu spät.

Es ist kein Zufall, dass die Hasstexte in den autonomen Aktionsfeldern „Antifaschismus“ und „Antirepression“ besonders dehumanisierend ausfallen und den Feindgruppen menschliche Würde und das Recht auf Leben absprechen. Nur haben sich Gesellschaft und Sicherheitsbehörden erst vor einigen Jahren für die Spiegelbilder des Nazi-Rocks zu interessieren begonnen.

Immerhin hatte man mit dem rechtsextremen Zwilling schon seine Erfahrungen und einen gesicherten wissenschaftlichen Forschungsstand, der sich auch für die Entschlüsselung linksextremistischer Menschenverachtung mit Unterhaltungswert nutzen ließ. Manchmal waren die Wege von der einen auf die andere Seite gar nicht so weit: Ein Rechtsextremist, der heute von Westfalen aus unter dem Namen „MaKssDamage“ völkisch-rassistischen Hip Hop verbreitet, hatte seine künstlerische Karriere in der DKP-Jugendorganisation und als Barde bei Berliner Antifa-Konzerten begonnen.

Lesetipps:

- Ulrike Madest, Linksextremistische Musik in Deutschland, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse/Alexander Gallus (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie Jg. 25, Baden-Baden 2013, S. 136-149.
- Verfassungsschutz des Landes Brandenburg, Tagungsband „Kultur des Hasses - Extremisten und Musik“, 2011.

Manipulieren will gelernt sein: Linksextremistische Täuschungstechniken

Extremisten haben allen Anlass, ihre Fernziele zu verbergen. Würden sie offen verkünden, dass am Ende ihres politischen Weges eine rechte Diktatur („Volksgemeinschaft“) oder eine linke („Kommunismus“) stehen soll, hätten sie im politischen Wettbewerb kaum Chancen, in einer demokratisch gefestigten Gesellschaft Mehrheiten zu gewinnen.

Sie haben daher bestimmte Techniken entwickelt, ihre einfachen Botschaften so zu vertreten, dass sie gefällig wirken und Zustimmung erheischen können. Eine Reihe dieser Techniken wird hier vorgestellt. Sie zu kennen bedeutet, sich ihnen gegenüber kritisch verhalten zu können. Kompetenz zur kritischen Hinterfragung von veröffentlichter Meinung wiederum ist unabdingbarer Bestandteil demokratischer Kultur.

Und vorab: Die hier vorgestellten Täuschungstechniken findet man nicht nur bei Linksextremisten. Auch Rechtsextremisten und Islamisten nutzen sie. Damit nicht genug: Selbst demokratische Politiker sind nicht davor gefeit, sich gelegentlich manipulativer Tricks zu bedienen. Mit Sprache und Botschaften kritisch umgehen zu können, also nicht automatisch alles zum Nennwert zu nehmen, was verkündet wird, kann deshalb über die Auseinandersetzung mit dem politischen Extremismus hinaus gewinnbringend sein.

Tatsächlich aber haben Linksextremisten eine besonders fundierte Tradition der Manipulation von Meinungen. Sie haben die Täuschung geradezu zu einer ihrer Handlungsmaximen gemacht. Für die sprachliche Verpackung von Botschaften an die Öffentlichkeit haben sie sogar einen besonderen Begriff gebildet: „Agitation“ lautet der kommunistische Fachbegriff für die Vermittlung „einfacher Wahrheiten“ an das Volk. Darauf, dass die Wahrheiten dabei auch wahr sind, kommt es nicht so an. Hauptsache, sie erfüllen ihren Zweck.

Marxistische bzw. marxistisch-leninistische Terminologie

Rudolf van Hüllen

Karl Marx' im 19. Jahrhundert entstandenes Hauptwerk „Das Kapital“ beschrieb die damaligen Volkswirtschaften in der wissenschaftlichen Terminologie des 19. Jahrhunderts, und die moderne Volkswirtschaftslehre verwendet die meisten damals gängigen Begriffe nicht mehr. Bei Marxisten-Leninisten sind sie allerdings zu einer Art Dogma kodifiziert worden.

Das beginnt mit dem zentralen Begriff „Kapitalismus“. Man kann ihn durchaus für eine Marktwirtschaft mit entwickeltem Finanz- und Bankensystem sowie einem garantierten Recht auf Privateigentum und wirtschaftliche Privatautonomie verwenden. Für Linksextremisten aber ist „Kapitalismus“ nicht nur ein Wirtschaftssystem, sondern ein zentrales „gesellschaftliches Verhältnis“, das über die Ökonomie hinaus sämtliche Lebensbereiche, also auch Staat, Kultur, Religion, selbst die Familienverhältnisse, dominiert. Und dieser „Kapitalismus“ als Chiffre für die gesamte Gesellschaftsordnung wird ausdrücklich negativ als „Ausbeuterordnung“ bewertet.

Marx' Beschreibung des Zusammenhangs zwischen wirtschaftlicher und politischer Ordnung in den frühen Industriegesellschaften des 19. Jahrhunderts (von ihm „politische Ökonomie“ genannt) beruhte auf bestimmten philosophischen Grundlagen (später von den kommunistischen Parteien zur „marxistisch-leninistischen Philosophie“ kodifiziert). Lenin fügte diesen zwei Elementen den „wissenschaftlichen Kommunismus“ hinzu: die Lehre von der Strategie und Taktik der Kommunisten und von der kommunistischen Partei. Aus ihr stammen die meisten politischen Besonderheiten linksextremistischer Sprache.

Schon mit dem Begriff „Partei“ verbinden Kommunisten anderes als Durchschnittsbürger. Der Begriff kommt von lateinisch pars für Teil und signalisiert, dass jede „Partei“ eben nur eines unter mehreren Teilen des politischen Betriebes darstellt. Ein „Parteiensystem“ setzt insofern logisch voraus, dass es in ihm mehrere Parteien geben muss. Für Kommunisten hingegen gibt es nur „die“ Partei, eben die „Kommunistische Partei“ (KP). Sie ist die einzige rechtmäßige Trägerin der gesellschaftlichen Zukunft, alle anderen Parteien sind historisch überflüssig und werden demnach verschwinden: die „führende Rolle“ (siehe auch Was war die „führende Rolle der Partei“?) und die Alleinherrschaft der KP aber halten Kommunisten für unabwendbar.

Da sie Politik in erster Linie als Machtkampf verstehen, verwenden sie häufig militärische Bezeichnungen für politische Sachverhalte. „Die Partei“ gilt ihnen als „Kampfgemeinschaft von Gleichgesinnten“ (so bei der DKP, der Deutschen Kommunistischen Partei) oder als „Kampfstab des Proletariats“ (Stalin). In ihrem „Apparat“ herrschen keine demokratischen Regeln, sondern Befehl und Gehorsam. Kommunisten haben diesen Organisationsprinzipien den missverständlichen Namen „Demokratischer Zentralismus“ (auch „Demozent“ genannt) gegeben. „Demozent“ bedeutet: Leitung der Partei von oben nach unten, Unterordnung der Mehrheit unter die Minderheit und der niedrigen Organisationsebenen unter die höheren, strengste Verpflichtung zu einheitlichem Auftreten und Handeln (notfalls auch gegen die persönliche Überzeugung des einzelnen Mitglieds), ferner das Verbot, abweichende Meinungen öffentlich zu äußern oder zu organisieren (Fraktionsverbot) – man erkennt leicht die zentralistischen Elemente.

Die angeblich demokratischen Elemente bestanden in der Wahl der Parteigremien von unten nach oben sowie in der Rechenschaftspflicht der jeweils höheren Parteiebenen gegenüber den nachgeordneten. Von diesen demokratischen Elementen funktionierte bei marxistisch-leninistischen Parteien nichts: Gewählt werden konnte nur, wessen Kandidatur zuvor von der Parteiführung

„bestätigt“ worden war; demnach richtete sich die Zusammensetzung der Leitungsgremien nach der Führung und nicht nach den Mitgliedern. Und die Rechenschaftspflicht blieb stets folgenlos: Zwar hielten kommunistische Parteiführer stundenlange „Rechenschaftsberichte“ auf Parteitag, kritisiert werden durften sie aber nicht. Vielmehr waren Wortmeldungen zu den Rechenschaftsberichten vorab schriftlich zur Genehmigung beim Parteitagspräsidium einzureichen.

Letztlich hatte das Sagen in solchen Apparaten nicht die Mitgliedschaft, nicht der Parteitag, sondern allenfalls das „Zentralkomitee“, über dem sich aber in der Regel noch ein „Sekretariat“ und über diesem ein „Politbüro“ erhob, das seinerseits häufig vom „Ersten Sekretär“ oder „Generalsekretär“ dominiert wurde. Es versteht sich, dass solche Apparate zur Überwachung unzuverlässiger Elemente in den eigenen Reihen „Kontrollkommissionen“ (bei der DKP hießen sie „Schiedskommissionen“) benötigten, die mit geheimdienstlichen Mitteln „falsche“ Meinungen – sie heißen im Parteijargon „Abweichungen“ – aufspürten und zum Schweigen brachten. Unter diesem Deckmantel der „Parteidisziplin“ vollzog sich das Parteileben: „Parteitage“ fassten grundsätzlich ihre Beschlüsse „einmütig und unter großem Beifall“¹²¹ und produzierten „Wahlen“ mit 99-Prozent-Ergebnissen. Es gab eine Vielzahl bürokratischer Reglements wie „Beschlusskontrollen“, ein „Berichtswesen“ an die übergeordneten Leitungen sowie eine gemeinsame „Auswertung der Parteidokumente“¹²², bei der das einzelne Mitglied die Beschlüsse der Parteileitung erklärt bekam. Selbst die Gliederungen der Partei trugen spezifische Bezeichnungen wie „Grundeinheiten“¹²³, „Betriebszellen“¹²⁴ oder „Parteiaufbaugruppen“.

Auch zur Rolle ihrer Mitglieder haben Kommunisten eigene Vorstellungen und Sprachregelungen entwickelt. Ein Mitglied musste aktiv sein, sein Leben weitgehend nach den „Direktiven“ der Partei ausrichten. Es formte mit anderen das von der Führung einsetzbare „Parteiaktiv“ – passive Mitglieder sollte es der Idee nach möglichst nicht geben. Besonders linientreue, enthusiastische und befähigte Mitglieder wurden zu „Kadern“ „entwickelt“, also zu Funktionären, die gewöhnliche Mitglieder „anzuleiten“ hatten und denen eine Befehlsfunktion zukam. Die erforderliche Befähigung erwarben sie durch „Schulung“, mit der „abweichende“ Gedanken aus ihren Köpfen gelöscht werden sollten¹²⁵. Das gewünschte Ergebnis war der „ideologisch klare Genosse“ – grundsätzlich kein kritischer Kopf, sondern eine willfährige und angepasste Marionette der Parteiführung. Dieser Mechanismus funktionierte keineswegs immer; deshalb gab es ein abgestuftes System von „Parteistrafen“ im Falle von „ideologischen Abweichungen“ oder sonstigen Aufmüpfigkeiten, das bis zur „Säuberung“, also zum Ausschluss, gehen konnte¹²⁶.

¹²¹ „Wahlen“ fanden nicht nur „einmütig“ statt, sondern zumeist auch auf vorgefertigten Listenwahlzetteln: Unter einer Kolonne von Namen fand sich ein Feld für „stimme zu“ oder „stimme nicht zu“. Da „Wahlen“ offen stattfanden und Nichtzustimmung als Verletzung der Parteidisziplin gewertet werden konnte, waren die Ergebnisse stets eindeutig.

¹²² Die „Parteidokumente“ waren das gültige Programm, die Beschlüsse des ZK bzw. der Parteileitung und alle Direktiven übergeordneter Parteiebenen. Die „Auswertung“ bestand darin, dass der zuständige Funktionär ihren Inhalt „erklärte“, diskutiert werden musste er nicht, kritisiert werden sollte er nicht.

¹²³ So die Bezeichnung bei der DKP, bei anderen Parteien auch „Parteizelle“ oder „Parteigruppe“. Zellen wurden in der Regel ab drei Mitgliedern eröffnet. Unter Umständen konnte sich hinter der Bezeichnung „Stützpunkt“ ein einzelner Kommunist verbergen.

¹²⁴ Das „Parteiaktiv“ ist die Gesamtheit der aktiven Kommunisten innerhalb einer Firma, einer Verwaltung oder einem Wohngebiet.

¹²⁵ Das System der Parteischulung haben z.B. beschrieben Hermann Weber, Damals, als ich Wunderlich hieß. Vom Parteihochschüler zum kritischen Sozialisten, Berlin 2002, und Wolfgang Leonhard, Die Revolution entlässt ihre Kinder, Köln 1955 (Neuaufgabe 1987).

¹²⁶ Bei der DKP und der maoistischen MLPD bleibt es im Säuberungsfalle bei einem Ausschluss und bei der Ächtung ihres früheren Genossen durch die Partei. Das war im Realsozialismus schlimmer: Ein Ausschluss aus der SED führte in der DDR zur Überwachung durch die Staatssicherheit und zu beruflichen Nachteilen. In der Sowjetunion war es zu Stalins Zeiten existenzvernichtend: „Gesäuberte“ Mitglieder wurden in der Regel verhaftet und häufig genug erschossen.

Militaristische Anklänge zeigt der Jargon auch, wo Kommunisten Politik nicht als Suche nach konsensfähigen (Kompromiss-)Lösungen, sondern als Kampf um die (alleinige und uneingeschränkte) Macht verstehen. Der Kommunist, heißt es in entsprechenden Anleitungen, müsse sowohl „politische als auch ökonomische und ideologische Kampfformen“ beherrschen. „Politischer Kampf“ ist die Umschreibung für Kampf um die politische Macht, wobei die Mittel von der Beteiligung am parlamentarischen System bei Wahlen bis hin zur Anzettelung von Bürgerkriegen und zum gewaltsamen Umsturz gehen können. Welche davon zum Einsatz kommen, ist eine Frage der „Kräfteverhältnisse“: Bei eigener Schwäche werden sich Kommunisten eher zurückhaltender Kampfformen bedienen. „Ökonomischer Kampf“ meint das Streiten um soziale Verbesserungen für die „Arbeiterklasse“, welche die KP als ihre Klientel ansieht.

Vordergründig deckt sich das oft mit den Anliegen von Gewerkschaften, tatsächlich geht es den Kommunisten aber nicht um das Wohlergehen der Bevölkerung, sondern um die Verbesserung der „Ausgangsbedingungen“ für die Revolution und um die Schwächung des wichtigsten „Klassenfeindes“, nämlich der „Kapitalistenklasse“. „Ideologischer Kampf“ schließlich meint die Zerstörung der ideellen Grundlagen demokratischer Verfassungsstaaten. Das kann eine Kampagne gegen Institutionen umfassen, auch eine Verächtlichmachung des Rechtsstaates, der demokratischen Freiheiten oder sogar der Menschenrechte, die im Kapitalismus nach kommunistischer Darstellung entweder ständig verletzt werden oder ohnehin nur der Abdeckung kapitalistischer Ausbeutung dienen.

Nur gelegentlich verrät die militaristische Ausdrucksweise ihre Doppeldeutigkeit, so z.B. in dem kommunistischen Begriff des „Friedenskampfes“. Der kommunistische Weg zum Frieden hat offenbar mit Pazifismus nichts zu tun, wohl aber etwas mit Kampf. Und der kann durchaus gewaltsame Formen annehmen: Sabotage, Anschläge „antiimperialistischer“ Gruppen, von kommunistischen Befreiungsbewegungen angezettelte Bürgerkriege können nach diesem Verständnis durchaus Instrumente des „Friedenskampfes“ sein.

Im Allgemeinen werden sowohl in den Analysen von Marx als auch in den Schriften Lenins und seiner Nachfolger die „Klassenfeinde“ der Kommunisten mit deutlich negativen Begriffen versehen: „Kapitalist“ klingt deutlich negativer als „Unternehmer“; Marx sprach, wenn er die bürgerliche Gesellschaft beschrieb, von „Bourgeois“ (dem raffgierigen, spießigen und rücksichtslosen Wirtschaftsbürger), nicht von „Citoyen“ (dem verantwortungsbewussten und aktiven Bürger der Zivilgesellschaft). „Klassenfeind“ stellte das Gegenteil vom „Klassengenossen“ dar. „Ausbeuter“ und „Imperialist“ sind andere eindeutig negative Zuschreibungen. Wer sich dezidiert gegen Kommunisten wendete, erhielt das Etikett „Antikommunist“¹²⁷. In feiner Differenzierung dazu gab es die Bezeichnung „Nichtkommunist“ für Menschen, die einer Zusammenarbeit mit Kommunisten zwar nicht widersprachen, aber deren Meinung dennoch nicht völlig teilten. Bündnispartner hingegen erhielten Bezeichnungen wie „fortschrittliche Demokraten“, „Humanisten“, „Antifaschisten“ oder „Friedensfreunde“.

Bei ideologischen „Abweichungen“ hat die Wortendung „-ismus“ im kommunistischen Sprachgebrauch jeweils einen negativen Einschlag. „Sozialdemokratismus“ galt von jeher als eines der schwersten Vergehen, als eine bloß „reformistisch“ linke Position, die vom Standpunkt der Kommunistischen Partei aus gesehen als „rechte“ (sprich: bürgerliche) Abweichung galt. Ihr Gegenstück war der „linke Radikalismus“. Er bezeichnete nach Lenin „linke Abenteurer“, die trotz fehlender revolutionärer Situation den Aufstand predigten und sich vor allem nicht der Führung „der Partei“ unterwerfen wollten. In diese Kategorie von „Verrätern und Renegaten“ gehörte auch der „Trotzkismus“, dessen man unabhängig von einer tatsächlichen politischen Nähe zu Stalins Haupt- und Todfeind Leo Trotzki (1878–1940) bezichtigt werden konnte. „Kosmopolitismus“ wiederum bezeichnete zu Stalins Zeiten eine

¹²⁷ „Antikommunist“ war zunächst eine Selbstbezeichnung von Kommunismus-Gegnern. Antikommunismus kann durchaus eine notwendige Tugend sein, wenn sie demokratisch motiviert ist. Aber selbstverständlich gibt es auch einen nichtdemokratischen, rechtsextremen Antikommunismus.

„Abweichung“, die mit einer gewissen Weltläufigkeit und oft mit jüdischer Abstammung der Beschimpften zusammenhing. Alle diese Etiketten sind heute seltener anzutreffen, aber alte Stalinisten erkennt man – vor allem, wenn sie sich in Rage geredet haben – zuverlässig an der Verwendung solcher Sprachhülsen.

Lesetipps:

- Kleines politisches Wörterbuch (1. Aufl. 1967, zuletzt 7. Aufl. 1988 in Berlin (Ost)), beschreibt auf mehr als 1.000 Seiten die Schlüsselbegriffe kommunistischer Terminologie in der seinerzeit offiziellen sowjetischen Auslegung.
- Für die im engeren Sinne Strategie und Taktik betreffenden Begriffe bietet sich das ebenfalls SED-offizielle „Wörterbuch des wissenschaftlichen Kommunismus“ (1982, zuletzt 3. Aufl. 1986) an.
- Gut lesbar für den Gesamtkomplex ist Josef Schleifstein, Einführung in das Studium von Marx, Engels und Lenin, mehrere Auflagen München 1972 ff. Schleifstein gehörte zu den Parteitheoretikern der DKP.
- Für das Binnenleben der Partei und ihre Organisationsprinzipien: Manfred Wilke/Hans-Peter Müller/Marion Brabant, Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) – Geschichte, Organisation, Politik, Köln 1990, S. 79–150.
- Aus der Sicht eines „Aussteigers“: Ralph Giordano, Die Partei hat immer recht, Köln 1961.

Publikationen mit Anbindung an Organisationen und Milieus

Rudolf van Hüllen

Das klassische „Zentralorgan“, also die Organisationszeitung, die ausschließlich und kompromisslos die Sichtweise „ihrer“ revolutionären Partei vertritt, ist selten geworden. Auch Zeitschriften mit organisatorischer Anbindung öffnen sich heute einem breiteren Publikum - mindestens einem solchen, das in allgemeinsten Form einen linken „systemüberwindenden“ Ansatz vertritt. Bisweilen sind Organisationen eingegangen, ihre Blätter haben überlebt und sich neu orientiert. Manche Organisationen leisten sich mehrere Publikationen. Wieder andere kommen ohne einen solchen Rückhalt aus; sie existieren einfach vom Zuspruch aus einem bestimmten Milieu des Linksextremismus, das ihnen Autoren, finanzielle Mittel und Leser beschert.

„Neues Deutschland“ (ND)

Das 1946 unter diesem Namen gegründete Blatt trug Jahrzehnte den Untertitel „Zentralorgan der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ und nennt sich seit Ende 1989 schlicht „Sozialistische Tageszeitung“. Offiziell gehört sie zwar zu gleichen Teilen einer Genossenschaft und einer GmbH, aber de facto war sie seit 1989 nie etwas anderes als das Organ der PDS, der Linkspartei. PDS und der heutigen Die Linke, die damit als einzige Bundestagspartei über eine Tageszeitung verfügt¹²⁸. In den neuen Bundesländern ist „Neues Deutschland“, verkaufte Tagesauflage knapp unter 30.000 Exemplare, praktisch allorten erhältlich; im Westen sucht man es besser in Bahnhofsbuchhandlungen oder linken Buchläden.

ND ist heute kein „Zentralorgan“ mehr; in ihm spiegeln sich die Positionen der unterschiedlichen Parteiflügel von den Reformern bis zur Kommunistischen Plattform. Und weil Die Linke in den Neuen Bundesländern eine Volkspartei geworden ist, kann sich eine Einordnung des heutigen ND nicht in einer einfachen Zuschreibung als „linksextremistisch“ erschöpfen. Es bedient vielmehr die gesamte Palette einer überregionalen Tageszeitung, wobei sich die Themenpräferenz nach den Interessen ihrer politisch gebundenen Leser richtet. Marktwirtschaft („Kapitalismus“) oder westliche Außenpolitik („Imperialismus“) haben hier eher geringere Chancen auf eine faire Darstellung (siehe auch „Der Kapitalismus ist an allem schuld.“ und Sind Auslandseinsätze der Bundeswehr „Imperialismus“?). Dafür finden nach wie vor DDR-nostalgische Beiträge und Abhandlungen zu Geschichte der SED reichlich Raum.

Fast schlimmer aber ist, dass sich die Partei keine neue Zeitung leistete. Das „neue Deutschland“, welches ND im Titel führt, war bis 1989 eine stalinistische Diktatur. Und unter dem Titel dieses Blattes wurden die Bürger der heutigen neuen Bundesländer 40 Jahre lang mit den Lügen der regierenden SED agitiert, wurden politische Gegner systematisch fertig gemacht. Es gehört Zynismus dazu, einen solchen Titel an Kiosken weiterhin öffentlich auszulegen, auch wenn der Inhalt der Zeitung sich verändert hat. Denn selbst mit völlig demokratisiertem Inhalt wäre ein „Völkischer Beobachter“ auch heute gänzlich unakzeptabel.

„junge Welt“ (jW)

Das frühere Zentralorgan der Freien Deutschen Jugend (FDJ) hat ebenfalls das Ende der SED-Diktatur überdauert und ist heute die nach dem ND auflagenstärkste Publikation im Spektrum des Linksextremismus. jW ist nicht an eine politische Organisation gebunden, sie wird von einer

¹²⁸ Selbstverständlich „gehört“ das ND nicht offiziell der Partei. Über die recht subtilen Eigentumsverhältnisse berichtete zuletzt „Der Spiegel“ (Nr. 17/2011, S.46) unter dem Titel „Rotes Wunder“.

Genossenschaft mit rund 1.600 Mitgliedern herausgegeben. Wie sie bei einer verkauften Auflage von 19.000 Exemplaren¹²⁹ mit rund zwei Dutzend Redakteuren die Kosten von - nach Eigenangaben - rund 250.000 Euro monatlich aufbringt, bleibt ihr Geheimnis. Sie ist in den neuen Bundesländern praktisch überall erhältlich, in den alten allenfalls in großen Bahnhofsbuchhandlungen und in linken Buchläden.

Der Verfassungsschutz bezeichnet das Blatt höflich distanziert als „traditionskommunistisch“. Tatsächlich ist es aber eine Heimstatt für mentale Stalinisten, die selbst am Kommunismus der 1930er Jahre und der SED-Diktatur der 1950er Jahre nichts beanstandenswert finden. Unter den Redakteuren und Stammautoren scheint es zum guten Ton zu gehören, entweder hauptamtlich oder doch zumindest als IM für die Staatssicherheit tätig gewesen zu sein. Chefredakteur Arnold Schölzel beispielsweise war als IM „André Holzer“ an der Berliner Humboldt-Universität für die Bespitzelung seiner Mitstudenten eingesetzt¹³⁰. Der frühere Verlagsleiter Dietmar Koschmieder, dem seine Mitarbeiter bescheinigten, den Betrieb wie eine Galeere zu führen und intern schon mal die Diktatur des Proletariats errichtet zu haben¹³¹, war allerdings nur in der DKP. Das Denken der Blattmacher kreist recht stark um einen angeblich zwingenden Zusammenhang zwischen Kapitalismus, Faschismus und Krieg. Faschismus und Krieg drohen demnach in westlichen Demokratien offenbar immer. Wenn die Lage so ernst ist und eine Neuauflage des Nationalsozialismus ständig droht, kann man verstehen, dass jW auch einen politischen Auftrag gegen den „Faschismus“ fühlt: „Die junge Welt fördert alle politischen Formen von Protest und Widerstand gegen diese Tendenzen.“¹³² Deshalb kommen auch Vertreter terroristischer „Befreiungsbewegungen“ in der jW häufig und zumeist ohne jede Distanzierung zu Wort. Der „internationalen Solidarität“ dienen auch die jährlich im Januar in Berlin durchgeführten „Rosa-Luxemburg-Konferenzen“, zu denen sich regelmäßig rund 2.000 Gesinnungsgenossen ihres „harten“ Linksextremismus zusammenrotten.

Eng verbunden mit dem Milieu, das die Leserschaft der jW ausmacht, ist eine Reihe von Postillen, die Lobbyarbeit für frühere „Systemeliten“ der SED-Diktatur leisten. Eine heißt **„Akzente“** und gehört zur „Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde“ (GBM). Diese beiden Werte sieht die Gesellschaft durch die Entmachtung früherer SED-Funktionäre verletzt. Von vergleichbarer Ausrichtung sind „ISOR e.V. - Initiativgemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR“ und die „Gesellschaft zur rechtlichen und humanitären Unterstützung e.V.“ (GRH). Auf ihren Seiten findet man leicht ihre online gestellten Postillen. Deren Zugriffszahlen sind übrigens nicht so gering, wie man dies angesichts ihres menschenverachtenden Inhalts vermuten sollte.¹³³

„Unsere Zeit“ (UZ)

UZ ist seit März 1969 das Zentralorgan der DKP. Bis 1989 musste es die SED mit jährlichem Millionenaufwand am Leben erhalten, weil es oft nicht mal die eigenen Parteimitglieder abonnieren wollten. Heute hat das vierzehntäglich erscheinende Blatt (Auflage nach Verfassungsschutzbericht 2013 5.400 Exemplare; neuere Angaben gibt es nicht) nur noch die Funktion eines Selbstverständigungsforums für die deutlich unter 3.000, zumeist recht betagten Mitglieder der DKP. Inhaltlich liegt es ungefähr auf der Linie der „jungen Welt“.

¹²⁹ jW v. 16./17.2.2008.

¹³⁰ Vgl. Jochen Staadt/Manfred Wilke, „Nichts Neues im Westen?“, Arbeitspapier des Forschungsverbundes SED-Staat Nr. 28, S. 26.

¹³¹ jW v. 5./6.11.2005.

¹³² http://www.jungewelt.de/ueber_uns/diese_zeitung.php

¹³³ Zur ISOR vgl. Hubertus Knabe, Die Täter sind unter uns, Berlin 2008, S. 277-280 und 309-321, unter der Kapitelüberschriften „Hilfsverband für Kriminelle“ und „Tätergewerkschaft Isor“.

Die DKP hat noch eine zweite regelmäßige Publikation, die es sogar schon seit 1963 gibt: Die **„Marxistischen Blätter“** sind ein zweimonatlich erscheinendes Magazin, in dem Aktionsfelder der Partei und Fragen der marxistisch-leninistischen Ideologie vertiefend erörtert werden.

„Rote Fahne“

So hieß schon in den 1930er Jahren das Zentralorgan der historischen KPD. Die maoistisch-stalinistische Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) hat sich diesen Traditionstitel für ihr wöchentlich erscheinendes Zentralorgan gesichert. Es ist auf schlichteste Klassenkampffagitiation spezialisiert und darauf, die Rolle der MLPD (nach Verfassungsschutzangaben für das aktuelle Berichtsjahr 2014 1.800 Mitglieder) als allzeit erfolgreiche revolutionäre Partei herauszustellen. Gemessen an seinem Niveau sind jW und UZ vergleichsweise anspruchsvolle Literatur.¹³⁴ Nicht allein die MLPD erhebt Anspruch auf den Traditionstitel „Rote Fahne“. Auch noch ein paar andere Blätter gleichen oder fast gleichen Namens sind - bei einiger Mühe - gedruckt oder einfacher im Netz - auffindbar, zum Beispiel **„Die Rote Fahne“** der 1990 in Berlin gegründeten „Kommunistischen Partei Deutschlands“ (KPD); ihren Mitgliedern waren seinerzeit weder die PDS noch die DKP hinreichend orthodox, sie kehrten daher zum Namen der Kommunistischen Partei vor 1946 zurück.

„Marx 21“, „Solidarität“ und „Sozialistische Zeitung“ (SoZ)

führen den Leser in die Welt der stark zerspaltenen trotzkistischen, zumeist international organisierten Dachverbände.

„Marx 21“ ist das Magazin der deutschen Sektion der „International Socialist Tendency“. Sie integrierte sich 2007 in Die Linke und gab sowohl ihren bisherigen Namen „Linksruck“ als auch die gleichnamige Zeitung auf. Mit Marx 21 haben sich die Trotzkisten (siehe auch Was ist Kommunismus?) nur eine neue Plattform geschaffen.

Ähnlich verhält es sich mit **„Solidarität“**, der deutschen Sektion des „International Committee for a Worker's International“. Auch die deutschen Anhänger dieses trotzkistischen Dachverbands sind in den vergangenen Jahren bei der Linken willkommen gewesen, haben sich aber eine eigene publizistische Plattform erhalten.

Komplizierter verlief die Eingemeindung der deutschen Anhänger eines anderen, inzwischen offiziell nicht mehr bestehenden trotzkistischen Dachverbands¹³⁵ in die heutige Linke, der bereits seit 1990 in Gang gewesen war. Diese Trotzkisten verfügten seit 1986 mit der **„Sozialistischen Zeitung“ (SoZ)** über ein monatlich erscheinendes Periodikum von beachtlichem Niveau. Ihr organisatorischer Zusammenhalt ist inzwischen abhanden gekommen, aber die Zeitung existiert weiter.

Es gibt andere Blätter, deren frühere Trägerorganisationen entweder weggefallen sind oder die heute eher Plattformen für politische Diskussionen in bestimmten Milieus darstellen. Eine zweifelsfreie und trennscharfe Zurechnung zum Linksextremismus ist nicht für alle möglich. Man kann es solchen Zeitschriftenprojekten nicht verübeln, dass sie sich an die „Linke“ als finanziell potenteste Organisation anlehnen. Dazu zählt z.B. **„analyse & kritik“ (ak)** ein dickleibiges Monatsblatt im Zeitungsformat. Seine Abkürzung „ak“ stand seit 1971 ursprünglich für „Arbeiterkampf - Zeitung des Kommunistischen Bundes“. Da der KB, aus dem zahlreiche prominente Kader der „Linken“ stammen, sich aber 1991

¹³⁴ Auch die MLPD leistet sich ein unregelmäßig erscheinendes „Theorieorgan“ namens „Neuer Weg“ (<http://www.mlpd.de/partei/theoretisches-organ>).

¹³⁵ Es handelt sich um die in Paris ansässige „IV. Internationale/Secrétariat Unifié“ („IV. Internationale / Vereinigtes Sekretariat“). Ihre deutschen Anhänger finden sich weitgehend in der „Linken“, das ungleich größere französische Segment nennt sich „Nouveau Parti Anticapitaliste“ („Neue Antikapitalistische Partei“).

auflöste, wandelte sich auch sein ursprüngliches Zentralorgan zu einem Diskussions- und Informationsforum über revolutionäre Wege im In- und Ausland. Der politische Anspruch blieb erhalten: „Wir wollen aber nicht nur informieren und kommentieren, sondern auch eingreifen“, erklärt die Redaktion auf ihrer Homepage unter <http://www.akweb.de>.

„**Sozialismus**“ heißt ein Fachperiodikum aus Hamburg für „politische Ökonomie“, also marxistische Wirtschaftstheorie. Es versteht sich als Forum für die „politische Debatte der gewerkschaftlichen und politischen Linken“; personell ist eine deutliche Anbindung an „Die Linke“ unübersehbar.

„**Z - Zeitschrift marxistische Erneuerung**“ war ein Selbstverständigungsorgan von DKP-Kadern, die nach 1990 aus ihrer Partei in die PDS, die heutige „Linke“, wechselten. Mit dem Erneuern sind die inzwischen zumeist gut mit Posten im öffentlichen Dienst und/oder im Bundestag versorgten Genossen heute noch vierteljährlich zugange.

Wie man sieht, verstehen sich die meisten dieser Publikationen auch als Diskussionsplattformen, und einige versuchen, Brücken in die demokratische Linke zu bauen. Dort wiederum scheint es hinreichend viele Autoren und Redaktionen zu geben, denen es offenbar nichts ausmacht, marxistische Theorien mit Personen zu diskutieren, die partout Demokratie und Diktatur nicht auseinander halten können. Das ist offenbar auch beim Kooperationsprojekt „**Linksnet - für linke Politik und Wissenschaft**“ der Fall. Das Internetportal bietet Beiträge aus 47 deutschsprachigen Zeitschriften an; seine Anschubfinanzierung hatte 2001 die „Rosa-Luxemburg-Stiftung“ (RLS) übernommen. Aber es wäre insgesamt verfehlt, die an diesem Bündnisunternehmen beteiligten Blätter pauschal als linksextremistisch zu bezeichnen.

Ein besonderes Genre im linken Publikationendschungel stellen die Blätter des „antideutschen“ Linksextremismus dar. Seine Besonderheit besteht darin, dass hier revolutionären Marxisten und Autonomen der Zusammenhang zwischen Rechtsextremismus und Antisemitismus aufgefallen ist. Sie finden daher linken Antisemitismus, wie er in der pro-palästinensischen und pro-Taliban-Ausrichtung traditioneller Linksextremisten immer mal wieder aufscheint, inakzeptabel. Die „Antideutschen“ ergreifen statt dessen Partei für Israel und für dessen Schutzmacht, die USA, schießen aber andererseits deutlich über den rationalen Kern ihrer Einsichten hinaus, wenn sie deutsche Außenpolitik ständig als versuchte Wiederholung des Nationalsozialismus interpretieren¹³⁶.

Eine wichtige Katalysator-Funktion innerhalb dieser Strömung hatte die traditionsreiche „**Konkret - Zeitschrift für Politik und Kultur**“¹³⁷, schon 1957 mit Geldern der KPD gegründet und seit 1974 unter der Regie ihres jetzigen Herausgebers. Das offen kommunistisch und ursprünglich äußerst aggressiv anti-amerikanische Blatt wagte es 2003, mit Rücksicht auf die Bedrohung Israels die Solidaritätsbekundungen der so genannten „Friedensbewegung“ für den irakischen Massenmörder Saddam Hussein zu kritisieren und verlor umgehend einen erheblichen Teil seiner Abonnenten.¹³⁸ 2015 meldete das Blatt eine verkaufte Auflage von rund 42.000 Exemplaren.

Das „Zentralorgan“ der „Antideutschen“ ist die kleine, seit 1996 zwei bis dreimal jährlich erscheinende und wegen ihrer pointiert islamkritischen und proisraelischen Beiträge bei anderen Linksextremisten geradezu verhasste „**Bahamas**“. Die Verfolgungsbemühungen der traditionellen „Antiimperialisten“ gegenüber „Bahamas“ legen beredtes Zeugnis davon ab, wie es um die Pressefreiheit in Deutschland bestellt wäre, hätten Linksextremisten über sie zu entscheiden.

¹³⁶ Vgl. Carsten Koschmieder, Die Entstehung der „Antideutschen“ und die Spaltung der linksradikalen Szene, in Ulrich Dovermann (Hrsg.), Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2011 (Schriftenreihe bpb Bd. 1135), S. 183-200.

¹³⁷ Zu „konkret“: Klaus Rainer Röhl, Fünf Finger sind keine Faust, Köln 1974 und Neuauflage München 1998.

¹³⁸ www.konkret-magazin.de/tl_files/pdf/konkret/MV2016.pdf

Als eine „antideutsche“ Abspaltung der neostalinistischen „jungen Welt“ entstand 2000 die „Jungle World“. Sie ist wie „Bahamas“ sensibel für Gefahren des linksextremistischen Antisemitismus.

Es fällt schwer, „Bahamas“ und **„Jungle World“** mit dem Verdikt „linksextremistisch“ zu versehen, obgleich in früheren Zeiten in beiden Blättern schon mal die Rede vom „Kommunismus“ als Ziel war. Eine Einordnung als Projekte radikaler Aufklärung, die sich an den systematischen Lebenslügen des Mainstream-Linksextremismus abarbeitet, kommt den Tatsachen erheblich näher.

Selektive Wahrnehmung und maßstabloser Vergleich

Rudolf van Hüllen

Selektive Wahrnehmung und maßstabloser Vergleich sind Täuschungstechniken, mit denen von substanziellen Unterschieden zwischen zwei Sachverhalten abgelenkt werden soll. Sie sind vor allem bei der Bewertung kommunistischen Unrechts – sei es historisches oder aktuelles – von Bedeutung und dienen zu dessen Relativierung.

Dabei werden verschiedene Techniken miteinander kombiniert: Zum einen werden wesentliche Aspekte der SED-Diktatur wie z.B. systematische Menschenrechtsverletzungen entweder ganz ausgeblendet oder zumindest „niedriggehängt“ und mithin eher als Randerscheinungen dargestellt (siehe auch *War die DDR ein Unrechtsstaat?* und *Entwertet Kritik an der SED-Diktatur die Lebensleistung der DDR-Bürger?*). Umgekehrt werden zum anderen in westlichen Demokratien durchaus vorkommende Fehlleistungen als systembedingte und ständige Phänomene dargestellt.

Die Dimension der Ereignisse wird auf diese Weise nivelliert, ihre wesentlichen Unterschiede werden systematisch verwischt. Zwar mag es auch in Demokratien vorkommen, dass einzelne Polizisten mal die Nerven verlieren und beispielsweise in einer Demonstrationskonfrontation zu hart reagieren. Das kann man aber nicht ernsthaft mit einem politischen System gleichsetzen, in dem die Bevölkerung der Willkür der Geheimpolizei ständig ausgeliefert ist und in dem diese Willkür ausdrücklich politisch gewollt ist. Ein klassisches Beispiel für ein solches Verfahren ist der Schießbefehl an der innerdeutschen Grenze. Kommunisten werden hier gerne darauf hinweisen, dass auch die Grenzsicherungseinheiten anderer Staaten im Zweifel im Rahmen der gegebenen Vorschriften von der Schusswaffe Gebrauch machen dürften, was Ausdruck staatlicher Souveränität und insofern völkerrechtlich völlig unbedenklich sei. Das „Argument“ „übersieht“, dass Demokratien abwanderungswillige Bürger natürlich ziehen lassen, während die DDR ihnen in den Rücken schoss.

Man sieht, dass die Nivellierung mit einer anschließenden Gleichsetzung der beiden Sachverhalte einhergeht. Das erwünschte Ergebnis ist der beim Zuhörer erzeugte Eindruck, dass vergleichbare, eben verglichene Sachverhalte denn auch irgendwie ein Stück weit „gleich“ sein müssten.

Der Effekt wird erzielt durch die bewusste Missachtung intellektuell redlicher Vergleichsmaßstäbe. Dabei werden zum einen schon die formalen Vergleichsmaßstäbe verletzt, d.h. es werden auf einer Ebene der Sachverhalte buchstäblich Äpfel mit Birnen verglichen. Zum anderen wird die normative Vergleichsebene ausgeblendet. Formal ist z.B. zutreffend, dass beide deutsche Staaten Nachrichtendienste unterhielten. Dass sie im einen Fall allerdings dem Schutz der auswärtigen Interessen und der inneren Demokratie dienten (Gesamtstärke bei 60 Mio. Einwohnern rund 11.000 Mitarbeiter), im anderen aber der gewaltsamen Aufrechterhaltung einer Diktatur (Gesamtstärke bei 16 Mio. Einwohnern rund 100.000 Mitarbeiter, also etwa das Vierzigfache), ist nicht nur auf der Zahlen-, sondern auch auf der Bewertungsebene sehr wohl ein entscheidender Unterschied.

Bestimmte Muster des maßstablosen Vergleichens und der propagandistischen und dann auch moralischen Nivellierung tauchen gehäuft auf, wo es um die Abwehr des Vorwurfes geht, die DDR sei ein Unrechtsstaat gewesen, z.B.:

- Im Unterschied zur verbreiteten Arbeitslosigkeit im Westen habe es dergleichen in der DDR nicht gegeben: Formal gesehen ist das richtig, denn es gab in einer ineffizienten Zentralverwaltungswirtschaft stets Arbeitskräftemangel. Wie in jedem Arbeitslager gab es deshalb auch in der DDR de facto keine Arbeitslosigkeit – mit dem Schönheitsfehler, dass die

Arbeitenden als Früchte ihres Fleißes nichts oder nur weitgehend wertloses Geld erhielten (siehe auch Kann man die Wirtschaft einer Gesellschaft zentral planen?).

- Nach der deutschen Einheit habe die BRD „Vereinigungsunrecht“ praktiziert, indem sie früher „systemnahe Personen“ grundrechtswidrig in ihren politischen Rechten bzw. ihren Rentenansprüchen beschnitten habe. Hier liegt eine Nivellierung sowohl auf der faktischen als auch auf der moralischen Ebene vor: Moralisch musste es Bedenken geben, die Täter der Diktatur auch noch mit üppigen Renten für ihre Verbrechen zu belohnen. Faktisch hat es eine moralisch notwendige Rentenkürzung nach etlichen Urteilen des Bundesgerichtshofs gar nicht mehr gegeben, im Gegenteil: Die Stasi- und Parteitäter aus der Zeit vor 1989 sind heute im Unterschied zu ihren früheren Opfern, deren Lebenswege sie zerstört haben, unter den besser verdienenden Rentnern.

Selektive Wahrnehmung und maßstabloser Vergleich sind Agitationsmittel, die in einer „Infotainment-Gesellschaft“ leicht einsetzbar sind, bis hin zur glatten Lüge, denn nur zu oft hat niemand die Zeit nachzufragen. Die „Eindampfung“ und Nivellierung der Unterschiede zwischen Demokratie und Diktatur, zwischen Recht und Unrecht, kann indessen nur funktionieren, wenn die Demokraten den Agitatoren das Feld überlassen. Auch hier gilt: Information und Kritikfähigkeit sind Voraussetzungen für eine demokratische Streitkultur.

Symbole des Linksextremismus

Rudolf van Hüllen

Symbole sind Zeichen, deren Verwendung die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Sache unterstreicht. Alle politischen Richtungen kennen so etwas, aber besonders wichtig sind sie für revolutionäre Gruppen, die sich als verschworene „Kampfgemeinschaft“ von der Mehrheitsgesellschaft abgrenzen. Sie dienen solchen Gruppen gleichermaßen als Feldzeichen und Kampfsymbole. Für die Mitglieder sind sie nicht nur Bestandteil revolutionärer Tradition, sondern werden manchmal, wie z.B. alte Parteifahnen, geradezu wie Heiligtümer in Ehren gehalten.

Mit linksextremen revolutionären Bewegungen sind vor allem zwei Farben verbunden: Rot und Schwarz.

Rot ist selbst in der Natur eine Signal- und Alarmfarbe; und schon seit dem Mittelalter, besonders seit der Französischen Revolution, steht es für revolutionäre, linke Bewegungen. So wurde es ganz allgemein zur Parteifarbe der Arbeiterbewegung, und die sozialdemokratischen Parteien haben es in diesem Kontext bis heute behalten, obgleich sie nicht mehr revolutionär eingestellt sind – es ist hier zur Tradition geworden.

Unter Linksextremisten ist Rot vor allem die Farbe der Kommunisten (siehe auch Was ist Kommunismus?): Die Staatsflagge der Sowjetunion war rot mit Hammer und Sichel in einer Ecke. Auch die heutigen kommunistischen und postkommunistischen Parteien in Deutschland bevorzugen Rot als Parteifarbe.

Psychologisch verbinden sich mit Rot Optimismus, Aufbruch und Zukunftsgewissheit. Für die Kommunisten stand Rot nicht nur als Symbol für den Kampf, sondern auch ganz bildhaft für das „Morgenrot des Sozialismus“.

Komplizierter ist es mit der politischen Verwendung der Farbe Schwarz. Kulturhistorisch symbolisiert Schwarz vor allem Trauer, oft auch den (Schwarzen) Tod. Politisch wurde es von rechtsgerichteten Bewegungen wie der (z.T. terroristischen) Landvolkbewegung in Norddeutschland zwischen den Weltkriegen, dem italienischen Faschismus (Mussolinis „Schwarzhemden“) oder der SS mit ihren Uniformen im Dritten Reich verwendet. Zugleich war und ist es bis heute auch die Farbe der Anarchisten (siehe auch Was heißt Anarchismus?): Die oft einheitlich schwarze Kleidung der Autonomen, ihr „Schwarzer Block“ bei Demonstrationen unterstreichen das. Und auch die rechtsextremen „Autonomen Nationalisten“ können sich gut mit einem schwarzen Dresscode anfreunden.

Schwarz symbolisiert im politischen Spektrum einerseits die Bereitschaft zu ungezügelter, von Wut bestimmter Gewalt, andererseits aber gerade keinen Optimismus. Schwarz steht auch für Resignation und ausweglose Konfrontation, für Selbstausgrenzung. Nicht zufällig ist Schwarz nicht nur die Farbe der Anarchisten und der traditionellen Faschisten, sondern auch bestimmter destruktiver Jugendkulturen und der Satanisten.

Einen Sonderfall in der revolutionären Farbenlehre stellt die Kombination beider Farben dar: Die Anarcho-Syndikalistinnen – sie setzten auf den gewaltsamen Kampf der Arbeiter in den Gewerkschaften ohne Hilfe durch eine revolutionäre Partei – bevorzugten diagonal in Schwarz und Rot gehaltene Symbole.

Unter den bevorzugten Formsymbolen des Linksextremismus ragt der fünfzackige Stern heraus. Er findet sich allerdings auch in Staats- und Regierungsemlernen vieler nichtkommunistischer Staaten, ist also in seiner Aussage eher dann eindeutig, wenn er in Rot oder Schwarz auftritt. Der rote Stern als zentrales Symbol des sowjetischen Kommunismus zierte nicht nur den Kremlturm in Moskau, sondern auch die Uniformmützen von Millionen sowjetischer Soldaten. Wie man bisweilen lesen kann, ist eine schwarze Variante als Symbol der Anarchismus älter, sie reicht sogar bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts zurück. Der rote Stern wird oft mit weiteren Symbolen kombiniert, die für eine bestimmte Richtung des Marxismus-Leninismus stehen.

Die Wappenkunde des Kommunismus hat hier verschiedene Variationen hervorgebracht, von denen Hammer und Sichel die ursprünglichste darstellt. Im Staatswappen der Sowjetunion symbolisierte sie das angebliche Bündnis der (Industrie-)Arbeiter und der Bauern als tragender Klasse im Sowjetkommunismus. Dazu gab es eine Reihe von Spezialversionen: Die Staatssicherheitsdienste zeigten den roten Stern mit Hammer und Sichel vor dem Hintergrund eines mittelalterlichen Schildes und eines nach unten stoßenden Schwertes. Dies symbolisierte das Selbstverständnis beispielsweise des sowjetischen KGB und des ostdeutschen Ministeriums für Staatssicherheit als „Schild und Schwert der Partei“. Die DDR führte statt Hammer und Sichel Hammer, Zirkel und Ährenkranz im Staatswappen. Die Erweiterung von Hammer und Ährenkranz (für die Arbeiter-und-Bauern-Klasse) durch den Zirkel stand für das angebliche Bündnis mit der technischen Intelligenz.

Konkurrierende marxistisch-leninistische Strömungen variierten Hammer und Sichel: Die Maoisten kreuzten die Sichel mit einem Karabiner und unterstrichen dadurch ihr Konzept vom sogenannten „langandauernden Volkskrieg“ zur „Befreiung“ der Dritten Welt. Die terroristische Rote-Armee-Fraktion in Deutschland zeigte – ebenfalls Symbol für den bewaffneten Kampf – eine MP-5-Maschinenpistole vor dem fünfzackigen Stern.

Die frühzeitig vom Hauptstrang des Marxismus-Leninismus ausgestoßene trotzkistische Bewegung, ihrerseits zerspalten in zahllose internationale Dachverbände, hat die meisten klassischen Marxismus-Leninismus-Symbole übernommen. Hinzu tritt als Chiffre für ihre 1938 gegründete eigene Internationale, die „4. Internationale“, eine in römischen oder arabischen Ziffern stilisierte Vier.

Ergänzend zu dieser Symbolik wurden von den 1930er bis zu den 1960er Jahren, als der Personenkult im realen Sozialismus und im Maoismus stark ausgeprägt war, die Köpfe der führenden Theoretiker des Marxismus-Leninismus bei jedem nur denkbaren Anlass gezeigt. Karl Marx und Friedrich Engels sowie W. I. Lenin (siehe auch Falsche Vorbilder: Wladimir Iljitsch Lenin) hielten sich bis Mitte/Ende der 1980er Jahre. Die Allgegenwart des Antlitzes von Stalin verschwand im Zuge der „Entstalinisierung“ der späten 1950er Jahre. Mao Tse-tung hält sich in der kapitalistisch modernisierten Volksrepublik China bis heute (siehe auch Falsche Vorbilder: Mao Tse-tung). In den 1970er Jahren gab es eine merkwürdige Renaissance dieser „Köpfe“ im Westen, als die studentischen sogenannten „K-Gruppen“ ihre Idole nebeneinander aufreichten. Die Ahnengalerie ging oft bis zu Stalin, manchmal war – je nach Ausrichtung – noch der heute weitgehend unbekannte albanische Parteiführer Enver Hodscha mit dabei. Die DKP beließ es – bis heute – beim Schmuck ihrer Parteifahnen durch die stilisierten Köpfe von Lenin und bisweilen Ernst Thälmann.

Die Liste der Rituale und der von der Mehrheitsgesellschaft abweichenden Verhaltensmuster der Kommunisten ist lang. Fast noch zur Symbolik gehört allerdings die geballte Faust – Ausdruck von Kampf- und Gewaltbereitschaft. Sie dominiert als Geste auf kommunistischen Demonstrationen, vor allem aber am Schluss von Parteitagen und sonstigen Massenversammlungen beim gemeinsamen Absingen der „Internationale“. Deutsche Kommunisten hatten die Geste in den 1930er Jahren eingeführt – als Gegenstück zum erhobenen rechten Arm der nationalsozialistischen Konkurrenz. KPD-Führer Ernst Thälmann wird die Deutung zugeschrieben, fünf Finger könne man schließlich brechen, eine Faust aber nicht.

Die Symbolik der Anarchisten ist weniger einprägsam, dafür aber vielfältiger. Im Mittelpunkt steht zweifellos das umkreiste schwarze A. Es steht allgemein für Anarchie (der Begriff beginnt in allen westlichen Weltsprachen mit A), wird aber auch von ideologisch verwandten, nicht primär politisch motivierten Jugendkulturen wie den Punks verwandt und steht in diesem Zusammenhang im weitesten Sinne für die Ablehnung der bestehenden Ordnung schlechthin. Es gibt daher auch die Deutung, das Symbol stehe für Alpha und Omega, also im griechischen Alphabet Anfang und Ende: Der Neubeginn kann nur durch Zerschlagung des Bestehenden gelingen. Das umkreiste A tauchte zuerst bei den Anarchisten im spanischen Bürgerkrieg auf; die scheinen es wiederum aus ähnlichen Symbolen der Freimaurer entwickelt zu haben.

Etwas aus der Mode gekommen ist das ebenfalls umkreiste N (von ndl. „neemt“, besetzt) mit Pfeil in der auslaufenden Spitze des Buchstabens. Es war in Deutschland als Emblem der Hausbesetzerbewegung von den niederländischen Krakkers (von ndl. „kraak“, Krach, Einbruch, also Hausbesetzung) übernommen worden und findet besonders in solchen Kontexten Verwendung.

Stark präsent hingegen ist das Symbol der „Antifaschistischen Aktion“: zwei nebeneinander wehende schwarze und rote Fahnen mit runder Umrandung. Es wird heute ausschließlich von gewaltbereiten autonomen Antifa-Gruppen verwendet, ist von diesen jedoch nicht erfunden worden: Sie haben es von der gleichnamigen „Antifaschistischen Aktion“ der stalinistischen KPD aus den 1930er Jahren übernommen – die doppelte Farbensymbolik stand seinerzeit für den Anspruch, alle Strömungen des Linksextremismus gegen die Nationalsozialisten zusammenzuführen¹³⁹. Damals bekämpfte die KPD mit Gewaltmitteln allerdings nicht in erster Linie die Nationalsozialisten, sondern die republiktreuen Wehrverbände wie z.B. das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“. Der Thälmann-KPD galten die Sozialdemokraten als Stütze des „kapitalistischen Systems“ und deshalb als im Grunde gefährlicher denn die Nationalsozialisten – eine Sichtweise, die sich mit den Vorstellungen heutiger Autonome deckt. Die rechtsextremen „Autonomen Nationalisten“ haben das Symbol plagiiert: Wo beim Original im unteren Teil der Umkreisung „Antifaschistische Aktion“ stand, findet man bei ihnen die Aufschrift „Nationale Sozialisten“.

¹³⁹ Nur ein Detail verrät die neue Version: Bei den Autonomen wehen die Fahnen nicht wie beim Original nach rechts, sondern nach links.

Themenbezogene Zeitschriften

Rudolf van Hüllen

Nicht alle linksextremistischen Gruppen haben sich gleich die Revolution als Nahziel gesetzt (siehe auch Welche Fernziele verfolgen Linksextremisten?). Manche begnügen sich mit einer Tätigkeit in bestimmten Kampagnen- und Politikfeldern. Die wichtigsten und verbreitetsten beziehen sich auf den „Antifaschismus“ (siehe auch War die DDR ein „antifaschistischer“ Staat? und Was bedeutet verordneter Antifaschismus?).

„antifa - Magazin der VVN-BdA für antifaschistische Politik und Kultur“ ist das zweimonatlich erscheinende Organ der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten e.V.“ (VVN-BdA). Es ist wenig attraktiv für Jüngere, weil sich seine Trägerorganisation vor allem aus alten stalinistischen Widerstandskämpfern, kommunistischen Funktionären und deren Mitläufern aus Ost und West zusammensetzt, die geistig im „verordneten Antifaschismus“ der DDR stehen geblieben sind.

Ebenfalls aus dem traditionellen Linksextremismus inspiriert ist „der rechte rand. magazin von und für antifaschistInnen“. Er hat das zweifelhafte Verdienst, den linksextremistischen „Fahndungsantifaschismus“, bei dem tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten mit Steckbrieffotos angeprangert werden¹⁴⁰, noch vor der autonomen Antifa-Szene eingeführt zu haben. Eines der Hauptziele dieser beiden Zeitschriften scheint darin zu liegen, eine Symbiose der Mehrheitsgesellschaft mit dem Rechtsextremismus in stets neuen Variationen zu behaupten.

Eine Art „Resterampe“ der verflossenen K-Gruppen-Publizistik stellen die „antifaschistischen nachrichten“ (Köln) aus dem Verlagsgeflecht des in der Partei Die Linke aufgegangenen Bundes Westdeutscher Kommunisten dar. Politisch liegen sie auf der Linie der von der Partei betriebenen Antifa-Arbeit. Es werden hauptsächlich Aktivitäten der rechtsextremistischen Szene und ihrer Gegner dokumentiert. Das Reflexionsniveau des seit mehr als 30 Jahren bestehenden Blattes ist bescheiden.

Die Mehrzahl linksextremistischer Antifa-Zeitschriften wie das „Antifaschistische Infoblatt“ stammt allerdings aus der autonomen Szene (siehe auch Die Welt der Autonomen). Führend bei der Mobilisierung und Koordinierung sind allerdings auch hier inzwischen Internetportale, die zumeist von regional verankerten autonomen Initiativen ausgehen (siehe auch Informationen im Internet richtig deuten). Sieht man einmal von einem generell durchscheinenden Blickwinkel ab, der mit dem Rechtsextremismus zugleich die Demokratie beseitigen will, so findet man bei der Behandlung rechtsextremistischer Phänomene häufig ein beachtliches analytisches Niveau; auch nicht extremistische Autoren sind sich nicht zu schade, hier zu schreiben. Das gilt für das „Antifaschistische Infoblatt“ (Berlin) ebenso wie z.B. für „Lotta“ (ursprünglich aus Nordrhein-Westfalen, heute auch mit Verbreitung in Hessen und Rheinland-Pfalz).

Internetseiten und Blätter aus dem autonomen Spektrum sind allerdings unausgesprochen auch Tippgeber für gewaltsame „antifaschistische Selbsthilfe“ gegen Rechtsextremisten. Sie verfügen oft über qualifizierte Spezialisten und verbreiten durchaus kompetente Einschätzungen über Entwicklungen, organisatorische und personelle Verflechtungen in der rechtsextremen Szene. Dabei haben sie den „Vorteil“, dass sie sich nicht an rechtsstaatliche Standards oder Datenschutzüberlegungen gebunden fühlen; die meisten lassen erkennen, dass sie Rechtsextremisten ohnehin die Menschenwürde absprechen.

¹⁴⁰ Vgl. Tom Mannewitz, „Nazi-Outing“. Ziele, Funktionen und Probleme.

Da militanter Linksextremismus gegen Strafgesetze verstößt und dies für die Akteure hin und wieder Folgen nach sich zieht, hat die Szene auch Anlass, sich in entsprechenden Publikationen mit dem Selbstschutz gegen den Rechtsstaat zu befassen (siehe auch Wie stehen Linksextremisten zu Gewalt als Mittel der Politik?). In den Genuss einer entsprechenden Solidaritätsarbeit gelangen auch linke Terroristen, von der Szene vornehm als „politische Gefangene“ bezeichnet (siehe auch Führt Linksextremismus zu Terrorismus?).

Das heutige „gefangenen-info“ erscheint achtmal jährlich in Hamburg und bemüht sich um die Solidaritätsarbeit für Linksterroristen weltweit. Es wurde 1988 aus Anlass eines Hungerstreiks inhaftierter Angehöriger der Roten Armee Fraktion (RAF) gegründet. Auch seine Initiatoren stammen aus dem Bund Westdeutscher Kommunisten. „gefangenen-info“ hatte mit der langjährigen aus diesem Spektrum stammenden Landessprecherin der Partei Die Linke in Hamburg, Christiane Schneider, eine in Fragen der Lobbyarbeit für inhaftierte Terroristen sehr routinierte Betreuerin.

Im Aktionsfeld „Antirepression“ (siehe auch Zentrale Aktionsfelder von Linksextremisten) siedelt auch das vierteljährlich mit einer Auflage von 7.500 Exemplaren erscheinende Blatt „Die Rote Hilfe“, auch als „Rote Hilfe Zeitung“ bezeichnet. Ihr Träger, die Hafthilfeorganisation „Rote Hilfe“, ist eine Art Rechtsschutzversicherung für linksextreme Gewalttäter. Dabei versteht sie sich nicht bloß als karitative Organisation: „Wir wollen das, wofür jemand verfolgt wird, soweit es uns möglich ist, auch in der Öffentlichkeit vertreten.“ schreibt sie auf ihrer Homepage, was wohl heißen soll: Wir treten für die Förderung und Propagierung politischer Kriminalität (selbstverständlich nur von links) ein.

Umwertung von Begriffen

Rudolf van Hüllen

Ein weiteres Verfahren bezieht sich darauf, dass Linksextremisten mit bestimmten politischen Begriffen andere Inhalte verbinden als gutgläubige Demokraten.

Dadurch entsteht bei Demokraten ein Missverständnis über den tatsächlichen Inhalt linksextremistischer Ziele (siehe auch Marxistische bzw. marxistisch-leninistische Terminologie und „Krieg ist Frieden“ – die Umkehrung von Bedeutungen im linksextremen Sprachgebrauch)

Kein Geringerer als Gregor Gysi hat übrigens diese Umwertungstechnik freimütig eingeräumt, als er im „Neuen Deutschland“ am 16. Mai 1990 erklärte: „In vielen Punkten – Individualität, Freiheit, Gerechtigkeit, Frieden, Naturbewahrung usw. – hat die PDS keine anderen Werte als andere politische Parteien, wohl aber andere Vorstellungen über deren Inhalt.“ Das ist natürlich bewusst unpräzise formuliert: Richtiger ist, dass die damalige PDS, frühere SED und heutige Die Linke die gleichen Begriffe mit anderen Inhalten füllt. Und die Klientel dieser Partei wird sich auf Dauer entscheiden müssen, ob sie sich demokratischen Grundwerten zuordnet oder an „anderen Vorstellungen über deren Inhalt“ festhält.

Lesetipps:

- Rudolf van Hüllen, „Die Linke“ stellen. Handreichungen zur politischen Auseinandersetzung, St. Augustin 2009 (Konrad-Adenauer-Stiftung).

Versteckspiel mit Wörtern: Sprachliche Mimikry

Rudolf van Hüllen

Es gibt Wörter, mit denen man ganz negative Dinge verbindet: Krieg, Diktatur, Gewalt zum Beispiel. Wer so etwas zum politischen Programm erklärt, wird damit bei einer Mehrheit der Bevölkerung schwerlich Zustimmung finden. Aber es gibt natürlich die Möglichkeit, diese unangenehmen Dinge mit Bezeichnungen auszustatten, die wir eher positiv finden. In der Natur kennt man solche Täuschungstechniken als „Mimese“: Ein Insekt betreibt Mimese, indem es die Form und die Farbe eines Astes annimmt. Es wird dann von seinen Fressfeinden nicht als Insekt erkannt. So etwas geht auch in der Sprache.?

Kommunisten werden einen von ihnen beabsichtigten Krieg nicht Krieg, sondern „Befreiungskampf“ nennen; sie werden statt Diktatur „Volksdemokratie“ sagen und statt Gewalt „Widerstand“ (siehe auch Marxistische bzw. marxistisch-leninistische Terminologie und „Krieg ist Frieden“ – die Umkehrung von Bedeutungen im linksextremen Sprachgebrauch).

Dafür gibt es Gründe: Karl Marx hatte 1848 im „Kommunistischen Manifest“ noch ganz ungeniert von „Diktatur des Proletariats“ gesprochen, und Lenin (siehe auch Falsche Vorbilder: Wladimir Iljitsch Lenin) hatte präzisiert, dass darunter eine Diktatur unter der „führenden Rolle der Partei“ (siehe auch Was war die „führende Rolle der Partei“?) zu verstehen sei. Weil die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) in der alten Bundesrepublik sich genauso offen äußerte, wurde sie 1956 vom Bundesverfassungsgericht verboten (siehe auch Wann darf man politische Parteien verbieten?).

Seither gilt es bei Kommunisten als unschicklich, derartig offen zu reden: Bei der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) hieß die „Diktatur des Proletariats“ daher eher unauffällig „politische Macht der Arbeiterklasse“¹⁴¹, für „Revolution“ verwendete die Partei „Bruch mit den herrschenden Verhältnissen“. Die Linke ist da noch etwas weicher: Sie stellte in den Reden ihrer Parteivorsitzenden bei ihrem Fusionskongress im Juli 2007 die „Systemfrage“, und in ihrem im Oktober 2011 in Erfurt verabschiedeten Programm spricht sie von einem „großen transformatorischen Prozess gesellschaftlicher Umgestaltung“¹⁴². Das klingt zwar kompliziert, aber zunächst einmal nicht bedrohlich.

Semantische Mimese kann sich nicht nur auf politische Absichten beziehen, sondern auch auf Handlungsmethoden und auf Personen. Ein Autonome, der bei einem Protest gegen die NPD Geschäfte demoliert, Müllcontainer anzündet und Steine auf Polizisten wirft, wird eben in linksextremistischen Zeitschriften nicht als krimineller Randalierer, sondern als „jugendlicher Antifaschist“ bezeichnet (siehe auch Wie stehen Linksextremisten zur Gewalt als Mittel der Politik? und „Gewalt ist ein legitimes Mittel.“). Terroristen scheint es im Linksextremismus nicht zu geben, denn durchweg werden linksterroristische Organisationen dort als „Befreiungsbewegungen“, „Widerstandsgruppen“ oder – immerhin etwas deutlicher – als „Guerilla“ bezeichnet. Damit übernehmen Linksextremisten bewusst die Selbstbezeichnung solcher Gruppen: Auch die terroristische Rote-Armee-Fraktion bezeichnete sich selber als „Stadtguerilla“ (siehe auch Führt Linksextremismus zu Terrorismus?). Solchen sprachlichen Manövern sollte man sofort widersprechen. Schließlich käme ja auch niemand auf die Idee, eine Schlägerbande von Neonazis nach ihrem Selbstverständnis als „nationale Widerstandsgruppe“ zu bezeichnen.

¹⁴¹ Mannheimer Programm der DKP von 1978, S. 59.

¹⁴² Erfurter Programm der Linken, Oktober 2011, S. 21.

Sprachliche Mimese gibt es nicht nur defensiv zur Verharmlosung linksextremistischen Handelns, sondern auch in einer offensiven Variante: Wenn Linksextremisten Aktivitäten ihrer politischen Gegner beschreiben, klingt das zumeist bedrohlich. Sie werden grundsätzlich mit derartig negativen Begriffen beschrieben, dass sich für den unkritischen Zuhörer oder Leser eine entsprechende Bewertung geradezu aufdrängt. Maßnahmen der amerikanischen Außenpolitik können in solcher Sprache nie etwas anderes sein als „Imperialismus“, und der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan mutiert dann schnell zum „völkerrechtswidrigen Angriffskrieg“ oder sogar zu „Staatsterrorismus“ (siehe auch Kann Deutschland auf die Bundeswehr verzichten? und Sind Auslandseinsätze der Bundeswehr „Imperialismus“?). Das Handeln von Unternehmern wird in linksextremistischer Terminologie immer mit „Profitmaximierung“ und „Ausbeutung“ in Zusammenhang gebracht. Die strafrechtliche Verfolgung linker Gewalttäter ist stets „Repression“. Bereits Kritik an linksextremistischen Positionen kann unter Umständen als „Provokation“ beanstandet werden – was schon die Ankündigung einschließt, der Provozierte werde dann wohl im Recht sein, wenn er handfest zurückschlägt, um die Kritik zu unterbinden.

Es gibt sehr krasse Herabwürdigungen des politischen Gegners durch Linksextremisten, die dem so Bezeichneten die Menschenwürde aberkennen: Das ist zweifellos der Fall, wenn z.B. Polizisten als „Bullenschweine“ bezeichnet werden. Aber selbst mildere und subtilere Formen können wirksam sein und zielen auf Ausgrenzung des Angegriffenen. Eine Stigmatisierung als „rechts“ oder „extrem rechts“ grenzt in Deutschland aus; vergleichbar wirkt das modernere Etikett, jemand sei „islamophob“, also wohl ausländerfeindlich (siehe auch Was meinen Linksextremisten mit dem Vorwurf „islamophob“?). Und schon die en passant eingeflochtene Bewertung, ein Politiker sei „umstritten“, kann ähnliche Wirkungen erzielen. Worin das „Umstrittene“ besteht, wird zwar nicht erläutert, aber die unterschwellige Botschaft lautet: Der Betreffende ist irgendwie unseriös und man sollte sich besser von ihm fernhalten.

Was Linksextremisten lesen

Rudolf van Hüllen

Als missionierende „Weltverbesserer“ legen Linksextremisten großen Wert darauf, ihre Ansichten auf bedrucktem Papier zu verbreiten. Dabei haben ihre Zeitungen, Zeitschriften und Magazine eine doppelte Aufgabe: Sie sollen nicht nur für die Weltsicht und die Ziele ihrer Autoren und Herausgeber werben, sondern zumeist auch eigenen Anhängern Orientierung geben. Lenin brachte dies auf die klassische Formel, die Zeitung solle nicht nur „kollektiver Propagandist und kollektiver Agitator, sondern auch ein kollektiver Organisator“ sein.

Der Zusammenbruch des realen Sozialismus veränderte aber auch den linksextremistischen Blätterwald: Viele Publikationen gaben ihren Absolutheitsanspruch auf, die einzig richtige Linie zu vertreten und öffneten sich für Debatten mit anderen Linksextremisten, manchmal auch mit demokratischen Linken. Und mit Aufkommen des Internets erkannten sie die technischen Möglichkeiten dieses neuen Mediums. Die meisten Blätter existieren heute auch im Netz; wer neue Projekte anfängt, verlegt sich zumeist völlig auf die Installation eines Internet-Portals oder einer Homepage.

Unsere Übersicht erhebt nicht den Anspruch, vollständig zu sein, will aber die wichtigsten Publikationen vorstellen, die von Linksextremisten gelesen werden. Dazu werden Einschätzungen zu Herkunft, ideologischer Ausrichtung, Themenschwerpunkten und Verbreitung getroffen, die naturgemäß nicht immer die Zustimmung der Herausgeber und Redaktionen finden werden.

Wir unterscheiden zwischen Publikationen mit einer Anbindung an Organisationen oder linksextreme Milieus, Autonomen-Blättern mit regionalem Bezug und schließlich Publikationen mit besonderer thematischer Ausrichtung. Die wichtigsten Portale unter den rund 1.000 Websites mit linksextremistischen Bezügen vorzustellen, wird einer Ausbaustufe dieses Portals vorbehalten bleiben.

„Das System muss weg.“

Jürgen P. Lang

Linksextremisten sehen einen einzigen Ausweg: die Ablösung sogenannter kapitalistischer Systeme durch eine „sozialistische“ Gesellschaftsordnung. „Wir stellen die Systemfrage“ – hieß es auf dem vielumjubelten Gründungsparteitag der Linken – und sie meinten nicht allein das Wirtschaftssystem. Das Wort „Revolution“ nimmt zwar heutzutage kaum ein Linksextremist mehr ohne weiteres in den Mund, von den Autonomen vielleicht abgesehen. Doch geblieben ist der Anspruch, den demokratischen Verfassungsstaat durch ein fundamental anderes System zu ersetzen.

Entsprechend steht im DKP-Programm: „Das Ziel der Deutschen Kommunistischen Partei, der Sozialismus, ist die grundlegende Alternative zum Kapitalismus.“ Es wird unterstellt, dass freiheitliche Demokratien – angeblich dem Diktat des Kapitals unterworfen – nicht oder nur bedingt von sich aus wandelbar sind und deshalb allein ein Umsturz in Frage kommt. Die Linke konstatiert in ihrem Grundsatzmanifest, man kämpfe „in einem großen transformatorischen Prozess gesellschaftlicher Umgestaltung für den demokratischen Sozialismus des 21. Jahrhunderts. Dieser Prozess wird von vielen kleinen und großen Reformschritten, von Brüchen und Umwälzungen mit revolutionärer Tiefe gekennzeichnet sein.“ In diesem Verständnis sind Reformen innerhalb eines demokratischen Verfassungsstaates allenfalls ein Mittel, um mit der bestehenden Gesellschaft zu brechen. Dies ist offensichtlich nicht ausschließlich die Auffassung „orthodoxer“ Marxisten-Leninisten. Auch die „Erneuerer“ in der Linken wollen explizit „die Grenzen einer antinomischen (= widersprüchlichen) Sicht auf Reform und Revolution“¹⁴³ überwinden. Sie knüpfen dabei an die Kommunistin Rosa Luxemburg an, die eine „revolutionäre Realpolitik“¹⁴⁴ propagierte: Kleine Veränderungen im Rahmen der Demokratie sollten zum Umsturz beitragen (siehe auch Falsche Vorbilder: Rosa Luxemburg).

Dabei sind Reform und Revolution historisch betrachtet zwei gegensätzliche Begriffe, hinter denen die Entscheidung für eine soziale Demokratie oder eine sozialistische Diktatur steht. Der Streit darüber führte unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg zur Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung, als der revolutionäre Flügel der SPD um Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) gründete. Luxemburg hatte sich schon viele Jahre zuvor mit dem sozialdemokratischen Theoretiker Eduard Bernstein eine heftige Auseinandersetzung geliefert, die als „Revisionismusstreit“ in die Geschichte einging. Bernstein, für den im Gegensatz zu Luxemburg Demokratie und Parlamentarismus ein Wert an sich waren, erwies sich als besserer Visionär als Karl Marx, indem er dessen Prognosen revidierte: Der Kapitalismus, der keineswegs zur „Verelendung“ der Lohnabhängigen führe, werde nicht an seinen inneren Widersprüchen zugrunde gehen.¹⁴⁵ Dies war bei Marx die Voraussetzung einer Revolution. Umbrüche, die sich auf das Endziel des kommunistischen Paradieses richteten, verwarf Bernstein als unerreichbare Utopien. Ohnehin würden Revolutionen, wie Marx sie sich vorstellte, nicht stattfinden. Nicht einmal das Proletariat, geschweige denn breite Volksmassen stünden mehrheitlich hinter ihnen. Deshalb könne es nur den ständigen Kampf um Reformen im Rahmen einer demokratischen Republik geben.

Bernstein sollte Recht behalten. Als der russische Revolutionär Lenin nach dem Herbst 1917 merkte, seine Bolschewiki würden die Mehrheit im Volk nicht gewinnen können, jagte er die

¹⁴³ Dieter Klein, Vermutungen über einen demokratischen Sozialismus des 21. Jahrhunderts, in: Michael Brie/Richard Detje/Klaus Steinitz (Hrsg.), Wege zum Sozialismus im 21. Jahrhundert. Alternativen – Entwicklungspfade – Utopien, Hamburg 2011, S. 196.

¹⁴⁴ Vgl. Michael Brie (Hrsg.), Radikale Realpolitik. Plädoyer für eine andere Politik, Berlin 2009.

¹⁴⁵ Vgl. v.a. Eduard Bernstein, Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, Berlin/Bonn 1984.

Verfassungsgebende Versammlung auseinander und zog gegen alle Andersdenkenden in den Bürgerkrieg (siehe auch Falsche Vorbilder: Wladimir Iljitsch Lenin). Die „Oktoberrevolution“ war am Ende ein Putsch. Einmal an der Macht, sind Linksextremisten nicht bereit, sie wieder herzugeben. Dass dabei in Russland Andersdenkende zu Tausenden liquidiert wurden, war auch für Rosa Luxemburg nicht mehr als ein Kollateralschaden – was im Übrigen ihren geflügelten Worten „Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden“ hohnspricht. Anders als Bernstein stritt Luxemburg für eine Diktatur des Proletariats. Nicht ein „parlamentarischer Mehrheitsbeschluss“, sondern „einzig der Hammerschlag der Revolution“ werde ihr den Weg bahnen. Um ihr Ziel zu erreichen, schreckte sie auch vor einem Bürgerkrieg nicht zurück, der lediglich eine andere Bezeichnung des Klassenkampfes sei¹⁴⁶ (siehe auch Marxistische bzw. marxistisch-leninistische Terminologie).

Wer sich – wie Die Linke – unter Berufung auf Rosa Luxemburg und in bewusster Abgrenzung zu Bernstein „Reformen“ verschrieben haben will, gibt zu erkennen, dass er in Wahrheit auf eine Ablösung des demokratischen Verfassungsstaates durch eine sozialistische Gesellschaft aus ist. Unausgesprochen bleibt dabei meist, dass bislang alle sozialistischen Revolutionen in die Diktatur führten. Eine Diktatur, die das Paradies auf Erden verspricht, für das jedoch nicht wenige durch die Hölle gehen.

¹⁴⁶ Vgl. Jürgen P. Lang, Heilige Rosa? Die Luxemburg-Rezeption in der Partei „Die Linke“, in: Deutschland Archiv 42 (2009), S. 900–907.

„Der Kapitalismus ist an allem schuld.“

Jürgen P. Lang

„Kapitalismus“ verursache Armut, Elend, Hunger, Umweltzerstörung und Krieg: Linksextremistische Ideologieentwürfe zeichnen ein wahres Horrorszenario, das im „Kapitalismus“ die ausschließliche Ursache aller sozialen, ökologischen und politischen Probleme sieht. So heißt es im Programm der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) von 2006: „Ein würdiges Leben für alle Menschen wäre möglich. Zugleich könnte die Erde für künftige Generationen als lebensfähiges Ökosystem erhalten werden“ ¹⁴⁷ – wenn nur der Kapitalismus nicht wäre. Und im Grundsatzprogramm der Partei Die Linke von 2011 ist die Rede davon, dass es unter kapitalistischen Bedingungen keinen Raum für Demokratie gebe, dass „Unfreiheit“ herrsche, Menschen „entrechtet“ seien, „ausgebeutet“ und „entmündigt“ ¹⁴⁸.

Wenn Linksextremisten vom „Kapitalismus“ sprechen, meinen sie ein Herrschaftssystem, das im Grunde lediglich einen Zweck erfüllt, nämlich die Profite der „Kapitalisten“ zu sichern und zu vermehren. Selbstverständlich kann „der Kapitalismus“ als Wirtschaftssystem in bestimmten Ausprägungen zu gesellschaftlichen Verwerfungen, Ungerechtigkeiten und Krisen führen. Doch Linksextremisten differenzieren hier nicht. Für sie ist „Kapitalismus“ eine Pauschalbezeichnung für ganz unterschiedliche Formen der Wirtschaft und der Gesellschaft.

So rubrizieren sie zum einen sowohl Diktaturen (wie den Nationalsozialismus) als auch Demokratien (wie die der Bundesrepublik) unter den Kapitalismusbegriff. Zum anderen blenden sie „die offensichtlichen Interessenkonflikte zwischen Akteuren auf dem Finanz- und Kapitalmarkt (...) und gegenläufigen im politischen System einer pluralistischen Gesellschaft (...) weitgehend aus.“ ¹⁴⁹ Die Offenheit einer freien Gesellschaft, in der alle – auch nicht am Profit orientierte – gesellschaftlichen Interessen die Chance haben, politisch wirksam zu werden, wird ignoriert. Differenzierungen sind Linksextremisten auch in ökonomischer Hinsicht fremd: Die soziale – keineswegs rein kapitalistische – Marktwirtschaft wird ebenso verteufelt, wie linksdemokratische Kräfte (etwa SPD und Grüne) entsprechend als Erfüllungsgehilfen des Kapitals dastehen.

Diese kategorische Sichtweise erfüllt einen ideologischen Zweck, und zwar auf dreierlei Weise: Erstens propagieren Linksextremisten eine Totalität des Kapitalismus, um einen Systemgegensatz konstruieren zu können: Die als „kapitalistisch“ gebrandmarkte Demokratie soll möglichst im Weltmaßstab abgelöst werden durch eine „sozialistische“ Gesellschaft. Zwischen beiden Systemen gibt es aus linksextremistischer Sicht keine Überschneidungen; sie schließen einander aus. Zweitens generieren Linksextremisten ein Alleinstellungsmerkmal: Nur sie selbst seien wahrhaft „antikapitalistisch“. Alle anderen – auch linken – politischen Kräfte werden somit unterschiedslos als Gegner abqualifiziert. Diese Konstruktion eines kruden Feindbildes ist der dritte ideologische Zweck: Wer nicht für uns ist, ist gegen uns. Die quasireligiöse Einteilung der Welt in „gut“ und „böse“ ist für Linksextremisten konstitutiv. Solche Immunsierungsstrategien machen blind für Gegenargumente.

Dabei sind sozialistische Systeme als propagierter Gegenentwurf zum „Kapitalismus“ bislang den Beweis schuldig geblieben, die Probleme der Menschen und der Menschheit zu lösen, im Gegenteil: Waffenhandel betrieben diese Länder – in denen Pazifisten im Übrigen als Renegaten galten – genauso

¹⁴⁷ Hier und im Folgenden zit. n.: Programm der Deutschen Kommunistischen Partei. Beschluss der 2. Tagung des 17. Parteitags der DKP, 8. April 2006.

¹⁴⁸ Hier und im Folgenden zit. n.: Programm der Partei Die Linke. Beschlossen auf der 2. Tagung des 2. Parteitags der Partei Die Linke, 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt, Manuskript.

¹⁴⁹ Rudolf van Hüllen, „Die Linke“ stellen. Handreichungen zur politischen Auseinandersetzung, Sankt Augustin/Berlin 2009, S. 54.

wie kapitalistische; soziale Gleichheit herrschte trotz aller Versuche, sie auf Kosten der Freiheit durchzusetzen, auch in der DDR nicht; und Umweltzerstörung im Dienste des „Fortschritts“ war dort kein Problem. Vor 1989 führten alle – meist ängstlich wieder abgebrochenen – Versuche, die verknöcherten staatssozialistischen Systeme leistungsfähiger und offener zu machen, unweigerlich zu mehr Marktwirtschaft. Und hätte nicht auch der „Prager Frühling“ 1968 Demokratie und Soziale Marktwirtschaft zur logischen Folge gehabt, wenn nicht sowjetische Panzer den Willen einer Mehrheit der Tschechoslowaken im Keim erstickt hätten (siehe auch Was heißt Soziale Marktwirtschaft? Warum ist sie seit 60 Jahren erfolgreich?) Aufrechnen hilft indes in der Auseinandersetzung mit dem Linksextremismus nur bedingt weiter. Denn demokratische Systeme sind keineswegs perfekt. Aber man kann sie perfektionieren. Wer dagegen von vornherein für sich beansprucht, „die Wahrheit“ erkannt zu haben, löst keine Probleme. Demokratie lebt von politischem und gesellschaftlichem Streit, der zu Entscheidungen führt. Die Alternative wäre eine Diktatur, in der Irrwege nicht als solche benannt werden dürfen, weil keine abweichende Meinung gebilligt wird.

„Der bürgerliche Staat ist ein Instrument des Kapitals.“

Jürgen P. Lang

„Der Staat wird zum Verwalter einer Politik, die weitgehend außerhalb seiner Souveränität beschlossen wird. Als Machtinstrument der Monopolbourgeoisie setzt er immer unverblümt eine Politik gegen die Interessen der Bevölkerungsmehrheit durch.“ Die „bürgerliche Demokratie“ werde „ausgehöhlt und verliert ihren Inhalt“. Diese Passage im DKP-Programm ist paradigmatisch für den Demokratie-Begriff der Linksextremisten. Der demokratische Verfassungsstaat – so wird unterstellt – sei zu einem Instrument verkommen, mit dem „das Kapital“ gegen die Interessen einer angeblichen Bevölkerungsmehrheit vorgehe. Auch Demokratie ist für Linksextremisten eine Machtfrage.

Linksextremisten offenbaren ein identitäres Demokratieverständnis (siehe auch Soll eine Gesellschaft pluralistisch oder homogen sein?), dem im Übrigen auch Rechtsextremisten anhängen: Der freiheitliche Staat sei keine wirkliche Volksherrschaft; er habe sich vom Willen der Bürger entfernt. Wer als Demokrat aus welchem Grund auch immer von „der Politik“ oder „den Parteien“ enttäuscht ist, ist möglicherweise empfänglich für solche Argumente, die dann den Extremisten in die Hände spielen können. Linksextremisten knüpfen gerne an Rosa Luxemburg an, die als Demokratie allein eine sozialistische Volksbewegung gelten ließ und alle Elemente eines Konstitutionalismus verwarf (siehe auch Falsche Vorbilder: Rosa Luxemburg). Auch in der Propaganda der SED waren Gewaltenteilung, Parlamentarismus und Rechtsstaatlichkeit der Bundesrepublik reine Fassade, ein von „Kapitalisten“ inszeniertes Kasperletheater, das ausschließlich die Funktion habe, die „wahren“ Herrschaftsverhältnisse zu verschleiern. Verkannt wird dabei, dass allein die formale Trennung von Staat und Gesellschaft die Interessenvielfalt der Menschen berücksichtigt und dennoch – durch Wahlen und andere Abstimmungen – zu politischen Entscheidungen führt. Linksextremisten wollen dagegen einen einheitlichen Volkswillen erzwingen, der in der Konsequenz allein in einem autoritären System durchgesetzt und aufrechterhalten werden kann (siehe auch Mehrheit und „Wahrheit“: Gibt es einen vorbestimmten Gemeinwillen?).

Der Antagonismus von Demokratie und Diktatur ist für Linksextremisten folgerichtig ohne Bedeutung. Für sie zählt allein der Gegensatz zwischen „Kapitalismus“ und „Sozialismus“. Es geht ihnen darum, „den Kapitalisten“ den Staat zu entreißen – durch Klassenkampf, eine Revolution oder eine „Transformation der Gesellschaft“, wie sie die „Reformer“ der Linken verfechten. Diese Partei legt zwar eine weniger dogmatische Sicht auf den Staat an den Tag, indem sie sich – nicht zuletzt vor dem Hintergrund des gescheiterten „real existierenden Sozialismus“ – zu Gewaltenteilung und Parlamentarismus bekennt. Doch werden diese demokratischen Prinzipien vor allem aus strategischen Erwägungen gutgeheißen.¹⁵⁰ Durch die programmatischen Papiere der PDS und der Linken geistert der Begriff der „Demokratisierung“. Sogar von einer „Demokratisierung der Demokratie“ ist die Rede. Diese Forderung klingt zunächst harmlos, selbst wenn man darauf verweist, dass einst auch Revolutionär Lenin eine „Demokratisierung der Staatsordnung“ für die bürgerliche Republik einforderte. Die Linke strebt unter diesem Begriff ebenfalls einen Umbau des demokratischen Staates an. Ein Vorstandspapier macht geltend, „gesellschaftliche Solidarität und Verantwortung“ seien „ohne (...) Institutionen, in denen die Bürgerinnen und Bürger ihren Interessen Geltung verschaffen können, nicht erreichbar.“¹⁵¹ Das repräsentative System der Bundesrepublik könne das nicht leisten und müsse aus diesem Grund „ergänzt“ werden.

¹⁵⁰ Vgl. Jürgen P. Lang, Ist DIE LINKE eine demokratische Partei?, in: Uwe Backes/Alexander Gallus/Eckhard Jesse (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 21, Baden-Baden 2010, S. 161–179.

¹⁵¹ Parteivorstand der LINKEN, Eine starke Linke für eine andere, bessere Politik, Manuskript, 12. April 2008.

Die Linke strebt einen Umbau der Institutionen des demokratischen Verfassungsstaates an. In ihrem Programm lässt sie die Idee der Räte wiederaufleben: „Die Linke tritt neben dem Ausbau direkter Demokratie für ihre Erweiterung durch (...) Wirtschafts- und Sozialräte auf allen Ebenen ein. In solchen Gremien sollten Gewerkschaften, Kommunen, Verbraucherinnen und Verbraucher sowie soziale, ökologische und andere Interessenverbände vertreten sein.“ (siehe auch Was sind Räte als Ergänzungen des Parlaments?) Eine demokratische Legitimation dieser Gremien, etwa durch Wahlen, ist nicht vorgesehen. Das erstaunt bei einer Partei, die sich der Basisdemokratie verschrieben haben will. Es sollen daneben ausschließlich jene Interessen Macht im Staat erlangen, die denen des „Kapitalismus“ (vermeintlich) entgegenstehen. Auch das widerspricht allen demokratischen Prinzipien, etwa dem Mehrheitsprinzip. Weiter heißt es: Die Räte „können im Dialog erarbeiten, was (...) als orientierendes allgemeines Interesse angesehen werden soll und gesellschaftlich zur Geltung zu bringen ist.“

Aus alldem spricht ein identitäres Demokratieverständnis. Gerade die in einer Demokratie aus gutem Grund konstitutive Trennung von Staat und Gesellschaft soll aufgehoben werden. Die Linke meint zu wissen, was die Bürger mehrheitlich wollen, und leitet daraus eine Art Definitionshegemonie ab. Sie will unter den Begriffen Solidarität und Gemeinwohl einen bestimmten Volkswillen konstruieren (siehe auch Mehrheit und „Wahrheit“: Gibt es einen vorbestimmten Gemeinwillen?). Und dieser Volkswille soll „zur Geltung gebracht“, mithin verbindlich festgelegt und damit zum Staatswillen gewendet werden. An einer anderen Stelle des Programms ist etwa apodiktisch (= keinen Widerspruch duldend) von den „Gemeinwohlinteressen“ und ihren Repräsentanten die Rede, deren staatlicher Einfluss gegenüber den Interessen des „Kapitals“ gesichert und institutionell verankert werden müsse. Das ist die klassische linksextremistische Argumentation – und liegt sehr nahe am Demokratieverständnis der Diktaturpartei SED (siehe auch „Sozialistische Demokratie“ am Beispiel der DDR). Für diese war die „sozialistische Demokratie darauf gerichtet, das ganze Volk in die Leitung und Planung des staatlichen (...) Lebens einzubeziehen und damit die echte Volksherrschaft zu verwirklichen.“¹⁵²

Es zeichnet jedes autoritäre und totalitäre System aus, dass es zwischen dem Staat und seinen Bürgern eine Identität der Interessen erklärt und durchsetzt. Das gilt es zu bedenken, wenn sich Linksextremisten für direktdemokratische Modelle starkmachen. Solche Forderungen müssen nicht auf „mehr Demokratie“ hinauslaufen, sie können auch die Schwächung des Parlamentarismus – als des Garanten der formalen Trennung von Staat und Bürgern – zum Ziel haben und einem identitären Gesellschaftsmodell und damit einer Diktatur den Weg bahnen.

¹⁵² Alfred Kosing, Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Philosophie, Berlin 1987, S. 105.

„Dialektische“ Verunklarung: Wie Linksextremisten aus einem X ein U machen

Rudolf van Hüllen

Der sogenannte „dialektische Materialismus“ galt bis 1989 in kommunistischen Regimes als offizielle „Erkenntnistheorie“, nach deren Verfahrensregeln man die Welt angeblich zuverlässig erklären konnte. Ob ihn bis auf die Ideologie-Exegeten des Systems überhaupt jemand in dieser Rolle ernst genommen hat, kann dahingestellt bleiben.

Wichtiger ist eine andere Funktion des „dialektischen Materialismus“: Als Agitationstechnik ist er bestens dafür einsetzbar, Aussagen gezielt zu verunklaren, Sachverhalte zu verdrehen und klare Stellungnahmen zu umgehen. Wer die Technik „dialektischen“ Argumentierens beherrscht, wird bei einigem Geschick in der Lage sein, in fast jeder Lage einer Tatsachenaussage das Gegenteil vorzuhalten und dem Diskussionspartner buchstäblich ein X für ein U vorzumachen.

Die sogenannten Hauptsätze der Dialektik machen dies möglich. Sie bestehen im Wesentlichen aus drei Grundannahmen:

1. Alle Erscheinungen und Gegenstände lassen sich nicht getrennt voneinander analysieren, sondern stehen in unauflösbarem widersprüchlichem Bezug zueinander;
2. keine Sache ist statisch, sondern alle sind in steter Entwicklung und Wandlung begriffen;
3. diese Entwicklung vollzieht sich nicht in einer Abfolge erkennbarer Ursachen und Wirkungen, sondern dergestalt in Gegensätzen, dass eine Sache oft schon den Keim ihrer inneren Widerlegung in sich trägt. Sie ist dann zum Zeitpunkt der Beschreibung schon etwas anderes, als sie zu sein scheint: Form und Inhalt könnten also auseinandertreten.

Das alles sind wunderbare Grundannahmen und Argumentationsmuster, mit denen politische Aussagen praktisch beliebig gestaltet werden können. Dazu drei Beispiele, die sich auf die genannten Hauptaussagen der Dialektik beziehen:

1. Die Behauptung von der unauflösbaren gegenseitigen Bedingtheit der Dinge:

Auf den Vorwurf, die SED habe die Mauer errichtet und 16 Millionen Menschen dauerhaft eingesperrt, wird der Kommunist antworten, die seinerzeitige Erscheinung könne man nicht isoliert von ihren weltpolitischen Bedingungen beurteilen. Dazu gehörten seiner Auffassung nach das revanchistische Programm der Adenauer-Regierung, die DDR personell durch Abwerben von Fachkräften auszutrocknen, die imperialistische Umkreisung des sozialistischen Lagers, die Atmosphäre des vom Westen geschürten Kalten Krieges, der Wunsch, den sozialistischen Aufbau gegen die Konterrevolution zu schützen etc. Am Schluss bleibt von der Menschenrechtsverletzung nichts Nennenswertes mehr übrig, die weltpolitischen Rahmenbedingungen haben die „Grenzsicherungsmaßnahme“ tragischerweise notwendig gemacht.

2. Die Beschreibung eines gegenwärtigen Zustandes treffe die Sache nicht, weil diese sich in einem ständigen Entwicklungsprozess befinde:

Die Behauptung, dass es in der DDR einen Mangel an Sanitärinstallationen gegeben habe, wird der Funktionär zurückweisen mit dem Hinweis, dass die isolierte Betrachtung vorübergehender Versorgungsengpässe dem dynamischen Charakter der sozialistischen Wirtschaft nicht gerecht werde. Im Kontext der Entwicklung und Erfüllung des Fünfjahrplanes belegten schon die Planindikatoren, dass die sich stetig vervollkommnende sozialistische Produktionsweise der krisenanfälligen, anarchischen und lediglich kurzfristigem Profitdenken

folgenden kapitalistischen weit überlegen sei. Momentaufnahmen, die sich als scheinbare Versorgungsengpässe darstellten, verfehlten daher das Wesen der Sache.

3. Dinge seien nicht automatisch mit ihrem äußeren Erscheinungsbild identisch. Form und Inhalt könnten auseinanderfallen, weil eine Sache stets schon den Keim ihrer dialektischen Widerlegung in sich trage:

Auf den Vorhalt, die westlichen Staaten hätten mit der Entspannungspolitik zum Frieden in Europa beigetragen, wird der Funktionär antworten, man dürfe die Erscheinungsform imperialistischer „Friedenspolitik“ nicht mit dem aggressiven Wesen des Monopolkapitalismus verwechseln. Tatsächlich sei die Entspannungspolitik eine Reaktion auf die gewachsene Stabilität und Macht des sozialistischen Lagers und zugleich ein besonders heimtückischer Versuch, durch Appelle an die bekannte Friedensliebe der sozialistischen Menschen deren Wachsamkeit gegenüber den revanchistischen Plänen des Imperialismus einzuschläfern.

Mit den verschiedenen Verfahren des dialektischen Argumentierens lassen sich eine Reihe von für den Agitator günstigen Effekten erzielen. Das dialektische Muster 1) nivelliert und relativiert klare Stellungnahmen so lange, bis am Schluss „irgendwie“ alles gleich ist und Unterschiede im Nebel dialektischer „Bedingtheiten“ und Zusammenhänge verdampft sind. Es versteht sich, dass dabei nicht genehme Zusammenhänge eher ausgeblendet und andere hervorgehoben werden. Das Ergebnis hat den Vorteil, dass es – weil eine identifizierbare Ursache fehlt – keine Vorhaltungen wegen irgendwelcher Fehlleistungen mehr geben kann; die Figur des verantwortlichen Verursachers und Täters verschwindet aus dem Denken – zur Relativierung kommunistischer Verbrechen ein sehr wirksames Verfahren.

Das Muster 2) vermeidet klare Aussagen und Wertungen und macht es möglich, auch offensichtlich kontrafaktische (= der Wirklichkeit nicht entsprechende) Behauptungen unter Verweis auf eine gegenläufige Entwicklungstendenz stehenzulassen. Die analytische Beschreibung einer Sache erscheint als weitgehend verzichtbar, wenn sie sich ohnehin in ständigem Wandel befindet.

Das Muster zu 3) schließlich mit seiner Behauptung vom Auseinanderfallen des Wesens und der Form ermöglicht es, buchstäblich ein X für ein U vorzumachen: Wenn ein sozialistischer Überfall gar keine Aggression, sondern seinem Wesen nach die Unterstützung einer Befreiungsbewegung war, dann kann auch eine humanitäre Intervention, die der Verhinderung eines bereits in Lauf gesetzten Völkermordes dient, zum „völkerrechtlichen Angriffskrieg“ umgedeutet werden – selbst wenn sie gewaltlos verlaufen sollte.

Wer diese dialektischen Argumentationsverfahren beherrscht, genießt gerade in Diskussionen, bei denen nicht kritisch nachgefragt wird, einen erheblichen Vorteil und hat die Möglichkeit, sich unerwünschten Aussagen weitgehend zu entziehen.

„Die DDR war ein legitimer Staat.“

Jürgen P. Lang

„Mit der DDR entstand auf deutschem Boden eine sozialistische Alternative zum deutschen Imperialismus. Die DDR, ihr konsequenter Antifaschismus, ihr Eintreten für Frieden, Entspannung und Abrüstung sowie die Verwirklichung elementarer sozialer Grundrechte gehören zu den größten Errungenschaften der deutschen Arbeiterbewegung und sind Teil des humanistischen Erbes in Deutschland.“ Spricht diese Passage des DKP-Programms nicht der Realität hohn? Das Schönreden der DDR als soziales und friedliebendes Paradies hat auch mehr als 25 Jahre nach ihrem Untergang Konjunktur.¹⁵³

Noch immer sind orthodoxe Kommunisten auf eine praktisch vollständige Rechtfertigung der DDR als Diktatur aus, und sie argumentierten weiterhin auf Basis einer marxistisch-leninistischen Geschichtsinterpretation. So heißt es bei der Kommunistischen Plattform in der PDS/Die Linke: Es „entspricht (...) unserer Überzeugung, dass die Welt (...) um viele Hoffnungen reicher war, als dieser unvollkommene frühe Sozialismus ungebremste Kapitalherrschaft auf diesem Planeten verhinderte.“¹⁵⁴ Indem die Plattform also die DDR eine „frühsozialistische“ Gesellschaft nennt, heißt sie die Methoden einer Diktatur gut, galten doch Repressalien gegenüber den Bürgern in der noch nicht „klassenlosen“, „frühsozialistischen“ DDR als gerechtfertigt. Die orthodoxe Argumentation deckt sich eins zu eins mit den Dogmen der SED.

Eine zweite Argumentationslinie der ideologischen Traditionalisten zielt auf die Legitimation kommunistischer Diktaturen als „antikapitalistische“ und „antifaschistische“ Systeme (siehe auch War die DDR ein „antifaschistischer“ Staat?). Die DDR wurde in vollkommener Leugnung historischer Tatsachen als „organischer Bestandteil der deutschen Geschichte“ und als „demokratisch-antifaschistisches Reformmodell“¹⁵⁵ bezeichnet, das sich nach 1945 herausgebildet habe. In Wahrheit entstand die DDR keineswegs als Reaktion der Menschen auf den Nationalsozialismus oder gar – wie es die in linksextremen Kreisen virulente „Dimitroff-Doktrin“ unterstellt – als Reaktion auf angebliche kapitalistische Voraussetzungen des Faschismus (siehe auch „Die Demokratie ist nur von rechts bedroht.“). Die DDR war nichts anderes als ein Implantat der Sowjetunion auf deutschem Boden. Dennoch: Wenn zum Beispiel die Kommunistin Sahra Wagenknecht die DDR-Diktatur fest im Sozialismus verwurzelt sieht, ist sie ehrlicher als viele Reformsozialisten, deren bisweilen seltsame Argumentationen alles daransetzen, das SED-Regime von dieser Tradition abzukoppeln.

Diese „Reformer“ der Partei Die Linke tun sich immerhin nicht allzu schwer, die DDR als Diktatur zu kritisieren und die fehlende Demokratie des „Arbeiter-und-Bauern-Staates“ anzuprangern – „Stalinismus“ lautet hier der Totschlagbegriff (siehe auch Was ist Kommunismus?). Dennoch sind auch sie – nur scheinbar paradox – auf die Rechtfertigung der DDR aus. So forderte noch Ende 2009 ein Papier der realpolitisch orientierten Parteispitze der Linken in Thüringen den Kampf gegen die Delegitimierung der DDR. Deren Gründung sei „der legitime Versuch“ gewesen, „ein Wiedererstarken sozialer Antriebskräfte des Nationalsozialismus zu verhindern und einen sozialistischen Staat auf deutschem Boden aufzubauen.“¹⁵⁶ Den Widerspruch aus Verurteilung einerseits, Rechtfertigung andererseits lösten die „Reformer“ durch eine theoretische Trennung einer „sozialistischen“ (und damit „demokratischen“) Gesellschaft von einem „stalinistischen“ (und damit „diktatorischen“) Regime.

¹⁵³ Vgl. Hubertus Knabe, Die Täter sind unter uns. Über das Schönreden der SED-Diktatur, Berlin 2007.

¹⁵⁴ Kurt Goldstein u.a., Fünf Überlegungen zum Umgang mit Geschichte, Manuskript, 11. März 2007.

¹⁵⁵ Ebd.

¹⁵⁶ Ina Leukefeld u.a., Thesen für die weitere Entwicklung der LINKEN zur Ausgestaltung einer linken Volkspartei in Thüringen, Manuskript, 28./29. November 2009.

Anlässlich des 50. Jahrestags des Volksaufstands vom 17. Juni 1953 in der DDR wartete die von PDS-„Reformern“ dominierte Historische Kommission mit einer Erklärung auf, der in großen Teilen auch nichtsozialistische Historiker zustimmen konnten. Man erkannte zum Beispiel an, dass sich die Proteste 1953 gegen das System der DDR insgesamt gerichtet hatten.¹⁵⁷ Doch die Aufständischen wurden pauschal zu aufrechten Sozialisten stilisiert. Das Motiv, eine „stalinistische“ Polit-Kaste habe einen vom Volk gewollten Sozialismus pervertiert, taucht auch in einem Papier sächsischer „Reformer“ auf, das nahtlos an die „Ideale der sozialistischen Bewegung“¹⁵⁸ in der Zwischenkriegszeit anknüpfen will. Auch die „Reformer“ stellen sich somit in eine Tradition, die, blickt man auf die KPD unter Stalins willigem Vollstrecker Ernst Thälmann, keineswegs demokratisch war. Sie selbst sehen dies freilich anders, weil sie eine solche – wie sie es nennen – „emanzipatorische Bewegung“ im Sinne Rosa Luxemburgs (siehe auch Falsche Vorbilder: Rosa Luxemburg) bereits ohne weiteres mit Demokratie gleichsetzen. So ist es nicht unbedingt ein Zeichen ideologischen Wandels, wenn etwa der frühere Fraktionschef der Linken, Gregor Gysi, konzediert, dass auch „die ‚friedliche Revolution‘ in der DDR eine Basisbewegung war, die auf Demokratie zielte.“¹⁵⁹ Reformsozialisten und eingefleischte Marxisten-Leninisten eint die Rechtfertigung der DDR, die für jene allerdings ein schon früh gescheiterter „Versuch“ war, während sie sich für diese stets auf dem richtigen Weg befunden hat. Von der Geschichte widerlegt sind indes alle Versuche von linksextremistischer Seite, die Gründung der DDR als ein vom Volk gewolltes Ereignis darzustellen.

¹⁵⁷ Vgl. Historische Kommission beim Parteivorstand der PDS, Der 17. Juni – eine spontane Arbeitererhebung, Manuskript, 25. April 2003.

¹⁵⁸ Arbeitsgruppe „Herbst 89“, 20 Jahre nach dem Zusammenbruch der DDR – 20 Thesen zur Diskussion, Manuskript, Februar 2009.

¹⁵⁹ Gregor Gysi, Von der SED zur PDS. Ein Rückblick, in: Disput, November 2009, S. 33.

„Die Demokratie ist nur von rechts bedroht.“

Jürgen P. Lang

Dieses Argument wirft vielfältige Paradoxien und Widersprüche linksextremistischen Denkens auf. Dass jemand eine Gefahr für die Demokratie darstellt, weist ihn eigentlich als Extremisten aus. Es mag dabei als logisch, wenn nicht banal erscheinen, dass Linksextremisten die Bedrohung ausschließlich auf der rechten Seite des politischen Spektrums wahrnehmen. Doch die Sache ist – mit Blick auf das linksextremistische Demokratie- und Grundwerteverständnis – komplizierter.

Zunächst einmal sind Linksextremisten selbstverständlich keine Anhänger des Extremismusbegriffs, der sich gegen Feinde der Demokratie unbeschadet ihrer politischen Richtung wendet. So versuchten PDS und Die Linke, in den Verfassungen des Bundes und der Länder eine sogenannte „antifaschistische Klausel“ zu installieren – was darauf hinausläuft, dass nur Rechtsextremismus inkriminiert und somit der antiextremistische Konsensus in Staat und Gesellschaft in Frage gestellt wird. In dieselbe Richtung argumentiert die DKP, die es in ihrem Grundsatzprogramm bedauert, dass in der Bundesrepublik – im Gegensatz zur DDR – die Chance vertan worden sei, eine „antifaschistisch-demokratische Ordnung“ zu schaffen (siehe auch War die DDR ein „antifaschistischer“ Staat?).

Die notorische Behauptung, man sei „gegen rechts“, ist durchaus als erweitertes Verständnis von Rechtsextremismus zu verstehen: Rechte Demokraten können auf diese Weise ebenfalls als Feinde „der Demokratie“ ausgemacht und bekämpft werden. Pate steht dabei – ausgesprochen oder unterschwellig – die sogenannte „Dimitroff-Doktrin“. Diese von der Kommunistischen Internationale in den 1930er Jahren entwickelte Theorie stellte den „Faschismus“ als Auswuchs eines ums Überleben kämpfenden „Kapitalismus“ dar: Während wirtschaftlicher Krisen wie in der Weimarer Republik lasse die „bürgerliche Demokratie“ ihre „pseudodemokratische Maske“ fallen und verwandle sich in ein „faschistisches“ Regime, das mit aller Härte gegen die Arbeiterbewegung vorgehe. In dieser „Logik“ standen die als „kapitalistisch“ verteuflten freiheitlichen Demokratien in ursächlichem Zusammenhang mit rechten Diktaturen. Und damit gerieten auch rechte Demokraten sowie sämtliche tatsächliche oder vermeintliche politische Gegner pauschal in Faschismus-Verdacht.

Wer sich die Programme linksextremistischer Organisationen anschaut, stößt schnell auf einen umfangreichen Katalog an Forderungen, die die (angebliche) Beschneidung der „Freiheit“ durch „rechte Kräfte“ beklagen. Vor allem Maßnahmen zugunsten der inneren Sicherheit fallen hierunter – dahingestellt, ob sie politisch gerechtfertigt sind oder nicht. Linksextremisten stehen so als aufrechte Vorkämpfer des Liberalismus da und können sich zum Bewahrer bzw. Retter des demokratischen Verfassungsstaates stilisieren. Dies ist – legt man die im vorangehenden Abschnitt geschilderten linksextremistischen Auffassungen zu Demokratie und Freiheit zugrunde – an Zynismus kaum zu überbieten. Nicht jeder, der sich gegen Vorratsdatenspeicherung, Lauschangriff oder Videoüberwachung wendet, ist ein (besserer) Demokrat.

Entlarvt sich nicht selbst, wer wie Die Linke einerseits mit der Forderung nach Abschaffung aller Geheimdienste in die Wahlkämpfe zieht, sich andererseits im Kampf gegen den Rechtsextremismus jedoch auf den Verfassungsschutz beruft und ein Eingreifen staatlicher Instanzen verlangt? „Wer gegen den Abbau demokratischer Rechte polemisiert und immer wieder hervorhebt, niemand dürfe wegen seiner politischen Einstellungen benachteiligt werden, und zugleich eine antifaschistische Klausel propagiert, argumentiert doppelbödig. Offenbar geht es ihm nicht um den Schutz der Grundrechte an sich, sondern um den Schutz für eine bestimmte (politische) Richtung.“¹⁶⁰ Linksextremisten setzen

¹⁶⁰ Eckhard Jesse/Jürgen P. Lang, Die Linke – der smarte Extremismus einer deutschen Partei, München 2008, S. 266.

„liberale“ – oder, wie es im einschlägigen Jargon heißt: „libertäre“ – Positionen ebenso wie den moralisch hoch aufgeladenen Begriff des „Antifaschismus“, den sie stets wie eine Monstranz vor sich hertragen, zum Kampf gegen den demokratischen Verfassungsstaat ein.

„Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen.“

Rudolf van Hüllen

Da möchte man, im Wissen um die beispiellosen Verbrechen des Nationalsozialismus, fast spontan zustimmen. Ganz so einfach ist es indessen nicht. Denn wie bei den meisten Slogans aus dem Linksextremismus gibt es auch hier einen auf dem ersten Blick nicht sichtbaren „Subtext“, der eine kritische Auslegung der Aussage nötig macht.

Der Spruch stammt von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA). Die 1947 gegründete Organisation pflegte in der alten Bundesrepublik den „verordneten Antifaschismus“ der DDR (siehe auch Was bedeutet „verordneter Antifaschismus“?). Gesteuert wurde sie von der DKP, finanziert von der SED. In früheren Jahrzehnten versammelte sie die überlebenden kommunistischen Opfer des NS-Terrors. Der Umgang mit solchen Menschen ist schwierig. Als Verfolgte des Nationalsozialismus sind sie Opfer, aber wie kann jemand, der so etwas erdulden musste, anschließend Jahrzehnte Stalinist bleiben?

Man muss den Slogan deshalb aus der Sicht seiner Urheber lesen. „Faschismus“ ist für sie nicht allein der Nationalsozialismus, sondern ein Sammelbegriff für alle rechten Diktaturen in Europa im 20. Jahrhundert - egal, ob sie einen industrialisierten Massenmord an angeblich „rassisch Minderwertigen“ betrieben wie die Nationalsozialisten oder „nur“ eine traditionelle rechtsgerichtete Diktatur unterhielten. Und: „Faschismus“ ist zudem ein kommunistischer Kampfbegriff. Er unterstellt, dass „Kapitalismus“ und bürgerliche Demokratien latent anfällig für Rechtsextremismus seien. Demnach wären sie - nach kommunistischer Lesart - der Parole sozusagen Inkubationsorte für Verbrechen. Und als solche dürfte man sie nicht dulden. Das entspräche exakt der kommunistischen Parole, nach der es darum gehen müsse, den „Faschismus mit seine Wurzeln auszurotten“. Und es verstünde sich, dass nicht nur nationalsozialistische (also völkisch-rassistische) Meinungen und Einstellungsmuster, sondern auch alle anderen rechtsextremistischen Auffassungen als Verbrechen zu unterbinden wären. Grundrechte wie Meinungs- und Versammlungsfreiheit ständen demnach „Rechten“ nicht zu. Und man kann ahnen, dass solcher „Antifaschismus“ die Aberkennung von Grundrechten sehr schnell über den tatsächlichen Rechtsextremismus hinaus ausdehnen würde.

Die meisten Empfänger der Botschaft „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen“ werden jedoch den ihm zugrunde liegenden linksextremistischen „Subtext“ nicht erkennen. Sie werden - in Deutschland - umgangssprachlich unter „Faschismus“ den historischen Nationalsozialismus verstehen. Und dann wäre der Slogan richtig: Erstens ist der Nationalsozialismus nicht etwa eine gute Idee gewesen, die bloß schlecht ausgeführt wurde. Er ist in seiner Substanz ein kriminelles, gegen Menschenrechte, Demokratie und humane Mindeststandards gerichtetes Gedankensystem. Und zweitens kann man solche Gedankensysteme keineswegs von ihrer praktischen Verbrechensgeschichte trennen. In einem solchen Verständnis - das allerdings nicht mit den Absichten der Urheber identisch ist - wäre der Slogan eine richtige Aussage.

Allerdings wäre dann auch über die Aussage nachzudenken „Kommunismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen“.

„Frei ist nur, wer es sich leisten kann.“

Jürgen P. Lang

Dieses geflügelte Wort ist nicht allein für Linksextremisten wohlfeil. Doch bei ihnen steckt mehr dahinter, als man auf den ersten Blick vermutet. Erstens stellen sie damit grundsätzlich in Abrede, dass in einem demokratischen Verfassungsstaat Freiheit als universeller Wert gilt: Ausschließlich die Wohlhabenden kämen in ihren Genuss. Freiheit erscheint so nicht mehr als unteilbare Norm, sondern als Gut, das man sich erst erkaufen muss. Daraus folgt zweitens, dass lediglich bestimmte politische und gesellschaftliche Bedingungen zu wahrer Freiheit führen. Dieses Freiheitsverständnis wirft ein bezeichnendes Licht darauf, wie sich Linksextremisten eine sozialistische Gesellschaft vorstellen.

Was bei der Linken – im Gegensatz zur DKP – auf den ersten Blick als uneingeschränktes Bekenntnis zu einem demokratischen Grundwert daherkommt, entpuppt sich als das Gegenteil. Das kleine Wort „durch“ in dem Zitat verrät, dass „Freiheit“, wie Die Linke sie versteht, notwendig mit politischen Pflichten (sozialer Teilhabe, Solidarität) der Bürger verbunden ist – und letztlich allein in einer anderen Gesellschaft Gültigkeit beanspruchen darf. Die Vorgängerpartei PDS sprach in ihrem Chemnitzer Programm bezeichnend von „Freiheitsgütern“. Das seien etwa Bildung, Kultur, soziale Sicherheit oder Arbeit. „Derjenige, der die Freiheitsgüter zur Verfügung stellt, der Staat, eine Partei oder sonstige letzte Instanzen, entscheiden, was Freiheit ist. (...) Zu Ende gedacht werden dem Staat, um diese ‚Freiheitsgüter‘ zu ermöglichen, unbegrenzte Eingriffsmöglichkeiten gegeben. Diese Logik ist eigentlich nur totalitären Regimen eigen.“¹⁶¹ Selbst die „Reformer“ in der PDS bzw. der Linken sehen Freiheit nicht als politisch neutral an. „Formale Freiheit und Gleichheit“ seien „zwar eine Voraussetzung, nicht aber die Substanz von Sozialismus“,¹⁶² schrieb PDS-Chefideologe Michael Brie. Spricht dieses Zitat nicht Bände? Umgekehrt wird die Existenz „wahrer“ Freiheit in einem demokratischen Verfassungsstaat verneint. In diesem Zusammenhang spricht Brie von einer „herrschaftssichernden Freiheitsideologie“¹⁶³ der Kapitalisten. In beiden Fällen ist „Freiheit“ politischen Bedingungen unterworfen und lediglich ein Objekt des ideologischen Kampfes. Ein solches Verständnis reiht Die Linke grundsätzlich in das linksextremistische Spektrum ein.

Auch in der Dogmatik der DDR-Staatspartei SED – die sich ab 1989 als PDS in einem demokratischen System behaupten musste – war die „persönliche Freiheit des Menschen immer an gesellschaftliche Voraussetzungen gebunden. Sie bestimmen den konkreten Rahmen und den Inhalt der Freiheit des Individuums.“¹⁶⁴ In einer Diktatur konnte das nur heißen: Der Potentat legt fest, was Freiheit zu bedeuten hat. In der DDR wurden der Bau der Mauer 1961, das Ministerium für Staatssicherheit und die politische Justiz zu Symbolen der Unfreiheit und der Missachtung fundamentaler Rechte. Dies sieht heute auch Die Linke so. Aber selbst in der Gesellschaft, die diese Partei sich vorstellt, wird es keine Freiheit als vorpolitisches Recht geben.

„Was nützt es den Hungernden, wenn sie frei sind?“ Hier bläst Oskar Lafontaine, erster Chef der Linken, in dasselbe Horn wie Extremisten. Seine rhetorische Frage lässt an Zynismus nichts zu wünschen übrig. Elementare Not der Menschen wird instrumentalisiert. Die allgemeine Geringschätzung der Freiheit ist offensichtlich. Dieses Menschenrecht wird aufgerechnet gegen „sozialistische“ Ideale. So verwundert es nicht, dass für Die Linke die Beschneidung der Pressefreiheit in dem linksautoritären Regime Venezuelas kein Problem ist. Und auch das Eingangszitat „Frei ist nur, wer es sich leisten kann“ schlägt

¹⁶¹ Viola Neu, Die Linke: eine Volkspartei?, in: Volker Kronenberg/Tilman Mayer (Hrsg.): Volksparteien: Erfolgsmodell für die Zukunft? Konzepte, Konkurrenzen und Konstellationen, Freiburg im Breisgau 2009, S. 221.

¹⁶² Michael Brie, Was hätte Rosa gesagt?, in: Utopie kreativ, 189–190/2006, S. 712.

¹⁶³ Michael Brie, Freiheit ist immer die Freiheit der Anderen, in: Freitag vom 22. September 2000.

¹⁶⁴ Alfred Kosing, Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Philosophie, Berlin 1987, S. 184.

in diese Kerbe. Dahinter steckt die Forderung nach sozialer Gleichheit – die am Ende in einer sozialistischen Gesellschaft erzwungen werden muss. In solchen Systemen ist nicht einmal der frei, der sich zu den Privilegierten zählen darf. In einer Demokratie dagegen gilt Freiheit für alle – und dieses durch nichts aufzuwiegende Menschenrecht kann jeder ungestraft auch gegen den Staat einfordern.

„Geld ist genug da, es ist nur ungerecht verteilt.“

Jürgen P. Lang

Auch das hat man schon aus dem Munde manches Demokraten vernommen. Doch das Zitat ist eines der zentralen Argumente der Linksextremisten, wenn sie die Schaffung völliger sozialer Gleichheit, die Abschaffung der Sozialen Marktwirtschaft und die Enteignung privater Unternehmen verlangen (siehe auch Welche Fernziele verfolgen Linksextremisten? und Was heißt Soziale Marktwirtschaft? Warum ist sie seit 60 Jahren erfolgreich?). Dreh- und Angelpunkt ist die Eigentumsfrage. Für Linksextremisten ist sie nicht allein von ökonomischer Bedeutung, sondern auch eine Machtfrage, die nur in einem neuen Staat und in einer neuen Gesellschaft gelöst werden könne.

So steht im Programm der Linken: „Demokratischer Sozialismus (...) zielt auf grundlegende Veränderung der herrschenden Eigentums-, Verfügungs- und Machtverhältnisse.“ Und auch das DKP-Programm spricht von „kapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnissen“. Dabei verrät die DKP wieder einmal ihre marxistisch-leninistische Dogmatik: Die Partei sieht im Privateigentum die „ökonomische Grundlage des Kapitalismus“ und fordert ein Gemeineigentum an Produktionsmitteln. In Kauf genommen wird offenbar, dass in der DDR, wo das Gemeineigentum ökonomisch-ideologisches Grundgerüst war, eine gesellschaftliche Verfügung darüber gar nicht existierte. Allein die politischen Machthaber und die Funktionäre in den Betrieben entschieden über die Verwendung der Produktionsmittel.

Reformsozialisten legen dagegen eine differenziertere Ideologie an den Tag. Der Partei Die Linke geht es in ihrem Grundsatzmanifest um die „Überwindung der Dominanz kapitalistischen Eigentums in der Wirtschaft (...). Alle Menschen sollen am Reichtum teilhaben können.“ Weiter heißt es: „Wir wollen eine radikale Erneuerung der Demokratie, die (...) sämtliche Eigentumsformen emanzipatorischen, sozialen und ökologischen Maßstäben unterwirft.“ Hier wird der Eigentumsbegriff entgrenzt und praktisch auf alle Besitzformen angewandt. Wie beim Grundwert Freiheit (siehe auch „Frei ist nur, wer es sich leisten kann.“) entscheiden letzten Endes vom Staat oder von einer machthabenden Partei festgelegte „Maßstäbe“ auch über persönliches Eigentum.

Die Linke propagiert eine radikale Umverteilung, die mit der Enteignung zunächst der großen Konzerne einhergeht. Gerne verweist die Partei dabei auf das Grundgesetz, das Enteignungen – „zum Wohle der Allgemeinheit“, wie es in Art. 14 Abs. 3 GG heißt – ausdrücklich erlaubt. Sie verschweigt jedoch, dass die ursprünglichen Eigentümer entschädigt werden müssen.¹⁶⁵ In ihrem hochgelobten Buch „Freiheit statt Kapitalismus“ erblickt die Kommunistin und Fraktionsvorsitzende der Linken, Sahra Wagenknecht, in der „grundlegende(n) Veränderung der Eigentumsverhältnisse“¹⁶⁶ ein Zukunftsmodell. In Wahrheit kommen die Vorschläge aus dunkler Vergangenheit. Mit der Verstaatlichung von Banken, Versicherungen und privaten Medien, merkt der DDR-Experte Klaus Schroeder treffend an, „begann auch in der SBZ im Sommer 1945 die sozialistische Umwälzung“.¹⁶⁷

Wer Eigentum mit Macht verbindet, will nur vordergründig für „mehr Gerechtigkeit“ sorgen. Mit Enteignungen, Verstaatlichung bzw. Vergesellschaftung und einer Umverteilung von oben nach unten wollen Linksextremisten einer Gesellschaft den Weg bahnen, in der „soziale Gleichheit“ herrscht. Dass dies ausschließlich unter Zwang möglich ist, spielt offenbar keine Rolle. In einer Demokratie ist aus diesem Grund eine völlige „soziale Gleichheit“ in der Tat nicht zu haben. Doch einer offenen,

¹⁶⁵ Rudolf van Hüllen, „Die Linke“ stellen. Handreichungen zur politischen Auseinandersetzung, Sankt Augustin/Berlin 2009, S. 51–53.

¹⁶⁶ Sahra Wagenknecht, Freiheit statt Kapitalismus, Frankfurt am Main 2011, S. 320.

¹⁶⁷ Klaus Schroeder, Ein Kind der DDR.

freiheitlichen Gesellschaft sind Solidarität und soziale Gerechtigkeit keineswegs fremd. Mit diesen Werten ist allerdings das – nicht mit dem bloßen Markterfolg zu verwechselnde – Leistungsprinzip verbunden, das individuelle Anstrengungen belohnt.¹⁶⁸ Wäre das nicht der Fall, versänke jede Gesellschaft in geistiger Agonie und wirtschaftlicher Stagnation. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich der Sozialen Marktwirtschaft verschrieben. Dieses Modell vereint beide Prinzipien. „Die Reichen“, die Linksextremisten so gerne zur Kasse bitten möchten, sorgen dafür, dass niemand ins soziale Abseits rutscht. Eigentum verpflichtet – so steht es im Grundgesetz. Der Umkehrschluss wäre: Ohne Eigentum keine Verpflichtung. Das sollte nachdenklich machen.

¹⁶⁸ Vgl. Stefan Liebig/Meike May, Dimensionen sozialer Gerechtigkeit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 47/2009, S. 3–8; Frank Nullmeier, Soziale Gerechtigkeit – ein politischer „Kampfbegriff“?, in: ebd., S. 9–14.

„Gewalt ist ein legitimes Mittel.“

Jürgen P. Lang

Das „ungestörte“ Verhältnis mancher Linksextremisten zur Gewalt konterkariert den vorgeblichen Pazifismus dieses Spektrums. Dennoch finden sich explizite Befürworter von Gewalt heutzutage nur noch an dessen terroristischen Rändern bzw. bei den sogenannten Autonomen.

Blickt man in die programmatischen Dokumente der DKP und der Linken, wird schnell klar, dass aus Sicht der beiden Parteien Gewalt immer ausschließlich von einem ideologischen Feind ausgeht, selbst dann, wenn sie gar nicht manifest ist¹⁶⁹. Diese Argumentation machen sich freilich auch Linksterroristen und Autonome eigen (siehe auch Führt Linksextremismus zu Terrorismus? und Die Welt der Autonomen). Und sie ziehen daraus die Legitimation, selbst Gewalt anzuwenden. Im Falle des – heute nicht mehr relevanten – Terrorismus etwa der RAF sah das so aus: Der Terror werde dem Staat die demokratische Maske entreißen und sein wahres Gesicht, nämlich den grundsätzlich repressiven Charakter, zutage fördern. Eine solche militante Herausforderung des freiheitlichen Staates fußte auf einer diffusen Interpretation des Marxismus-Leninismus, die alle demokratischen Systeme zu bloßen Herrschaftsinstrumenten von „Kapitalisten“ und „Imperialisten“ stempelte.

Die Anwendung von Gewalt ist der gemeinsame Nenner – man könnte fast sagen der Daseinsgrund – der Autonomen-Bewegung.¹⁷⁰ Gewalt ist für die von jungen Leuten dominierten Autonomen ein Ausdruck eines Lebensgefühls (siehe auch Wie stehen Linksextremisten zur Gewalt als Mittel der Politik?). Sie fördert den Gruppenzusammenhalt und befriedigt jugendliche Abenteuerlust. Autonome erachten Gewalt aber auch als notwendiges Mittel der politischen Auseinandersetzung, das sich zunehmend – so verzeichnen es die Verfassungsschutzberichte der letzten Jahre – nicht mehr gegen Sachen, sondern gegen Menschen richtet.¹⁷¹ Die Hemmschwelle, etwa den Sicherheitskräften bei Demonstrationen bewusst Verletzungen zuzufügen, sinkt offenbar beständig.

Es ist der Bewegung der Autonomen wichtig, der Anwendung von Gewalt einen theoretisch begründeten Anstrich der Legitimität zu geben. Das leitende Argumentationsmuster ist die Vorstellung, dass man sich von den Herrschenden die Gewaltfrage nicht vorschreiben lassen dürfe: „Keinen Dialog mit der Macht! Wir stellen nur Forderungen, auf die die Macht entweder eingehen kann oder auch nicht.“¹⁷² Gewalt wird als „Gegengewalt“ gegen die strukturelle Gewalt des Staates gerechtfertigt und als Akt der Selbstbefreiung dargestellt. Sie sei die Keimzelle einer neuen Ordnung. So schreibt der autonome Theoretiker Geronimo, die Geschichte zeige, „dass Gewalt noch immer Geburtshelferin neuer Formen von Gesellschaftlichkeit in politischen Kämpfen und Revolutionen war.“ Gewaltverzicht komme nicht in Frage, denn „der bürgerliche Staat“ Sorge „seit 200 Jahren mit Gewalt für Gewaltlosigkeit und hat damit nicht mehr geschaffen als ein Meer von Gewalt.“¹⁷³ Entsprechend äußerte sich die militante Autonome Antifa (M) aus Göttingen (siehe auch Zentrale Aktionsfelder von Linksextremisten): „Gewaltfrei ist ein ideologischer Begriff, der im totalen Gegensatz zu autonomer Politik steht.“ Sich darauf einzulassen, „käme einem politischen Selbstmord gleich.“¹⁷⁴

¹⁶⁹ Vgl. u.a. Udo Baron, Auf dem Weg zur gezielten Gewalt? Verbindungen zwischen Linksautonomen und der Partei DIE LINKE, in: Die politische Meinung, 5/2010, S. 57.

¹⁷⁰ Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz, Militante Autonome. Charakteristika – Strukturen – Aktionsfelder, April 1999.

¹⁷¹ Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2010, Berlin 2011, S. 136 f.

¹⁷² Zit. n. Jürgen P. Lang/Patrick Moreau, Linksextremismus. Eine unterschätzte Gefahr, Bonn 1996, S. 376.

¹⁷³ Geronimo, Feuer und Flamme. Zur Geschichte und Gegenwart der Autonomen, Amsterdam 1990, S. 207 f.

¹⁷⁴ Dokumentation „Demonstration in Adellebsen/Göttingen“, Manuskript, 20. März 1993.

Wer in einem freiheitlichen System mit gewählter Exekutive dem Staat das Gewaltmonopol streitig macht, gibt sich nicht nur als Gegner eines solchen Gemeinwesens zu erkennen (siehe auch Warum liegt das Gewaltmonopol beim Staat?). Er beweist auch, dass er – vom Faustrecht abgesehen – keine Regeln politischer Auseinandersetzung akzeptiert. Willkürherrschaft wäre die Entsprechung. Wer ungestraft Gewalt ausüben will, müsste wie einst die „Faschisten“ zunächst den Rechtsstaat beseitigen. Als die Nationalsozialisten, Feindbild Nummer eins der Autonomen, 1933 ihr Terror-Regime errichteten, machten auch sie Gewalt zum Maßstab der Politik. Es geht nicht an, die monströsen Verbrechen der Nationalsozialisten mit den Taten von Jugendlichen zu vergleichen, die allabendlich in Berlin oder anderswo Autos „abfackeln“. Doch ist das dahinterstehende Politikverständnis nicht erschreckend ähnlich?

„Krieg ist Frieden“ – die Umkehrung von Bedeutungen im linksextremen Sprachgebrauch

Rudolf van Hüllen

Eine der zentralen Passagen in George Orwells Roman „1984“ schildert, wie es dem „Großen Bruder“ gelingt, den Inhalt von bisher selbstverständlich gewesenen Begriffen komplett umzupolen: Der tragische Held des Roman lernt an dieser Stelle zu begreifen, dass Krieg Frieden ist.

Um solche kompletten Umwertungen, die positive Begriffe in Chiffren für Diktatur verwandeln, geht es. Natürlich verbinden Liberale, Christdemokraten und Sozialdemokraten mit dem Begriff „Demokratie“ im Detail Unterschiedliches. Sie sind sich aber einig, dass es sich um ein Herrschaftsmodell handelt, das durch Volkssouveränität legitimiert ist, dessen Regierung sich Wahlen zu stellen und Gesetze einzuhalten hat. „Demokratie“ in linksextremistischer Auslegung meint hingegen etwas fundamental anderes, obwohl es sich des gleichen Begriffes bedient¹⁷⁵. Ähnlich verhält es sich mit dem Begriff „Frieden“.

Demokratie: Wer im „Kleinen politischen Wörterbuch“ der SED nachschlägt, wird alsbald auf den Unterschied zwischen „bürgerlicher Demokratie“ und „sozialistischer Demokratie“ verwiesen. Der Unterschied macht sich in erster Linie daran fest, dass „bürgerliche Demokratien“ politische Systeme mit „kapitalistischer“ Wirtschaftsordnung und deshalb „Klassengesellschaften“ sind, in denen Ausbeutung und „Diktatur der Bourgeoisie“ herrschen¹⁷⁶. Zwar gebe es in ihnen formell gewählte Einrichtungen und in der Verfassung verankerte bürgerlich-demokratische Rechte und Freiheiten¹⁷⁷. Doch bleibe die bürgerliche Demokratie ihrem Wesen nach „eng, beschränkt, falsch und verlogen, ein Paradies für die Reichen, eine Falle und ein Betrug für die Ausgebeuteten, die Armen“¹⁷⁸. In sozialistischen Demokratien hingegen sei dieses entscheidende Element der Ausbeutung beseitigt: „Wirkliche, realisierbare Demokratie im Sinne der umfassenden Verwirklichung der politischen, ökonomischen, sozialen und kulturell-geistigen Interessen und Bedürfnisse kann die Arbeiterklasse erst durch die Errichtung der Diktatur des Proletariats erkämpfen.“¹⁷⁹ Deswegen ist die sozialistische Demokratie auch die „politische Machtausübung der von der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei geführten werktätigen Massen des Volkes, die mit der Errichtung der Diktatur des Proletariats die bürgerliche Demokratie überwindet“¹⁸⁰ – natürlich unter Verzicht, möchte man hinzufügen, auf die „formalen“, in der Verfassung verankerten bürgerlich-demokratischen Rechte und Freiheiten.

Egal wie man es wendet: Die „sozialistische Demokratie“ ist schon ihrer Selbstdarstellung nach eine Diktatur und möchte dem Publikum – genau wie in „1984“ – diesen Umstand auch noch als besonders empfehlenswert ans Herz legen. Die Umwertung des Begriffs in sein Gegenteil ist vollständig, aber andererseits auch erst nach der Lektüre der einschlägigen Interpretationshilfen erkennbar: Wenn Kommunisten von „echter“ Demokratie reden, meinen sie Diktatur und Gewaltherrschaft.

¹⁷⁵ Mit einer allerdings aufschlussreichen Ausnahme: Die realsozialistischen Staaten – und die Volksrepublik China bis heute – bezeichneten sich als „Volksdemokratien“. Da Demokratie wörtlich übersetzt „Herrschaft des Volkes“ heißt, war die „Volksherrschaft des Volkes“ reichlicher Unsinn und zugleich ein Hinweis, dass auf den Volksdemokratien zwar Demokratie draufstand, aber etwas anderes drin war.

¹⁷⁶ Kleines politisches Wörterbuch, 11. Aufl. Berlin (Ost) 1986, S. 175.

¹⁷⁷ Ebd., S. 155, Stichwort „bürgerliche Demokratie“.

¹⁷⁸ Ebd., S. 156, in direkter Wiedergabe eines Zitates von Lenin (Lenin, Werke Bd. 28, S. 241).

¹⁷⁹ Ebd., S. 174.

¹⁸⁰ Ebd., S. 876, Stichwort „sozialistische Demokratie“.

Frieden: Ähnlich doppeldeutig stellt sich das linksextremistische Verständnis von Frieden dar. Das einschlägige Wörterbuch definiert ihn zunächst konventionell als „Zustand in den Beziehungen zwischen Völkern, Nationen und Staaten, der den Krieg ausschließt.“¹⁸¹ Allerdings gibt es nur einen wirklichen Garanten dieses Zustandes, nämlich den Sozialismus: „Erst im Sozialismus entsteht eine Gesellschaft, der der Frieden wesenseigen ist, weil in ihr die Ausbeutung beseitigt ist. Mit dem Entstehen des Sozialismus erhielt der Frieden eine gesellschaftliche Grundlage und entsprechende materielle Bedingungen.“¹⁸² Daraus ergeben sich mehrere Schlussfolgerungen:

- „Je stärker der Sozialismus, desto sicherer der Frieden“, lautete eine in der DDR gängige Parole.
- Frieden hat nichts mit Pazifismus zu tun, denn gegebenenfalls muss der Sozialismus den Kapitalismus/Imperialismus zum Frieden zwingen, vielleicht sogar durch „gerechte Kriege“. In dieser Vorstellung hat der nur scheinbar widersinnige Begriff „Friedenskampf“ seinen Ursprung.
- Es gibt eine benennbare Ursache für das Gegenteil von Frieden, den Krieg: „Der Marxismus-Leninismus begründet, dass die Fragen von Krieg und Frieden vom Klassenkampf abgeleitet sind und Kriege letztlich ihre Wurzel im Privateigentum an Produktionsmitteln, im Klassenantagonismus der Ausbeutergesellschaft, im aggressiven Wesen des Imperialismus haben.“¹⁸³ Imperialismus als Ursache für „ungerechte Kriege“ könne es aber nur auf kapitalistischer Grundlage geben, weil nur dort die Profitinteressen des Kapitals zur Eroberung von Absatzmärkten, Rohstoffen und Arbeitskräften drängten. Dem Sozialismus seien solche Motive wesensfremd, deshalb sei er stets friedlich, unabhängig davon, wie stark er aufgerüstet habe und wie er von diesem Potential Gebrauch mache.

Es ist interessant, die linksextremistischen Auslegungen von „Demokratie“ und „Frieden“ auf ein konkretes Beispiel anzuwenden. Nehmen wir die Schweiz: Nach westlichem Verständnis ist die Eidgenossenschaft ein wohlhabender Staat mit einer jahrhundertealten gefestigten demokratischen Tradition. Er verfügt zwar über eine Armee, die aber ausschließlich der Landesverteidigung dient, seit Menschengedenken keinen Krieg mehr geführt hat und angesichts der traditionellen Schweizer Neutralitätspolitik in militärische Händel nicht verwickelt ist. Dennoch ist die Schweiz aus Sicht des Marxisten-Leninisten eine Klassendiktatur des Kapitals, in der Ausbeutung, Armut und Unterdrückung herrschen. Und die Schweizer Armee ist schon deshalb das Instrument eines aggressiven Imperialismus, weil sie die Stabilität der Kapitalherrschaft nach innen aufrechterhält (dass es eine stete Zustimmung breiter Bevölkerungsmehrheit zu Demokratie und Armee gibt, spielt aus dieser Sicht keine Rolle). Außerdem exportiert die Schweizer Industrie Rüstungsgüter, zudem noch in andere „imperialistische“ Länder. Insgesamt ist das Land also weder im sozialistischen Sinne demokratisch noch ein Friedensstaat.

Die entsprechende Probe für die DDR fiel aus marxistisch-leninistischer Sicht genau gegenteilig aus: Dort herrschte sozialistische Demokratie unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei, also die entwickeltste Form von Demokratie überhaupt. Die Hochrüstung der DDR und die Militarisierung ihrer Gesellschaft, einschließlich Betriebskampfgruppen, Grenzregime und Staatssicherheit, diente dem Frieden ebenso wie ihre zahllosen Waffenexporte und die Einmischung von DDR-„Beratern“ in Kriege in der Dritten Welt – schließlich handelte es sich um „gerechte Kriege“. Und deshalb ist mit diesen „sozialistischen Errungenschaften“ der DDR ein veritabler Friedensstaat untergegangen.

Aber eben das war es ja, was Orwell meinte: Krieg ist Frieden...

¹⁸¹ Ebd., S. 285, Stichwort „Frieden“.

¹⁸² Ebd., hier zit. nach der etwas abweichenden 6. Aufl. 1986, S. 273 f.

¹⁸³ Ebd., S. 286.

„Krieg löst keine Probleme.“

Jürgen P. Lang

Die Linke tritt in ihrem Programm ein „für Frieden und Abrüstung, gegen Imperialismus und Krieg, für eine Welt ohne Massenvernichtungswaffen und ein Verbot von Rüstungsexporten. (...) Krieg löst kein Problem, er ist immer Teil des Problems. Die Bundeswehr muss aus allen Auslandseinsätzen zurückgeholt werden (...).“ Für die DKP – die sich in ihrem Grundsatzmanifest ähnlich pazifistisch gibt – stehen die Kriegstreiber fest. Man müsse den Frieden verteidigen „gegen die Kriegspolitik des US-Imperialismus und gegen die Großmachtpolitik des deutschen und EU-Imperialismus“.

Beide Parteien konstruieren einen messerscharfen Gegensatz zwischen „Imperialismus“ auf der einen, „Frieden“ auf der anderen Seite, der man sich selbst zuordnet (siehe auch „Antimilitarismus“ und „Antiimperialismus“ bei Linksextremisten). Linksextremisten instrumentalisieren beide Begriffe – der eine negativ, der andere positiv besetzt –, um ideologische Frontstellungen zu errichten: „Imperialistisch“ sind demnach allein „kapitalistische“ Staaten, während ausschließlich „sozialistische“ Länder Friedenspolitik betrieben (siehe auch Sind Auslandseinsätze der Bundeswehr „Imperialismus“? und War die DDR ein „Friedensstaat“?).

Die Wirklichkeit sieht freilich – schon allein, wenn man den Imperialismus der Sowjetunion ins Kalkül zieht – anders aus. Ohne viel Federlesens schieben Linksextremisten den „imperialistischen“ Staaten das Elend der sogenannten Dritten Welt in die Schuhe. Doch haben „Diktatur und Massenarmut in Zimbabwe, Völkermord im Sudan und die Einführung der Scharia in zahlreichen anderen (...) Ländern irgendetwas mit amerikanischen Weltherrschaftsplänen oder NATO-Konzeptionen für Angriffskriege zu tun?“¹⁸⁴ Hinzu kommt: Wer wie Die Linke die „sozialistischen“ autoritären Regime in Südamerika als Zukunftsmodell würdigt, sollte nicht ausblenden, dass diese Staaten keine Apostel der Abrüstung sind. Auch ein Hugo Chávez (Staatspräsident von Venezuela, 1999-2013) ging in aller Welt auf Waffenkauf. Mit zweierlei Maß messen Linksextremisten auch bezüglich sogenannter Befreiungsbewegungen. So werden Krieg und Terror plötzlich zu einer gerechten Sache im Dienste des „Sozialismus“ (siehe auch Führt Linksextremismus zu Terrorismus?).

Dass weder DKP noch Die Linke – anders, als sie es hin und wieder zu suggerieren versuchen – pazifistische Parteien sind, liegt auf der Hand. Den großen Kern der Linken im Osten bilden Apologeten der hochgerüsteten DDR. Und die DKP, einst treuer Vasall der waffenstarrenden Sowjetunion, versuchte bis in die 80er Jahre hinein offensiv, die Friedensbewegung für sich zu vereinnahmen. Heute brandmarken Linksextremisten „Angriffskriege“ westlicher Staaten als „völkerrechtswidrig“. Formallegalistisch gesehen kann dieser Vorwurf mit Recht erhoben werden. Doch dass solche Interventionen eine moralische Legitimität erlangen können, etwa weil damit Verstöße gegen die Menschenrechte unterbunden werden sollen, wird nicht diskutiert.¹⁸⁵ Das Verdikt „völkerrechtswidrig“ ist schnell bei der Hand, hält aber meist einer genauen Prüfung nicht stand. Ihr inflationärer Gebrauch gerade in Bezug auf den Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr – wahrlich kein „Angriffskrieg“ – enttarnt die Bezeichnung als Kampfbegriff. Kaum ein „westlicher“ Militäreinsatz seit dem Zweiten Weltkrieg war Auswuchs einer „imperialistischen“ Großmachtpolitik.

¹⁸⁴ Rudolf van Hüllen, „Die Linke“ stellen. Handreichungen zur politischen Auseinandersetzung, Sankt Augustin/Berlin 2009, S. 92.

¹⁸⁵ Vgl. ebd., S. 94 f.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)